

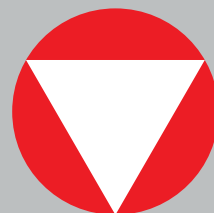


ISS Lagebild

& Strategie Sicherheitspolitik

Akteure und Mächte

Jahresmitte 2026



ISS Lagebild 2/26

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik

Akteure und Mächte

Jahresmitte 2026





Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Vertreten durch: GenMjr Mag. Friedrich Schrötter

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903548-28-2

Juni 2026

1. Auflage / 400 Stk.

Druck:

ReproZ W26-xxxx
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Vorwort

Mit dem „Lagebild 2/26“ legt das ISS seine Halbjahrespublikation für das Jahr 2026 vor. Der vorliegende Band umfasst erneut Beiträge und Analysen, die sowohl aktuelle sicherheits- und strategierelevante Entwicklungen kommentieren und einordnen als auch übergreifende Querschnittsmaterien behandeln. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen im Nahen Osten, im Norden Südamerikas (Venezuela), in der Karibik (Kuba) sowie in Osteuropa (russisch-ukrainischer Krieg) stellt dies keine einfache Aufgabe dar. Zu volatil, erratisch und widersprüchlich erscheinen viele der von den maßgeblichen Akteuren eingeleiteten oder verfolgten Handlungsweisen. Dadurch wird mehr als deutlich, dass das nach dem Ende des Kalten Krieges entwickelte System einer regelbasierten internationalen Ordnung nach seiner bewussten oder stillschweigend hingenommenen Aushöhlung erheblich an Widerstandskraft eingebüßt hat. Symptomatisch hierfür ist der beträchtliche Bedeutungs- und Reputationsverlust der großen internationalen Organisationen. Um eine Metapher aus dem Fußball zu bemühen: Sie wurden weitgehend auf die Zuschauertribüne verbannt und auf gelegentliche Unmutsbekundungen reduziert. Als gestaltende Akteure werden sie kaum noch wahrgenommen. Demgegenüber scheinen sich manche Staaten und politische Entscheidungsträger Antonio Salandras Konzept des „sacro egoismo“ zum Vorbild genommen zu haben. Mit diesem Begriff rechtfertigte der italienische Ministerpräsident den Kriegseintritt Italiens im Jahr 1915 auf jener Seite, von der sich die größten Vorteile erwarten ließen. Flexible und situationsabhängige Entscheidungen, die mitunter sogar den eigenen Prinzipien widersprechen, stellen jene Mächte, die weiterhin auf dem bestehenden Regelwerk der internationalen Politik aufbauen, vor besondere Herausforderungen. Die Zukunft wird zeigen, ob das „alte“ System internationaler Politik scheitern, sich anpassen oder auf grundlegend neue Fundamente gestellt werden wird. Die Beiträge dieses Bandes verdeutlichen gemeinsam, wie komplex, verflochten und dynamisch die gegenwärtigen internationalen Entwicklungen sind. Ziel ist es nicht, einfache Antworten zu liefern, sondern fundierte Analysen und Denkanstöße bereitzustellen, die zur kritischen Auseinandersetzung anregen. Das Lagebild versteht sich damit als Beitrag zu einer informierten Debatte, die in Zeiten globaler Spannungen und wachsender Unsicherheit von besonderer Bedeutung ist. Die überwiegend sicherheitspolitischen Beiträge werden wie gewohnt durch Analysen aus weiteren Themenbereichen ergänzt. So beschäftigt sich ein Beitrag aus dem Energiesektor – gerade vor dem Hintergrund der derzeit volatilen Gesamtlage von besonderem Interesse – mit den neuesten Entwicklungen im Bereich der weltraumgestützten Energiegewinnung. Daran schließt eine Abhandlung über die Mission Artemis II an. Der Anfang April 2026 gestartete bemannte Mondflug dauerte neun Tage und diente der Erprobung von Systemen und Arbeitsabläufen für eine erneute Mondlandung, die nicht nur von den USA, sondern auch von Europa angestrebt wird. Eine Analyse aktueller hybrider Bedrohungen rundet das thematische Spektrum des Lagebildes 2/26 ab.

Mein Dank gilt allen Autorinnen und Autoren, deren Expertise und Engagement das Zustandekommen dieses Bandes ermöglicht haben. Der guten Ordnung halber sei darauf hingewiesen, dass die darin formulierten Einschätzungen, Thesen und Schlussfolgerungen ausschließlich die Auffassungen der jeweiligen Verfasserinnen und Verfasser wiedergeben und nicht notwendigerweise die offiziellen Positionen des Ressorts widerspiegeln. Die geneigte Leserschaft wird um wohlwollende Aufnahme gebeten.

Hofrat Dr. Mario Christian Ortner

Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Akteure und Mächte

Jahresmitte 2026

- 04 Geopolitische Entwicklungen, Kriege und Konflikte**
Europas Zukunft bleibt äußerst ungewiss
Gunther Hauser
- 30 Chinas Beziehung zu Venezuela**
im Schatten der „Donroe“-Doktrin der USA
Barbara Farkas
- 41 Die NATO**
wird (langsam) europäisch und die US-Unsicherheit bleibt
Otto Naderer
- 48 USA**
Das Imperium vor den Zwischenwahlen – Stresstest für die älteste Demokratie
Andreas Wenzel
- 61 „Verhandlungsdilemma“ der EU**
Divergenzen im Ukrainekrieg
Rastislav Báčora
- 72 Ostfeind 2.0?**
Wie der Krieg gegen die Ukraine den russischen Militärapparat verändert, und in welcher Form sich dieser als militärische Bedrohung Europas rekonstituieren kann
Gustav C. Gressel
- 99 USA & Europa: (Un)Sicherheit als neue Norm für Militär, Wirtschaft & Gesellschaft**
Wie Technologie und KI Geopolitik beeinflussen
Josef Mantl
- 108 Kuba**
Im geopolitischen Fadenkreuz der USA?
Alexander Panzhof
- 122 Weltraumgestützte Energiegewinnung**
Aktuelle Entwicklungen in den USA und China
Kilian Hitzl
- 134 Der Mond: der achte Kontinent der Erde**
Eine Analyse zur Frage, WARUM der Mond eine Schlüsselrolle in den Explorationsplänen der Menschheit einnehmen soll/wird und WIESO er von so großer geopolitischer/strategischer Bedeutung ist.
Norbert Frischauf
- 162 Der Einsatz von KI in aktuellen Konflikten**
Aspekte und Implikationen für Europa
Daniel Hikes-Wurm



Geopolitische Entwicklungen, Kriege und Konflikte

Europas Zukunft bleibt äußerst ungewiss

von Gunther Hauser

Die Welt steht mit dem neuen Krieg Israels und der USA gegen den Iran neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Herausforderungen gegenüber. Der Nahe und der Mittlere Osten befanden sich dadurch tiefer in einer internationalen Krise als zuvor, weil die Golfstaaten direkt in diese jahrzehntelange Konfrontation mit dem Iran hineingeraten waren. Ein möglicher Ausweg scheint nun in Reichweite zu sein – noch vor den *Midterm Elections* in den USA am 3. November 2026. In der Ukraine könnte sich durch den vermehrten Einsatz leistungsfähiger Drohnen eine Kriegswende abzeichnen. Präsident Putin gerät nun wirtschaftlich und militärisch unter großen Druck. Europas Zukunft bleibt jedoch weiterhin ungewiss, außen- und verteidigungspolitische Uneinigkeiten blockieren den europäischen Integrationsprozess.

Einleitung

Das erste Halbjahr 2026 begann mit einem Machtwechsel in Venezuela, als US-Spezialtruppen am 3. Januar die Entführung des Präsidenten Nicolás Maduro gelang und kurz danach in Caracas seine Amtsgeschäfte die ehemalige Stellvertreterin Delcy Rodríguez übernahm. Maduro selbst muss sich nun wegen „Narco-Terrorismus“ in den USA gemeinsam mit seiner Gattin Cilia Flores de Maduro, seinem Sohn Nicolás Ernesto Maduro Guerra und drei weiteren Personen verantworten. Dieser Fall erinnert an das Jahr 1989, als Panamas damaliger Führer der Militärjunta, Manuel Noriega, ebenfalls durch US-Spezialtruppen entführt und zuvor in den USA wegen schwerer Drogendelikte angeklagt wurde (U.S. Congress 2026: 1). Aus Venezuela flohen seit dem Jahr 2015 an die acht Millionen Menschen – mit Primärziel USA. Als nächstes Land könnte in Kuba ein politischer Wechsel bevorstehen. Ähnlich wie bei Nicolás Maduro wurde über das US-Justizministerium belastendes Material gegen den obersten Politiker – Raúl Castro – erhoben. Castro hat in allen richtungsweisenden Entscheidungen Kubas jedoch weiterhin das letzte Wort. Ähnlich wie bei Venezuela stellt nun Kuba für die USA ein „nationales Sicherheits-Risiko“ dar, als „failed state“, aufgrund der Unterstützung Kubas für China und Russland und der hohen Anzahl von Migranten, die Kuba verlassen haben. (The Economist 2026b: 38) Die USA erhöhen deshalb den Druck auf Kuba, um Öllieferungen einzudämmen. Kuba ist zudem zu 70 Prozent auf Nahrungsmittelimporte angewiesen, bis zu 22 Stunden pro Tag können in Havanna *Blackouts* andauern. (The Economist 2026b: 39) Auf dem amerikanischen Kontinent zeigte sich US-Präsident Donald J. Trump auch fest entschlossen, Grönland zu annektieren, er schloss dabei militärische Mittel nicht aus. Bereits dreimal machten die USA ein „Angebot“ an Dänemark, Grönland erwerben zu wollen – so 1867 unter Präsident Andrew Johnson, 1946 unter Präsident Harry Truman und 2019 während der ersten Amtszeit von Präsident Trump. (Hauser 2022: 150)

Auf rüstungskontrollpolitischer Ebene wurde am 5. Februar 2026 der letzte nukleare Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und der Russischen Föderation – der 2010 in Kraft getretene und 2021 verlängerte „New START“ – nicht mehr weiterverhandelt, US-Präsident Trump will stattdessen die Volksrepublik China in einen „neuen, besseren“ Rüstungskontrollvertrag integrieren. Weiters ist durch neue Waffen- und Satellitentechnologien eine Militarisierung des Welt-raums in Vorbereitung. Unterdessen erhöhen sich laut Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI die nuklearen Risiken aufgrund technologischer Fortschritte, und „wegen des Zusammenbruchs der Rüstungskontrolle“ und „verschärfter geopolitischer Spannungen“. (ORF 2026b: 1) „Staaten setzen Atomwaffen zunehmend als Instrumente nationaler Machtpolitik ein und machen damit jahrzehntelange Bemühungen um eine Verringerung der Zahl und Rolle von Atomwaffen rückgängig.“ Alle neun Nuklearmächte – USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Nordkorea und Israel – setzen auf Programme zur Modernisierung und Ausweitung ihrer Atomarsenale. Laut SIPRI besitzen die USA und Russland insgesamt rund 83 Prozent aller militärisch nutzbaren Nuklearsprengköpfe. (ORF 2026b: 1)

Die UNO soll durch einen am 21. Januar 2026 beim Weltwirtschaftsforum von Davos von US-Präsident Trump initiierten „Friedensrat“ („Board of Peace“) ergänzt werden, um aus Sicht von Trump Friedenslösungen auf globaler Ebene effizienter umsetzen zu können. Als Grundlage dafür dient beispielgebend jener Waffenstillstand, der noch Ende 2025 zwischen Israel und der Hamas zumindest auf dem Papier erreicht werden sollte. Dieser „Friedensrat“ tagte am 19. Februar 2026 zum ersten Mal. 26 Staaten – darunter auch Albanien, Bulgarien, Kosovo und Ungarn – schlossen sich diesem Gremium an, wie auch Ägypten, Argentinien, Armenien, Aserbaidschan, Bahrain, Belarus/Weißrussland, El Salvador, Indonesien, Jordanien, Kambodscha, Kasachstan, Katar, Kuwait, Marokko, die Mongolei, Pakistan, Paraguay, Saudi-Arabien, die Türkei, Usbekistan, die Vereinigten Arabischen Emirate und Vietnam. (Hauser 2026: 7) Dänemark, Deutschland, Frankreich, Kanada, Österreich, die Slowakei, Slowenien und das Vereinigte Königreich halten sich von diesem Gremium fern. Die Hauptgründe liegen vorwiegend in der Krise innerhalb der NATO um Grönland, den Drohungen von US-Präsident Trump, auch Kanada annectieren zu wollen, und im Vermeiden von Parallelstrukturen zur UNO. Das Eintrittsgeld, um Mitglied darin zu werden, beträgt eine Milliarde US-Dollar. (Hauser 2026: 7) Frankreich und Kanada eröffneten inzwischen Konsulate in Grönland als Zeichen der Solidarität gegenüber der zu Dänemark gehörenden größten Insel der Welt. Zudem betonten europäische Staats- und Regierungschefs, dass die arktische Sicherheit eine Schlüsselpriorität für Europa sei und diese entscheidend für die internationale und transatlantische Sicherheit wäre. Sicherheit könne demnach nur gemeinsam innerhalb der NATO garantiert werden. (Élysée 2026: 1) In der arktischen Region gehören sieben von acht Staaten der NATO an.

Am 28. Februar 2026 begann der israelisch-amerikanische Krieg gegen die Mullah-Führung im Iran, eine Einigung auf Frieden zeichnet sich nicht ab. Im Gegenteil: Das Misstrauen der iranischen Staatsführung gegenüber den USA und Israel stieg noch an. Zuvor befanden sich zweimal in neun Monaten die USA und der Iran am Rande einer möglichen Einigung über jenes Thema, das diese beiden Länder trennt: das iranische Atomprogramm. Es bestehen amerikanische Ängste, dass sich dieses Atomprogramm zu einem Atomwaffenprogramm entwickeln könnte. (Albusaidi 2026: 14) Der Iran hatte zu Beginn die plötzlichen Angriffe Israels und der USA als „Schock“ empfunden, als nach sehr konstruktiven Gesprächen der Krieg gegen die Mullah-Führung in Teheran begann (Albusaidi 2026: 14). Präsident Trump und Israels Premierminister Benjamin Netanjahu riefen die iranische Bevölkerung gleich zu Beginn ihrer Angriffe auf den Iran zu einem „Regimewechsel“ in dem Land auf, dafür war es jedoch nach der brutalen Niederschlagung der Massenproteste durch die iranische Regierung zuvor im Januar 2026 (über 30.000 Tote) zu spät. Weder die USA noch Israel schritten hier „helfend“ ein. Ein zweites Mal sollte deshalb ein derartiger Aufstand im Iran verhindert werden. Ab März waren zudem im Iran Internet und weitere Kommunikationskanäle seitens der Regierung gekappt. Der Außenminister von Oman, Badr Albusaidi, schrieb bereits im März 2026 über eine „ungewollte Verstrickung der USA“ in diesem Krieg: „This is not America’s war, and there is no likely scenario in which both Israel and America will get what

they want from it.“ (Albusaidi 2026: 14) Bei den amerikanisch-israelischen Angriffen wurden „Revolutionsführer“ Ali Khamenei und zahlreiche Führungspersonen aus Politik, Militär und Revolutionsgarden getötet. Die neue iranische Führung unter Modschtaba Khamenei, Sohn von Ali Khamenei, zeigt sich jedoch äußerst selbstbewusst. Modschtaba Khamenei selbst wurde in dem Krieg bei Angriffen angeblich schwer verletzt, getötet wurden bei Angriffen sein Vater, seine Mutter, seine Ehefrau und sein Sohn. (Swanson 2026: 1) Im neuen Golfkrieg, der mit der amerikanisch-iranischen Absichtserklärung vom 18. Juni für beendet erklärt wurde, kontrollierte die iranische Führung die für den weltweiten Rohstoffhandel vor allem mit Asien strategisch wichtige Straße von Hormus. Zudem verlangte die Mullah-Führung von den USA Reparationszahlungen für die im Krieg entstandenen Schäden an der zivilen Infrastruktur. Die vom Iran unterstützte Stellvertreterorganisation Hizbollah im Libanon kämpft dagegen ums Überleben, israelische Truppen drängen immer weiter in den Süden des Libanon in Richtung Beirut vor – also tief in das Operationsgebiet der Hizbollah.

In der Ukraine hat die russische Staatsführung weiterhin kein Kriegsziel erreicht. Aufgrund neuer Drohnentechnologien und verbesserter Reichweiten ukrainischer Drohnen konnten die ukrainischen Streitkräfte auch Ziele in der Region Moskau und in Sankt Petersburg direkt angreifen. Der psychologische Effekt, sich noch nach vier Jahren Krieg behaupten zu können, der strategische Wille, das Land gegen den äußeren Feind verteidigen zu können, erhöht die Kampf- und Innovationskraft der ukrainischen Bevölkerung, sich gegen den Aggressor Russland zur Wehr zu setzen. Dabei wurden neue Drohnentechnologien entwickelt, die Ziele weit im russischen Hinterland erreichen können und somit „tiefen Schlägen“ („deep strikes“) auf russische Tanklager bzw. Raffinerien, Industriebetriebe und Militäreinrichtungen, die für Angriffe gegen die Ukraine genutzt werden, ermöglichen. Der Krim steht eine Rückeroberung durch die Ukraine bevor.

Außen- und vor allem geopolitisch dominiert nach wie vor mehr denn je das Sicherheitsdilemma, wie es 1951 vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler John Hertz definiert wurde: Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit des einen Landes können in den Augen eines anderen Landes als Maßnahmen zur Erhöhung der eigenen Unsicherheit aufgefasst werden. Die Diplomatie bleibt folglich äußerst gefordert, Kriege und Konflikte zunächst durch Waffenruhe – also das Einstellen von Kampfhandlungen für eine gewisse Zeit auf den Schlachtfeldern – über hochkomplexe Vermittlungsprozesse zu beenden und danach, wenn möglich, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen mit den Kriegs- und Konfliktparteien einzuleiten. Bis dahin ist es im Nahostkonflikt zwischen Israel und den USA einerseits und dem Iran andererseits sowie im russischen Krieg gegen die Ukraine noch ein sehr langer Weg.

Der israelisch-amerikanische Krieg gegen die Mullah-Führung im Iran

Die Mullah-Führung in Teheran, die seit 1979 im Iran regiert und „revolutionär“ zunächst mit Unterstützung der USA und Frankreichs an die Macht gekommen ist, definiert sich als anti-zionistisch und „kombiniert vier ideologisch-strategische Grundsätze mit drei geografischen Regionen“ (Posch 2024: 8): innerhalb

des sogenannten „Globalen Südens“ den *Khomeinismus* und den Antikolonialismus, aus dem sich die Unterstützung für den „palästinensischen Befreiungskampf“ und die Forderung der Vernichtung Israels ableitet. Zudem kreierte die iranische Mullah-Regierung das Narrativ, den traditionellen Schiismus auszuüben. Dabei bedient sich das Regime einer selbstkombinierten Ideologie des iranisch-schiitischen Nationalismus, der „revolutionär“ im Sinne der von den Ayatollahs verkörperten „schiitischen Revolution“ und „antiimperialistisch“ ausgerichtet ist. (Posch 2024: 8) Als Erzfeinde gelten für das Mullah-Regime in erster Linie Israel und die USA. Der Iran entschloss sich deshalb – ähnlich wie Nordkorea – ein Atomwaffenprogramm aufzubauen. Im Unterschied zu Nordkorea ist jedoch dem Mullah-Regime ein solcher Schritt (noch) nicht gelungen. Offiziell bestreitet die iranische Führung ein derartiges Vorhaben. 2015 wurde das Iran-Atomabkommen (JCPOA: *Joint Comprehensive Plan of Action*) von der internationalen Gemeinschaft unter der Führung des damaligen US-Präsidenten Barack Obama verabschiedet. Der JCPOA sollte die Entstehung eines militärischen Nuklearprogrammes zum Bau einer Atombombe verhindern. 2019 wurde der JCPOA von US-Präsident Trump aufgekündigt. Die iranische Führung verstärkte somit den Kampf gegen Israel über seine Stellvertreterorganisationen im Nahen Osten: Hamas in Gaza, Hisbollah im Libanon und die Houthis in Jemen. Die Hamas überfiel am 7. Oktober 2023 Israel und ermordete über 1200 Menschen. Israel schlug zurück und zerstörte den Gazastreifen komplett. Millionen Menschen befanden sich auf der Flucht. Der Immobilienunternehmer und US-Präsident Trump schlug deshalb vor, den Gazastreifen völlig zu räumen und neu aufzubauen. Gaza sollte in eine Luxushotelmeile umgewidmet und die Palästinenser zur Ausreise zum Beispiel nach Ägypten oder nach Jordanien bewegt werden. Kairo und Amman lehnten derartige Vorgehensweisen ab, würden sie sich dadurch an einer politischen, gezielt durchgeführten, Entvölkerung des Gazastreifens schuldig machen.

Am 28. Februar 2026 begannen Israel (Operation *Roaring Lion*) und die USA (Operation *Epic Fury*) gemeinsame Militäroperationen gegen die Mullah-Führung im Iran. Die Ziele der Regierungen beider Staaten sind der Verzicht des Iran auf ein militärisches Atomprogramm sowie die Einschränkung seines Raketenprogramms. Zudem fordern die USA und Israel, dass der Iran seine verbündeten Stellvertreterorganisationen Hamas, Hisbollah und die Houthis nicht mehr unterstützt. Kurz nach Beginn des Krieges hatte die iranische Führung die Straße von Hormus für blockiert erklärt, eine weltweite Energiekrise wurde dadurch ausgelöst. Öl- und Gastransporte durch die Meerenge wurden gestoppt, mehr als 2000 Handelsschiffe saßen fest. Das bewirkte eine Energieknappheit vor allem in Asien. (Seibert 2026: 3) Im Iran wurden zigtausende Wohnungen und Geschäfte zerstört, zudem wurden 600 Schulen, 300 Krankenhäuser, 120 Museen und Kulturstätten, Raffinerien und Flughäfen angegriffen, auch eine Synagoge wurde in Teheran getroffen, so die ORF-Reporterin Rosa Lyon. (ORF, Ö1-Morgenjournal, 8. April 2026, 07.00 Uhr bis 07.30 Uhr) Weiters stiegen die Öl- und Gaspreise weltweit exorbitant an, Lebensmittelpreise wurden drastisch erhöht. Nach fünf Wochen Krieg hatten sich die iranische und die amerikanische Führung am 8. April unter Vermittlung der pakistanischen Regierung auf einen zunächst zwei Wochen gültigen Waffenstillstand geeinigt – auf

der Grundlage eines 10-Punkte-Planes. (ORF, Ö1-Morgenjournal, 8. April 2026, 07.00 Uhr bis 07.30 Uhr) Ziel der USA ist es, dass die Straße von Hormus seitens des Irans freigegeben wird. Israel hatte weiters zunächst der US-Vereinbarung zugestimmt, den Krieg gegen die Hisbollah im Libanon auszusetzen. Seit diesem Krieg hat nun der Iran ein weiteres wirtschaftliches und politisches Druckmittel gegen die Weltwirtschaft bekommen: die Kontrolle über die Straße von Hormus. US-Präsident Trump will seither verhandeln, noch vor den amerikanischen *Midterm Elections* im November 2026 eine Lösung zu erzielen, da auch in den USA die Energiepreise durch den Krieg enorm angestiegen waren. Der Druck auf Präsident Trump äußerte sich insbesondere durch seine fehlgeleitete Wortwahl: Bereits Anfang April schrieb Trump auf *Truth Social*: „Eine ganze Zivilisation wird heute Nacht untergehen und nie wieder zurückkehren.“ Die USA könnten demnach Irans Brücken und Kraftwerke innerhalb von vier Stunden zerstören. (ORF, Ö1-Morgenjournal, 8. April 2026, 07.00 Uhr bis 07.30 Uhr) Pakistan versuchte daraufhin zu vermitteln. Die iranische Führung rief zudem am 8. April Künstler und Sportler dazu auf, Menschenketten an Kraftwerken im ganzen Land zu bilden. Auch Mitte Mai 2026 drohte Trump dem Iran inmitten der festgefahrenen diplomatischen Bemühungen mit Zerstörung: „Für Iran tickt die Uhr, und sie sollten sich besser SCHNELL bewegen, sonst wird von ihnen nichts mehr übrigbleiben. DIE ZEIT DRÄNGT“, schrieb er auf *Truth Social*. Seit 8. April gilt eine von Präsident Trump zuletzt einseitig verlängerte Waffenruhe, die jedoch ständig gebrochen wurde. Anfang Juni griff der Iran erstmals seit April Israel direkt an, danach wurden die Angriffe wieder eingestellt. Die Marine der iranischen Revolutionsgarden hatte im Mai US-Kriegsschiffe mit Raketen und Schnellbooten attackiert, die USA Ziele auf dem iranischen Festland und kleine iranische Schnellboote der bewaffneten „Moskitoflotte“. (Pascher 2026: 7) Der Iran griff im April und Mai Handelsschiffe und arabische Staaten und ein Atomkraftwerk in den Vereinigten Arabischen Emiraten an, in dem jedoch nur geringer Sachschaden entstand. Mit dem „Projekt Freiheit“ unterstützen seit dem 4. Mai US-Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge und Helikopter zivile Schiffe bei der Durchfahrt der Straße von Hormus, so das US-Zentralkommando. Dieser Einsatz der US-Marine zum Schutz ziviler Schiffe brachte jedoch den Oberkommandierenden der iranischen Revolutionsgarden, Ahmed Vahidi, aus dem Konzept, indem er warnte: „Wer die iranischen Regeln zur Durchfahrt verletze, gelte als legitimes Ziel für Angriffe. Die Meerenge von Hormus sei verschlossen, und der Iran habe den einzigen Schlüssel.“ (Seibert 2026: 3) Der Iran beschoss weiterhin Schiffe und Ziele in den Vereinigten Arabischen Emiraten und im Oman. Geschosse trafen Ölanlagen der Vereinigten Arabischen Emirate in Fujairah. Dieser Hafen wäre aus Sicht der Regierung in Abu Dhabi ein Ausweichhafen für die Straße von Hormus. So setzte sich Abu Dhabi zum Ziel, den Pipelinebau vom Persischen Golf nach Fujairah im Golf von Oman zu beschleunigen. Israel und die USA haben ihre strategischen Ziele im Iran mit ihren jeweiligen Militäroperationen nicht erreicht. Der Iran ist zwar militärisch geschwächt, kontrolliert jedoch durch diesen Krieg die Straße von Hormus und hat weiterhin Zugang zu seinem Nuklearmaterial im Umfang von 440 Kilogramm angereichertem Uran. Das Misstrauen des Iran gegenüber den USA wurde seit dem Beginn des Krieges noch größer: Im Zuge der Verhandlungen

über das iranische Atomprogramm, die im Februar in Genf fortgesetzt wurden und in Wien Anfang März weitergeführt hätten werden sollen, folgte stattdessen eine von Israel und den USA noch am 28. Februar eingeleitete Militäroperation, bei der auch „Revolutionsführer“ Khamenei und zahlreiche politische und militärische Führer des Regimes gezielt getötet wurden. Seither zeigte sich die iranische Führung noch skeptischer und ablehnender, mit den USA und Israel zu einem Verhandlungskompromiss zu kommen. Der Iran betrachtet sich nun mehr denn je als Garant zur Verteidigung „der Palästinenser“ gegen die USA und Israel. Israel soll zudem aus Sicht der Mullah-Führung, die die politische Führung in Jerusalem als „zionistisches Regime“ betrachtet, nicht nur zerstört, sondern die gesamte israelische Bevölkerung vertrieben werden. Gemeinsam mit den Houthis im Jemen verfügt der Iran weiterhin über ein umfassendes Netz von Stellvertreterorganisationen, die von den Revolutionsgarden im Iran finanziert werden und sich unverändert bereit erklären, die „islamische Revolution“ nach Vorgaben Teherans umzusetzen. So sind die Chancen auf Einigung für einen nachhaltigen Frieden als äußerst gering einzuschätzen. Die globale Stabilität hängt nun auch zunehmend vom Mullah-Regime in Teheran ab. Auch im Libanon wurden vom israelischen Militär ständig Angriffe gegen die Hisbollah durchgeführt. Umgekehrt lehnt die Hisbollah massiv eine Waffenruhe ab. Teheran halte ein Wiederaufflammen der Kampfhandlungen für wahrscheinlich. Die Verhandlungen über ein dauerhaftes Ende des Krieges waren noch bis Juni 2026 in eine Sackgasse geraten. Zu den wichtigsten Verhandlungspunkten gehörten:

- Die Beendigung des iranischen Atom- und Raketenprogramms
- Die Unterstützung militanter Gruppen in der Region
- Die Kontrolle über die Straße von Hormus.

Insbesondere unter Vermittlung von Pakistan hatten Vertreter der USA und des Iran Vorschläge über eine diplomatische Lösung ausgetauscht. In dem im Mai vom Iran vorgelegten Plan hieß es:

- Die USA müssten Reparationen für die angerichteten Kriegsschäden im Iran zahlen;
- Der Iran fordert die volle Souveränität über die Straße von Hormus.
- Der Iran fordert ein Ende der Sanktionen gegen die Regierung und deren Einrichtungen in Teheran.
- Der Iran fordert die Freigabe von beschlagnahmten Vermögenswerten. (Salzburger Nachrichten 2026a: 7)

Aus iranischer Sicht spielte in der Antwort der Streit über das iranische Atomprogramm zunächst keine Rolle. Zudem hatte sich der Iran nach US-Angaben bereit erklärt, dass die USA das angereicherte Uran aus dem Iran bringen: „Aber sie (Anmerkung: die iranische Führung) haben ihre Meinung geändert, es stand nämlich nicht in dem Papier“, sagte Trump. Der Iran wies jedoch zurück, eine derartige Zusage gemacht zu haben. Unterdessen drohte damals der Sprecher der „Kommission für Nationale Sicherheit“ im iranischen Parlament, dass der Iran im Falle erneuter Angriffe Uran auf einen waffenfähigen Reinheitsgrad von 90 Prozent anreichern könnte. Unklar ist jedoch, ob der Iran dazu technisch noch in der Lage sei. Die Nukleareinrichtungen des Iran wurden seit dem Krieg

2025 massiv bombardiert. (Salzburger Nachrichten 2026a: 7) Am 12. Juni schien sich eine Veränderung der Lage im Mittleren Osten anzukündigen. Laut pakistanischer Regierung, die zwischen Iran und den USA vermittelt, hatten sich „Vertreter aus Washington und Teheran“ darauf verständigt, ein Abkommen zur Beendigung des über 100 Tage andauernden Krieges unterzeichnen zu wollen. (Salzburger Nachrichten 2026b: 7) Die Fertigstellung der eineinhalbseitigen, 14 Punkte umfassenden Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding*) dazu erfolgte am 14. Juni – am 80. Geburtstag von Donald J. Trump, der wiederum am Abend des 14. Juni verkündete: „Let the oil flow“. (Swanson 2026: 1) Folglich wurde der Krieg mit der Unterzeichnung dieser 14 Punkte am 17. Juni offiziell von den Präsidenten Trump und Peseschkian beendet, die territoriale Souveränität des Iran und des Libanon garantiert und die Straße von Hormus für den freien Handel wieder geöffnet. (Debusmann 2026: 1) Eine Hilfe der Europäer für den Schutz der Handelsschiffe durch die Straße von Hormus sei nicht notwendig, das betonte US-Präsident Trump während des G7-Gipfels am 15. Juni in Évian-les-Bains. (ORF, Ö1-Morgenjournal, 16. Juni 2026, 07.00 bis 07.30 Uhr) Gemäß Absichtserklärung darf der Iran keine Atomwaffen besitzen, für den Iran soll auch ein 300-Milliarden-US-Dollar-Fonds für den „Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung“ zur Verfügung gestellt werden. Geld aus den USA soll dafür keines bereitgestellt werden. Das iranische Nuklearprogramm sowie eine Aufhebung von Sanktionen gegen das Mullah-Regime sollen in einer zweiten Phase innerhalb von 60 Tagen ausverhandelt werden – mit dem Ziel, ein endgültiges Abkommen zu unterzeichnen. 30 Tage danach sollen US-Truppen aus dem „Nahbereich“ des Iran abgezogen werden. Die 60-Tage-Frist kann jedoch bei Nichterreichung eines endgültigen Abkommens verlängert werden. Das Abkommen selbst soll dann Gegenstand einer völkerrechtlich verbindlichen UN-Sicherheitsratsresolution werden. (Debusmann 2026: 2) Einerseits müssen noch zahlreiche Details zum Abkommen verhandelt werden, andererseits besteht die Skepsis, ob dieser *Deal* hält. Bereits im Zuge der Verhandlungen zwischen den USA und Iran um einen *Deal* wurde im Mai und Juni der Ton zwischen US-Präsident Trump und Israels Premierminister Netanjahu rau. Laut Angaben des US-Portals *Axios* beschimpfte Trump Netanjahu am 1. Juni wie folgt: „You are f.. crazy“ und meinte: „Wenn ich nicht wäre, säßest du im Gefängnis. Ich rette dir den Hintern. Jeder hasst dich inzwischen. Jeder hasst Israel deswegen.“ Netanjahu soll darauf geantwortet haben: „Okay, okay ...“ (Brandes 2026: 9) Trump versuchte, den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu davon abzuhalten, weitere Angriffe gegen die Hisbollah – die zuvor Israel wiederholt angegriffen hatte – durchzuführen. (ORF, Ö1-Morgenjournal, 15. Juni 2026, 07.00 bis 07.30 Uhr) Ob sich beide Konfliktparteien an diesen *Deal* halten werden, bleibt ergebnisoffen.

US-Kriegsminister Pete Hegseth verkündete bereits am 8. April 2026 während einer Pressekonferenz in Washington D.C., dass die USA nach vierzig Tagen Krieg gegen den Iran einen „überwältigenden Sieg“ errungen hätten. Das iranische Militär wurde demnach erheblich dezimiert und für fünf Jahre handlungsunfähig gemacht. US-Generalstabschef Dan Caine, der damals direkt neben Hegseth stand, während er diese Aussage verkündete, pflichtete Hegseth bei. Die militärischen Ziele wären demnach seitens der USA erreicht worden:

80 Prozent der iranischen Luftabwehrsysteme, mehr als 90 Prozent der Marine sowie 90 Prozent der Waffenfabriken sollen durch diesen Krieg zerstört worden sein. Jedoch verfüge der Iran nach Angaben der *New York Times* unter Berufung auf US-Nachrichtendienste immer noch über einen Großteil seines Waffenarsenals: über etwa 70 Prozent seiner mobilen Abschussrampen und 70 Prozent des Raketenbestandes, den die Mullahs noch vor Kriegsbeginn besaßen, darunter zahlreiche ballistische Raketen und Marschflugkörper. Die *Washington Post* hatte damals ähnliche Zahlen genannt. Der *New York Times* zufolge soll der Iran mittlerweile Zugang zu 90 Prozent seiner unterirdischen Raketenlager und Abschusseinrichtungen haben. Zudem besitzt die Mullah-Führung die Kontrolle über die meisten Raketenstellungen an der Straße von Hormus. Nur drei der 33 Positionen seien demnach überhaupt nicht zugänglich. Zudem war in den USA Kritik an dem hohen Munitions- und Raketenverbrauch und den Kosten des Krieges, die sich mittlerweile auf über 29 Milliarden US-Dollar belaufen, zu vernehmen. Trump und seine Berater hatten wiederholt bestritten, dass die US-Munitionsvorräte ein gefährlich niedriges Niveau erreicht hätten. Trump bezeichnete Medienberichte darüber als „Verrat“. Generalstabschef Caine erklärte bei einer Anhörung im Kongress am 12. Mai 2026, es gebe „derzeit genügend Munition für die Aufgaben, die uns gestellt werden“. Die Hauptsorge darüber betrifft jedoch weniger die laufenden Einsätze der USA, sondern die Frage, ob die amerikanischen Waffenvorräte im Fall eines neuen Großkonflikts ausreichen würden. (Kröpfl 2026: 7)

Israel: „Wir töten, wie wir seit 1967 nicht mehr getötet haben.“

Seit dem Ende des Sechs-Tage-Krieges vom 5. bis 10. Juni 1967 (Grund war damals die militärische Aufrüstung von Truppen aus Ägypten, Jordanien, Irak und Syrien entlang der israelischen Grenzen – Israel begann somit einen „Präventivkrieg“) (Allon 1971: 94 f.) besetzt Israel das Westjordanland. Dort spitzt sich der Konflikt zwischen israelischen Siedlern und der palästinensischen Bevölkerung seit Jahren massiv zu. So fasste Israels Kommandeur für die Palästinensergebiete im Westjordanland das Vorgehen seiner Truppen in einem Satz zusammen: „Wir töten, wie wir seit 1967 nicht mehr getötet haben.“ 1967 wurde im Sechs-Tage-Krieg seitens des israelischen Militärs das Westjordanland erobert. Seit Jahren arbeiten sich israelische Siedler zudem mit dem Bau von illegalen Siedlungen „Hügel für Hügel“ in die völkerrechtlich autonomen Gebiete der Palästinenser vor, „mit der Waffe in der Hand“. Wer sich seitens der Palästinenser wagt, sich zu widersetzen, wird getötet oder vertrieben – von den jüdischen Siedlern und verstärkt auch von den israelischen Streitkräften: „Die Gewalt der Siedler ist völlig eskaliert“, fasst eine Vertreterin der Hilfsorganisation *Oxfam* in Brüssel die Lage zusammen. Beinahe 800.000 israelische Siedler leben nach aktuellen Schätzungen inzwischen im palästinensischen Westjordanland. Im Jahr 2025 waren 35.000 Palästinenser aus ihren Dörfern vertrieben worden. Die israelische Regierung „versorgt Siedlungen mit Straßen und Infrastruktur“ im Westjordanland. (Kramar 2026: 6) Die EU gilt derzeit als wichtigster Unterstützer der Palästinenser im Westjordanland – mehr als eine Milliarde Euro sind seit dem Terroranschlag der Hamas 2023 und dem Beginn des Gazakrieges geflossen – für Lebensmittel, Wasserleitungen oder die Gesundheitsversorgung. Die EU

zeigt sich jedoch nach außen weiterhin äußerst gespalten, was die Vorgehensweise im Nahen Osten gegenüber Israel und Palästina betrifft. Während Irland und Spanien ein massives Vorgehen gegen Israel fordern, fühlen sich Deutschland und Österreich aus historischen Gründen gegenüber Israel „mehr verpflichtet“ und stehen in der Sanktionsfrage gegen Israel auf Seiten der Regierung in Jerusalem. Nach der jüngsten Eskalation der Siedlergewalt, begleitet vom Beschluss der Todesstrafe durch die israelische Regierung, die sich direkt gegen die Palästinenser richtet, drohen nun auch in der EU, die Stimmung zu kippen. Die Hohe Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Kaja Kallas, forderte Israel auf, „internationale Gesetze zu befolgen und die palästinensische Bevölkerung zu beschützen“. Bisher hatte sich die EU darauf beschränkt, einzelne für Morde und Gewalttaten verantwortliche Siedler unter Sanktionen zu stellen, bisher jedoch ohne ernsthafte Folgen. Spanien führt bereits ein Importverbot für alle Waren aus israelischen Siedlungen durch. Ein vorübergehender Stopp wichtiger Handelsabkommen zwischen der EU und Israel wird in der EU wieder ernsthaft diskutiert, 2025 hatte sich u. a. Österreich strikt gegen eine derartige Maßnahme ausgesprochen. (Kramar 2026: 6)

Die Dauerkrise in der NATO

Mit dem israelisch-amerikanischen Krieg gegen die Mullah-Führung in Teheran wurde auch der inzwischen gebildete tiefe Riss zwischen den USA und den europäischen Verbündeten innerhalb der NATO größer. Präsident Trump hatte sich lautstark darüber beschwert, dass sich die europäischen NATO-Verbündeten nicht genug „hilfsbereit“ gegenüber den USA im Krieg gegen die Mullah-Führung gezeigt hätten. Obwohl amerikanische Militärflugzeuge europäische Luftwaffenbasen für gezielte Militärschläge im Iran nutzten, waren die jeweiligen Nationen, auf deren Territorien sich diese US-Militärstützpunkte befinden, nicht in die Kriegsplanungen eingebunden. Spanien, Italien, Frankreich und die Türkei hatten zudem den Luftraum für alle Flugzeuge gesperrt, die mit dem israelisch-amerikanischen Krieg gegen die Mullah-Führung in Verbindung stehen.

Insgesamt zeigten sich die USA unter der ersten Amtszeit von Präsident Trump zunehmend von Europa distanziert. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bezeichnete die NATO im Jahr 2019 deshalb als „hirntot“ und warnte damals davor, dass die europäischen NATO-Verbündeten sich nicht mehr länger auf die USA verlassen können. (BBC 2019: 1) Das bezog sich damals insbesondere auf das Vorgehen der USA und der Türkei – beide Staaten sind seit 1949 bzw. 1952 Mitglieder der NATO – in Syrien, ohne die anderen NATO-Mitgliedstaaten miteinzubeziehen. Die USA planten im Oktober 2019 in Syrien einen kompletten Truppenabzug, die Türkei schuf in Syrien eine „Sicherheitszone“ mit militärischen Mitteln. Diese Schritte wurden damals wiederum von Präsident Macron kritisiert, die NATO hätte dementsprechend reagieren sollen. (BBC 2019: 1) Innerhalb der NATO gab es bereits seit der US-Präsidentschaft von George W. Bush zunehmend Spannungen, da aufgrund abnehmender Verteidigungsbudgets der europäischen NATO-Verbündeten die USA den Sinn dieses transatlantischen Bündnisses zunehmend in Frage stellten – oder anders formuliert: Warum sollte die US-Bevölkerung von 330 Millionen Einwohnern einen Schutzschirm für 450 Millionen Einwohner der EU bereitstellen? Präsident

Trump drohte im November 2024 im Fall einer Wiederwahl zum US-Präsidenten sogar den europäischen Verbündeten, dass die Russische Föderation eingeladen werden würde, gegen jene NATO-Staaten vorzugehen, die zu wenig Geld für die kollektive Verteidigung der NATO ausgeben würden. Moskau könnte in diesem Fall „do whatever the hell they want“, demnach würde für diese Staaten der bisher garantierte nukleare US-Schutzschirm nicht mehr gelten. (Hauser 2026: 7) Der innere Zusammenhalt in der NATO wäre dadurch nicht nur gefährdet, sondern auch die Existenz des Bündnisses an sich, sofern sich eine US-Regierung nicht mehr zur Verteidigung von europäischen NATO-Staaten bekennen würde. Spätestens seit der zweiten Amtszeit von Präsident Trump besteht die NATO nicht mehr in jener Form wie zuvor, als Trump nicht ausschloss, das zum NATO-Verbündeten Dänemark gehörende Grönland militärisch einzunehmen. In einem solchen Fall würde die NATO zu existieren aufhören, erläuterte Dänemarks Premierministerin Mette Frederiksen. Dänemark zeigte sich dadurch „bedroht“. (Hauser 2026: 7f) Am 21. Januar 2026 schließlich verkündete Trump beim Weltwirtschaftsforum von Davos, eine militärische Intervention in Grönland auszuschließen; die NATO erklärte sich umgekehrt bereit, ihre militärische Präsenz in Grönland zu verstärken. Zudem drohte im Jahr 2025 Trump, den NATO-Verbündeten Kanada in einen 51. Bundesstaat der USA zu verwandeln. (Hauser 2026: 8) Kanada geht seither zunehmend auf Distanz zu den USA. Die europäischen NATO-Staaten – insgesamt 23 EU-Mitgliedstaaten – sind nun aufgefordert, autonome Verteidigungsfähigkeiten aufzubauen – gemeinsam mit Kanada. Polens Präsident Karol Nawrocki konnte sich im Februar 2026 bereits den Aufbau eigener polnischer Nuklearkapazitäten vorstellen, da sich Polen zunehmend von der Russischen Föderation bedroht sieht, so meinte Nawrocki: „Wir wissen, welche aggressive und imperiale Haltung Russland zu Polen hat.“ (Hauser 2026: 8) Zudem wird nach Einschätzung der NATO ein künftiger Krieg Russlands gegen die NATO nicht ausgeschlossen.

Als Folge des Drängens von US-Präsident Trump, Grönland wirtschaftlich und militärisch unter seine Kontrolle bringen zu wollen – er schloss dabei ursprünglich auch den Einsatz von militärischen Kräften nicht aus – beschloss die NATO, ab Februar 2026 mit der Mission „Arctic Sentry“ eine Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten im arktischen Raum erreichen zu wollen. (NATO 2026: 1; Hauser 2026: 47) Fünf folgende NATO-Gründungsmitglieder bezeichnen sich als „arktische Staaten“: Dänemark mit Grönland, Island, Kanada, Norwegen und die USA. Zudem traten in den Jahren 2023 und 2024 Finnland und Schweden der NATO bei. Die Staaten des arktischen Raumes innerhalb der NATO zählen nun sieben Staaten. Die Arktis bildet eine wesentliche handels- und militärpolitische Verbindung in den Nordatlantik. Aufgrund der reichen Rohstoffvorkommen in der Region zeigte die Volksrepublik China großes Interesse, im arktischen Raum dringend benötigte Bodenschätze – vor allem kritische Mineralien – abzubauen. Die Russische Föderation erhöhte seit der Annexion der Krim 2014 massiv ihre militärische Präsenz im arktischen Raum durch die Schaffung eines neuen „Arktischen Kommandos“ und die Wiederinbetriebnahme ehemaliger sowjetischer Militärstützpunkte und Seehäfen. Präsident Trump sah deshalb die nationale Sicherheit der USA gefährdet. Die

USA fokussieren sich vermehrt – abgeleitet von der Nationalen Sicherheitsstrategie 2025 – auf die Volksrepublik China als den primären strategischen Herausforderer. Die Bedrohungswahrnehmungen der europäischen NATO-Verbündeten gegenüber der Russischen Föderation werden seitens der USA jedoch als „übertrieben“ erachtet. (Richter 2026: 1) Die europäischen NATO-Verbündeten wären demnach den russischen Streitkräften konventionell deutlich überlegen, vor allem bei der Ausstattung und bei der Ausbildung. Die NATO wäre jedoch dennoch ohne Unterstützung der USA bis mindestens zum Jahr 2030 „in einem Fenster der Verwundbarkeit“. Eine enorme Herausforderung für die NATO bleibt nach wie vor „zahlreiche unterschiedliche Großwaffensysteme mit verschiedener Munition und eigene Wartungs-, Instandsetzungs- und Reparaturanforderungen“, erklärte der Politikwissenschaftler und Offizier Sven Gareis und schlussfolgerte: „Ein Albtraum für jede Logistik.“ (Tecklenborg 2026: 1) Unter Präsident Trump stellen die USA weiterhin Fähigkeiten für die Verteidigung von NATO-Europa bereit und halten an der nuklearen Abschreckung bzw. an der nuklearen Teilhabe fest. (Tecklenborg 2026: 2) Die USA gaben jedoch im ersten Halbjahr 2026 bekannt, in Europa nur mehr eine (von ursprünglich zwei) Flugzeugträgergruppen (mit dazugehörigen Kreuzern und Zerstörern) zu stationieren. Zudem werden alle Fernaufklärungsdrohnen des Typs RQ-4B sowie die Hälfte aller MQ-9-Kampfdrohnen aus Europa abgezogen, zudem elf der 26 bisherigen Seeaufklärungsflugzeuge, 36 von 99 *F-16*- und 18 von 54 *F-15*-Kampfflugzeugen. Die *U.S. Air Force* reduziert ihren Jagdbomberbestand um etwa ein Drittel. Die europäischen NATO-Verbündeten bleiben mit rund 2300 Kampfflugzeugen – falls diese koordiniert eingesetzt werden würden – jenen der russischen Luftwaffe (rund 1200) deutlich überlegen, wesentlich deutlicher fällt die europäische Überlegenheit bei den Seestreitkräften aus. Zudem hatte Trump angekündigt, 5000 Soldaten aus Deutschland abzuziehen und möglicherweise 5000 Soldaten in Polen zusätzlich zu stationieren. Jedoch werden die USA „weiterhin einen signifikanten Beitrag zur konventionellen Verteidigung und nuklearen Abschreckung in Europa“ leisten. (Richter) Die NATO bzw. EU weist insbesondere an der Ostflanke erhebliche Verteidigungslücken auf, der östliche EU-Drohnenschild existiert weiterhin auf dem Papier. Zudem bleibt in der EU die Umsetzung der Beistandsverpflichtung nach Artikel 42 (7) EU-Vertrag von Lissabon ungeklärt. Der Schwerpunkt der Verteidigung der EU liegt weiterhin bei der NATO, in der die Führungsmacht USA die Verteidigung der europäischen Verbündeten unter Präsident Trump offenlässt. Nach neun Jahre langen Vorbereitungen wurde am 8. Juni bekanntgegeben, dass das 100-Milliarden-Euro-Rüstungsprojekt eines deutsch-französischen Kampfflugzeuges (FCAS – *Future Combat Air System*), das ab dem Jahr 2040 sowohl den *Eurofighter* als auch die französische *Rafale* ablösen sollte, aufgrund von schweren Differenzen zwischen den Rüstungsherstellern *Dassault Aviation* und *Airbus Deutschland GmbH* nicht mehr zu realisieren ist. Einer der Streitpunkte war, dass Frankreich im Gegensatz zu Deutschland ein neues atomwaffen- und flugzeugträgertaugliches Flugzeug entwickeln wollte, Deutschland ein Tarnkappenflugzeug. Nun soll eine Allianz aus acht deutschen Rüstungsunternehmen („Team Gen 6“) – der Rüstungssparte von *Airbus*, *MTU*, *Hensoldt*, *MBDA*, *Autoflug*, *Diehl Defence*, *Liebherr* sowie *Robde & Schwarz* – gemeinsam mit spanischen Firmen eine Lösung finden, um

ein derartiges Projekt zu verwirklichen. (Tagesschau 2026: 1) Großbritannien und Italien arbeiten bereits mit Japan am Projekt *Combat Air Programme* (GCAP).

Drohnen lösen herkömmliche Waffensysteme ab

Geschwindigkeit und Mobilität sind die entscheidenden Kriterien, um Kriege zu gewinnen. In den Kriegen der Menschheitsgeschichte setzten sich stets neue Waffensysteme durch, die jedoch nicht immer teuer oder aufwendig hergestellt werden mussten. Galt beispielsweise bei den Franken besonders unter dem Merowinger Chlodwig vom 5. Jahrhundert an die Wurf-Axt „Franziska“ als Waffe, die den Kriegsverlauf entscheidend beeinflusste, setzte sich in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts zunehmend die Drohne durch. Sowohl im israelisch-amerikanischen Krieg gegen die Mullah-Führung im Iran als auch im russischen Krieg gegen die Ukraine dominieren Drohnen das Kriegsgeschehen und fügen dem jeweiligen Gegner schweren Schaden zu. Im Ukraine-Krieg sind mittlerweile Panzer kaum vorhanden. Die NATO reagiert noch mit Kampfflugzeugen bei der Drohnenabwehr, die moderne Drohnentechnologie scheint beim westlichen Verteidigungsbündnis noch nicht angekommen zu sein. Drohnen sind relativ günstig, einfach und effizient und verändern dadurch das Gefechtsfeld. Es handelt sich dabei um eine „Revolution in militärischen Angelegenheiten“, so der ORF-Korrespondent Christian Wehrschütz. (ORF, Zeit im Bild 1, 17. Mai 2026, ca. 19.36 Uhr) Auch für die Ukraine beginnt sich durch die verstärkte Produktion und den Einsatz von Kampfdrohnen das Gefechtsfeld schrittweise zu ihren Gunsten zu verändern: In der Nacht auf den 17. Mai 2026 hatte die Ukraine nach Angaben der russischen Staatsführung erstmals mit einer großen Drohnenwelle (insgesamt 600 Drohnen) den Großraum Moskau und den Raum Belgorod überzogen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij sprach in diesem Zusammenhang von einer „vollkommen gerechtfertigten“ Vergeltungsmaßnahme für zuvor durchgeführte russische Großangriffe auf die Ukraine mit 24 Toten: „Wir sagen den Russen ganz klar: Ihr Staat muss diesen Krieg beenden.“ (ORF-Text, 17. Mai 2026, 19:13:08, S. 101) Russland antwortete wiederum mit zahlreichen Luftangriffen auf die Städte Cherson, Odessa, Dnipropetrowsk und Saporischschja. Bei Odessa wurde erstmals auch ein chinesisches Frachtschiff von russischen Geschossen getroffen, wenige Tage vor dem offiziellen Staatsbesuch von Russlands Präsidenten Wladimir Putin beim chinesischen Staatschef Xi Jinping. Allein in der Woche vom 11. bis 17. Mai 2026 hatte Russland über 3.170 flugzeugähnliche Drohnen, mehr als 1.300 Gleitbomben und 74 Raketen und Marschflugkörper gegen die Ukraine eingesetzt. (ORF-Text, 17. Mai 2026, 19:14:01 Uhr, S. 127) Die gegenseitigen Drohnenangriffe haben sich zuletzt verstärkt, wobei auch die Ukraine in die Lage versetzt wurde, großangelegte Drohnenangriffe durchzuführen, sogar Anfang Juni auf ein Öllager in Sankt Petersburg. Zudem versucht der Iran mit Drohneneinsätzen, weiterhin Druck auf die USA und ihre Verbündeten im Nahen und Mittleren Osten auszuüben. So war Mitte Mai bei einem iranischen Drohnenangriff auf ein Atomkraftwerk in den Vereinigten Arabischen Emiraten Feuer ausgebrochen, ein Stromgenerator westlich von Abu Dhabi war dabei in Brand geraten. Dieser Brand hatte jedoch die Sicherheit der Anlage nicht gefährdet, der Betrieb des Atomkraftwerks lief normal, so das Medienbüro in Abu Dhabi. Es gab dabei

auch keine Verletzten. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) reagierte besorgt. (ORF-Text, 17. Mai 2026, 19:52:58 Uhr, S. 129)

In der Ukraine macht die unabhängige Drohnenproduktion das Land zudem unabhängiger von politischen Stimmungsschwankungen in den USA und in den europäischen NATO-Staaten. Zudem wird die ukrainische Drohnenproduktion auch für das Ausland interessant. Dänemark, Deutschland, Kanada, Litauen, die Niederlande, Norwegen und das Vereinigte Königreich planen Drohnenbau-Joint Ventures mit der Ukraine. (Peternel 2026: 7) Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar hatten nach den Angriffen Irans in der Ukraine Drohnensysteme eingekauft. Ebenso wurde am 12. Mai 2026 bekannt, dass sich die USA für ukrainische Drohnenentwicklungen interessiert zeigen und ukrainische Drohnen für Testzwecke erwerben wollen: „Wir wissen mehr über Drohnen als jeder andere. Wir haben sogar die besten Drohnen der Welt“, sagte US-Präsident Trump zu Beginn der Operation *Epic Fury* gegen den Iran, als der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den USA Hilfe angeboten hatte. Die US-Rüstungsindustrie war tatsächlich lange Zeit führend bei der Entwicklung von Drohnen. Mit der US-Drohne *Reaper* wurden in Afghanistan und im Irak gezielte Tötungen vorgenommen. Die *Reaper* war eine lange Zeit deshalb das Symbol amerikanischer Fernkriegsführung. Doch Russlands Krieg gegen die Ukraine hatte die Lage grundlegend verändert. Drohnen können wirtschaftlich kostengünstig in Masse rasch eingesetzt werden, die Produktionskosten bleiben niedrig. Gegenüber ukrainischen Wegwerfdrohnen wirkt eine *Reaper* beinahe absurd teuer, eine *Reaper* aus den letzten Produktionsreihen kostete rund 16 Millionen US-Dollar. Im Jahr 2025 wurde deren Fertigung eingestellt. In Berlin wird darüber diskutiert, ob die Tomahawks, die Präsident Trump aus Zorn über Bundeskanzler Friedrich Merz wegen Nicht-Unterstützung im Krieg gegen den Iran nun doch nicht in Deutschland stationieren wird, durch Drohnensysteme aus der Ukraine ersetzt werden könnten. Noch vor wenigen Jahren meinte der Chef von Rheinmetall, Armin Papperger, in der Ukraine sehe er keinerlei sinnvolle Innovation, „Lego-Spielzeug“ würden demnach die „ukrainischen Hausfrauen in ihren Küchen“ herstellen. Die Ukraine war seit 2022 von westlichen Waffenkonzernen und somit von politischen Unsicherheiten bei Lieferprozessen abhängig, das Land hat sich jedoch mittlerweile „selbst zum Schwergewicht der Rüstungsindustrie gemausert“. (Peternel 2026: 7) Vor dem Krieg 2022 verzeichnete die Ukraine eine Fertigung von 3000 Drohnen pro Jahr, im Jahr 2025 steigerte sich die Produktion auf 4,5 Mio. Drohnen pro Jahr, bis Ende 2026 soll die Drohnenproduktion auf 7 Mio. pro Jahr gesteigert werden. Ermöglicht hatten diese enorme Steigerung auch „jene Hausfrauen“, über die sich Armin Papperberger lustig gemacht hatte, sowie eine enorme Anzahl von Unterstützern bzw. technischen Experten aus der Bevölkerung und experimentierfreudigen Soldaten. Während Russland nach Kriegsbeginn die Ukraine mit iranischen Shahed-Drohnen überzog, wartete die ukrainische Regierung vergeblich monatelang auf westliche Unterstützung bei der Luftabwehr. Effektive Luftabwehr für die Ukraine traf erst ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn ein, Panzer wurden äußerst spät im ersten Kriegswinter 2022/2023 geliefert. An der Front hatten sich Soldaten deshalb mit „Do-it-yourself“-Waffen beholfen: Sie kauften Drohnen, die meist

durch *Crowdfunding*-Kampagnen im Netz finanziert wurden, montierten Granaten darauf und attackierten den Gegner. Die ukrainischen Streitkräfte machten daraus ein Erfolgsmodell und gründeten im Jahr 2023 die weltweit ersten Drohnenkompanien. Parallel dazu förderte der ukrainische Staat Firmen, die Drohnen herstellten – in Garagen, Werkstätten und Küchen. 2025 gingen bereits mit 23 Milliarden US-Dollar fast ein Fünftel des Staatsbudgets in den Drohnenbereich, seit 2023 schreibt die Drohnen-Branche des Landes schwarze Zahlen. Mittlerweile existieren mehr als 500 Drohnenhersteller und ebenso viele Verteidigungstechnologie-*Startups* in der Ukraine. „Die Szene ähnelt damit eher einem militärischen Silicon Valley als klassischer Rüstungsindustrie.“ (Peternel 2026: 7) 85 Prozent der Treffer an der Front werden derzeit durch Drohnen erzielt. Zudem entwickelte die Ukraine das Gefechtsfeldführungssystem DELTA. Mit DELTA analysiert die Ukraine mithilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) alle Bewegungen am Schlachtfeld „beinahe in Echtzeit – ein entscheidender Schritt in Richtung automatisierter Kriegsführung.“ Bisher verfügte nur die USA über ein ähnliches System, amerikanische Konzerne konnten dadurch ihre Systeme weiterentwickeln. Durch die Ukraine besitzt nun auch ein Land in Europa derartige Systeme. (Peternel 2026: 7)

China – auch politisch ein „Reich der Mitte“

China präsentierte sich auch politisch als „Reich der Mitte“. Kurz hintereinander trafen sowohl US-Präsident Trump als auch Russlands Präsident Putin den chinesischen Staatschef Xi Jinping in Peking. Im Zuge des offiziellen Staatsbesuchs von US-Präsident Trump bei Xi Jinping Mitte Mai betonten beide Politiker, dass die Straße von Hormus raschestmöglich wieder geöffnet werden müsse. An die 70 Prozent der Energieressourcen aus dieser Region werden nach China exportiert. Im Gegenzug hoffte Trump, dass Xi Jinping Druck auf den Iran ausübt, damit der sich „in den Verhandlungen konzilianter zeigt“, erläuterte Reinhard Heinisch, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Salzburg. (Pack-Homolka 2026: 7) Den Umgang mit Taiwan betreffend könnte sich die Situation nun ändern. Seit den 1980er-Jahren gilt in den USA der Grundsatz, betreffend Aufrüstung des taiwanesischen Militärs China nicht zu konsultieren. Kurz vor seinem China-Besuch meinte Trump betreffend geplanter Waffenlieferungen an Taiwan: „Präsident Xi hätte gerne, dass wir es nicht tun, und ich werde darüber mit ihm sprechen.“ (Pack-Homolka 2026: 7) Daraus könnte bereits ein Zugeständnis an China interpretiert werden. Bei den geplanten Waffenlieferungen an das taiwanesischen Militär handelt es sich um ein 14-Milliarden-USD-Gesamtpaket. Trump sagte nun, die USA liefern keine Waffen an Taiwan. Falls sich China nicht zur Zufriedenheit der USA verhält, könne sich diese Lage ändern. Trump sieht somit dieses Waffenpaket für Taiwan als Druckmittel gegenüber China an, das wäre ein „Trumpf für Verhandlungen“ mit China. Trump ist keinesfalls bestrebt, eine große Auseinandersetzung mit China wegen Taiwan zu riskieren. Aufgrund des Iran-Krieges (Operation *Epic Fury*) gingen die USA unter Trump geschwächt in die Gespräche mit China. China zeigt sich jedoch ebenso wirtschaftlich und militärisch geschwächt: In der Militärkommission der Volksrepublik China, dem mächtigsten Gremium Chinas, wurden im Frühjahr 2026 fünf der sechs Generale entlassen, unter dem Hinweis, dass sie für die USA spioniert hätten. Trump besuchte Xi gemeinsam mit amerikanischen Spitzenmanagern

wie *Tesla*-Chef Elon Musk, *Apple*-CEO Tim Cook und Vertretern aus der Finanzbranche. *Boeing*-Chef Kelly Ortberg hoffte auf einen Großauftrag aus China – dieser dürfte sich abzeichnen: der erste Großauftrag seit dem Jahr 2017. (Pack-Homolka 2026: 7) Wenige Tage später, am 19. Mai 2026, reiste Russlands Präsident Wladimir Putin mit einer großen Wirtschaftsdelegation zu Staatschef Xi Jinping. Ziel ist der politische und wirtschaftspolitische Ausbau der privilegierten „strategischen Partnerschaft“. Russland ist v. a. daran interessiert, den Bau der Gaspipeline „Power of Siberia II“ zu realisieren. Im Krieg Russlands gegen die Ukraine unterstützte China Russland zwar nicht direkt militärisch, jedoch mit dem Export von elektronischen Bauteilen und *Know-how* beim Bau von Drohnen. (ORF, Ö1-Morgenjournal, 19. Mai 2026, 07.00 bis 07.30 Uhr)

Westbalkan: Gelingt die Integration in die EU?

Die zentralen Herausforderungen, um Stabilität auf dem Westbalkan erreichen zu können, bilden drei Staaten: Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Serbien. Serbien lehnt – wie auch die EU-Staaten Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern – eine Eigenstaatlichkeit des Kosovo aus jeweils innenpolitischen Gründen ab, zudem zeigt Serbien unter Präsident Aleksandar Vučić wenig Interesse an der EU und orientiert sich nach Russland. Bosnien-Herzegowina ist trotz massiver Investitionen zahlreicher Länder wirtschaftlich schwach entwickelt, es bleibt politisch gesehen das instabilste Land der Westbalkanregion. (Veigl 2026a: 1) Das Land ist seit dem Friedensvertrag von Dayton 1995 zwischen drei Ethnien aufgeteilt. Die Republika Srpska, die sich eng mit Russland politisch abstimmt, will zudem eine Abspaltung vom Gesamtstaat Bosnien-Herzegowina erreichen. US-Präsident Trump ergriff ebenso Partei für die Republika Srpska. Medienberichten zufolge ging Trump sogar so weit, dass er dem Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen für Bosnien-Herzegowina, Christian Schmidt, drohte, ihn persönlich auf die US-Sanktionsliste zu setzen, sollte er nicht freiwillig abtreten. (Veigl 2026a: 1) Diesen Schritt hatte Schmidt noch Anfang Mai selbst getätigt. Kosovo hat sich nach dem Bürgerkrieg Ende der 1990er-Jahre mit Unterstützung der USA und der EU von Serbien abgespalten. Das Land war zudem im Jahr 2025 „über lange Zeit ohne funktionsfähiges Parlament“, erläuterte der Diplomat und ehemalige Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina, Wolfgang Petritsch. (Veigl 2026b: 6) Das Land ist geprägt von ungelösten Souveränitätsfragen mit Serbien und einer innenpolitisch geschwächten Regierung. Gescheitert ist zunächst die Präsidentenwahl daran, dass Teile der Opposition aus der Kammer auszogen und so das für die Wahl nötige Präsenzquorum nicht zustande kam. Im Vorfeld war es Premierminister Albin Kurti bzw. dessen Selbstbestimmungspartei (Vetëvendosje – VV) seit der Wahl im Januar 2026, der seither über eine absolute Mehrheit verfügt, nicht gelungen, die Opposition dazu zu bewegen, für eine seiner beiden VV-Kandidatinnen zu stimmen. Premierminister Kurti, der ursprünglich aus der Studentenbewegung stammt und als Linksnationalist gilt, zeigt sich nicht gewillt, sowohl auf die Oppositionsparteien als auch auf die serbische Volksgruppe, die derzeit etwa 100.000 Menschen von insgesamt 1,6 Millionen Einwohnern zählt, zuzugehen. Bei den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2026 wurde im Kosovo zudem zum dritten Mal innerhalb von 16 Monaten gewählt. Ministerpräsident Kurti musste dabei jedoch Verluste hinnehmen. Kurtis linksnationalistische Partei kam dabei auf

43,1 Prozent der Stimmen und erhielt um sieben Prozent weniger als noch im Dezember 2025. Premierminister Kurti hat es lange nicht geschafft, politische Kompromisse zu schließen. Er zeigte sich, so der Diplomat Wolfgang Petritsch, ähnlich wie auch sein serbischer Gegenspieler Präsident Vučić, „kompromissunfähig“. (Veigl 2026b: 6) Die „alten“ Parteien im Kosovo waren zunächst aus der ehemaligen Widerstandsarmee UÇK entstanden, diese waren durch Korruption diskreditiert. Daher wird Kurtis VV die dominierende Partei bleiben. Wolfgang Petritsch schließt jedoch eine Staatskrise im Kosovo nicht aus, falls sich die „Kompromissunfähigkeit“ fortsetze. Das hätte eine Schwächung des ohnehin fragilen Landes zur Folge. Vor mehr als zehn Jahren wurden der serbischen Minderheit „bestimmte administrative Rechte zugestanden, etwa ein Zusammenschluss der fünf Gemeinden, in denen die Bevölkerung mehrheitlich serbisch ist, in bestimmten Bereichen – etwa Schulwesen, Müllabfuhr, oder Wasserversorgung ... Aber das ist bislang immer noch nicht passiert“, analysierte Petritsch. (Veigl 2026b: 6) Serbien kann aus Sicht von Wolfgang Petritsch durch einen EU-Beitritt des Kosovo „nur verlieren“.

Die EU ist nun gefordert, „Zuckerbrot“ und „Peitsche“ äußerst überlegt einzusetzen:

- Jene Länder, die seit teilweise über 20 Jahren EU-Kandidatenstatus besitzen, sollten nicht noch länger hingehalten werden, der EU beizutreten. Ziel dieser Länder sollte es sein, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken und Korruption weitgehend zu bekämpfen.
- Die EU sollte jedoch vermehrt Druck auf jene Politiker ausüben, die nicht gewillt sind, Koalitionen zu bilden und auch den Schutz von autochthonen Volksgruppen ignorieren.

In der Region Westbalkan bilden die wirtschaftliche Unterentwicklung sowie die Abwanderung ein großes Problem für alle Staaten. Bosnien-Herzegowina hat allein seit dem Kriegsende 1995 mehr als 30 Prozent seiner Bevölkerung verloren: „Solange sich die Westbalkanstaaten nicht zuerst regional verknüpfen und wirtschaftlich und politisch kooperieren, wird es keine Möglichkeit geben, die volkswirtschaftliche Situation so voranzutreiben, dass man zu einem lebensfähigen Player in der EU wird“, schlussfolgerte der Diplomat Wolfgang Petritsch und schätzte die Lage für die Zukunft wie folgt ein: „Und dieses wirtschaftliche Hinterherhinken des Westbalkans, fürchte ich, geht weit über 2030 hinaus.“ (Veigl 2026b: 6) Zudem bleibt auch die gesamtpolitische Entwicklung der Westbalkanregion äußerst unsicher: Mit dem Rücktritt von Christian Schmidt als Hoher Beauftragter der Vereinten Nationen für Bosnien-Herzegowina bleibt auch das Bestehen dieses Amtes fraglich. Seit 1995 hat der Hohe Beauftragte im Auftrag der Vereinten Nationen die Umsetzung des Dayton-Friedensabkommens zu überwachen. Eingesetzt wird dieses Amt vom Friedensimplementierungsrat (PIC), dem mehr als 50 Staaten angehören. Der Hohe Repräsentant ist mit umfangreichen Vollmachten ausgestattet, mit denen er Gesetze verfügen und Amtsträger entlassen kann. Diese Machtfülle „auf dem Papier“ wird jedoch durch fehlende Mittel zu deren Durchsetzung und den schwindenden Rückhalt der „Schutzmächte“ limitiert. Mit der Botschaft, dass er keine Lust mehr habe, ein „totes Pferd zu reiten“, hatte sich der frühere slowakische Hohe Repräsentant

Miroslav Lajčák (2007-2009) aus Sarajewo verabschiedet. (Roser 2026: 6) China und Russland machen sich vor allem für die Abschaffung dieses Amtes stark, das sie als überflüssig ansehen. Zudem wird dieses Amt von Politikern der bosnischen Serben und Kroaten kritisiert. Aus deren Sicht ist es höchste Zeit, dass Bosnien-Herzegowina selbst über seine Geschicke bestimmen könne. Seitens der EU bzw. ihrer 27 Mitgliedstaaten existiert weiterhin keine einheitliche Strategie betreffend die Zukunft dieses Amtes. (Roser 2026: 6)

Afrika: scheinbarer Aufbruch und Ausbreitung des Terrors

Afrika bleibt im wirtschaftlichen Fokus der EU. So hatten am 20. November 2025 die EU und Südafrika die *Clean Trade and Investment Partnership* unterzeichnet, gemeinsam mit einem neuen Kooperationsübereinkommen über Wertketten in den Bereichen Mineralien und Metalle und zum Ausbau des *Global Gateway* u. a. mittels des am 9. Oktober 2025 in Brüssel von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Präsident Cyril Ramaphosa vorgestellten *Team Europe Investment Package* im Wert von beinahe 12 Milliarden Euro mit dem Ziel, die digitale Konnektivität, die nachhaltige Infrastruktur und den pharmazeutischen Bereich zu stärken. (European Commission 2025: 1) Die *Global Gateway*-Initiative bildet die globale EU-Investitionsstrategie. Derartige Abkommen wurden seitens der EU zuvor mit Sambia, der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und Namibia unterzeichnet. Diese Initiativen sollen die EU und die daran beteiligten Länder in die Lage versetzen, ihre Lieferketten und lokale „strategische Industrien“ zu stärken sowie Investitionen im Bereich „grüner Wasserstoff“ und kritische Rohstoffe zu beschleunigen. Gemeinsam mit der *Gates Foundation* bewilligte die Europäische Kommission die Garantie für eine Anleihe der Europäischen Investitionsbank (EIB) mit dem Ziel, die Medikamentenproduktion in Südafrika zu steigern (European Commission 2025: 1). Diese schließt sich einer 760-Millionen-Unterstützung für den südafrikanischen Pharmaziesektor an und soll zum Ziel Afrikas beitragen, 60 Prozent der Medikamente bis zum Jahr 2040 auf lokaler Ebene selbst produzieren zu können. (European Commission 2025: 1) Frankreich sucht nach seinem schwindenden Einfluss in der Sahelzone nun nach Einfluss in Ostafrika, hier vor allem in Kenia. Frankreich zielt auf eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit, so im Bereich Luftfahrt (*Airbus*) oder im Gesundheitswesen. (ORF, Ö1-Morgenjournal, 11. Mai 2026, 08.17 Uhr) Aus Afrika sollte ein aufstrebender Kontinent werden, gemäß dem strategischen Entwicklungsprogramm der Afrikanischen Union (AU) – der Agenda 2063. In zahlreichen Regionen des afrikanischen Kontinents bleiben jedoch Kriege und Konflikte – vor allem um wertvolle Rohstoffe und strategische Mineralien – Alltag. So verschlechterte sich trotz eines initiierten Friedensprozesses in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) in Südkivu die Sicherheitslage. Bewaffnete Kräfte hatten sich über diese gesamte Region verbreitet. Zahlreiche Menschen waren und sind weiterhin gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen. Im Jahr 2025 hatte die von Ruanda unterstützte Miliz M23 (*Mouvement du 23 mars*) die beiden größten Städte im Osten der DRK, Goma und Bukavu, eingenommen. Durch einen Friedensvertrag, der von den USA unterstützt und im Dezember 2025 von den Präsidenten der DRK und Ruanda, Félix Tshisekedi und Paul Kagame, unterzeichnet wurde, sollte dieser kriegsartige Konflikt beendet werden. Monate später breiteten sich jedoch die Kämpfe auf einige mehr entlegene Gebiete aus,

ethnische Spannungen wurden dadurch intensiviert und somit auch Befürchtungen, dass sich diese auf Katanga – dem Industriezentrum der DRK – ausbreiten könnten. Im Januar 2026 hatte die M23 auf Druck der USA die Stadt Uvira verlassen müssen, die nur Tage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages eingenommen wurde. Nachdem Willy Ngoma, der Sprecher der M23, durch eine Drohnenattacke in der Nähe der Minenstadt Rubaya in Nordkivu im Februar 2026 getötet wurde, intensivierten die M23-Verbündeten in Südkivu ihre Offensive gegen die kongolesischen Streitkräfte und jene Milizen, die mit den Streitkräften der DRK verbündet sind. Wer auch immer die Kontrolle über die rohstoffreiche Region erlangt, kontrolliert die Städte am Tanganjikasee und jene Straße im Süden, die in das kongolesische Zentrum zur Schürfung der Bodenschätze führt. Eine halbe Million Zivilisten wurden in dieser Region zwischen Dezember 2025 und März 2026 vertrieben. Zudem existieren in dieser Region nach wie vor Spannungen, die ihre Ursache in den Gräueltaten der Banyamulenge-Milizen (Banyamulenge sind Tutsis aus Südkivu) während des ersten und des zweiten „Kongokriegs“ der späten 1990er- und frühen 2000er-Jahre haben. Zu dieser Zeit wurden diese Gruppen von Ruanda unterstützt, um jene Hutus zu bekämpfen, die nach dem Genozid an den Tutsis in Ruanda in die DRK geflüchtet waren. Die größte Banyamulenge-Miliz unterhält ihre Hochburg im Hochland von Südkivu und schloss sich Anfang 2025 der M23 an. Die US-Administration unter Präsident Trump zeigt sich zudem an Investitionen amerikanischer Firmen in dieser Region sehr interessiert, vor allem an der Ausbeutung lukrativer Kupfer- und Kobaltminen. (The Economist 2026a: 30-31) Im Westen Afrikas bzw. in der Sahelzone hatte sich in den letzten zehn Jahren der sogenannte „islamistische Terror“ massiv ausgebreitet. Im Jahr 2017 wurde eine der mächtigsten dschihadistischen Gruppen – die *Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin* (JNIM) – gegründet. Diese schloss sich zusammen aus mehreren dschihadistischen Gruppen wie *Ansar Dine*, der *Al Kaida im Maghreb* (AQIM), der *Katiba Macina* und der *Katiba Al-Maurabitoune*. Die zweite dschihadistische Gruppe in dieser Region ist der *Islamische Staat in Groß-Sahara*. (Van Hövell 2026a: 4) Seit 2017 breitete sich der JNIM auf der Nord-Süd-Achse aus, von Mali über Burkina Faso bis Niger. Im Mai 2025 war die Gruppe verantwortlich für die Ermordung von 800 Personen in den drei afrikanischen Ländern. Vom Süden von Mali und Burkina Faso aus könnte sich die JNIM an die Grenzen der Küstenstaaten vom Golf von Guinea ausbreiten – Benin, Togo, Elfenbeinküste und Ghana, in denen bereits Einfälle der JNIM und Massaker verzeichnet wurden. Die Region um den Tschadsee verzeichnet einen Anstieg der *Boko Haram* und des *Islamischen Staates in Westafrika*. (Van Hövell 2026a: 9) Im Jahr 2021 hatte Ruanda, gefolgt von der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft, Soldaten nach Mosambik verlegt, um den *Islamischen Staat in der Mozambik-Provinz* (ISMP) in der Provinz Cabo Delgado zu neutralisieren. Seither hatten mehrere afrikanische Länder wie Südafrika, Botswana, Lesotho und Tansania Truppen nach Mosambik entsendet, um dessen Regierung dabei zu unterstützen, den dschihadistischen Terror zu bekämpfen. Auf Drängen Frankreichs und Portugals wurde seitens der EU im Jahr 2021 eine militärische Trainingsmission (EUTM) zur Ausbildung von schnellen Reaktionskräften in Mosambik eingeleitet. Seither wurden über 500 Soldaten aus Mosambik ausgebildet (Van Hövell 2026a: 24). Seit 2023 organisiert

der Iran Gipfel mit Regierungen afrikanischer Länder. Im April 2025 nahmen bereits 30 afrikanische Staaten am afrikanisch-iranischen Gipfel teil. Ziel des Irans ist es, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit afrikanischen Ländern zu stärken, hier vor allem die Zusammenarbeit in den Bereichen Ausbeutung von Bodenschätzen, Landwirtschaft und Gesundheitswesen. Im Vergleich zu Ländern wie Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und der Türkei waren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und afrikanischen Ländern als eher bescheiden einzuordnen, das änderte sich jedoch mit der Aufnahme des Iran im Jahr 2024 in die BRICS, an denen auch Südafrika, Ägypten und Äthiopien teilnehmen. Der Iran hat inzwischen die diplomatischen und militärischen Beziehungen mit Südafrika intensiviert. Zudem zeigt sich der Iran am Ausbau der diplomatischen und militärischen Beziehungen mit der „Allianz der Sahelstaaten“ – bestehend aus Burkina Faso, Mali und Niger – interessiert, auch mit dem Ziel der Ausbeutung dortiger dringend benötigter Bodenschätze wie Uran in Niger. Zudem ist der Iran interessiert, Drohnentechnologie nach Afrika zu exportieren. So hatte der Iran im Jahr 2023 ein Drohnenexportabkommen mit Uganda unterzeichnet (Van Hövell 2026b: 2) Im Roten Meer griff der Iran über die schiitischen Houthis bzw. die Bewegung *Ansar Allah* Handelsschiffe jener Länder an, die Israel im Kampf gegen die Hamas nach dem 7. Oktober 2023 unterstützen. Ziel des iranischen Mullah-Regimes ist es, über die Houthis die Handelsstraßen zwischen dem Jemen und dem Sudan zu kontrollieren, also auch jene Handelsstraßen im Golf von Aden und im Indischen Ozean, die für den globalen Schiffsverkehr unverzichtbar sind. (Van Hövell 2026b: 2) Im Sudan ist der Iran indirekt in den mit brutalen militärischen Mitteln ausgetragenen Konflikt zwischen der regulären sudanesischen Armee und den Rapid Support Forces (RSF) involviert und unterstützt die reguläre Armee mit der Lieferung von Drohnen. (Van Hövell 2026b: 2) Die iranischen Revolutionsgarden stehen auch im Kampf um die Unabhängigkeit von Westsahara von Marokko auf Seiten der *Front Polisario* und ihrem Staatenprojekt *Arabische Demokratische Republik Sahara*. Das Mullah-Regime unterstützt zudem jene Gruppen in zahlreichen afrikanischen Ländern wie Ghana, Tschad, Zentralafrikanischer Republik sowie in Uganda, Simbabwe und in Kenia, die gegen westliche Interessen in den jeweiligen Staaten auftreten. In Nigeria unterhält der Iran Beziehungen zur *Islamischen Bewegung von Nigeria* unter Ibrahim Zakzaky, deren Ziel es ist, in Nigeria Schulen sowie religiöse Zentren für ihre Zielsetzungen zu missbrauchen. (Van Hövell 2026b: 3) So ist der afrikanische Kontinent vermehrt auch iranischem Einfluss ausgesetzt.

Europa bleibt abhängig von Rohstoffen

Seit 2022 – also seit Russlands Angriff auf die Ukraine – befindet sich die weltweite Energieversorgung „in einem mehr oder weniger permanenten Krisenzustand“, so der Präsident des österreichischen Elektrizitätswirtschaftsverbandes *Oesterreichs Energie* und Vorsitzender des Vorstandes des Energieunternehmens *Verbund AG*, Michael Strugl, bei einer Podiumsdiskussion am 11. Mai 2026 in Wien. (Fischer 2026b: 1) Der Krieg der USA mit dem Iran habe die Lage jedoch „neuerlich verschärft“: „Wir sind ja energiewirtschaftlich keine Insel, auch wenn das manche glauben. Und wir können das Problem der Energieversorgung nicht

allein lösen. Das ist aufgrund der geopolitischen und geoökonomischen Zusammenhänge unmöglich.“ (Fischer 2026b: 1) Nicht einmal im Stromsektor könne Österreich seine Versorgung ohne den europäischen Binnenmarkt bewältigen. (Fischer 2026b: 1) Mit einem „schwer prognostizierbaren und unruhigen Umfeld“ sieht sich Österreichs größter Stromkonzern Verbund angesichts der geopolitischen Lage konfrontiert, so Generaldirektor Michael Strugl bei der Hauptversammlung in Wien. Angesichts der durch den Krieg im Nahen Osten tendenziell steigenden Öl- und Gaspreise werden ebenso die Strompreise „perspektivisch anziehen“ (Fischer 2026a: 1). Zwar führe dies vorerst zu höheren Erlösen bei den Stromerzeugern: „In Österreich werden diese Mehreinnahmen aber als sogenannte Übergewinne vom Staat abgeschöpft, sei es um Kundengruppen wie die Industrie oder sozial Schwache zu unterstützen, sei es, um das Budget zu sanieren. Und die Diskussionen über entsprechende Eingriffe dürften noch intensiver werden.“ Dies mache demnach für das Verbundmanagement noch schwieriger, die künftigen Erlöse des Unternehmens abzuschätzen: „Wir müssen daher gewissermaßen auf Sicht fahren und uns genau überlegen, welche Investitionen wir tätigen und welche Personalmaßnahmen wir setzen.“ (Fischer 2026a: 1) Der Krieg Israels und der USA gegen die Mullah-Führung im Iran verdeutlicht erneut, dass Europa in allen energiepolitischen Bereichen seine Abhängigkeiten – von wem auch immer – deutlich reduzieren und eigene Kapazitäten erschließen muss. Europa ist nun in die Lage versetzt, seine Energie vermehrt selbst zu erzeugen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Kriegs- und Krisenregionen deutlich zu reduzieren. Ziel ist dabei die Stärkung der Autonomie Europas bei der eigenen Energieproduktion, erläuterte auch Fatih Birol, Leiter der Internationalen Energiebehörde (IEA). Am 18. Mai wurde in Wittau bei Wien ein neues Gasfeld erschlossen, das ein Zehntel der österreichischen Gaszufuhr garantieren soll. Dieses Gasfeld verdoppelt den Anteil der österreichischen Gasförderung von 7 Prozent auf 14 Prozent. Über 10 Jahre können so 100.000 Haushalte versorgt werden. Auf energiepolitischer Ebene gilt es, so Birol, die Atomenergie auszubauen, ebenso wie die erneuerbare Energie und die Wasserkraft. Durch diesen Energiemix könnte die Autonomie Europas gestärkt werden. (ORF, Zeit im Bild, 23. März 2026, 13.00 Uhr bis 13.27 Uhr) Im Bereich Halbleiter gilt es, ebenso in Europa mehr zu produzieren – derzeit werden die weltweit besten Halbleiter in Taiwan vom Konzern *TSMC* hergestellt, die „High-End“-Technologie von *TSMC* erweist sich dabei um Jahre voraus. Beim chinesischen Anspruch auf Taiwan geht es auch vor allem darum, wer *TSMC* kontrolliert, nicht nur darum, was Chinas Staatschef Xi Jinping als „historische Wiedergutmachung“ titulierte. Es geht somit um die Erreichung der technologischen Vorherrschaft. Auch die technologische Abhängigkeit von den USA gilt es seitens der EU-Staaten zu reduzieren. Bereits mit dem „Cloud Act“ können US-Firmen Dienstleistungen „von einem Tag auf den anderen“ auf Anweisung des Weißen Hauses einstellen. China begann sich größtenteils von der technologischen Kontrolle durch die USA unabhängig zu machen und schuf eine eigene Produktions- und Technologiebasis. Waren noch in den 1980er-Jahren an die 90 Prozent der seltenen Erden von Mountain Path (Kalifornien) produziert worden, begann in diesem Zeitraum China mit Billigung der USA mit der Produktion von seltenen Erden. Westliche Firmen machten sich von China auf

diesem Sektor somit zunehmend abhängig. In den Bereichen Magnete, Batterien, und Leiterplattenmotoren besitzt China inzwischen ein Monopol. In letzter Zeit verhängte China vermehrt Ausfuhrbestimmungen für die Verarbeitungstechnologie, die zuvor ausschließlich von den USA verhängt wurden. Nun ist es umgekehrt. Mit „Made in China 2025“ wurde China zum Hochtechnologieführer. China ist im Begriff, nun eine technologische Supermacht zu werden. Im Bereich Elektroautos zählen chinesische Konzerne wie *BYD* und *Geely* zu den Gewinnern. Auch in Österreich werden seit 2025 chinesische Fahrzeugmodelle „Made in EU“ in Graz gebaut. China ist nun in vielen Bereichen weltführend, so bei jeder Form von Robotik, bei permanenten Magneten, Elektrofahrzeugen, grüner Energie, Batterietechnologie und Sonnenkollektoren, so der Chefarchitekt der amerikanischen China-Politik unter der Regierung Joseph R. Biden, Jake Sullivan. Das entscheidende Rennen um die Künstliche Intelligenz könnte in 5 bis 7 Jahren zwischen China und den USA zuungunsten der USA entschieden sein. China und die USA liefern sich nun gegenseitig ein Wettrennen um die Überlegenheit in der KI. Im Bereich Kommunikationsstrukturen ist die EU ausschließlich auf die USA angewiesen. Hier gilt es ebenso, die Abhängigkeit der EU zu reduzieren und eigene Kapazitäten aufzubauen. (ORF 2026a: 1) Die EU ist enorm abhängig von Drittstaaten im Bereich Rohstoffversorgung geworden. 100 Prozent bei Lithium aus Chile, bei Magnesium, bei Bor aus der Türkei sowie bei seltenen Erden aus China, das sich bei den seltenen Erden eine „globale Vormachtstellung erarbeitet hat“, zudem 99 Prozent bei Graphit und Tantal, 84 Prozent bei Kobalt und 81 Prozent bei Wolfram. 2024 trat ein EU-Gesetz zu kritischen Rohstoffen in Kraft, das vorschreibt, bis 2030 den Abbau, die Verarbeitung und das Recyceln auszubauen. Zudem sollten bis 2030 maximal 65 Prozent des jährlichen Verbrauchs aus einem einzelnen Staat bezogen werden. (Sendlhofer 2026: 7) Um eine Lagerstätte für den Abbau zu entwickeln, dauert es 15 Jahre, so Mathias Burisch-Hassel, Professor für Rohstoffmineralogie an der Montanuniversität Leoben. Die EU sollte zudem stärker in Explorationsprojekte für Primärrohstoffe und Aufbereitungs- sowie Veredelungskapazitäten investieren. So existieren Lithiumvorkommen in Kärnten und in der Böhmischen Masse, es gibt Grafitvorkommen in der Steiermark, in Mittersill gibt es aktiven Wolfram-Bergbau, ebenso sind Zinkvorkommen bekannt. Viele historische Lagerstätten sind noch nicht mit modernen Methoden neu exploriert. Der *European Chips Act* sieht vor, den Anteil der Halbleiterproduktion bis 2030 auf 20 Prozent zu erhöhen. Bei Erdölimporten sind für die EU die USA, Norwegen und Kasachstan die größten Partner (je 15 Prozent). (Sendlhofer 2026: 7)

Ausblick und Ableitungen für Europa und Österreich

Die EU befindet sich sicherheits-, verteidigungs- und geopolitisch weiterhin in einem enormen Reformstau. Das Ziel, die EU koordiniert verteidigungspolitischer auszurichten, lässt sich nur – wenn überhaupt – äußerst langfristig umsetzen. Die Frage einer gemeinsamen EU-Verteidigung nach Artikel 42 (7) EU-Vertrag in der Fassung des Vertrags von Lissabon bleibt nach wie vor ergebnisoffen. Zu sehr unterscheiden sich in der Umsetzung die Vorstellungen in den EU-Mitgliedstaaten. Außenpolitisch bleibt die EU ziemlich uneinheitlich – sei

es in einer gemeinsamen Vorgehensweise betreffend Ukraine, sei es, einen gemeinsamen Weg und eine einheitliche Vorgehensweise gegenüber Israel im Nahostkonflikt zu finden. Nach 16 Jahren Regierung unter Viktor Orbán zeichnet sich nun in Ungarn mit der Wahl von Péter Magyar zum Ministerpräsidenten ein Wandel in Richtung Annäherung an die gemeinsame EU-Außenpolitik ab: Russland wird somit wieder als Aggressor gegen die Ukraine und die Ukraine nicht mehr als „Feind“ gesehen, wie Orbán dies im Wahlkampf 2026 ausgedrückt hatte. Umgekehrt gewannen Putin-freundlichere Kandidaten in Bulgarien und Slowenien die Wahlen. Jedoch war Ungarn unter Orbán als illiberale „Führungsmacht“ aufgetreten, die zum Teil erreicht hatte, relevante Entscheidungen zur Unterstützung der Ukraine – wie den von Kiew dringend benötigten 90-Milliarden-Euro-Kredit für zwei Jahre – zu torpedieren. Dieser Kurs hat sich nun mit der Wahl von Péter Magyar geändert.

Im August 2026 ist in Island ein Referendum – erstmals seit den gescheiterten EU-Beitrittsgesprächen im Jahr 2013 – über den EU-Beitritt des Landes geplant. Montenegro – ein Land, flächenmäßig etwa doppelt so groß wie Tirol (600.000 Einwohner) will bis zum Jahr 2028 das 28. EU-Mitglied werden, gefolgt bis 2030 von Albanien. Am 15. Juni 2026 wurden offiziell die EU-Beitrittsgespräche mit der Ukraine und mit Moldawien nach der durch Ministerpräsident Magyar aufgehobenen Blockade von Ungarn eingeleitet, wenige Stunden zuvor griff Russland erneut die Ukraine mit über 600 Drohnen und 70 Raketen an – elf Menschen kamen dabei ums Leben, im Zuge dieser Angriffe wurde auch die Hauptkirche des historischen Höhlenklosters in Kiew getroffen, das aus dem 11. Jahrhundert stammt und zugleich *das* Symbol des ukrainischen Christentums darstellt. (BR24 2026: 1)

Durch die Stärkung der ukrainischen Verteidigung aufgrund verbesserter, zum Teil KI-unterstützter Drohnentechnologie werden nun die russischen Streitkräfte herausgefordert. Die Ukraine versucht auch, die von Russland kontrollierte Krim von russischer Logistik und von der Kontrolle Moskaus insgesamt abzuschneiden. Dadurch befindet sich die Krim auch in einer schweren Energie- und Treibstoffkrise. Die Intensität der ukrainischen Angriffe veranlasste Rafat Tschubarow, Vorsitzender des Medschlis des Krimtatarischen Volkes, die ca. 500.000 bis 800.000 russischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die sich illegal nach dem 27. Februar 2014 – also nach der russischen Annexion der Halbinsel – auf der Krim niedergelassen haben, aufzufordern, die Krim unverzüglich zu verlassen, um „die unvermeidliche Bestrafung noch zu vermeiden.“ So führte Tschubarow weiter aus: „Jeder Tag, an dem die Kertsch-Brücke noch in Betrieb ist, ist Ihre Chance, die Krim sicher und freiwillig zu verlassen. Bald wird es diese Möglichkeit nicht mehr geben.“ (Vakulina 2026: 1) Insgesamt sind an die 80 Prozent der russischen Kampfkräfte im Osten der Ukraine gebunden. Somit könnte ein Angriff Russlands auf die NATO jedoch nur dann erfolgen, wenn sich Putins Regierung von außen existenziell bedroht sieht. Nach einem Ende des russischen Krieges gegen die Ukraine könnte die russische Staatsführung größere Truppenkontingente im Norden an den Grenzen zur NATO bzw. EU stationieren: „Wir rechnen mit 80.000 Soldaten an unserer Grenze, verglichen mit zuvor 20.000“, schätzte der finnische Generalstabschef Pasi Välimäki Mitte Juni die Lage ein. Nach Recherchen von skandinavischen Medien baut nun Russland

seine militärische Infrastruktur entlang der NATO- bzw. EU-Ostgrenze aus. Seit 2024 wurden in den Regionen um Petrosawodsk, Kandalakscha, Petschenga und in Kaliningrad an mehreren Standorten seitens des russischen Militärs neue Anlagen, darunter auch Kasernen und Lagerhallen, errichtet. (OE24 2026: 1) Währenddessen setzt sich der Abnutzungskrieg in der Ukraine fort. Im Libanon wird der Krieg zwischen der Hisbollah und Israel ebenso fortgesetzt. Die Hisbollah ist nicht bereit, den Kampf gegen Israel als Staat aufzugeben. Israel rückte deshalb immer weiter im Süden des Libanon vor, so weit wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Am 31. Mai wurde von Israel die Kreuzritterburg Beaufort eingenommen. Weil die Hisbollah zudem den Sturz der libanesischen Regierung in Beirut anstrebt, scheint die libanesisische Regierung den Kampf Israels gegen die Hisbollah auch indirekt zu unterstützen, um das „Hisbollah-Problem“ zu lösen. (ORF, Zeit im Bild 1, 31. Mai 2026, 19.30 Uhr bis ca. 19.34 Uhr) Weder Russland noch die USA und Israel zeigen sich imstande, den jeweiligen Kriegsgegner Ukraine und Iran zur Kapitulation zu bringen. Beide hatten die Verteidigungsfähigkeiten ihrer Gegner, bedingt durch neue und ausgereifte Drohnenwaffensysteme und vor allem durch den Verteidigungswillen der jeweiligen Regierungen, unterschätzt. Während Russlands Präsident Putin zu Beginn seines Feldzuges gegen die Ukraine überzeugt war, den Krieg binnen drei Tagen beenden zu können, bezeichnete US-Präsident Trump den Krieg gegen die Mullah-Führung als „little excursion“, die in vier bis fünf Wochen beendet werden könnte. (Jakes 2026: 1) Sowohl Putin als auch Trump saßen ihrer eigenen Propaganda auf. Seitens der NATO wird aufgrund russischer militärischer Ausbauinitiativen entlang der östlichen NATO- und EU-Grenzen nicht ausgeschlossen, dass russische Streitkräfte eines Tages auch Territorien von NATO- bzw. EU-Mitgliedstaaten angreifen könnten. Wäre Österreich in einem derartigen Fall verteidigungsbereit? „Ein Großteil der Bevölkerung ist schlecht bis gar nicht auf einen Ernstfall vorbereitet“, erläuterte Hans Rathgeb, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik (ÖGLS) in Salzburg. Erstens ist die Wehrfähigkeit Österreichs über Jahrzehnte „stark vernachlässigt worden“, der Aufbau des Bundesheeres schreitet jedoch mittlerweile voran. In Österreich gilt es zudem, die Grundversorgung mit Lebensmitteln und Energie im Krisenfall zu gewährleisten und die größtmögliche Unabhängigkeit bei Lieferketten sicherzustellen. (Purger 2026: 5) Um energiepolitisch unabhängiger zu werden, erweist sich der Ausbau erneuerbarer Energie weiterhin als unverzichtbar. Wasserkraft macht zwar derzeit über 90 Prozent der Stromversorgung des Verbunds aus (Fischer 2026a: 1), dies kann sich aufgrund des Klimawandels rasch ändern. Große Relevanz liegt nun in der Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz – zivil, wirtschaftlich, geistig und militärisch, um diese vier Säulen der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) auch wirksam umsetzen zu können.

Quellen

ALBUSAIDI, Badr (2026): By invitation, in: The Economist, 21. März 2026, S. 14.

ALLON, Jigal (1971): ... und David ergriff die Schleuder, Geburt und Werden der Armee Israels, Colloquium Verlag, Berlin.

BBC (2019): Nato alliance experiencing brain death, says Macron, BBC, 7. November 2019, <https://www.bbc.com/news/world-europe-50335267> [10. November 2019]

- BR24 (2026): Höhlenkloster brennt: Russische Angriffe treffen Kiews Welterbe, BR24, aktualisiert am 15. Juni 2026, 14: 37 Uhr, <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/russische-angriffe-auf-kiew-treffen-beruehmtes-hoehlenkloster,VMafobd> [15. Juni 2026]
- BRANDES, Sabine (2026): „Wenn ich nicht wäre, säßest du im Gefängnis“, in: Salzburger Nachrichten, 3. Juni 2026, S. 9.
- DEBUSMANN, Bernd, Jr. (2026): What’s in the US-Iran agreement? , BBC, 18. Juni 2026, <https://www.bbc.com/news/articles/cvgmqzr6p9mo> [18. Juni 2026]
- ÉLYSÉE (2026): Joint Statement on Greenland, posted on 6 January 2026, <https://www.elysee.fr/en/emmanuel-macron/2026/01/06/joint-statement-on-greenland> [07.02.2026]
- EUROPEAN COMMISSION (2025): Ahead of G20 Summit, EU and South Africa advance cooperation on clean trade and investment, Press Release, November 20, 2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2755 [21. November 2025]
- FISCHER, Klaus (2026a): Verbund sieht sich in “unruhigem Umfeld”, E&M powernews – Aktuelle Meldungen – 22. April 2026 – 13.00 Uhr.
- FISCHER, Klaus (2026b): E&M powernews – Aktuelle Meldungen – 12. Mai 2025 – 13:00 Uhr.
- HAUSER, Gunther (2022): Die USA – Interessen und Strategien, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 1/2022, Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien.
- HAUSER, Gunther (2026): Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem und seine Akteure, Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung, 11. Auflage, Wien, April 2026.
- JAKES, Lara (2026): Two conflicts reflect the evolution of warfare, in: The New York Times International Edition, May 28, 2026, S. 1 und 4.
- KRAMAR, Konrad (2026): Israels mordende Siedler: EU sucht Antwort, in: Kurier, 11. Mai 2026, S. 6.
- KRÖPFL, Elisabeth (2026): Großteil von Irans Raketenarsenal offenbar weiterhin intakt, in: Kurier, 14. Mai 2026, S. 7.
- NATO (2026): Arctic security, Updated: 12 February 2026, <https://www.nato.int/en/what-we-do/deterrence-and-defence/arctic-security> [13. Februar 2026]
- OE24 (2026): Neue Satellitenbilder: 80.000 Soldaten: Riesiger Russen-Aufmarsch an der NATO-Grenze, OE24, 13. Juni 2026 14:02 Uhr, <https://www.oe24.at/a/80000-soldaten-riesiger-russen-aufmarsch-an-der-nato-grenze-900091819> [14. Juni 2026]
- ORF (2026a): Ö1, „Technologie und Geopolitik“, Wiener Vorlesungen mit Misha Glenny und Helga Nowotny, 22. März 2026, 18.15 Uhr bis 18.50 Uhr.
- ORF (2026b): SIPRI-Bericht, Nukleare Arsenalen gewinnen an Gewicht, 08.06.2026, 06.09 Uhr, <https://orf.at/stories/3432637> [9. Juni 2026]
- PACK-HOMOLKA, Stephanie (2026): „Aus chinesischer Sicht ist Trump ein Geschenk“, Interview mit Reinhard Heinisch, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Salzburg, in: Salzburger Nachrichten, 13. Mai 2026, S. 7.
- PASCHER, Dorina (2026): „Trump ist nicht gerade für seine Geduld bekannt“, in: Salzburger Nachrichten, 9. Mai 2026, S. 7.
- PETERNEL Evelyn (2026): Game of Drones, in: Kurier, 14. Mai 2026, S. 7.
- POSCH, Walter (2024): Irans Rolle im Nahen Osten. Konzepte und Instrumente der Machtprojektion, IFK Kontext Nr. 02/2024, hrsgg. vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie, Wien, Februar 2024.

- PURGER, Alexander (2026): „Sind schlecht bis gar nicht auf den Ernstfall vorbereitet“, Interview mit Hans Rathgeb, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik (ÖGLS) in Salzburg, in: Salzburger Nachrichten, 25. April 2026, S. 5.
- RICHTER, Wolfgang (2026): US-Streichliste: Europas Nato-Schock bleibt aus, Gastbeitrag, Focus, 6. Juni 2026, 12:17 Uhr, https://www.focus.de/politik/ausland/trumps-nato-streichliste-der-usa-fuer-europa-umfasst-1-flugzeugtraegergruppe-54-kampffjets-und-11-see-aufklaerungsflugzeuge_a77e5b64-2e1a-493b-a5eb-6416b3d686ee.html [6. Juni 2026]
- ROSER, Thomas (2026): Braucht Bosnien ausländische Schiedsrichter?, in: Salzburger Nachrichten, 15. Mai 2026, S. 6.
- SALZBURGER NACHRICHTEN (2026a), Angespantes Warten im Iran: Hält die Waffenruhe?, in: Salzburger Nachrichten, 13. Mai 2026, S. 7.
- SALZBURGER NACHRICHTEN (2026b), USA und Iran stehen vor entscheidendem Abkommen, in: Salzburger Nachrichten, 13. Juni 2026, S. 7.
- SEIBERT, Thomas (2026): Iran will mit Gewalt die Kontrolle über Hormus behalten, in: Die Presse, 6. Mai 2026, S. 3.
- SENDLHOFER, Thomas (2026): Fast vollständig angewiesen auf Drittstaaten, in: Salzburger Nachrichten, 25. April 2026, S. 7.
- SWANSON, Nate (2026): Experts react: The US and Iran just announced an interim peace deal. Here's what we know so far, Atlantic Council, June 14, 2026, 10:34 p.m. ET, <https://www.atlanticcouncil.org/dispatches/experts-react-the-us-and-iran-just-announced-an-interim-peace-deal-heres-what-we-know-so-far/> [15. Juni 2026]
- TAGESSCHAU (2026): Nach aus des FCAS-Projekts: Rüstungsfirmen schließen neue Kampffjet-Allianz, Stand: 11. Juni 2026 – 18.22 Uhr, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/ruestung-kampffjet-allianz-europa-100.html> [12. Juni 2026]
- TECKLENBORG, Lara (2026): Ende der NATO: Kann Europa sich ohne Amerika verteidigen?, Treffpunkteuropa.de, 15. Juni 2026, <https://www.treffpunkteuropa.de/ende-der-nato-kann-europa-sich-ohne-amerika-verteidigen?lang=fr> [16. Juni 2026]
- THE ECONOMIST (2026a), War in eastern Congo. Out of sight, in: The Economist, 21. März 2026, S. 30-31.
- THE ECONOMIST (2026b): Cuba. No country for old men, in: The Economist, 23. Mai 2026, S. 38-39.
- U.S. Congress (2026): The United States' Prosecution of Nicolás Maduro Moros: United States v. Maduro, 4 March 2026, <https://www.congress.gov/crs-product/LSB11401> [01.06.2026]
- VAKULINA, Sasha (2026): Ukraines Nachricht an Moskau: „Für die Russen beginnt die Hölle.“, Euronews, 18. Juni 2026 – 10.08 MEZ, <https://de.euronews.com/my-europe/2026/06/18/fedorow-moskau-russen-krim> [18. Juni 2026]
- VAN HÖVELL, Rodolphe (2026a): Le djihadisme violent en Afrique subsaharienne. La progression d'une menace sans frontières, Institut Royal Supérieur de Défense, Centre d'Études de Sécurité et Défense, Sécurité & Défense, Focus Paper 61, Bruxelles / Brüssel, März 2026.
- VAN HÖVELL, Rodolphe (2026b): L'Iran des ayatollahs en Afrique, Institut Royal Supérieur de Défense, Centre d'Études de Sécurité et Défense, e-Note 93, Bruxelles / Brüssel, 9. April 2026.
- VEIGL, Stefan (2026a): Europa muss am Westbalkan einen Spagat schaffen, in: Salzburger Nachrichten, 15. Mai 2026, S. 1.
- VEIGL, Stefan (2026b): „Kann zu Staaskrise im Kosovo werden“, Interview mit Wolfgang Petritsch, in: Salzburger Nachrichten, 15. Mai 2026, S. 6.

Chinas Beziehung zu Venezuela

im Schatten der „Donroe“-Doktrin der USA

von Barbara Farkas

Die US-Ideologie hinter der „Donroe“-Doktrin umfasst das Postulat der uneingeschränkten US-Vorherrschaft und der Versicherung der chinesisch-lateinamerikanischen Beziehungen. China sieht eine fortgeführte Logik der Monroe-Doktrin.

In Venezuela verfolgt China eine geoökonomische Strategie der nachhaltigen strukturellen Verdrängung.

Chinas unmittelbare Risiken infolge der US-Militäroperation in Venezuela betreffen seine Souveränität, technologische Sicherheit und Glaubwürdigkeit im Globalen Süden. Als strategische Implikation besteht Chinas größte Bedrohung darin, dass der US-Präzedenzfall der bedingten Souveränität eine globale Instabilität auslösen und dadurch Chinas wirtschaftliche Expansionspläne weltweit gefährden könnte.

Für die überregionale BRICS-Staatengruppe erwiesen sich die Ereignisse als Katalysator für die innere Kohäsion und die Positionierung gegen den als delegitimiert wahrgenommenen politischen Westen.

Mit einer charakteristischen Kombination aus kalkulierter Zurückhaltung und rhetorischer Härte setzt China angesichts der asymmetrischen Eskalationslogik, die auf Chinas ökonomischem Vernetzungsstreben einerseits und der militärischen Interventionsbereitschaft der USA andererseits beruht, auf strategische Geduld und die langfristige Entfremdung Lateinamerikas von den USA.

Die US-Militäroperation als mögliche Zäsur für Chinas Venezuela-Politik

Chinas vielschichtige Beziehung zu Venezuela (vgl. Farkas 2020, S. 261-284) nahm durch die US-Militäroperation zur Festnahme von Nicolás Maduro im Jänner 2026 an Komplexität zu. Dieser Zugriff gilt als schwerwiegender Bruch globaler Normen und als Zäsur in den internationalen Beziehungen, die den chinesischen Einfluss in der westlichen Hemisphäre beeinträchtigt (vgl. Thompson 2026; Zhu 2026). An diesem Wendepunkt der globalen Governance sieht sich China zur Verteidigung seiner strategischen Partnerschaft mit Lateinamerika und insbesondere Venezuela gegen eine neue Form der US-Machtprojektion veranlasst. Der vorliegende Beitrag ordnet Chinas bilaterales Verhältnis mit Venezuela in den breiteren Kontext des globalen Großmachtwettbewerbs zwischen den USA und China ein.

Die Ideologie der „Donroe“-Doktrin aus den Perspektiven Chinas und der USA

Die Ideologie hinter der „Donroe“-Doktrin umfasst das US-Postulat der eigenen uneingeschränkten Vorherrschaft und eine Versicherung aller Aspekte durch die USA, darunter auch die Beziehungen zwischen China und Lateinamerika. Darin erkennt China eine fortgeführte Logik der Monroe-Doktrin.

Die **USA** verwiesen bei ihrem Vorgehen in Venezuela auf ihre aktuelle nationale Sicherheitsstrategie und insbesondere den „Trump-Korollar“ als logische Weiterführung der Monroe-Doktrin (vgl. The White House 2025, S. 15-19). Diese sogenannte „Donroe“-Doktrin fordert die vorbehaltlose US-Dominanz in der westlichen Hemisphäre und verwehrt Gegnern jeglichen Zugang (vgl. Thompson 2026; Zhou 2026).

China sieht in der „Donroe“-Doktrin eine über die Jahrzehnte kontinuierliche Verfolgung derselben Zielsetzung und weniger einen grundlegenden Wandel unter US-Präsident Trump (vgl. Zhou 2025; Song 2025). Im Detail nehmen chinesische Analysten sechs unterschiedliche Entwicklungsphasen der Monroe-Doktrin wahr, die jeweils stets eine Logik des Ausschlusses anderer Akteure und der US-Intervention beibehielten (vgl. Song 2025). Die Veränderungen in der Lateinamerika-Politik der USA stellen vielmehr eine Neugewichtung der Prioritäten innerhalb dieses bestehenden Rahmens dar (vgl. Sitegeqi 2025).

Die US-Bedenken betreffen die geostrategischen Absichten hinter Chinas wachsender Präsenz in Lateinamerika, die daraus resultierende Bedrohung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen US-Interessen, insbesondere in sensiblen Bereichen wie der kritischen Infrastruktur und seltenen Erden, sowie die Mangelhaftigkeit und Anfälligkeit der eigenen bisherigen Strategie gegenüber Lateinamerika (vgl. Shao/Yan 2025).

Zu den langfristigen außenpolitischen Zielen der USA zählt China daher Sicherheit, regionale und globale Hegemonie, Bündnisbildung sowie wirtschaftliches Engagement. Die fortgesetzten Elemente der ursprünglichen Monroe-Doktrin umfassen neben dem Ausschluss von Großmächten in

Lateinamerika und der US-Einmischung in der Region zudem eine – in der zweiten Amtszeit Trumps verstärkte – isolationistische Diplomatie.

Dabei zielt die gegenwärtige Anwendung der Monroe-Doktrin im Blickwinkel Chinas in erster Linie auf die innenpolitischen Probleme der USA ab. Trump weitete den Fokus stärker auf die gesamte westliche Hemisphäre und die potenzielle direkte territoriale Kontrolle aus, beispielsweise über Grönland, Panama und Kanada. Chinesische Analysten orten im US-Engagement gegenüber lateinamerikanischen Ländern sowie in der Beibehaltung isolationistischer Tendenzen Widersprüche und stellen als Schlussfolgerung einen Mangel an Konsens über die US-Außenpolitik gegenüber Lateinamerika innerhalb der Trump-Regierung fest. Außerdem weisen sie darauf hin, dass die USA zu ihrer Zielverfolgung in Lateinamerika schwerwiegende Drohungen aussprachen und hinterfragen zugleich die Fähigkeit der USA zur Umsetzung dieser Drohungen in die Tat (vgl. Sitegeqi 2025).

Die Beständigkeit der US-Zielsetzungen und ihre im Laufe der Geschichte wechselnde Prioritätenordnung erklären einerseits die Kontinuität und andererseits die Anpassungsfähigkeit der Monroe-Doktrin. Trump zeigte bereits in seiner ersten Amtszeit Interesse an der Monroe-Doktrin (vgl. Sitegeqi 2025). Ihre Wiederbelebung durch Trump ist in den Augen chinesischer Analysten ein qualitativer Wandel in Richtung einer Versicherheitlichung. Diese ist von der Wahrnehmung bzw. Handhabung von Sachverhalten als Sicherheitsproblem gekennzeichnet. Durch die Neudefinition der USA von Handel, Ideologie, Migration sowie der Zusammenarbeit zwischen China und Lateinamerika als direkte Bedrohungen der eigenen nationalen Sicherheit nutzen die USA die Monroe-Doktrin als legitimierenden Narrativ für eine Zwangsdiplomatie, welche die lateinamerikanische Souveränität den US-Interessen unterordnet (vgl. Zhou 2025; Song 2025).

Die räumliche und strategische Ausdehnung der „Monroe“-Doktrin

Den Beginn einer ernsthaften politischen Debatte in den USA über die chinesischen Beziehungen zu Lateinamerika und die kraftvolle Rückkehr der Monroe-Doktrin datieren chinesische Analysten rund um das Jahr 2017. Dies korrelierte mit dem Amtsantritt der ersten Trump-Regierung (vgl. Shao/Yan 2025; Song 2025). Als Gegenmaßnahme zu Chinas regionaler Präsenz sieht sich die US-Regierung seit damals veranlasst, den langjährigen Zustand der „wohlwollenden Vernachlässigung“ Lateinamerikas zu beenden und erhebliche Ressourcen in die Bereiche Entwicklungshilfe, Technologie, Finanzen, Handel und Diplomatie in die Region zu lenken. Damit soll Chinas Einfluss geschwächt werden. Weil sich Lateinamerika zu einem wichtigen Schauplatz im geopolitischen Großmachtwettbewerb zwischen den USA und China entwickeln könnte, werden sich die Länder entsprechend positionieren (vgl. Shao/Yan 2025). Dabei könnten die sich ohnehin langsam entwickelnden lateinamerikanischen Volkswirtschaften unter Trump weitere Widerstände erfahren.

Charakterisiert wird Trumps neue Monroe-Doktrin durch einen Ring der **inneren Sicherheit** und einen Ring der **Dollar-Hegemonie**. Beide zielen auf

den Schutz der strategischen US-Interessen ab. Der innere Ring umfasst die geographische Kontrolle über den Atlantik, den Ost- und Westpazifik sowie in Form eines Sicherheits- und Kontrollbereiches Mexiko, Mittelamerika und die Karibik. Der Ring der Dollar-Hegemonie erstreckt sich über die ganze Welt und insbesondere in den asiatisch-pazifischen Raum, Europa und die USA (vgl. Xie 2025).

Zu den bestimmenden Merkmalen und neuen **Instrumenten der „Donroe“-Doktrin**, die weiterhin auf der Logik des Ausschlussdenkens und des Interventionismus basieren, zählen militärische Drohungen in Bezug auf Sicherheitsfragen, die Verhängung von Zöllen, die Spaltung Lateinamerikas entlang politischer Links-Rechts-Linien, eine deutlich expansionistische Rhetorik und die zwangsweise Rückführung von Migranten.

Ein zentrales politisches **Ziel der „Donroe“-Doktrin in Lateinamerika** ist der regionale Ausschluss Chinas. Die USA versuchen systematisch, Chinas wirtschaftliche, finanzielle und strategische Präsenz in Lateinamerika durch Druckausübung auf die Regierungen, falsche Behauptungen sowie wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zwangsmaßnahmen einzudämmen. Die Effektivität der US-Maßnahmen schätzt China als relativ gering ein (vgl. Song 2025).

Generell streben die USA nach einer Verstärkung ihrer Kontrolle über Lateinamerika, unter anderem durch die Instrumentalisierung von Themen wie etwa Drogenhandel und illegale Einwanderung. Außerdem zeigte sich die Lateinamerikastrategie der USA im Abbau des internationalen Systems und in der Auslagerung von Verantwortlichkeiten an US-Verbündete und Partner. Aufgrund des strukturellen Charakters der US-Hegemonie und der wirtschaftlichen Globalisierung ist für die USA ein Rückzug aus ihren Verpflichtungen in Lateinamerika keine realistische strategische Option. Trumps Außenpolitik führt wahrscheinlich zu einem Umfeld, das eine rechtsgerichtete Führung und politische Polarisierung in der Region begünstigt. Dies wird die lateinamerikanischen Länder zu einer Hinwendung zu Partnerschaften mit China und Europa veranlassen. Als Kontrast zum unwillkommenen Vorgehen der USA möchte China den lateinamerikanischen Ländern konkrete wirtschaftliche Vorteile anbieten. Dabei hebt China hervor, dass seine Zusammenarbeit mit Lateinamerika nicht nur eine Konsequenz des ausgeweiteten Großmacht-wettbewerbs zwischen den USA und China darstellt, sondern vielmehr auf gegenseitigem Nutzen beruht (vgl. Zhang 2025).

Chinas geoökonomische Strategie der strukturellen Verdrängung in Venezuela

Chinas Präferenz liegt auf der Schaffung einer **multipolaren Weltordnung** (vgl. State Council 2025, S. 4), in der die US-Dominanz in der westlichen Hemisphäre zumindest ökonomisch geschwächt wird. Trotz des vergleichsweise späten Beitritts lateinamerikanischer Staaten zur chinesischen Seidenstraße bzw. deren inzwischen zahlreichen komplementären Initiativen, darunter die globale Sicherheitsinitiative, betrachtet China Lateinamerika als bedeutenden Akteur. Die zahlreichen regionalen Herausforderungen für China umfassen politische

Instabilität, intraregionale Ungleichheiten, die Einmischung der US-Regierung, hohe Kriminalitätsraten und kulturelle Unterschiede. Venezuela weist mit 83 Punkten auf einer Skala von 100 den höchsten Kriminalitätsindex aller Länder auf (vgl. Lou 2024).

Die **strategische Gelegenheit** für eine Vertiefung der chinesischen Kooperation mit Lateinamerika liegt im lateinamerikanischen Streben nach Autonomie, in der wirtschaftlichen Komplementarität mit China, in der gemeinsamen Identität als Teil des globalen Südens (vgl. Zhou 2025) und nicht zuletzt darin, dass linksgerichtete Regierungen an die Macht kamen, die der Seidenstraße bzw. China aufgeschlossener begegneten. Konkret hofft China auf eine Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit mit Brasilien (vgl. Lou 2024).

Im Gegensatz zu den USA folgen Chinas Logik und Engagement in Venezuela und generell in Lateinamerika (vgl. State Council 2025) keinem rein militärischen, sondern einem **strukturell-ökonomischen Ansatz**. China steigert seinen Einfluss nicht durch geopolitische Konfrontation, sondern durch ökonomische Verdrängung, indem es das von den USA durch den Rückzug aus Handel und Entwicklungsfinanzierung hinterlassene Vakuum füllt (vgl. Urdinez 2026a; 2026b). Dieser Kurs einer konsequenten und nachhaltigeren, jedoch langsameren geoökonomischen Einflussnahme, insbesondere durch Investitionen und technologische Partnerschaften, wurde durch die zwei Sitzungen des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz 2026 bestätigt. In deren Rahmen wurden die von der politischen Führung getroffenen Entscheidungen formalisiert und insbesondere der 15. Fünfjahresplan (2026 bis 2030) erörtert (vgl. Gong 2026). China legt den Fokus auf systemische Prioritäten und agiert in erster Linie zur Absicherung seiner eigenen Langzeitpläne. Im Ausland greift es ausschließlich bei der unmittelbaren Bedrohung der eigenen Kerninteressen aktiv ein (vgl. Hao 2026).

China unterteilt die lateinamerikanischen Staaten in **drei Kategorien**. Erstens in Industriegüter exportierende Industrieländer, dazu zählt vor allem Mexiko. Zweitens in dienstleistungsorientierte Volkswirtschaften, beispielsweise Panama und die Karibikinseln. Und drittens in von Rohstoffen abhängige Volkswirtschaften, das sind in erster Linie die südamerikanischen Länder (vgl. Xie 2025).

Die wirtschaftlichen Perspektiven Lateinamerikas sieht China durch die zunehmenden Ungewissheiten in der Weltwirtschaft und im globalen Handel gefährdet. Sein eigenes Wirtschaftswachstum stuft China als Stütze für die weitere Intensivierung des bilateralen Handels und der Investitionen ein. Zur Förderung der bilateralen Beziehungen stehen unterschiedliche potenzielle **Maßnahmen bzw. Bereiche** zur Verfügung. Diese umfassen den Warenhandel entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten, die Kooperation bei der Abkoppelung vom US-Dollar, den Ausbau der energiepolitischen Zusammenarbeit sowie die Vertiefung des militärischen Austauschs, die möglicherweise Besuche von chinesischen Marineschiffen in Lateinamerika für Begleit- und Rettungsübungen einschließen könnte (vgl. Xie 2025).

Die strategische Tiefe der asymmetrischen Kooperation Chinas mit Venezuela

Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) Venezuelas erreichte 2024 ca. 120 Mrd. US-Dollar, die Exporte betrugen ca. 15 Mrd. US-Dollar. Dabei stellten Erdöl und Erdölerzeugnisse mit knapp 13 Mrd. US-Dollar bzw. einem Anteil von ca. 85 % der Gesamtexporte die wichtigsten Exportgüter dar. Als Handelsbilanzüberschuss erzielte Venezuela 2024 ca. 200 Mio. US-Dollar. Die Staatsverschuldung stieg im selben Jahr auf 164 % des BIP. Damit lag Venezuela nach dem Sudan, Japan und Singapur an der weltweit vierten Stelle. Den Tiefpunkt der Staatsverschuldung verzeichnete Venezuela 2023 mit 138,5 %, den Höchststand 2020 mit 336,5 % des BIP. Das BIP pro Kopf lag 2024 mit 4.510 US-Dollar in Relation zu den anderen Ländern der Region im Mittelfeld. Den höchsten BIP-Wert pro Kopf erreichte Ecuador mit 6.940 US-Dollar, den niedrigsten Wert Haiti mit 2.041 US-Dollar. Die Staatsquote Venezuelas lag 2024 mit 17,6 % vergleichsweise niedrig (vgl. Statista o.D.).

Chinas Beziehung zu Venezuela, einem strategischen Brückenkopf in Lateinamerika, ist stark von strategischen Interessen geprägt. In jeder Region gesteht China einem geographisch, politisch oder wirtschaftlich besonders vielversprechenden Land eine spezielle strategische Bedeutung als Knotenpunkt zu, verbunden mit einer tiefergehenden und langfristigen Berücksichtigung. Dabei galt Chinas Aufmerksamkeit bisher allerdings eher Brasilien und Argentinien (vgl. Farkas 2020, S. 103f; Farkas 2023, S. 285f). Die strategische Tiefe der chinesischen Beziehung zu Venezuela zeigt sich insbesondere in den Bereichen **Finanzen, Energie, Technologie, Militär und Raumfahrt** (vgl. Federici 2026; USCC 2026). Mit zunehmender Diversifizierung in den Bergbau und die Verkehrsinfrastruktur strebt China nach Markt- und Ressourcenzugang sowie außenpolitische Unterstützung (vgl. Farkas 2020, S. 263).

Die Bedeutung der bilateralen engen und asymmetrischen Handelsbeziehungen liegt weniger im ökonomischen Interesse Chinas als vielmehr in den **geopolitischen Interessen** (vgl. Federici 2026; USCC 2026). Für Venezuela stellt China einen wichtigen internationalen Verbündeten dar, vor allem wegen der allmählichen Verschlechterung seiner Beziehungen zu den USA, Europa und den anderen lateinamerikanischen Ländern (vgl. Farkas 2020, S. 281f). China ist der stärkste Investor und mit einem Exportanteil von knapp 20 % die zweitwichtigste Exportdestination.

Venezuela ist der größte **Kreditnehmer** chinesischer Staatsbanken in Lateinamerika und weist aktuell einen Außenstand von mindestens 10 Mrd. US-Dollar auf (vgl. Federici 2026; USCC 2026). Die chinesischen Investitionen durch Konzerne und Staatsbanken sind für das international isolierte Venezuela für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität essenziell. Sie erfolgten vor allem im Infrastrukturausbau sowie im Erdöl- und Erdgassektor zur Steigerung der Erdölproduktion.

2024 erreichte die **Erdölproduktion Venezuelas** ca. 50 Mio. Tonnen und generierte mehr als die Hälfte der staatlichen Einnahmen. Der Hauptabnehmer ist, mit einem Anteil von 55 %, China (vgl. Statista o.D.). Die Erdölkooperation

führte China trotz der US-Sanktionen fort (vgl. Federici 2026; USCC 2026). Die Wertschöpfung, insbesondere die Raffination, findet hauptsächlich in China statt. Obwohl der Importanteil des venezolanischen Erdöls unter 5 % beträgt, bleibt Venezuela trotz seiner logistischen und politischen Instabilität für Chinas langfristige Energieversorgung und –sicherheit zentral. Die Finanzierungen der Chinesischen Entwicklungsbank erhöhten in den vergangenen Jahren Chinas Einfluss in der venezolanischen Erdölproduktion signifikant. Die Preise für die Erdöllieferungen wurden zur Schwächung der globalen Rolle des US-Dollars teils in der chinesischen Währung Renminbi festgelegt. Die Wirtschaftskrise und die fallenden Ölpreise machten Venezuela das Erreichen seines angestrebten Fördervolumens unmöglich. Zur Mobilisierung seines Erdölsektors benötigte Venezuela deshalb die weitere finanzielle Unterstützung, die China trotz der wirtschaftlichen und politischen Risiken gewährte. Es beendete jedoch die tilgungsfreie Periode und vereinbarte die Schuldenrückzahlung in Form von Erdöl.

Venezuela ist zudem der stärkste regionale Abnehmer chinesischer **Militärausrüstung** sowie von Kommunikations- und Fernmeldesatelliten (vgl. Farkas 2020, S. 279). Von großer Relevanz ist Chinas Betrieb bzw. Nutzung zweier Satelliten-Tracking-Stationen in Venezuela. Dies unterstreicht die bilaterale technologische Verflechtung (vgl. Federici 2026; USCC 2026).

In diesem Kontext erscheint Chinas Vorgehen in Venezuela nicht als kurzfristige Reaktion, sondern als Teil einer langfristigen geoökonomischen Strategie.

Die trilaterale Dynamik zwischen China, Venezuela und den USA infolge der US-Militäroperation in Venezuela

Das ursprünglich wirtschaftliche Wettbewerbsverhältnis zwischen China und den USA in Venezuela wird durch eine asymmetrische Eskalationslogik geprägt.

Die **USA** nutzen ihre militärische Stärke zur Wiedererlangung der regionalen Kontrolle, zur Abwehr der strukturellen Verdrängung durch China und zur Kompensation ihrer schwindenden ökonomischen Macht, wobei das US-Vorgehen zu Instabilität führt (vgl. Urdinez 2026a; 2026b; Zhou 2026).

China setzt grundsätzlich auf die ökonomische Verflechtung sowie auf strategische Geduld, denn es wartet auf die langfristige Entfremdung zwischen den USA und Lateinamerika als Folge der US-Interventionen. Wegen der Beeinträchtigung seiner Lateinamerika-Beziehungen musste China seine Regionalstrategie aus einer defensiven Position überdenken. Chinas Optionen bestanden aus Zurückhaltung, strategischem Rückzug zur Verhinderung einer globalen Eskalation oder einer – höchst unwahrscheinliche – Konfrontation mit den USA (vgl. Thompson 2026). Auf jeden Fall bemüht sich China um die Schadensminimierung, zumindest im Energie- und Finanzbereich (vgl. USCC 2026; Yang/Seow 2026). Denn die Anerkennung der massiven Schulden gegenüber China durch die Nachfolgeregierung Venezuelas ist unklar.

Venezuela fungiert als Schauplatz dieser zwei Paradigmen und der US-Ambitionen. Maduros Verhaftung stürzte Venezuela in ein Chaos und delegitierte die regelbasierte internationale Ordnung (vgl. USCC 2026).

Chinas Risiken infolge der US-Militäroperation

Die unmittelbaren Risiken für China infolge des US-Präzedenzfalles in Venezuela betreffen die Souveränität, die technologische Sicherheit und die Glaubwürdigkeit im Globalen Süden. Durch das Ignorieren von Staatsgrenzen mit dem Argument der nationalen Sicherheit etablierten die USA eine Zeitphase der **bedingten Souveränität**. Dies untergräbt Chinas außenpolitisches Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und damit Chinas wesentliches völkerrechtliches Argument gegen westliche Einmischung, insbesondere in der Taiwan-Frage (vgl. Guo 2026).

Chinas **technologische Sicherheit** und seine Weltraumambitionen sind insofern gefährdet, als die von China betriebenen Satelliten-Tracking-Stationen in Venezuela zerstört werden könnten oder möglicherweise unter US-Kontrolle fallen.

Zudem steht Chinas **Glaubwürdigkeit im Globalen Süden** auf dem Spiel, vor allem durch eine mangelnde Unterstützung für seinen strategischen Partner in Lateinamerika. Denn es präsentiert sich als verlässlicher Partner gegen die US-Hegemonie, muss jedoch zugleich darauf achten, sich nicht in unkalkulierbare regionale Konflikte involvieren zu lassen (vgl. USCC 2026).

Chinas zweigleisige Reaktion vereint kalkulierte Zurückhaltung und rhetorische Härte

Chinas Positionierung vereinte kalkulierte Zurückhaltung mit rhetorischer Härte. China und Venezuela verbindet eine seit 2023 aufgewertete strategische Partnerschaft, die als höchste diplomatische Einstufung Chinas mit einer langfristigen Kooperation in den Bereichen Politik, Handel und Energie verbunden ist (vgl. USCC 2026; Federici 2026; Farkas 2020, S. 281). Trotz der rhetorisch stark unterlegten Partnerschaft war China mangels formeller Sicherheitsgarantien keineswegs zu einer militärischen Intervention für die Maduro-Regierung verpflichtet (vgl. USCC 2026). Chinas Unterstützung basiert auf seiner 2022 gestarteten Globalen Sicherheitsinitiative. Deren strategisch-theoretische Bedeutung liegt in ihrem Charakter als Gegenentwurf zum traditionellen westlichen Sicherheitsbegriff und der politischen Dominanz des Westens unter Führung der USA (vgl. Farkas 2023, S. 214f), wobei die internationale Friedenssicherung und die Konfliktlösung im Mittelpunkt stehen (vgl. State Council 2025). Manche Analysten sehen in der für China überraschenden Festnahme Maduros ein erhebliches geheimdienstliches Versagen der chinesischen Aufklärung in der Region und damit die Sichtbarmachung der Grenzen dieser Partnerschaft in der aktuellen Krise (vgl. Thompson 2026).

Chinas zweigleisige Reaktion auf den US-Angriff umfasst erstens die Positionierung als Verteidiger der nationalen Souveränität und des Völkerrechts sowie eine scharfe diplomatische und rhetorische Verurteilung der „einseitigen und illegalen Vorgangsweise“ der USA in einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates am 05.01.2026 (vgl. UN News 2026; USCC 2026). Zweitens zeigte China durch die Entsendung des Sonderbotschafters Qiu Xiaoqi kurz vor dem US-Zugriff symbolische Nähe zu Venezuela (vgl. Palmer 2026). Zugleich

vermeidet China eine direkte und insbesondere eine militärische Konfrontation mit den USA (vgl. Hao 2026).

BRICS und der Globale Süden im Kontext der Krise in Venezuela / als Alternative

Die Krise in Venezuela ist ein Testfall für die **BRICS-Staatengruppe**, wobei sie sich als Katalysator für die innere Kohäsion herausstellte (vgl. USCC 2026). Während China versucht, BRICS als stabilen Gegenpol zum „unberechenbaren Westen“ zu positionieren, zeigt die US-Intervention, dass angesichts der Bereitschaft der USA zum Einsatz militärischer Macht ökonomische Verdrängung allein (vgl. Urdinez 2026a; 2026b) nicht ausreicht. Chinas gemeinsame Marineübung mit den BRICS-Plus-Staaten kurz nach dem US-Zugriff in Venezuela sollte sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit demonstrieren und die Abkehr von einer ausschließlich auf die Wirtschaft konzentrierten Kooperation signalisieren (vgl. USCC 2026).

China nutzt die Krise in Venezuela außerdem als Narrativ zur **Delegitimierung des Westens**. Diesem wird völkerrechtswidriges Vorgehen und Doppelmoral vorgeworfen, insbesondere die Verteidigung von internationalen Regeln nur unter der Voraussetzung, dass sie den eigenen Interessen dienen. Dies stärkt Chinas Position als alternative Führungsmacht des Globalen Südens (vgl. Sim 2026; Zhu 2026). Die Unberechenbarkeit der USA treibt sogar US-Verbündete dazu, ihre Partnerschaften zu diversifizieren und sich China oder BRICS zuzuwenden, um sich vor der unvorhersehbaren US-Politik, insbesondere einseitigen US-Sanktionen oder US-Interventionen, zu schützen (vgl. Yang/Seow 2026).

Venezuela betrachtet sich als Teil der neuen, multipolar ausgerichteten Weltordnung und strebt seit einigen Jahren aktiv die Mitgliedschaft in der BRICS-Staatengruppe an. Seinen formellen BRICS-Beitritt blockierte jedoch – trotz der engen bilateralen Beziehungen – Brasilien aufgrund der umstrittenen Präsidentschaftswahlen in Venezuela 2024/2025. Dies führte zu diplomatischer Verstimmung und zeigt ein komplexes Zusammenspiel von **internen politischen Konflikten innerhalb Lateinamerikas einerseits** und dem **Wunsch nach Bündnisbildung gegen den Westen andererseits** auf. Venezuela interessiert sich zudem für die multilaterale Neue Entwicklungsbank, die 2014 von den BRICS-Gründerstaaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika gegründet wurde. Venezuelas Beweggründe liegen in der Umgehung westlicher Sanktionen, der wirtschaftlichen Diversifizierung und dem Erhalt von geopolitischer Unterstützung von China und Russland. Denn auf diese Weise könnte es seine internationale Isolation und seine Abhängigkeit vom US-Dollar verringern. Für die Rohstoffsicherung der BRICS-Staatengruppe wären die weltgrößten nachgewiesenen Erdölreserven in Venezuela von 300 Mrd. Barrel von Vorteil (vgl. USCC 2026).

Resümee und Ausblick

Im Kontext eines globalen Konflikts um die Definition bzw. Bedingtheit von Souveränität stand Chinas strategische Beziehung zu Venezuela zu Jahresbeginn 2026 an einem kritischen Punkt. Für China wurden die Ereignisse mit ihren

komplexen strategischen Implikationen zu einem Testfall. In der Folge legte es seine Auffassung der globalen Führungsrolle als besonnene, aber entschiedene Großmacht, die den BRICS-Staaten und dem Globalen Süden eine tragfähige Alternative zum unberechenbaren politischen Westen bietet, offen.

Als strategische Implikation besteht Chinas größte Bedrohung darin, dass der US-Präzedenzfall der bedingten Souveränität eine globale Instabilität auslösen und dadurch Chinas wirtschaftliche Expansionspläne weltweit gefährden könnte. Durch die Beeinträchtigung seiner bisher engen Beziehung zu Venezuela sieht sich China zum Überdenken seiner Regionalstrategie und insbesondere zur wirtschaftlichen und finanziellen Schadensminimierung in Venezuela veranlasst.

Während die USA unter Trump zu einer Politik der direkten (militärischen) Intervention zurückkehren, um ihren geopolitischen und ökonomischen Einflussverlust zu kompensieren, sieht sich China mit dem Problem konfrontiert, dass seine geoökonomische Strategie der strukturellen Verdrängung keine Antwort auf militärische Fakten bereithält.

China stand vor der Entscheidung, entweder seinen geopolitischen Status, die strategische Partnerschaft mit Venezuela und seine massiven Investitionen zu verteidigen oder zur Vermeidung eines größeren globalen Konflikts einen kostspieligen strategischen Rückzug anzutreten. Im Falle Venezuelas setzt China angesichts der asymmetrischen Eskalationslogik und gemäß seiner strategischen Kultur auf strategische Geduld und die langfristige Entfremdung Lateinamerikas von den USA.

Quellen

- Farkas, Barbara (2020); Die Seidenstraße. Wie China den strategischen Raum prägt, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 15/2020, Heeresdruck, Wien 2020, [online] <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1048> [09.01.2026].
- Farkas, Barbara (2023); Chinas politische und strategische Kultur. Die Bedeutung der politischen und strategischen Kultur für die Grand Strategy Chinas, Strategische Kulturen Ostasiens 1, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 7/2023, [online] <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3702> [09.02.2026].
- Federici, Joseph u.a. (2026); China-Venezuela Fact Sheet. A Short Primer on the Relationship, Issue Brief, U.S.-China Economic and Security Review Commission (USCC), Washington DC 2026.
- Gong, Xue (2026); Beyond Domestic. China's 2026 Two Sessions and Implications for Southeast Asia, RSIS IDSS Paper Nr. 036/2026, Nanyang Technology University (NTU), Singapur 2026.
- Guo, Jie (2026); Are we entering the age of conditional sovereignty?, ThinkChina, 13.01.2026, Singapur 2026.
- Hao, Nan (2026); Don't turn to China in every crisis, ThinkChina, 16.01.2026, Singapur 2026.
- Lou, Yu (2024); 中国与拉美共建“一带一路”：进展、挑战及前景展望 (Der gemeinsame Aufbau der „Belt and Road“-Initiative durch China und Lateinamerika: Fortschritte, Herausforderungen und Perspektiven). In: 国际合作中心 (International Cooperation Center), 17.06.2024.
- Palmer, James (2026); China Reacts to U.S. Strike on Venezuela, Foreign Policy (China Brief), 06.01.2026.
- Shao, Jingyi/Yan, Jin (2025); 美国精英对中美关系的认知及其影响 (Wahrnehmung der Beziehungen zwischen China und Lateinamerika und deren Auswirkungen durch die US-Eliten). In: 现代国际关

- 系 (Contemporary International Relations), 23.04.2025, S. 87-102, [online] <http://www.ci-cir.ac.cn/UpFiles/file/20250423/6388101740048774596618985.pdf> [23.03.2026].
- Sim, Tze Wei (2026); The US leads the West in tearing down the world order, ThinkChina, 22.01.2026, Singapur 2026.
- Sitegeqi (2025); 门罗主义的“旧”与“新” (Das „Alte“ und das „Neue“ der Monroe-Doktrin). In: 拉丁美洲研究 (Journal of Latin American Studies), 30.06.2025.
- Song, Yunjing (2025); 美国的“新门罗主义” (Die neue Monroe-Doktrin der USA). In: 拉丁美洲研究 (Journal of Latin American Studies), 30.06.2025.
- State Council (2025); 中国对拉丁美洲和加勒比政策文件 (Chinas Strategiepapier zu Lateinamerika und der Karibik), 10.12.2025; [online] https://www.mfa.gov.cn/web/zyxw/202512/t20251210_11770005.shtml [19.03.2026].
- Statista (o.D.); Venezuela – Daten & Fakten, [online] <https://de.statista.com/themen/5013/venezuela/#topicOverview> [14.03.2026].
- The White House (2025); National Security Strategy of the United States of America, [online] <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf> [13.03.2025].
- Thompson, Drew (2026); Trump's Maduro raid leaves Xi with no easy options, ThinkChina, 09.01.2026, Singapur 2026.
- UN News (2026); Maduro seized, norms tested: Security Council divided as Venezuela crisis deepens, 05.01.2026, [online] <https://news.un.org/en/story/2026/01/1166706> [17.03.2026].
- Urdinez, Francisco (2026a); How China Displaced the United States in Latin America, Interview von Juan Zhang für The U.S.-China Perception Monitor (The Carter Center), 07.02.2026.
- Urdinez, Francisco (2026b); Economic Displacement. China and the End of US Primacy in Latin America, Cambridge University Press, Cambridge 2026.
- USCC (U.S.-China Economic and Security Review Commission) (2026); China Strongly Condemns U.S. Actions in Venezuela, China Bulletin, 14.01.2026.
- Xie, Wenze (2025); “特朗普2.0”时期中拉经贸合作的新机遇 (Neue Chancen für die Wirtschafts- und Handelskooperation zwischen China und Lateinamerika in der Ära „Trump 2.0“). In: 拉丁美洲研究 (Journal of Latin American Studies), 30.06.2025.
- Yang, Zi/Seow, Cheng Wei Ian (2026); Trump's Hemispheric Ambitions. Implications for Southeast Asia, RSIS IDSS Paper Nr. 011/2026, Nanyang Technology University (NTU), Singapur 2026.
- Zhang, Yifei (2025); 美国对外战略调整与拉美战略自主 (Anpassung der US-Außenpolitik und strategische Autonomie Lateinamerikas). In: 拉丁美洲研究 (Journal of Latin American Studies), 30.06.2025.
- Zhou, Yifei (2026); The world recarved under the Donroe Doctrine, ThinkChina, 21.01.2026, Singapur 2026.
- Zhou, Zhiwei (2025); 美国门罗主义的政策态势及中拉合作展望 (Politische Entwicklung der US-amerikanischen Monroe-Doktrin und die Aussichten für die Zusammenarbeit zwischen China und Lateinamerika). In: 拉丁美洲研究 (Journal of Latin American Studies), 30.06.2025.
- Zhu, Zhiqun (2026); Trump's Maduro raid and the hypocrisy of the West, ThinkChina, 05.01.2026.

Die NATO

wird (langsam) europäisch und die US-Unsicherheit bleibt

von Otto Naderer

Die transatlantischen Beziehungen als Basis der NATO wurden in den letzten Monaten wiederholt von der US-Seite rücksichtslos beschädigt. Den Höhepunkt bildete die von der Regierung Trump unverblümt vorgetragene Forderung, dass Grönland Teil der USA werden müsse, was in bester „America first“ Ideologie mit den Sicherheitsinteressen Washingtons begründet wurde. Nach Abwendung dieser Bedrohung folgten weitere Beleidigungen, besonders nach dem amerikanisch-israelischen Angriff auf den Iran, in dessen Gefolge zusätzlich das Ölembargo gegen Russland aufgeweicht wurde. Die Unterstützung der Ukraine haben die USA zwischenzeitlich fast vollständig den Europäern übergeben.

Und so wird der nächste NATO-Gipfel in Ankara eigentlich eine eher schmerzhafteste Bestandsaufnahme der transatlantischen Beziehungen und weniger ein Signal der Stärke und Geschlossenheit des Bündnisses nach außen werden, wie es in schwierigen Zeiten nötig wäre. Parallel dazu verstärken sich die europäischen Anstrengungen zu mehr sicherheitspolitischer Souveränität.

Rückschau: Grönland – Iran – Bosnien: Trumps nie nachlassende Drohungen und Beleidigungen

War die im November des Vorjahres von der US-Regierung veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie schon von feindseligen Aussagen gegenüber der EU geprägt, immerhin eine Organisation, in der fast alle europäischen NATO-Verbündeten zu finden sind, so stand der Jahresbeginn 2026 unter der Annexionsdrohung Grönlands. Ganz einfach, weil im Sinne von „America first“ die nationale Sicherheit der USA dies erfordert. Ein Besuch des Vizepräsidenten Vance unterstrich diesen Anspruch trotz aller Ablehnung Dänemarks wie der lokalen Bevölkerung eindringlich, und sogar ein militärischer Angriff wurde nicht ausgeschlossen. Ein Entgegenkommen Kopenhagens über das beiderseitige Sicherheitsabkommen, auf dessen Grundlage ein US-amerikanischer Stützpunkt auf der großen Insel besteht und dessen Erweiterung durchaus hätte verhandelt werden können, führte vorerst zu keiner Entspannung. Folgerichtig sah Ministerpräsidentin Frederiksen bei einem US-Angriff die NATO am Ende und mit ihr die gesamte, seit dem Ende des 2. Weltkriegs aufgebaute Sicherheitsordnung. Kopenhagen begann schon, eventuelle Gegenmaßnahmen NATO-intern mit den nordischen Nachbarn und Schlüsselstaaten wie Deutschland und Frankreich zu koordinieren, doch erst das geschlossene Auftreten EU-Europas auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos und die von NATO-Generalsekretär Rutte geführten Verhandlungen führten zu einem Einlenken. Das (vorläufige) Ergebnis heißt „Arctic Sentry“. Eine NATO-geführte Operation, die in einem ersten Ansatz unter dem Dach des *Joint Forces Command* (JFC) Norfolk bereits bestehende Initiativen wie dänische und norwegische Übungen zusammenführt und damit die politisch wichtiger werdende Insel zukünftig besser schützen wird. Zu „Arctic Sentry“ zählte auch das Manöver „Cold Response“ im März 2026, an dem sich 25.000 Soldaten beteiligten, darunter Kontingente aus Dänemark und sogar aus den USA. Auf strategischer Ebene entsteht nun aber mit der angrenzenden GIUK-Lücke¹ auch eine Nebenfront zur „Ostflanke“, die eine starke maritime Komponente aufweist. Dennoch konnte die NATO, von der Donald Trump so wenig hält, einen Konflikt abwenden.



Übung „Cold Response 2026“²

¹ Grönland–Island–Vereinigtes Königreich, Anm.

² Bildquelle: JFC Norfolk (www.jfcnorfolk.nato.int) vom 9. 3. 2026, abgerufen am 17. 6. 2026.

Kaum hatten sich die Europäer von diesem Manöver und begleitenden Zolldrohungen erholt, begann Ende Februar der völkerrechtswidrige US-israelische Angriff auf den Iran. Genauer Anlass wie Kriegsziele unklar, wurden die europäischen Verbündeten nicht einmal darüber informiert, und „daher ist es auch nicht unser Krieg“, wie unter anderem der französische Präsident Macron trocken feststellte. Als nach anfänglichen Erfolgen das iranische Regime dennoch in der Lage war, den Krieg zeitlich in die Länge zu ziehen, auf die Nachbarländer auszuweiten und die für die globale Wirtschaft wichtige Meerenge von Hormus zu sperren, fielen dem alten Mann im Weißen Haus doch wieder die alten Verbündeten ein. Nun sollten sie rasch mit ihren Schiffen, vor allem Minenräumbooten, auslaufen und die große US-Marine bei ihrem Vorhaben unterstützen, die Straße von Hormus zu öffnen. Wenig überraschend blieben diese aber bei ihrer früheren Ablehnung und nannten einen Waffenstillstand und ein internationales Mandat für diese Mission als Bedingung für einen Einsatz.



Das deutsche Minenräumboot „Fulda“ beim Auslaufen aus Kiel, Mai 2026³

Das wiederum rief beim US-Präsidenten eine Lawine an negativen, mit Beleidigungen verstärkten, Reaktionen hervor. Er bezeichnete die Allianz als einen „Papiertiger“ und stellte einen Austritt aus dem Bündnis als Möglichkeit dar, „da die NATO nicht dagewesen sei, als wir sie brauchten“. Dass diese ein Bündnis mit klar definiertem Verteidigungsauftrag ist und nicht auf Zuruf offensive Aktionen im Nahen Osten ausführt, kümmerte ihn nicht. Ländern wie Italien und Spanien, die wegen der Völkerrechtswidrigkeit des Angriffs und teils wegen parlamentarischer Prozesse entweder die Nutzung des nationalen Luftraumes oder den Zugang zu Basen, oder beides, verwehrten, sahen sich Drohungen und im Falle Madrids, sogar mit dem Rausschmiss aus der Allianz ausgesetzt. „Feiglinge seien sie alle, die Europäer, da sie erst kämpfen wollten, wenn es nichts mehr zu kämpfen gibt“ waren Aussagen, die an die Beleidigungen über den Einsatz der europäischen Soldaten in Afghanistan erinnerten und mit abfälligen Bemerkungen

³ Bildquelle: „NATO in Hormuz is not mission creep“, in: Defense News (www.defense-news.com) vom 2. 6. 2026, abgerufen am 9. 6. 2026.

über die europäischen militärischen Fähigkeiten ergänzt wurden. Doch dass Verbündete aus Sicht der US-Regierung neuerdings wie Vasallen betrachtet werden, musste erst Deutschland erfahren. Eine Bemerkung von Bundeskanzler Merz vor Schülern über eine gewisse Demütigung der Amerikaner durch den Iran führte umgehend zur Anordnung, 5000 US-Soldaten aus der BRD abziehen. Zusätzlich wurde die unter Präsident Biden mit Bundeskanzler Scholz getroffene Vereinbarung zur Stationierung eines mit „Tomahawk“-Marschflugkörpern ausgerüsteten US-Verbandes ersatzlos gestrichen, was noch schwerer wog. Denn damit hätte die Fähigkeitslücke bei präzisen Langstreckenwaffen geschlossen werden sollen, bis europäischer Ersatz zur Verfügung steht. Erst wenn die Wichtigkeit derartiger Waffen für eine erfolgreiche Abschreckung bzw. Verteidigung Europas berücksichtigt wird, erkennt man die Tragweite dieses eigentlich feindlichen Beschlusses der Regierung Trump. Sogar Polen, dessen Präsident im Wahlkampf letztes Jahr von Trump unterstützt wurde, musste vorübergehend mit einer geringeren Zahl an US-Soldaten kalkulieren. Dafür darf sich Putin über eine immer wieder durch die USA verlängerte Lockerung des Ölembargos freuen, obwohl er mit seinen nachrichtendienstlichen Informationen dafür gesorgt haben dürfte, dass die Iraner hochwertiges Kriegsgerät wie eine AWACS zerstören konnten.

Unberechenbarkeit, Sprunghaftigkeit und Bestrafungen lösten eine US-Politik ab, die in der NATO über Jahrzehnte zumindest weitgehend von Berechenbarkeit und Verlässlichkeit, gemeinhin von Führungsverantwortung, geprägt war. Und von der Unterstützung der Verbündeten, nicht der Gegner, wie oben gezeigt und wie in Bosnien-Herzegowina erneut vorgeführt. Dort durfte sich Miroslav Dodik, der die Abspaltung des serbischen Landesteils vom gemeinsamen Staat seit Jahren vorantreibt, über die Aufhebung früher verhängter US-Sanktionen freuen. Und auch der Rücktritt seines Gegenspielers, des Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina, Christian Schmidt, dürfte nicht zuletzt auf Druck Washingtons erfolgt sein. Hier dürften schnöde Geschäftsinteressen der Familie Trump der Auslöser dieses Sinneswandels gewesen sein, und leider wird diese Politik der US-Regierung noch mindestens bis zum Jänner 2029 andauern.

Die NATO wird langsam europäischer

Die US-Abzugspläne beherrschten auch das Außenministertreffen des Bündnisses Ende Mai. SACEUR General Grynkewich bestätigte die geplante Reduzierung des US-Engagements in Europa und betonte dabei, dass dieser Vorgang mehrere Jahre dauern werde. Dies könnte die Europäer beruhigen, da ihnen doch die nötige Zeit zugebilligt werden würde, um Ersatz zu stellen. Dass aber alles, wie immer bei Trump, unsicher ist, zeigten Berichte des „Spiegel“ und der „New York Times“, die von einer massiven Reduktion bei strategischen Bombern, sonstigen Kampfflugzeugen, Fregatten und U-Booten sprachen, die das Pentagon für den NATO-Streitkräftepool zur Verfügung stellen würden. Wenn auch dafür wieder keine Zeitspanne genannt wurde so zeigt die Ankündigung doch, dass einmal früher gemachte Zusagen der USA für die Abschreckung der NATO (dem „NATO Force Model“, Anm.) keinen hohen Wert mehr besitzen.

Klarheit über den zukünftigen Umfang der US-Streitkräfte in Europa wird wohl erst das Gipfeltreffen in Ankara im Juli bringen, zumindest für eine gewisse Zeit.

„NATO 3.0“ ist die vom Pentagon formulierte Marke für eine Allianz mit wesentlich stärkerer europäischer, aber auch kanadischer, Lastenübernahme. Als ein erster Schritt wurden die operativen Führungsebenen, die Joint Force Command Norfolk und Neapel an Großbritannien bzw. an Italien abgegeben, dafür übernahmen die US-Streitkräfte das taktische maritime Kommando in Northwood. Sie haben nun die operative Ebene zugunsten der darunter liegenden taktischen aufgegeben, verfügen aber noch immer über die strategische Ebene SACEUR, womit auch ein Einsatz amerikanischer Soldaten in Europa noch denkbar, da nur unter US-Oberkommando vorstellbar, ist.

Parallel dazu bemühen sich die Europäer, ihre Verantwortung für die konventionelle Verteidigung des eigenen Kontinents nach und nach wahrzunehmen. So wird die Ukraine vor allem von Deutschland und den nordeuropäischen Staaten weiterhin massiv unterstützt, um eben die Zeit zu gewinnen, die für eine erfolgreiche strategische Richtungsänderung notwendig ist. Diese Hilfe profitiert nun aber mit der verstärkten Nutzung ukrainischer Einsatzerfahrungen auch von einem nicht zu unterschätzenden Wissenstransfer, vor allem den Einsatz von Drohnen und die fortschreitende Nutzung von KI im Führungsverfahren, betreffend. Und nicht nur das, europäische Rüstungsunternehmen wie Militärs beobachten auch die hohe Geschwindigkeit bei der Entwicklung und Fertigung der Drohnensysteme in der Ukraine, die die bisherigen langwierigen Entwicklungs- und Beschaffungsprozesse zukünftig ablösen soll. Dazu kommen im Sinne der Gesamtverteidigung noch die Erfahrungen, welche die Ukraine bei der Bewältigung der schweren russischen Angriffe auf ihre Energieinfrastruktur machen (muss).

Die USA haben sich hingegen aus dieser Aufgabe trotz ihrer Verpflichtungen aus dem Budapester Memorandum beinahe vollständig zurückgezogen und es muss gehofft werden, dass zumindest „Starlink“ für Aufklärung und Zielzuweisung der ukrainischen Streitkräfte bleibt. Denn der Nachschub an US-Waffen wie beispielsweise die „Patriot“-Flugabwehrsysteme, für den die Europäer zahlen müssen, geriet durch den Krieg im Nahen Osten erheblich ins Stocken, was Russland mit der Verstärkung seiner Luftangriffe umgehend ausnützte. Diese Angriffe ziehen auch immer wieder in den baltischen Staaten, in Polen und in Rumänien Luftraumverletzungen als Kollateralschaden nach sich, was in der rumänischen Grenzstadt Galati sogar zu verletzten Zivilpersonen führte. Diese Vorfälle unterstreichen die Gefährlichkeit der Zeiten, in denen wir leben.

Um die Effizienz ihrer Aufrüstung zu erhöhen, vereinbarten die europäischen Alliierten beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister im Februar mehrere Kooperationsprogramme zur Abwehr von ballistischen Raketen, zur Entwicklung von Drohnen für den Einsatz als präzise Langstreckenwaffen und zur Verwendung von autonomen Waffen sowie Sensoren in Seeüberwachungsaufgaben. Auch in der Frage des Nachfolgers für die Boeing E-3 AWACS dürfte mit „Global Eye“ ein europäisch-kanadisches Programm zum Zug kommen, das auf einem Bombardier-Flugzeug und einem von Saab gefertigten „Erieye“-Radar mit einer Reichweite von mehr als 550 Kilometer basiert. Die durch eine NATO-

Agentur getroffene Entscheidung ist zwar noch nicht bindend, bedeutet aber dennoch einen Hinweis auf eine von den USA unabhängige Lösung.

Begleitmaßnahmen der EU

Die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine, die mit der Billigung eines 90 Milliarden Euro schweren Kredits im Frühjahr erneut demonstriert wurde, und die Aufrüstung in vielen europäischen Staaten zeigen, dass sich die Europäer der umfassenden Bedrohung von Putin wie Trump bewusst sind. So will Deutschland die stärkste konventionelle Streitkraft Europas aufbauen und über mehrere „Koalitionen der Willigen“ wird ein möglicher Einsatz in der Meerenge von Hormus und ein Beitrag zur Absicherung eines möglichen Friedens in der Ukraine vorbereitet. Dasselbe gilt für Grönland und im weiteren Sinne für die Arktis, was den riesigen geografischen Rahmen dieser Aufgaben skizziert. Und da die Unsicherheit des amerikanischen Beistands zum Artikel 5 NATO-Vertrag immer größer wird, wurden auf EU-Ebene durch eine Simulationsübung der EU-Botschafter die konkreten Inhalte des EU-Beistandsartikels 42.7 überprüft. Begleitet wurde diese Übung von einem Vorstoß mehrerer EU-Parlamentarier für eine europäische Verteidigungsunion mit einer integrierten Kommandostruktur und gemeinsamer Entscheidungsfindung. Einem europ. Ersatz der transatlantischen NATO also, auch wenn derartige Überlegungen von NATO-Generalsekretär Rutte mit „keep on dreaming“ gleich abgewertet wurden.

So oder so erkennen die Europäer aber, dass die Abhängigkeit von den USA nicht mehr ein beherrschbares Risiko bleiben muss, sondern sich zu einer Gefahr entwickeln kann. Wachsende europäische Autonomie in der Sicherheitspolitik ist daher unabdingbar, und als nächster Schritt dafür kann eine Arbeitsteilung, wonach Europa für die konventionelle Verteidigung aufkommt und die USA die nukleare Komponente sicherstellen, angenommen werden. In einem solchen Szenario würden die europäischen Armeen stärker, es blieben für Washington aber auch die vielen Vorteile des Zugangs zu europäischen Basen gewährleistet, die für jegliche Projektion von US-Streitkräften unerlässlich sind. Jüngste Nachrichten aus den USA, wonach die Regierung Trump bereit sein könnte, die Zahl ihrer Atomwaffen in Europa sogar zu erhöhen, deuten in diese Richtung, sofern sie seriös und nachhaltig sind. Es darf aber nicht vergessen werden, dass für Europa eine derartige Arbeitsteilung auch eine gefährliche Komponente aufweisen würde, da die Abschreckung erodieren könnte. Denn es ist nur schwer vorstellbar, dass die USA nach einer konventionellen militärischen Niederlage der Europäer mit einem Einsatz von Nuklearwaffen die Lage eskalieren, wenn sie konventionell gar nicht oder nur am Rande betroffen sind. Denn eine derartige Eskalation könnte zur Bedrohung des bisher unberührten US-Territoriums durch strategische Nuklearwaffen Moskaus führen, was wiederum sicher die strategischen Überlegungen jeder US-Regierung negativ beeinflussen könnte. Ein Verzicht auf den Einsatz der US-Atomsprengköpfe in einer derartigen Lage, verbunden mit einer teilweisen oder gänzlichen Aufgabe Europas, wäre daher vorstellbar.

Wie auch immer, die konventionelle Verteidigung bleibt der Bereich, in welchem Europa die nötigen Maßnahmen vornehmen kann und muss, da noch für mehrere Jahre essenzielle militärische Fähigkeiten wie eben Langstreckenwaffen,

Aufklärung und Kommunikation im und über den Weltraum, Nachhaltigkeit in der Logistik etc., fehlen. Diese Lücken führen mit den starken Zweifeln über die Bündnistreue der USA zu einem hohen Sicherheitsrisiko, das sicher noch bis Jänner 2029 anhalten wird. Über den Ausgang dieser Unsicherheit entscheiden die Standhaftigkeit der Ukraine und nationale Wahlgänge in den Mitgliedstaaten der EU.

Und Österreich?

Österreich sollte besonders die in Ansätzen sich entwickelnden europäischen Alternativen zur NATO, wie die Konkretisierung der Beistandsklausel 42.7 sowie weitere damit zusammenhängende Überlegungen in Brüssel, wie oben dargestellt, aufmerksam verfolgen. Denn sollte irgendwann einmal ein EU-Mitglied die Beistandsklausel aktivieren, weil auf den Artikel 5 des NATO-Vertrags kein Verlass mehr ist, dann kann ein neutrales, in diesem Fall aber unsolidarisches Verhalten, keine Antwort sein.

Resümee und Ausblick – der NATO-Gipfel in Ankara

Dachten die Europäer letztes Jahr noch, dass mit der Zusage zur mittelfristigen Steigerung ihrer Verteidigungsausgaben auf 5 % BIP wieder Ruhe in der NATO einkehren würde, so wurden sie getäuscht. Präsident Trump hörte nie auf, dem Bündnis entweder zu drohen oder immer wieder neue Forderungen an die Europäer zu stellen. Was übrig bleibt, sind starke Zweifel an der Bündnistreue, ja sogar -fähigkeit der USA und davon abgeleitet europäische Alleingänge, wie oben breit dargestellt, da der Kern der NATO faul zu sein scheint. Es gewinnt die alte Erkenntnis wieder Raum, dass Allianzen nur funktionieren können, wenn sie auf gleichen Rechten, Pflichten und vor allem auf gegenseitigem Respekt basieren.

So wird auf dem Gipfel in Ankara nicht der Fortschritt zu 5 % des BIP für die Verteidigung oder „Arctic Sentry“ als Ausdruck der Stärke der NATO, sondern das Verhältnis der USA zu ihren Verbündeten das beherrschende Thema sein. Ist die Enttäuschung Trumps über das Verhalten der Europäer im Iran-Krieg noch immer sehr hoch, dann muss mit weiteren Attacken auf die Kohärenz der NATO gerechnet werden. Im Sinne Europas sollte auf ein gedeihliches Miteinander gehofft werden, das zwar den Abzug der US-Armee fortsetzen wird, aber eben in klarer zeitlicher Abstimmung mit den Europäern und mit Kanada.

Denn der beginnende Rückzug der USA aus Europa nach Jahrzehnten einer stabilisierenden Rolle über die NATO und die Förderung der EU, die dem Kontinent nach jahrhundertelangen internen Kriegen eine Phase der Ruhe und des Wohlstandes gebracht haben, diese Rolle und diese Phase drohen nun zu enden. In gewisser Weise zieht sich ein Schiedsrichter zurück, was an sich schon eine Gefahr darstellt. Dass diese real ist, zeigt auch dieser Beitrag, in dem viel von Europa und wenig von der NATO die Rede ist. Und Europa bleibt auch nichts anderes übrig, als auf dem begonnenen Weg der sicherheitspolitischen Souveränität so geeint wie möglich weiter voranzuschreiten. Daran ändert auch ein überraschend harmonisch verlaufener G-7 Gipfel in Frankreich nichts.

USA

Das Imperium vor den Zwischenwahlen – Stresstest für die älteste Demokratie

von Andreas Wenzel

Die US-Amerikaner feiern am 4. Juli den 250. Jahrestag der Unterzeichnung ihrer Unabhängigkeitserklärung. Mit der nachfolgenden Verabschiedung der Verfassung im Jahre 1787 wurde die Demokratie, als Staats- und Regierungsform der USA, rechtlich verankert – mit der Kernessenz: „Freiheit und Recht“.

Eine Machtakкумуляtion beim Präsidenten in Verbindung mit KI-getriebenem Staatskapitalismus stellt diese nun auf eine harte Bewährungsprobe. Die am 3. November stattfindenden Zwischenwahlen könnten die Machtverteilung neuordnen und somit Trumps *Agenda 47* ins Wanken bringen, sofern die verfassungsmäßigen Kontrollmechanismen – *checks* und *balances* – „noch“ imstande sind, ihre Wirkung zu entfalten.

Einleitung

Die am längsten bestehende, modernste und bestens etablierte liberale Demokratie der Welt feiert am 4. Juli 2026 den 250. Jahrestag der Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung (*Independence Day*). Die ehemaligen 13 nordamerikanischen Kolonien erklärten sich am 4. Juli 1776, im Zuge des tagenden Kontinentalkongresses in Philadelphia, als „freie und unabhängige Staaten“ und bekräftigten somit ihren Entschluss zur Loslösung von der britischen Krone. Es folgte ein mehrjähriger Unabhängigkeitskrieg bis 1783. Mit der Verabschiedung der Verfassung am 17. September 1787 (Ratifizierung am 21. Juni 1788) wurde die Vision der Gründerväter umgesetzt und das politische System der Demokratie rechtlich verankert:

Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, von der Absicht geleitet, unseren Bund zu vervollkommen, Gerechtigkeit zu verwirklichen, die Ruhe im Innern zu sichern, für die Landesverteidigung zu sorgen, die allgemeine Wohlfahrt zu fördern und das Glück der Freiheit uns selbst und unseren Nachkommen zu bewahren, setzen diese Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika in Geltung. (Präambel, Verfassung der USA vom 17. September 1787)¹

Die *Constitution of the United States* schreibt v. a. eine „Gewaltenteilung“ vor, in welcher die Organe der Regierung, Gesetzgebung und Rechtsprechung getrennt voneinander agieren, aber sich auch gegenseitig kontrollieren – *Checks and Balances* (Clüver Ashbrook, 2026, S. 11). Es folgte eine beispiellose Erfolgsgeschichte, die „Nordamerika zu einer bemerkenswerten Zone der Freiheit und des Wohlstandes“ machte (Fukuyama, 2026, S. 9). Nach 1945 förderte das Streben der USA nach einer liberalen Weltordnung die Entstehung weiterer liberaler Demokratien (insbesondere in Westeuropa) sowie deren Interaktion. Diesbezüglich unterstreicht der ehemalige deutsche Politiker Joschka Fischer die hohe Bedeutung des US-Engagements für Europa folgendermaßen:

Tatsache ist: Europa als Kontinent freier demokratischer Rechtsstaaten hätte es ohne die Landung der Amerikaner am Omaha Beach nicht gegeben. Und nach dem Zweiten Weltkrieg sind sie in Europa präsent geblieben. Dabei boten sie nicht nur Schutz vor der Sowjetunion, sondern sie haben den kleineren europäischen Ländern immer die Gewissheit gegeben: Ihr müsst euch keine Sorgen machen, dass Deutschland wieder einen Angriffsversuch starten wird. (Zucker, 2026)

Unter der aktuellen Trump-Administration wird die politische und rechtliche Grundordnung der liberalen Demokratie, v.a. durch die Zentralisierung der Macht beim Präsidenten sowie Einschränkungen der Bürgerrechte und der Medienfreiheit, auf eine harte Probe gestellt. Zudem wurde nach Fukuyama (2026, S. 9) im internationalen Umfeld die „liberale Marktwirtschaft zerstört“ und mit Diktaturen sympathisiert – ein Vertrauensverlust der engsten Verbündeten und Partner folgte. Im jüngst publizierten „Democracy Report 2026“ des V-Dem Instituts² der schwedischen Universität Göteborg wird die USA daher nicht mehr als „liberale“ Demokratie eingestuft, sondern als „elektorale“ Demokratie abgestuft. Das US-Wahlssystem wird als „noch intakt“ bewertet, wobei die liberalen Kontrollinstanzen stark erodiert seien. (Lindberg u. a., 2026)

¹ Entnommen aus: <https://www.verfassungen.net/us/verf87-i.htm> (18.06.2026)

² Das „Varieties of Democracy“ (V-Dem) Institut ist ein unabhängiges Forschungsinstitut, das 2014 von Prof. Staffan I. Lindberg gegründet wurde und die Ausprägungen der Herrschaftsformen der Staaten weltweit untersucht.

US-Midterms 2026

Zwischenwahlen erfolgen jeweils zur Halbzeit der vierjährigen Amtszeit der US-Präsidentschaft und bestimmen aktuell die Zusammensetzung des 120. US-Kongresses. Bei den am 3. November 2026 stattfindenden Kongresswahlen werden sämtliche 435 Sitze im Repräsentantenhaus und 35 Sitze (22 Republikaner und 13 Demokraten) im 100-köpfigen Senat neu gewählt. Zeitgleich finden Gouverneurswahlen statt, wobei 36 Gouverneursposten zur Wahl stehen. Derzeit halten die Republikaner die Mehrheit in beiden Häusern, womit der 47. US-Präsident auch großteils per Dekret („executive orders“) im Alleingang „durchregieren“ kann und bestmöglich vor Kontrollen bzw. Untersuchungen in den Ausschüssen des Kongresses (z. B. ICE-Aktivitäten, „Epstein Files“, Korruptionsvorwürfe ...), bis hin zu *Impeachment*-Verfahren³ geschützt bleibt. (vgl. FR Redaktion/Agenturen, 2026)

Für US-Präsident Donald Trump, dessen Zustimmungswerte nach repräsentativen Umfragen weiterhin stagnieren und derzeit bei etwa 40 % liegen, steht bei den Zwischenwahlen die Zukunft seiner *Agenda 47* auf dem Spiel, sollten die Republikaner ihre dünnen Mehrheiten verlieren (vgl. RealClearPolitics, 2026). Bereits seit den *Midterms* im Jahre 2018, während seiner 45. US-Präsidentschaft, ist Trump mit den Konsequenzen eines Machtwechsels im Kongress vertraut. Damals gewannen die Demokraten 40 zusätzliche Sitze im Repräsentantenhaus – zwei Amtsenthebungsverfahren waren die Folge. Auch historisch, über einen längeren Zeitraum betrachtet, verliert die Präsidentenpartei meistens bei den *Midterms* an Gestaltungsmacht. Seit 1938 geschah dies bei 20 von insgesamt 22 Zwischenwahlen. Nur bei zwei US-Präsidenten verliefen diese erfolgreich: 1998 trotz der Impeachment-Krise bei Bill Clinton und nach den Terroranschlägen 2002 bei George W. Bush. (vgl. Galston, 2025)

Nach der derzeitigen Sitzverteilung im 435-köpfigen **Repräsentantenhaus**, verfügen die Republikaner mit 218 Mandaten und dem Sprecher des Hauses über eine hauchdünne Mehrheit. Die Demokraten würden nur drei Abgeordnete für den Machtumschwung benötigen. Bei einem Sieg, würden sie ebenfalls den Sprecher des Repräsentantenhauses stellen und somit entscheiden, welche Gesetze zur Abstimmung zugelassen werden. Gemäß dem „The Economist’s new statistical forecast of the 2026 Congressional elections“ vom April 2026 könnten die Demokraten mit einer Wahrscheinlichkeit von 98 Prozent die drei fehlenden Sitze im Repräsentantenhaus zurückerobern und für den **Senat** hätten die Republikaner noch leichte Vorteile (vgl. The Economist, 2026, S. 30–31). Momentan kontrollieren die Republikaner 53 der 100 Sitze in der kleinen Kammer. Die Demokraten müssten alle ihre eigenen Sitze verteidigen und zusätzlich vier Mandate hinzugewinnen, die bisher von Republikanern gehalten wurden. Am aussichtsreichsten wäre dies in den Gliedstaaten Maine und North Carolina. (vgl. Weisflog, 2026)

³„Der Präsident, der Vizepräsident und alle Zivilbeamte werden ihres Amtes enthoben, wenn sie wegen Verrats, Bestechung oder anderer Verbrechen und Vergehen unter Amtsklage gestellt und für schuldig befunden sind“ (25. Zusatzartikel zur Verfassung). Das Repräsentantenhaus trifft mit einfacher Mehrheit die Entscheidung über die Einleitung des Verfahrens, der Senat benötigt anschließend eine Zweidrittelmehrheit für einen Schuldspruch.

Doch die konservativen Trump-Strategen haben bereits Maßnahmen eingeleitet bzw. umgesetzt, um ihre hauchdünne Mehrheit in den Parlamentskammern zu verteidigen. Wesentliche Inhalte dazu werden nachfolgend, aus lokalen und internationalen Medien, zusammengefasst angeführt.

Gerrymandering

Durch vorgezogene, „parteiische“ Wahlkreiszuschnitte in zahlreichen Gliedstaaten könnten die Republikaner etwa 12 bis 16 Sitze und die Demokraten maximal 4 bis 6 Sitze dazugewinnen. (vgl. Rech und Aisch, 2026) Bisher erfolgte die Anpassung der Wahlkreise im Rhythmus der Volkszählung jeweils zu Beginn eines Jahrzehnts. (vgl. Weisflog, 2026)

Ein Urteil des *Supreme Courts* vom April 2026 bezüglich der Wahlkreise im Bundesstaat Louisiana verschafft dabei den konservativen Republikanern den entscheidenden Vorteil. Der *Supreme Court* schwächte nämlich den *Voting Rights Act* von 1965 (Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe) und erlaubt es nun den Bundesstaaten, Wahlkreise ohne bundesweite gerichtliche Kontrolle neu zu ziehen. Insbesondere die Republikaner werden dieses Urteil nutzen, um sogenannte „Mehrheit-Minderheit-Wahlkreise“ aufzubrechen. (vgl. Jacobi, 2026b) Dies könnte dazu führen, dass u. a. in Alabama, Tennessee und Mississippi die Wahlkreise vor den *Midterms* geändert werden. Folglich würden Minderheiten (v.a. Afroamerikaner, Latinos) insbesondere die Anzahl ihrer möglichen Repräsentanten im Kongress, zum ersten Mal seit 1965, benachteiligt. (vgl. Jacobi, 2026a)

Wahlrechtsreformgesetz

Der bereits seit 2025 seitens der Republikaner eingeleitete *SAVE America Act* (auch *Safeguard American Voter Eligibility Act* oder kurz *SAVE Act*) zielt darauf ab, die Anforderungen für die Wählerregistrierung und Stimmabgabe in den USA deutlich zu verschärfen. Im Wesentlichen wird ein dokumentierter Nachweis der US-Staatsbürgerschaft (z. B. Reisepass oder Geburtsurkunde) bei der Wählerregistrierung und bei der Stimmabgabe gefordert, um mutmaßlichen Wahlbetrug in größerem Umfang zu verhindern – ein Narrativ, das Trump seit seiner Niederlage gegen Joe Biden im Jahre 2020 verbreitet, ohne Beweise vorzulegen. Gerichte in mehr als 60 Verfahren landesweit konnten keinerlei Wahlbetrug feststellen. Auch einer repräsentativen Studie zufolge sollen „maximal mehr als ein paar Zehntel von einem Prozent“ Nicht-Bürger wählen, oft aus Versehen (vgl. Heide, 2026). Das Gesetz sieht auch vor, die Briefwahl bis auf wenige Ausnahmen abzuschaffen bzw. streng zu verschärfen. Gemäß einer Umfrage des „Brennan Centers for Justice“ aus dem Jahr 2024 verfügen mehr als 21,3 Millionen US-Amerikaner nicht über die erforderlichen Dokumente zum Nachweis ihrer Staatsbürgerschaft.⁴ Als Identifikation dient den meisten US-Bürgern ihr Führerschein, einen Reisepass haben nur etwa 43 Prozent der Amerikaner. (vgl. Morris und Henry, 2024) Das Repräsentantenhaus hat den Gesetzesentwurf verabschiedet, doch im Senat wird eine Abstimmung durch die Blo-

⁴ In den USA gibt es weder eine Meldepflicht des Wohnsitzes noch die Tradition eines formellen Personalausweises. Als Identifikation dient den meisten US-Bürgern ihr Führerschein, ohne Hinweis auf Staatsbürgerschaft oder Wohnsitz. (Vgl. Heide, 2026)

ckade der Demokraten (*Filibuster*), aber auch von einzelnen Republikanern, darunter Senator Bill Cassidy⁵ aus Louisiana, blockiert. Um das Dauerreden und somit die Blockade aufzuheben, wäre eine Mehrheit von 60 Stimmen erforderlich. Die Opposition warnt davor, eine systematische „Wählerunterdrückung“ auf Bundesebene zu institutionalisieren. Das Gesetz würde zudem die Wählerregistrierung lahmlegen, unzählige Wähler ausschließen und massive Änderungen der Wählerverzeichnisse auslösen.

Im Ringen um ein verschärftes Wahlrecht erhöht Trump nun auch den Druck auf seine Republikaner im Senat. So drohte er am 24. Juni damit, ein vom Kongress überparteilich beschlossenes Gesetz zur Leistbarkeit des Wohnraumes für US-Amerikaner, nicht zu unterschreiben, sollte der „Save America Act“ weiterhin im Senat blockiert werden. Es handle sich schließlich um einen „nationalen Notstand“, so Trump. (vgl. Der Spiegel-Redaktion/dpa, 2026a)

Die Forderungen im *Save America Act* überschneiden sich mit früheren Bemühungen der Konservativen, vollständige Wählerregistrierungsdaten aller Bundesstaaten zu erhalten. Aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken wurden u. a. in Kalifornien und Oregon gerichtliche Verfügungen gegen einen derartigen Zugriff auf hochsensible Wählerdaten erlassen. (vgl. Democracy Centre For Transparency, 2026) Um dennoch Fortschritte zu forcieren, unterzeichnete Trump erst Ende März 2026 eine Anordnung, der zufolge der Nachweis seiner Staatsbürgerschaft vorgelegt werden müsste, um an ein Formular zur Wählerregistrierung zu gelangen. Mehrere Bundesstaaten, Bürgerrechtsorganisationen und auch der Wahlrechtsanwalt der Demokraten haben Klagen eingebracht. Ende Juni 2026 erlitt Trump eine Niederlage vor Gericht, in seinem Versuch, den Einfluss des Bundes auf Wahlvorschriften auf alle Bundesstaaten auszuweiten. Eine Bundesrichterin in Boston argumentierte, dass „die Verfassung der Vereinigten Staaten einem Präsidenten keine besonderen Befugnisse in Bezug auf Wahlen zustehe“; die Richterin hatte bereits per einstweiliger Verfügung Trumps Anordnung blockiert und ein dauerhaftes Verbot entschieden (vgl. ORF/Agenturen, 2026d).

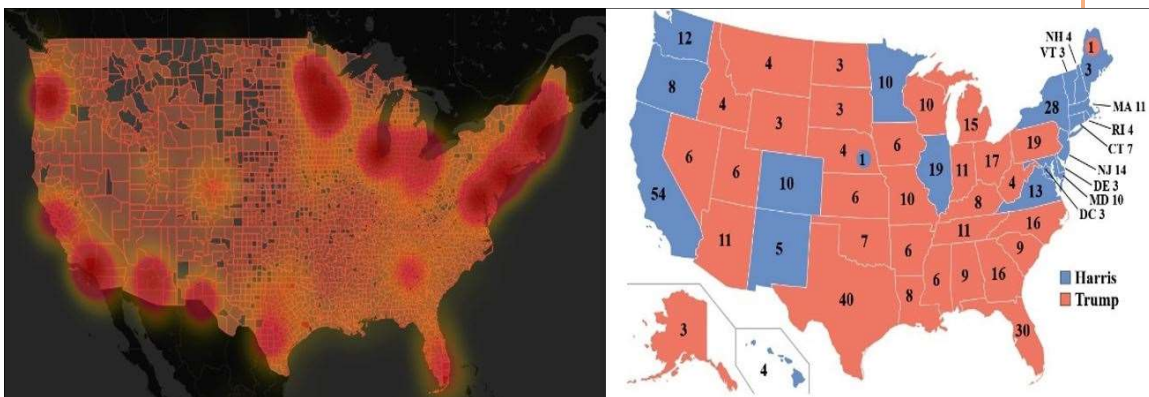
Strategie der Einschüchterung: ICE

Seit Jahresbeginn 2026 setzt die US-Regierung die Aktivitäten der Einwanderungs- und Zollbehörde ICE (*Immigration and Customs Enforcement*) mit deutlich „verschärfter Härte“ und einem massiven Ausbau der Ressourcen fort, während gleichzeitig Sozial-, Gesundheits- und Bildungsausgaben gekürzt werden. Im Jahre 2025 starben 31 Menschen bei ICE-Aktivitäten und in Haftzentren, bis Mai 2026 bereits 18. Seit den gewaltsamen Einsätzen zu Jahresbeginn 2026 – die Tötung von Alex Pretti und Renée Good in Minneapolis sorgte für großes mediales Aufsehen – ist die US-Einwanderungsbehörde aus dem Fokus der Öffentlichkeit verschwunden. Grund ist ein Strategiewechsel, denn anstatt auf öffentliche Razzien setzt Stephen Miller, der migrationspolitische Berater im Weißen

⁵ Der republikanische Senator Bill Cassidy zählt zu den scharfen Kritikern des Iran-Krieges, den er als „schlimmsten außenpolitischen Fehler seit Jahrzehnten“ bezeichnete. Zudem befürwortete er im Jahre 2021 das Amtsenthebungsverfahren gegen Trump, welcher ihm das nie verziehen hatte und jüngst einen Gegenkandidaten auf dessen Posten im Senat aufstellte, um ihn los zu werden. (Vgl. Der Spiegel-Redaktion/dpa, 2026b)

Haus, auf verdeckte bzw. diskretere Zugriffe. (vgl. Walser, 2026) Trump ist sichtlich auch um Schadensbegrenzung bemüht, weil die eigene Wählerschaft das Vorgehen als „zu aggressiv“ bezeichnete. Personalentscheidungen, wie die Absetzung von Kristi Noem (Ministerin für Inlandsicherheit) sowie von Gregory Bovino (Kommandant des Grenzschutzes), sollen den neuen Kurs unterstreichen. (vgl. Scheiner, 2026)

Bei der operativen Durchführung verwendet ICE moderne Echtzeit-Überwachung und Ortungstechnik, v.a. von Palantir, um Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung zu finden. Mit „ImmigrationOS“ verfügt die Behörde über die Fähigkeit, komplexe Informationen aus verschiedenen Datenbanken und Anwendungen zusammenzuführen (u.a. Daten der Steuerbehörden sowie Wählerverzeichnisse). Für die Entwicklung erhielt Palantir rund. 26 Mio. Euro. (vgl. Monroy, 2026)



ICE-Aktivität 2026 im Vergleich zu den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen 2024 ⁶

Die entschlossenen Maßnahmen in der Einwanderungspolitik stehen im engen Zusammenhang mit den anstehenden Zwischenwahlen, bei denen Trump mit seinem Wahlversprechen „der größten Abschiebeoperation der Geschichte“ auf Erfolge seiner Migrationspolitik setzt, um seine politische Basis zu mobilisieren. Eine Million Abschiebungen will Trump pro Jahr durchführen. Unterstützung erhält er dafür vom mehrheitlich konservativ besetzten *Supreme Court*. Mit sechs zu drei Stimmen ebnete dieser erst am 24. Juni 2026 die Aufhebung des Schutzstatus (*Temporary Protected Status*) und somit die Abschiebung von 350.000 Menschen aus Haiti und 6.000 Menschen aus Syrien sowie aus elf weiteren Ländern, darunter Afghanistan und Venezuela. (vgl. ORF/Agenturen, 2026b). Im Jahr 2025 waren es rund 600.000 Abschiebungen. Dafür erhielt ICE für das Haushaltsjahr 2026 ein Budget von 78 Mrd. USD – eine Verdreifachung gegenüber 2024. Am 8. Juni 2026 verabschiedete das Repräsentantenhaus (mit 214 zu 212 Stimmen) ein 70 Mrd. USD Dollar schweres Gesetz zur Finanzierung der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) sowie der Grenzschutzbehörde (*Border Patrol*) bis zum Ende der Amtszeit von US-Präsident Trump. (vgl. ORF/Agenturen, 2026c)

⁶ Bild links: Screenshot vom 24.06.2026 (Vu und Manuel, 2026); Bild rechts: https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sidentschaftswahl_in_den_Vereinigten_Staaten_2024#/media/Datenteil:ElectoralCollege2024.svg (abgerufen: 24.06.2026)

Die Gelder fließen v.a. in den Neu- und Ausbau von Deportationslagern, die teilweise von privaten Firmen wie *Core Civic* und *GEO Group* betrieben werden. Die Zahl der Inhaftierten in ICE-Einrichtungen stieg von 40.000 zum Jahresanfang 2025, auf über 75.000 Mitte 2026. Geplant ist eine weitere Ausweitung auf 92.600 Haftplätze bis November 2026, darunter 16 regionale Zentren und acht Großanlagen für je 7.000–10.000 Menschen. (vgl. u.a. DW-Redaktion/AFP/APE, 2026)

Außen- und Sicherheitspolitik – eine geostrategische Einordnung

Die aktuelle globale Ordnung befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Der Übergang von der unangefochtenen US-Vorherrschaft der 1990er Jahre – jenem „unipolaren Moment“ – hin zu einer komplexeren, multipolaren Realität, wird seitens der geostrategischen Rivalen und im Mediendiskurs gerne als ein „linearer“ Niedergang der USA als (globaler) Hegemon gewertet, wie folgendes Beispiel veranschaulicht: Im Zuge des im Mai 2026 stattgefundenen mehrtägigen Staatsbesuchs von Donald Trump in Peking, bekräftigte Xi Jinping zwar die Beziehung zu den USA als „konstruktiv“ im Sinne der strategischen Stabilität, doch strich er bereits bei seiner Eröffnungsrede die künftige Führungsrolle Chinas hervor:

The US is in decline, and the Mandate of Heaven is passing to China. The US needs to accept that and not try to stop that through military means (Park, 2026).

Zudem warnte er Trump davor nicht in die „Thukydides-Falle“ zu tappen. Nach Thukydides, einem antiken griechischen Gelehrten (5.Jhdt. v. Chr.), führte der Aufstieg Athens zu einer gesteigerten Bedrohungsperzeption Spartas, welche den Einsatz militärischer Mittel unausweichlich machte (Anm.: Peloponnesischer Krieg 431–404 v. Chr.). Der US-amerikanische Politikwissenschaftler und Harvard Professor Graham T. Allison verwendete den Begriff „Thukydides-Falle“ erstmals im Jahre 2012 in einem Artikel für die *Financial Times*, um die erhöhte Kriegswahrscheinlichkeit zu beschreiben, wenn ein aufstrebender Machtakeur die bisherige Großmacht herausfordert. (vgl. Kühne, 2022) Aus der Sicht von Allison befinden sich die USA und China derzeit auf „Kollisionskurs zum Krieg“:

„When a rising power threatens to displace a ruling power, alarm bells should sound: danger ahead. China and the United States are currently on a collision course for war – unless both parties take difficult and painful actions to avert it.“ (Allison, 2018, S. vi)

Ausgeklammert wird beim von Xi Jinping angesprochenen „Niedergang der USA“ auch die Möglichkeit, dass es sich beim derzeitigen geostrategischen Verhalten der USA auch um eine Rückkehr zu historischen Zyklen, also um *Realignment*-Prozesse, handeln könnte. Darunter versteht man in der Politikwissenschaft eine Neuausrichtung, die auf tiefgreifende Strategie- und Strukturänderungen abzielt, um langfristig das bestmögliche Überleben des Staates gewährleisten zu können. Die kolportierte Krise der US-Hegemonie könnte daher vielmehr struktureller Natur sein. Demnach wäre die Fokussierung auf die „Festung

Amerika“⁷ kein Zeichen von Schwäche, sondern vielmehr die strategische Antwort zur Verhinderung einer globalen Überdehnung zugunsten einer Konsolidierung im essentiellen „Kernland“. Dieses umfasst im maximalen Verständnis die gesamte „Westliche Hemisphäre“⁸, gemäß der *National Security Strategy* vom November 2025, aber zumindest den geografischen Raum des „Technate of America“, nach dem Konzept der Technokratie-Bewegung der 1920er und 1930er Jahre und v. a. deren Nachfolgeorganisation *Technocracy Incorporated* in Nordamerika (vgl. Wenzel, 2025a, S. 88–90).



Technate of America von Technocracy Inc., 1940⁹

Stephen Miller¹⁰, der Vize-Stabschef im Weißen Haus, gab hinsichtlich der Umbrüche in der internationalen Ordnung in einem CNN-Interview (sinngemäß)

⁷ Der Begriff entstand vor allem in den späten 1930er und frühen 1940er Jahren als isolationistisches Konzept. Der Terminus wird heute oft verwendet, um eine Außen- und Wirtschaftspolitik zu beschreiben, die von Nationalismus, Protektionismus und dem Abbau internationaler Verpflichtungen (z.B. der Kündigung von Bündnissen oder Freihandelsabkommen) geprägt ist. Er steht im direkten Gegensatz zu einer internationalistischen und interventionistischen Ausrichtung der US-Außenpolitik, bei der die USA globale Führungsrollen und Bündnissysteme (wie die NATO) aktiv aufrechterhalten. (Vgl. Foley, 2024)

⁸ Zur „Westlichen Hemisphäre“ zählen der amerikanische Doppelkontinent, einschließlich der umliegenden Inseln, darunter die Karibik. Die „Trump-Doktrin“ beschreibt sie als den primären Sicherheits- und Wirtschaftsraum der USA. Gemäß dieser Trump *Corollary* (Erweiterung) greifen die USA nun nicht mehr nur bei Einmischung anderer Großmächte ein (u.a. China-Eindämmung), sondern auch zur Bekämpfung von illegaler Migration, Drogenkartellen („Narco-Terrorismus“) und politischer Instabilität in der Region; strategische Mittel sind dabei v.a. militärische Abschreckung, wirtschaftliche Sanktionen und politischer Druck. (Vgl. Wenzel, 2025b, S. 30–31)

⁹ Cornell University – PJ Mode Collection of Persuasive Cartography, PJM_2551_01.jpg, Scott Howard 1940, abrufbar unter <https://digital.library.cornell.edu/catalog/ss:34227574>, Zuletzt geprüft am 20.06.2026.

¹⁰ Miller war bereits in Trumps erster Amtszeit als Berater und Redenschreiber tätig. Als stellvertretender Stabschef in der 47. Präsidentschaft, gilt der Hardliner als Architekt der harten Abschiebepolitik sowie der außenpolitischen Neupositionierung. (Vgl. ORF/Agenturen, 2026a)

Folgendes an: „Wir leben in einer Welt, in der man über internationale Höflichkeiten und alles andere reden kann, so viel man will, aber wir leben in einer Welt, in der realen Welt, die von Stärke, von Gewalt und Macht regiert wird.“ (CNN, 2026)

Demnach gehört die „konsensorientierte“ Ausrichtung von multilateralen Organisationen und Foren, insbesondere die werte- und regelbasierte internationale Ordnung, der Vergangenheit an – die nationalen Interessen der großen Akteure und somit die „Macht der Stärke“ dominieren. Dies impliziert eine *de facto* Fokusverschiebung der USA auf die gesamte „Westliche Hemisphäre“.

Dem Politikwissenschaftler Ralph Schöllhammer folgend, müsste man dabei jedoch strikt zwischen „America first“ und einem isolationistischen „America alone“ unterscheiden (Servus TV On, 2026). Ein vollständiger Rückzug im Sinne des „Isolationismus“ ist aufgrund der mittel- bis langfristigen Abhängigkeiten von globalen Lieferketten (u.a. im Bereich Halbleiter, „Seltener Erden“, fossiler Brennstoffe) und Handelspartnern (Rüstung, Pharma usw.) nicht realistisch. Die „Festung Amerika“ ist vielmehr als Modell einer „regionalen“ Hegemonie zu begreifen, bei der globale Interventionen selektiver und rein interessengeleitet erfolgen. Diese strategische Konsolidierung entbindet die USA jedoch nicht von der Notwendigkeit, die maritimen *bottlenecks* und Haupt-Handelsrouten der globalen Wirtschaft (wie Panama-, Suezkanal, Straße von Hormus usw.)¹¹ auch langfristig zu überwachen bzw. falls notwendig selbst oder durch Verbündete militärisch zu sichern. (vgl. Servus TV On, 2026)

Der Wettbewerb zwischen China und den USA wird auch die kommenden Jahrzehnte das Weltgeschehen prägen. Dies folgert die Evaluierung der US-Truppenpräsenz in Europa, wodurch Fähigkeitslücken entstehen, welche die Europäer (im Idealfall) mittel- bis langfristig selber schließen müssen. (vgl. Ernst, 2026)

Resümee und Ausblick

Bei den anstehenden Zwischenwahlen haben die US-Bürger die Möglichkeit, ihre Unterstützung für Trumps *Agenda 47* kundzutun. Die nach Umfragen tief liegenden Zustimmungswerte deuten bereits jetzt auf sinkende Unterstützung für eine Fortsetzung des politischen Kurses an. Aus der historischen Analyse der vergangenen Zwischenwahlen erkennt man das Muster, dass negative Umfragewerte sich entscheidend auf das Ergebnis der *Midterms* auswirken: Je schlechter, desto höher die Verluste der Mandate im Kongress. Die derzeitige Wählerunzufriedenheit zeigt einen hohen Zusammenhang mit den Entwicklungen bezüglich Iran und den damit gestiegenen Benzinpreisen bzw. dem generellen Preisauftrieb. „Der Sieg bei den Wahlen wird in den USA an der Zapfsäule entschieden“, wie Politikwissenschaftler Thomas Jäger sinngemäß treffend formulierte (FOCUS online, 2026). Obwohl die USA kein Öl aus dem Iran direkt importieren, wirkt sich die hohe Nachfrage auf dem Weltmarkt über den Preisschock bei

¹¹ Analyse zu den maritimen Flaschenhälsen und Haupthandelsrouten (inklusive Karte), siehe: <https://porteconomicsmanagement.org/pemp/contents/part1/interoceanic-passages/main-maritime-shipping-routes/> (zugegriffen: 20 Juni 2026)

Energie auch auf die US-Preise aus. Die im Juni 2026 mit dem Iran erzielte Grundsatz-Vereinbarung (*Memorandum of Understanding*) verfolgt das vorrangige Ziel, das weltweite Angebot zu erhöhen, den globalen Ölpreis zu senken und damit die eigene Wirtschaft zu entlasten. Ein rasches Ende hinsichtlich einer Stabilisierung der Beziehungen mit dem Iran, verbunden mit einem nachhaltigen Abkommen zur permanenten Öffnung der Straße von Hormus, ist aus derzeitiger Sicht (vor den Zwischenwahlen) nicht erwartbar. Zudem werden auch die Risse innerhalb der Republikaner im Kongress immer sichtbarer. Erst Ende Juni 2026 verbot der mehrheitlich konservativ besetzte Senat dem US-Präsidenten mittels Resolution, neue Kampfhandlungen gegen den Iran zu führen, und verwies auf ein Mitspracherecht bezüglich eines allfälligen Abkommens. (vgl. Colpi, 2026)

Besonders in der Wirtschafts- und Außenpolitik, sowie durch die „harte“ Immigrationspolitik hat Trump an Unterstützung in der Bevölkerung verloren. Trotz seiner Erfolge bei den Wahlkreiszuschnitten und der anhaltenden Unterstützung seines konservativen MAGA-Lagers bleibt insgesamt das Rennen offen. Sollten die Demokraten jedoch auch nur ein Haus des Kongresses gewinnen, wäre die Fortsetzung der *Agenda 47* massiv erschwert. Die republikanischen Strategen werden daher alles unternehmen, um dies zu verhindern. Der Wahlkampf geht somit in die heiße Phase über. Betrugsvorwürfe, wie bei den Vorwahlen in Kalifornien Anfang Juni 2026, oder sogar Einschüchterungen durch US-Behörden (um die Teilnahme der demokratischen Wählerschaft zu erschweren bzw. zu verhindern) werden aller Voraussicht nach, die mediale Berichterstattung prägen. Zudem ist mit einer „zeitgemäßen“, Algorithmus-basierten Wahlbeeinflussung über *Social Media*-Plattformen und *Fake*-Videos zu rechnen. (vgl. u.a. The Economist, 2026, S. 30–31; Heide, 2026)

Die US-amerikanische Außenpolitik hat sich seit Jänner 2025 grundlegend gewandelt. Während sie traditionell auf strategischen Konzepten wie der „kollektiven Sicherheit“ (u. a. NATO) basierte, dominieren heute transaktionale Interessen (Leistung gegen Gegenleistung) und eine Abkehr von multilateralen Bündnissen die Agenda. Die Fokusverschiebung auf die „Festung Amerika“ ist als die strategische Antwort zur Verhinderung einer globalen Überdehnung zugunsten einer Konsolidierung im essentiellen „Kernland“ zu deuten. Ein vollständiger Rückzug, im Sinne des „Isolationismus“ (in seiner Reinform) ist jedoch v. a. aufgrund der mittel- bis langfristigen Abhängigkeiten von globalen Handelspartnern und Lieferketten nicht erwartbar.

Geostrategisch sind die USA, im Vergleich zu allen konkurrierenden Systemen (allen voran China) und trotz innerer Spannungen, der innovationskräftigste Machtakeur der Welt. Für EUropa bleibt eine realistische Einschätzung der langfristigen globalen Machtverteilung in Verbindung mit dem Streben nach größtmöglicher Autonomie eine strategische Überlebensnotwendigkeit.

Quellen

- Allison, G.T. (2018) *Destined for War: can America and China escape Thucydides's Trap?* First Mariner Books edition 2018. Boston New York: Houghton Mifflin Harcourt, Mariner Books.
- CNN (2026) Stephen Miller says US is using military threat to maintain control of Venezuela. Verfügbar unter: <https://www.cnn.com/2026/01/05/politics/video/senior-white-house-aide-stephen-miller-says-us-military-threat-to-maintain-control-of-venezuela-digvid> (Zugegriffen: 13. Juni 2026).
- Clüver Ashbrook, C. (2026) „Der amerikanische Weckruf“, Wien: Brandstätter Verlag.
- Colpi, B. (2026) „US-Senat stimmt für Ende der Angriffe: Was heißt das für Trump?“, Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), 24 Juni. Verfügbar unter: <https://www.srf.ch/news/international/usa/krieg-im-iran-senat-stimmt-fuer-ende-der-angriffe-was-heisst-das-fuer-trump> (Zugegriffen: 26. Juni 2026).
- Democracy Centre For Transparency (2026) „Was ist der SAVE America Act und was sieht er vor?“, 7 Februar. Verfügbar unter: <https://dctransparency.com/de/was-ist-der-save-america-act-und-was-sieht-er-vor/> (Zugegriffen: 19. Juni 2026).
- Der Spiegel-Redaktion/dpa (2026a) „Republikaner: Donald Trump streitet mit der eigenen Partei und brüllt Senator an“, Der Spiegel, 25 Juni. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/ausland/donald-trump-streitet-mit-der-eigenen-partei-und-bruehlt-senator-an-a-c5549322-9b94-42db-b6d9-eff6e953a171> (Zugegriffen: 26. Juni 2026).
- Der Spiegel-Redaktion/dpa (2026b) „Republikaner kritisieren Trumps Iran-Deal: »Schlimmster außenpolitischer Fehler seit Jahrzehnten«“, Der Spiegel, 19 Juni. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/ausland/usa-und-iran-republikaner-kritisieren-donald-trumps-milliarden-fonds-in-abkommen-a-dcb0243a-88f7-4b13-a405-1849b8ccda55> (Zugegriffen: 26. Juni 2026).
- DW-Redaktion/AFP/APE (2026) US-Regierung plant weitere Abschiebegefängnisse. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/de/us-regierung-plant-weitere-abschiebe-gefaengnisse-ice-trump-usa-heimatschutzministerium-migranten/a-75968999> (Zugegriffen: 26. Juni 2026).
- FOCUS online (2026) Iran führt Trump vor – und bekommt Milliarden: Interview mit Politikwissenschaftler Thomas Jäger. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=T3cIT0949Mc> (Zugegriffen: 26. Juni 2026).
- Foley, J.B. (2024) „Back to 1940: Trump's return to 'Fortress America'“, The Hill, 20 Februar. Verfügbar unter: <https://thehill.com/opinion/national-security/4476089-back-to-1940-trumps-return-to-fortress-america/> (Zugegriffen: 17. Juni 2026).
- FR Redaktion/Agenturen (2026) „Midterms stehen bevor: 2026 wird in den USA gewählt – Das müssen Sie wissen“, Frankfurter Rundschau, 27 Mai. Verfügbar unter: <https://www.fr.de/themenseitendokumente/ereignisse/midterms-2026-termin-trump-prognose-kandidaten-94186001.html> (Zugegriffen: 18. Juni 2026).
- Fukuyama, F. (2026) *Der letzte Mensch: wohin steuert die Welt?* 1. Auflage. Übersetzt von H. Dierlamm und T. Stauder. Hamburg: Hoffmann und Campe.

- Galston, W.A. (2025) „What history tells us about the 2026 midterm elections“, Brookings, 28 August. Verfügbar unter: <https://www.brookings.edu/articles/what-history-tells-us-about-the-2026-midterm-elections/> (Zugegriffen: 19. Juni 2026).
- Heide, D. (2026) „Mit ein paar Tricks die Zwischenwahlen beeinflussen“, Handelsblatt, 11 Februar, S. 12–13.
- Jacobi, I. (2026a) „Backlash: Folgen des Gerrymandering-Urteils des Supreme Court auf die Afroamerikaner“, Neue Zürcher Zeitung, 23 Mai. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/international/warten-auf-backlash-gerrymandering-in-den-usa-und-die-afroamerikaner-ld.10006943> (Zugegriffen: 4. Juni 2026).
- Jacobi, I. (2026b) „Gerrymandering: Der Supreme Court heizt das Wettrüsten um Wahlkreise kurz vor den Midterms an“, Neue Zürcher Zeitung, 4 Mai. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/international/gerrymandering-in-den-usa-supreme-court-urteil-heizt-streit-an-ld.10005548> (Zugegriffen: 26. Juni 2026).
- Kühne, C. (2022) „USA-China-Konflikt: Krieg zwischen Washington und Peking unvermeidlich? Das lehrt uns die Geschichte“, RND, 8 August. Verfügbar unter: <https://www.rnd.de/politik/usa-china-konflikt-krieg-zwischen-washington-und-peking-unvermeidlich-das-lehrt-uns-die-geschichte-YYZIS-ZQCXJFCPJHGGZVU7BH4XY.html> (Zugegriffen: 21. Juni 2026).
- Lindberg, S.I. u. a. (2026) Democracy Report 2026: Unraveling The Democratic Era? Gothenburg: V-Dem Institute. Verfügbar unter: https://www.v-dem.net/documents/75/V-Dem_Institute_Democracy_Report_2026_lowres.pdf (Zugegriffen: 20. März 2026).
- Monroy, M. (2026) „Mit Palantir und Paragon auf Migrantenjagd“, netzpolitik.org, 17 Januar. Verfügbar unter: <https://netzpolitik.org/2026/us-einwanderungsbehoerde-mit-palantir-und-paragon-auf-migrantenjagd/> (Zugegriffen: 25. Juni 2026).
- Morris, K. und Henry, C. (2024) „Millions of Americans Don’t Have Documents Proving Their Citizenship Readily Available“, brennancenter.org, 11 Juni. Verfügbar unter: <https://www.brennancenter.org/our-work/analysis-opinion/millions-americans-dont-have-documents-proving-their-citizenship-readily> (Zugegriffen: 25. Juni 2026).
- ORF/Agenturen (2026a) „Stephen Miller: Trumps Hardliner stößt an Grenzen“, news.ORF.at, 31 Januar. Verfügbar unter: <https://orf.at/stories/3418384/> (Zugegriffen: 13. Juni 2026).
- ORF/Agenturen (2026b) „US-Höchstgericht ebnet Weg für Abschiebung Hunderttausender“, news.ORF.at, 25 Juni. Verfügbar unter: <https://orf.at/stories/3434405/> (Zugegriffen: 26. Juni 2026).
- ORF/Agenturen (2026c) „US-Kongress bewilligt 70 Mrd. für Einwanderungspolitik“, news.ORF.at, 10 Juni. Verfügbar unter: <https://orf.at/stories/3432878/> (Zugegriffen: 11. Juni 2026).
- ORF/Agenturen (2026d) „Wählerregistrierung: Trump-Niederlage vor Gericht“, news.ORF.at, 24 Juni. Verfügbar unter: <https://orf.at/stories/3434320/> (Zugegriffen: 25. Juni 2026).

- Park, M. (2026) „Reclaiming ‘Mandate of Heaven,’ Xi leads world into era of great power parity“, Hankyoreh, 14 Juni. Verfügbar unter: https://english.hani.co.kr/arti/english_edition/e_international/1263410.html (Zugegriffen: 20. Juni 2026).
- RealClearPolitics (2026) President Trump Job Approval | RealClearPolling. Verfügbar unter: <https://www.realclearpolling.com/polls/approval/donald-trump/approval-rating> (Zugegriffen: 23. Juni 2026).
- Rech, D. und Aisch, G. (2026) „Gerrymandering vor den Midterms: Der Kampf um die US-Wahlkreise“, Die Zeit, 3 Juni. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-05/gerrymandering-midterms-usa-zwischenwahlen-repraesentantenhaus> (Zugegriffen: 19. Juni 2026).
- Scheiner, A. (2026) „Wird ICE zu NICE? Trump macht in seiner Migrationspolitik auf nett“, Neue Zürcher Zeitung, 14 Mai. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/international/nice-statt-ice-trump-schliesst-offenbar-alligator-alcatraz-ld.10007008> (Zugegriffen: 16. Mai 2026).
- Servus TV On (2026) „250 Jahre USA“ – Supermacht am Scheideweg? | Der Pragmaticus: Interview mit Politikwissenschaftler Ralph Schöllhammer. Verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=s4aYWEdXy3Q> (Zugegriffen: 13. Juni 2026).
- The Economist (2026) „Our midterms model: So you’re saying there’s no chance“, The Economist April 25th-May 1st 2026, S. 30–31.
- Vu, J. und Manuel, A. (2026) „ICE Map“, Rice University TX. Verfügbar unter: <https://www.icemap.dev/> (Zugegriffen: 24. Juni 2026).
- Walser, C. (2026) „ICE operiert diskreter - und mit brutaler Konsequenz“, Der Bund, 28 Mai, S. 1.
- Weisflog, C. (2026) „Trumps Umfragewerte sind im Keller, den Republikanern droht im Herbst eine Wahlschlappe: Verlieren sie auch den Senat?“, Neue Zürcher Zeitung, 11 Mai. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/international/trumps-umfragewerte-sind-im-keller-den-republikanern-droht-im-herbst-eine-wahlschlappe-verlieren-sie-sogar-den-senat-ld.10006269> (Zugegriffen: 12. Mai 2026).
- Wenzel, A. (2025a) „USA: Wohin steuert die Weltmacht?“, in Republik Österreich/BMLV (Hrsg.) Akteure und Mächte: Jahresmitte 2025. Wien: Landesverteidigungsakademie (ISS Lagebild, 2/25), S. 83–94.
- Wenzel, A. (2025b) „Vereinigte Staaten von Amerika: Zur Neuausrichtung des Imperiums“, in Republik Österreich/BMLV, Akteure und Mächte: Jahresende 2025 – Ausblick 2026. Wien: Landesverteidigungsakademie (ISS Lagebild, 3/25), S. 25–40.
- Zucker, A. (2026) „Europa muss ohne die USA umdenken. Joschka Fischer warnt: «Unsere Sozialstaaten sind damit nicht vereinbar»“, Neue Zürcher Zeitung, 21 Juni. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/nzz-am-sonntag/report-und-debatte/europas-zukunft-ohne-die-usa-verlange-ein-radikales-umdenken-sagt-der-fruehere-deutsche-aussenminister-joschka-fischer-und-warnt-unsere-ambitionierten-sozialstaaten-sind-damit-nicht-vereinbar-ld.10011889> (Zugegriffen: 21. Juni 2026).

„Verhandlungsdilemma“ der EU

Divergenzen im Ukrainekrieg

von Rastislav Báchora

Der Krieg in der Ukraine befindet sich bereits im fünften Jahr und dauert somit länger als der Erste Weltkrieg, der als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts gilt. Die Positionierungen der höchsten politischen Entscheidungsträger in der EU offenbaren Interessensgegensätze, die unter der Oberfläche der Einigkeit sichtbar werden und auf die Beantwortung einer konkreten Frage abzielen: *Sollen Direktgespräche mit Moskau geführt werden, um eine diplomatische Lösung des Krieges erreichen zu können?*

Gegensätzliche Standpunkte scheinen gerade jetzt eher kontraproduktiv zu sein, da sich angesichts des Krieges der USA und Israels gegen den Iran neue Chancen für die Übernahme der Initiative durch die EU im Ukrainekrieg ergeben. Dass sich für Europäer ein Gestaltungsfenster geöffnet hat, scheint durchaus erkannt worden zu sein, allerdings gibt es zu Jahresmitte 2026 Uneinigkeit darüber, welche weiteren Schritte zur Erreichung einer Friedenslösung zu präferieren sind.

Ziel dieses Artikels ist es, den Status quo der gegensätzlichen Sichtweisen zu erfassen und Ableitungen für die weiteren Entwicklungen zu ziehen.

Unterstützung der Ukraine – Common Sense der EU

Die nachhaltige politische und militärische Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen die russische Aggression ist weiterhin eine wesentliche Säule der EU in der eigenen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Maßnahmensetzung. Dies wird durch Zahlen eindrücklich belegt, denn die EU und ihre 27 Mitgliedsländer gehören zu den größten finanziellen Unterstützern der Ukraine. Offiziell wurden seit Kriegsbeginn im Februar 2022 insgesamt 211,3 Mrd. Euro der Ukraine seitens der EU zugesprochen, von welchen bis Anfang Juni bereits 113,6 Mrd. Euro auch tatsächlich ausbezahlt wurden (Europäischer Rat, 2026). Diese Hilfen sind nach unterschiedlichen Kategorien aufgeteilt:

- „46,5 Mrd. € an Makrofinanzhilfen der EU,
- 42 Mrd. € im Rahmen der Ukraine-Fazilität,
- 15 Mrd. € an finanzieller, wirtschaftlicher und humanitärer Unterstützung aus den EU-Mitgliedstaaten,
- 5,9 Mrd. € an sonstiger Unterstützung der EU,
- 2,8 Mrd. € an Darlehen und Garantien von der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung,
- 1,4 Mrd. € an humanitärer Hilfe der EU (Europäischer Rat, 2026b).“

Elementare Geldbeträge stellen die Makrofinanzierung sowie jene Mittel der sogenannten Ukraine-Fazilität dar. Die Makrofinanzmittel dienen der Bedeckung von wesentlichen Staatsausgaben wie Lohn- und Rentenzahlungen, Reparaturen der kritischen Infrastrukturen und öffentlichen Dienstleistungen (z. B. Krankenhäuser, Schulen und Wohnraum für Menschen) sowie der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität. Mittel der Ukraine-Fazilität hingegen sind für Reformen sowie für „ununterbrochene öffentliche Dienstleistungen“, die Zivilgesellschaft sowie für „die Mobilisierung von Investitionen im Privatsektor“ vorgesehen. Ziel ist es unter anderem, die Ukraine dadurch langfristig an die EU heranzuführen (Europäischer Rat, 2026b).

In der ersten Jahreshälfte konnte in zweierlei Hinsicht die Unterstützung der Ukraine auf ein neues Niveau gehoben werden. Einerseits durch die Freimachung von weiteren Hilfgeldern und andererseits durch die Eröffnung von direkten EU-Beitrittsgesprächen. Wesentlich für die weiteren Entwicklungen war sicherlich die Zustimmung aller 27 Mitgliedsländer zur Aufrechterhaltung der Unterstützungsleistungen für die Ukraine, nachdem am 23. April 2026 ein Veto Ungarns im Rat für die Auszahlung eines Darlehens in Höhe von 90 Mrd. Euro aufgehoben wurde. Mit diesem Geld soll der Bedarf der Ukraine des zivilen und militärischen Haushalts der Jahre 2026–2027 abgedeckt werden. Die Mittel sind aufgeteilt in zwei Kategorien der Unterstützung:

- a) 30 Mrd. für Wirtschaft,
- b) 60 Mrd. für militärische Zwecke.

Auf dieses Darlehen hatte sich der Europäische Rat zwar bereits im Dezember 2025 geeinigt, aber die Umsetzung der Auszahlung konnte erst nach der Änderung der Haltung der ungarischen Regierung im Zuge der verlorenen Parlamentswahl des ehemaligen Premierministers, Viktor Orbán, am 12. April 2026 erfolgen. Aus der Wahl ging der Vorsitz der Partei Tisza, Péter Magyar, als Sieger mit einer Zweidrittelmehrheit hervor, der die Blockadepolitik gegenüber der Ukraine aufgeben und somit das von Russland angegriffene Land im Rahmen der EU unterstützen möchte (ORF, 2026a). Es wird erwartet, dass der im Mai vollzogene Machtwechsel in Budapest die bis dahin betriebenen Obstruktionen gegenüber der Ukraine nachhaltig beenden wird. Ein sichtbares Zeichen war bereits die Freigabe des Darlehens von 90 Mrd. Euro sowie die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen.

Das Darlehen hat für die Finanzierung der Verteidigungsfähigkeit eine enorme Bedeutung. Die für militärische Zwecke vorgesehenen 60 Mrd. Euro werden vor allem für Investitionen in die industriellen Kapazitäten sowie für die Beschaffung von Verteidigungsgütern genutzt. Die zu beschaffenden Militärgüter sollen aus den Ländern der EU, des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), den Staaten der *European Free Trade Association* (EFTA) sowie für an besondere Verträge gebundenen Drittländern bereitgestellt werden (Europäischer Rat, 2026a). Dass ohne diese Gelder die Finanzierung der Ukraine massiv gefährdet worden wäre, und zwar sowohl was die Fortführung der militärischen, als auch der zivilen Staatsaufgaben anbelangt, besteht kein Zweifel. Die Sorgen um die Nachhaltigkeit der Zahlungsfähigkeit der Ukraine wurden sowohl von Experten als auch von politischen Entscheidungsträgern immer wieder auch öffentlich kommentiert. So wurde bereits 2024 vor einem „Zahlungsausfall“ und somit vor einem „Staatsbankrott“ der Ukraine gewarnt (Siggelkow, 2024). Dies hätte nicht nur für den zivilen Bereich katastrophale Folgen gehabt, sondern hätte den Kriegsverlauf und somit auch die Sicherheitsarchitektur Europas entscheidend mitgeprägt. Mit der Gewährung der Geldmittel durch den Wegfall des ungarischen Vetos sind die Staatsfinanzen der Ukraine jedenfalls bis 2027 abgesichert. Am 25. Juni 2026 konnten schließlich die ersten Hilfszahlungen für Makrofinanzierung in der Höhe von 3 Mrd. Euro aus dem Darlehen ausbezahlt werden (ORF, 2026b).

Ein weiterer Schritt in Richtung stärkere Integration in die EU erfolgte mit der Eröffnung von Beitrittsgesprächen der Ukraine, die zeitgleich mit Moldau am 13. Juni 2026 begannen. Zwar wurde die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen bereits 2024 beschlossen, diese wurden jedoch von der ungarischen Regierung unter Viktor Orbán blockiert. Die einzelnen Verhandlungskapitel sind in Clustern zusammengefügt, wobei Agenden der Justiz und der öffentlichen Verwaltung am Beginn des Verhandlungsprozesses stehen werden (Tagesschau, 2026). Angesichts der Korruption, insbesondere jener in der ersten Jahreshälfte bekanntgewordenen Details zu aktuellen Fällen (Chatham House, 2025; Kirby, 2026), mahnen kritische Stimmen die Einhaltung aller erforderlichen Kriterien für einen Beitritt an. Skepsis für einen schnellen Beitritt, der laut Vorstellungen von Brüssel und einiger Unterstützer bereits 2027 erfolgen soll, ist auch bei jenen

Regierungen anzutreffen, die die Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland tatkräftig zur Seite stehen – dazu gehört insbesondere Polen (Polskie Radio, 2026). Für einen schnellen Beitritt der Ukraine zur EU setzt sich vor allem die Kommission ein und versucht, möglichst viele EU-Hauptstädte zu überzeugen (Gutschker, 2026). Manche Akteure propagieren eine größere Flexibilität und stellen sogar eigene Modelle der EU-Integration der Ukraine vor, wie der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz. Gemäß dieser Vorstellung sollte der Ukraine ein Status einer „assozierten EU-Mitgliedschaft“ ohne Stimmrecht gewährt werden. Diesem Ansinnen stehen nicht nur einige EU-Länder kritisch gegenüber, weil sie eine Aushöhlung von Kriterien befürchten, sondern auch jene, die auf eine schnelle Mitgliedschaft der Ukraine hoffen. Der Vorschlag des deutschen Bundeskanzlers wird vom ukrainischen Präsidenten selbst als „unfair“ bezeichnet und die volle EU-Mitgliedschaft bereits im Jahr 2027 eingefordert (Süddeutsche Zeitung, 2026).

Gegensätzliche Positionen zu Gesprächen mit Moskau

Während bei Fragen der finanziellen Unterstützung der Ukraine sowie hinsichtlich der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen weitgehend Konsens besteht, sind sich europäische Entscheidungsträger uneinig darüber, ob bei der Erreichung einer Friedenslösung Direktgespräche mit Moskau geführt werden sollen und falls ja, wann denn der richtige Zeitpunkt dafür wäre. Zentral scheint vor allem auch die Frage zu sein, wer diese Verhandlungen anführen sollte. Zusätzlich zeichnen sich unterschiedliche Länderformate ab, die bezüglich der weiteren Maßnahmensetzung die Führungsrolle übernehmen wollen würden, wodurch nicht nur unterschiedliche Interessen zum Vorschein kommen, sondern auch machtpolitische Überlegungen relevant werden. Die seit der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes von Zypern in der ersten Jahreshälfte 2026 diesbezügliche Debatte nahm im Laufe der ersten Jahreshälfte an Dynamik zu und muss auch im Kontext der außen- und sicherheitspolitischen Schwerpunktsetzung der USA bewertet werden.

Die konträreren Positionen innerhalb der EU haben sich seit Januar 2026 klarer herauskristallisiert, wobei Zypern als Ratsvorsitz von Anbeginn an zu den Skeptikern der Bestellung eines eigenen europäischen Verhandlers mit Russland zählte. Auf der Seite jener Länder, die zu den Unterstützern von Direktgesprächen mit dem Machthaber Kreml gerechnet wurden, standen vor allem Frankreich und Italien (Euronews, 2026a). Die Meinungen und Positionen durchliefen im Beobachtungszeitraum unterschiedliche Phasen. Schien zu Jahresbeginn und dann verstärkt in Folge des Krieges der USA gegen den Iran die Frage nach der richtigen Persönlichkeit für Direktverhandlungen mit Russland den öffentlichen Diskurs zu dominieren, wurde im Zuge der militärischen Erfolge der ukrainischen Streitkräfte die Sinnhaftigkeit von eigenen Gesprächskanälen und somit auch von eigenen Friedensverhandlungen grundsätzlich in Frage gestellt. Gegen Ende des Berichtszeitraums wurden zudem vermehrt Signale aus dem Weißen Haus vernommen, wonach man doch die Entwicklungen im Ukrainekrieg genau verfolgen würde, und die Absicht, eine stärkere Unterstützung der Ukraine zukommen zu lassen, wurde nicht ausgeschlossen.

Die Frage nach dem „Wer“ und „ob“?

Vor Beginn des Krieges der USA und Israels gegen den Iran, der am 28. Februar 2026 begann, hatten die USA die Rolle eines Vermittlers zwischen den Kriegsparteien Ukraine und Russlands inne. Doch die Situation änderte sich, nachdem die US-Administration mit den politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen des eigenen militärischen Eingreifens gegen das Mullah-Regime in Teheran zunehmend mit unkalkulierbaren Schwierigkeiten konfrontiert war (McConnell, 2026). Teilweise wurde den Europäern und der Ukraine aus dem Weißen Haus unverblümt kommuniziert, dass der Krieg im Osten Europas nicht nur keine Priorität für die US-Außenpolitik mehr habe, sondern dass auch kein Interesse mehr daran bestünde, sich diplomatisch für eine Friedenslösung einsetzen zu wollen. Dies löste im Mai laut Medien sogar eine „Frustration“ beim ukrainischen Präsidenten, Wolodymyr Selenskyj, aus, der wiederum entsprechende Initiativen von den Europäern einforderte (Liboreiro; Bertuzzi et al., 2026). Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich auch der informelle Rat der EU-Außenminister im Mai mit der Frage, ob Direktgespräche mit Moskau geführt werden sollen. Angesichts der Forderung von Selenskyj, dass Europäer mit „einer Stimme“ sprechen sollen, setzte man sich mit diesem Thema ernsthaft auseinander (Liboreiro; Bertuzzi et al., 2026).

Im Vorfeld von wichtigen EU-Entscheidungsgremien hat es bereits Anfang Mai eine negative Reaktion seitens der EU, insbesondere der Hohen Außenbeauftragten, Kaja Kallas, auf den russischen Vorschlag gegeben, den deutschen Ex-Kanzler und persönlichen Freund Putins, Gerhard Schröder, als möglichen europäischen Verhandler in Erwägung zu ziehen (Die Presse, 2026a). Daraufhin wurden von mehreren EU-Hauptstädten ehemalige oder aktive Spitzenpolitiker genannt, die als mögliche Chefverhandler für Friedensverhandlungen nominiert werden könnten. Medial wurden folgende Personen bekannt gemacht:

- Präsident Finnlands Alexander Stubb,
- Präsident des Europäischen Rates António Costa,
- Italiens früherer Regierungschef Mario Draghi
- ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (Liboreiro; Bertuzzi et al., 2026).

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Positionierungen in der Frage eines eigenen Chefverhandlers, um „den Krieg zu beenden“, spricht Jorge Liboreiro auch von einer „tiefen Spaltung“ innerhalb der EU (Liboreiro, 2026). Eine deutlich ablehnende Haltung gegenüber diesem Vorhaben äußert ein Landsmann von Kaja Kallas, der estnische Außenminister, Margus Tsahkna, paar Tage vor dem EU-Außenministertreffen, und verdeutlicht die unterschiedlichen Sichtweisen. So sagte Tsahkna bereits vor dem Ratstreffen Ende Mai, dass es nicht der richtige Zeitpunkt für Verhandlungen sei, und positionierte sich prinzipiell gegen Gespräche mit Russland. Wörtlich sagte der Außenminister Estlands: *„Wir wissen, dass Russland verzweifelt versucht, Europa an den Verhandlungstisch zu holen, weil Putin Zeit gewinnen will. Er will Europa in die Rolle einer neutralen Vermittlerin drängen“* (Tsahkna in Liboreiro, 2026). „Und weiter unterstrich er seine Ablehnung mit

dem Hinweis auf die Sicherheitsarchitektur Europas: „*Wir sind aber keine Vermittler. Wir unterstützen die Ukraine. Es geht nicht nur um einzelne Gebiete in der Ukraine, sondern um die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur*“ (Tsahkna in Lievoreiro, 2026).“

Beim EU-Außenministertreffen am 28. Mai in Zypern selbst wurde angesichts eines massiven Militärschlags Russlands gegen die ukrainische Hauptstadt die Idee eines Chefverhandlers jedenfalls nicht mehr weiterverfolgt. Im Rahmen des Treffens schloss sich dann Kaja Kallas dem Argument des estnischen Außenministers an und meinte: „*Europa werde niemals ein neutraler Vermittler sein.*“ Des Weiteren spricht sie von einer „(...) *Falle, in die uns Russland locken will*“ (Kallas in Die Welt, 2026).“ EU-Außenbeauftragte Kallas, die zur Gruppe der schärfsten Skeptiker gehört, hat ihrerseits eigene Vorschläge für ein Kriegsende den Mitgliedsländern unterbreitet. Dieser Plan sieht folgende Abfolge von konkreten Forderungen vor:

- „vollständige Waffenruhe während etwaiger Friedensgespräche,
- gegenseitiger Truppenabzug aus der Kampfzone,
- keine formelle Anerkennung besetzter Gebiete,
- Einrichtung eines Sondertribunals zur Verfolgung von Kriegsverbrechen (Liboreiro; Bertuzzi et al., 2026).“

Position Österreichs

Angesichts stark divergierender Haltungen gegenüber Direktgesprächen mit Russland, sind einzelne Mitgliedsländer in der laufenden Debatte selbst aufgefordert, eigene Interessen und Standpunkte zu deklarieren. Österreich hat sich bereits sehr früh positioniert. So schlug Bundeskanzler Christian Stocker bereits im August 2025 Wien als Ort für Friedensverhandlungen vor (Kurier, 2025). Im Februar 2026 meinte Stocker, dass man mit Präsident Putin direkt über Frieden reden müsse, und vertrat damit beim Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs die gleiche Position wie der französische Präsident Emmanuel Macron (Mayer, 2026). Auch Außenministerin Beate Meinl-Reisinger hat sich bereits 2025 für Verhandlungen mit Russland ausgesprochen und diesen Standpunkt bei Ratstreffen wiederholt vertreten (ORF, 2025; BMEIA, 2026). Gleichzeitig wird auf die Beibehaltung des Sanktionsdrucks auf Russland verwiesen, um ein Einlenken der russischen Führung im Aggressionskrieg gegen die Ukraine zu erwirken. Deutliche Worte fand Außenministerin Meinl-Reisinger auch hinsichtlich jener Sanktionen, die am 11. Mai 2026 im Rat beschlossen wurden und im Zusammenhang mit der Zwangsdeportation von bis zu 20.500 ukrainischen Kindern durch russische Behörden stehen (ORF, 2026c).

Machtpolitische Kontroversen

Der Umgang mit Russland sowie generell die Festlegung auf strategische Prioritäten in Europas Sicherheitspolitik betrifft auch „Länderformate“, die ihrerseits verstärkt eigene Interessen abstimmen, was nicht immer auf Verständnis stößt. Das Abstimmungsformat der größten westeuropäischen Staaten Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich – E3 genannt – hat im Hinblick auf

die Positionierung im Ukrainekrieg gewissermaßen eine Führungsrolle übernommen. Am 7. Juni trafen sich in London der deutsche Bundeskanzler Merz, Frankreichs Präsident Macron und Premierminister des Vereinigten Königreichs, Keir Starmer, gemeinsam mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj. Bei diesem Treffen bestärkten die E3-Staaten die Absicht von Selenskyj, den Krieg diplomatisch lösen zu wollen, so wie es der ukrainische Präsident in einem Brief an Präsident Putin am 4. Juni geäußert hatte. In einer gemeinsamen Stellungnahme wurden vier konkrete Punkte als Resultat des Treffens formuliert:

- Beendigung der Kämpfe und sofortiger Waffenstillstand,
- Gegenwärtige Kontaktlinie sollte der Ausgangspunkt für Verhandlungen sein,
- Der Friede in der Ukraine muss auf dauerhaften Sicherheitsgarantien abgesichert werden,
- Russische Vermögenswerte sollten bis zum Friedensvertrag eingefroren bleiben,
- Europäische Sicherheitsinteressen auf der Basis der EU und NATO müssen bei Verhandlungen berücksichtigt werden (GOV.UK, 2026).

Des Weiteren sprachen sich die E3-Vertreter auch für die Aufnahme von Direktgesprächen mit Russland aus:

„Leaders commended President Zelenskyy’s call for an end to the war, negotiated by diplomatic means, as set out in his letter to the President of the Russian Federation of 4 June 2026. They supported the proposal for a direct dialogue between Ukraine and Russia – with active US and European participation – to bring about a ceasefire and support further negotiations. They confirmed they would continue to stand firmly with Ukraine (GOV.UK, 2026).“

Konkretes Resultat dieser Abstimmung war ein Treffen von E3-Diplomaten mit dem russischen Vizeaußenminister, Michail Galusin, am 11. Juni in London. Laut Aussagen des französischen Botschafters, Nicolas de Riviere, wurde der Austausch als „gutes Gespräch“ gewertet (ORF, 2026d). Die Vorgehensweise, wichtige sicherheitspolitische Fragestellungen im E3-Format abzustimmen, löst jedoch in anderen Hauptstädten vermehrt Irritationen aus, vor allem in jenen Ländern, die aufgrund ihrer Größe und Relevanz in außen- und sicherheitspolitischen Belangen verstärkt auch ihre Interessen berücksichtigt wissen wollen. Infolge der diplomatischen E3-Initiative kam offene Kritik vor allem von Italien und Polen. Ende Juni kritisierte der polnische Außenminister, Radoslaw Sikorski, die Abstimmungen im E3-Kontext ungewöhnlich scharf. Laut Sikorski ist der „(...) deutsch-französische Motor zu klein, um ein so großes Fahrzeug anzutreiben, zu dem die EU geworden ist (Sikorski in Wyssuwa, 2026).“ Zudem meinte er:

„Zwischen dem Schwarzen Meer, der Ostsee und der Adria leben 120 Millionen Menschen in der EU, zusammen mit Skandinavien sind es 150 Millionen Menschen, die von Russlands Aggression viel direkter bedroht sind als Deutschland (Sikorski in Wyssuwa, 2026)“

Angesichts des Unmuts wurden weitere Gespräche auf die Ebene von E5 – also E3 inklusive Polen und Italien – gehoben. Während Macron betont, dass E3 die

bevorzugte Konstellation von Präsident Selenskyj ist, meinte der polnische Premierminister, Donald Tusk, unmissverständlich, dass sich sein Land an jeglichen Vereinbarungen zu Friedensbedingungen beteiligen muss: „*Polen wird – lassen Sie mich das wiederholen – keine Vereinbarungen anerkennen, die ohne seine Beteiligung getroffen wurden*“ (Tusk in Wax; Braun; et al., 2026)“. Unterstützt wurde dabei Donald Tusk von der italienischen Regierungschefin, Giorgia Meloni, die ebenfalls nicht übergangen werden möchte.

Die Kontroversen um Direktgespräche mit Russland nahmen beim Treffen der Staats- und Regierungschefs im Juni sogar noch zu, nachdem bekannt wurde, dass EU-Ratspräsident, António Costa, einen Gesprächskanal nach Moskau etablieren ließ, ohne es jedoch mit den Mitgliedsländern abgesprochen zu haben. Costa verteidigte sein Vorgehen, „einen diplomatischen Kanal zum Kreml zu öffnen“, damit, um ausloten zu können, „ob Voraussetzungen für Friedensverhandlungen bestehen“ (Liboreiro; Tadeo, 2026). Wie bekannt wurde, führte der Kabinettschef von Costa, Pedro Lourtie, mehrere Telefonate mit einem engen Mitarbeiter von Präsident Putin. Ein in den Medien namentlich nicht genannter EU-Beamter fasste die Angelegenheit wie folgt zusammen:

„Ziel war es, vorbereitet zu sein, um im richtigen Moment die Interessen der EU zu vertreten. Es geht um kurze Kontakte, ohne inhaltlichen Austausch und ohne Verhandlungen, schlicht darum, dass Diplomaten ihre Arbeit tun.“ (EU-Beamter in Liboreiro; Tadeo, 2026)

Unterdessen sprachen Insider von „bürokratischen Machtkämpfen“, weil neben dem Ratspräsidenten auch EU-Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, auf eine Beteiligung der EU in möglichen Verhandlungsprozessen pocht. In diesem Zusammenhang räumte der französische Präsident ein, dass die EU „irgendwann vertreten sein müsse“ (Macron in Wax; Braun; et al., 2026). Unabhängig von den Positionierungen der EU und ihrer Mitgliedsländer scheinen die USA Ende Juni wieder eine pro-ukrainische Haltung im Krieg mit Russland eingenommen zu haben. Nachdem die USA, ausgehend von Beschlüssen des G7-Treffens am 17. Juni in Frankreich, den Sanktionsdruck gegenüber Russland erhöhen möchten, sprach der russische Außenminister, Sergej Lawrow, den USA die Rolle eines „objektiven Vermittlers“ ab (BR24, 2026; ORF, 2026e). Beim G7-Treffen sah Macron angesichts des Meinungswechsels von Präsident Trump, den Druck auf Russland wieder erhöhen zu wollen, sogar ein neues „strategisches Erwachen“ des Westens gegenüber dem russischen Aggressor im Ukrainekrieg (BR24, 2026).

Trotz der spektakulären militärischen Erfolge der ukrainischen Streitkräfte im Beobachtungszeitraum – die Ukraine ist in der Lage, sensible Ziele strategischer Infrastruktur tief im russischen Hinterland sowie auf der Krim treffen zu können – glaubt der russische Präsident Putin nach wie vor, siegen zu können. Ein persönliches Treffen zwischen den Präsidenten der Ukraine und Russlands, wie von Selenskyj vorgeschlagen, wird von Putin weiterhin kategorisch abgelehnt. Zudem pocht der Kreml auf die Kontrolle der gesamten Donbass-Region als Grundlage für Friedensgespräche, da Putin von einem Sieg in der Ukraine aus-

geht (ORF, 2026d; Fokus+, 2026). Obwohl Putin durch die ukrainischen Angriffe auf Energieinfrastruktur erstmals öffentlich Probleme und Engpässe der Treibstoffversorgung zugibt, hält er unbeirrt an seinen Kriegszielen, vier ostukrainische Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja zu erobern, fest (Deutsche Welle, 2026; Der Spiegel, 2026). An der Front selbst konnten ukrainische Streitkräfte im Beobachtungszeitraum sogar leichte Geländegewinne erzielen, jedoch dürfte das russische Militär unter enormen Verlusten wieder die Initiative übernommen haben und vor allem in Kostjantyniwka im östlichen „Festungsgürtel“ die Verteidiger verstärkt unter Druck setzen (MDR, 2026; Die Presse, 2026b). Trotz der relativen Pattsituation entlang der Frontlinie, bleiben die ukrainischen Militärschläge im russischen Kernland ein wesentlicher Indikator für den weiteren Kriegsverlauf.

Fazit und Ableitungen

Das Dilemma bezüglich der Eröffnung von Direktgesprächen mit Moskau, gekoppelt an die Frage, wer denn als Verhandler theoretisch möglich wäre, offenbart zwei unterschiedliche Konfliktlinien: einerseits zwischen EU-Mitgliedsländern untereinander und andererseits auch zwischen den „Brüsseler Strukturen“ auf der einen und den „EU-Hauptstädten“ auf der anderen Seite. Unabhängig der einzelnen Positionen, weisen diese Divergenzen systemische Defizite auf, die es institutionell auszugleichen gilt, um weitere sicherheitspolitische Gestaltungsschwächen zu vermeiden. Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Militärschläge ukrainischer Streitkräfte auf russische Ziele im Hinterland, scheinen sich aus westlicher Sicht weitere Optionen für eine Lösung des Kriegs in der Ukraine zu ergeben. Nach wie vor bleibt die weitere Positionierung der USA ungewiss. Während Unterstützer der Ukraine auf eine dauerhafte Meinungsänderung im Weißen Haus hoffen und auch verstärkte US-Militärhilfen nicht ausschließen, bleibt berechtigte Skepsis angebracht, ob die von Präsident Trump getätigten Zusagen beim G7-Gipfel im Juni 2026, Sanktionen gegen Russland verschärfen zu wollen, tatsächlich auch umgesetzt werden.

Nachdem der politische Druck auf Machthaber Putin infolge der ukrainischen Angriffe auf Energieinfrastruktur steigt, er aber gleichzeitig von seinen Kriegszielen (noch) nicht bereit ist abzurücken, wird es keine nennenswerte Änderung der europäischen Maßnahmen geben. Dies deutet darauf hin, dass der Krieg mit den bislang bekannten Herausforderungen für die EU weitergehen wird. Zentrales Ziel der EU bleibt weiterhin, die Unterstützung der Ukraine sicherzustellen und gleichzeitig eine militärische Eskalation zu verhindern. Sollte es eine Einigung aller 27 EU-Hauptstädte auf eine gemeinsame Vorgehensweise zur Erzielung einer diplomatischen Lösung geben, könnten Länderformate in den Hintergrund treten und intergouvernementale Brüsseler Strukturen an Bedeutung gewinnen. Angesichts der innenpolitischen Turbulenzen im Vereinigten Königreich ist es sehr wahrscheinlich, dass die sicherheitspolitische Relevanz des E5-Formats (Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Polen und Italien) steigen wird. Allerdings werfen innenpolitische Dynamiken ihre Schatten voraus, denn 2027 finden in Frankreich, Polen sowie in Italien wichtige Wahlen statt, wodurch eine temporäre Schwächung der Gestaltungsmöglichkeiten nicht

auszuschließen ist. Die EU und ihre Mitgliedsländer könnten jedenfalls die gewonnene Zeit für die Identifizierung von möglichen Verhandlungsoptionen ausloten. Das „Verhandlungsdilemma“ hinsichtlich einer für alle EU-Mitgliedsländer sowie der Brüsseler Führungsspitze akzeptablen Friedenslösung wird jedenfalls bis auf Weiteres bestehen bleiben.

Quellen

- BMEIA (2026): Außenministerin Meinel-Reisinger drängt beim Rat für Auswärtige Angelegenheiten auf Rückkehr zur Diplomatie, 16.3.2026, <https://www.bmeia.gv.at/ministerium/presse/aktuelles/alle/musterjahr/03-1-1/aussenministerin-meinel-reisinger-draengt-beim-rat-fuer-auswaertige-angelegenheiten-auf-rueckkehr-zur-diplomatie> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- BR24 (2026): "Strategisches Erwachen": Trump nähert sich G7-Partnern an, 17.6.2026, <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/strategisches-erwachen-trump-naehert-sich-g7-partnern-an>, VMOaPp (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- Chatham House (2025): How corruption threatens war effort in Ukraine, and what is the remedy?, 25.11.2025, <https://www.chathamhouse.org/events/all/research-event/how-corruption-threatens-war-effort-ukraine-and-what-remedy> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Der Spiegel (2026): Kreml deutet abgeschwächtes Kriegsziel an, 13.4.2026, <https://www.spiegel.de/ausland/russland-ukraine-krieg-kreml-deutet-abgeschwaechtes-kriegsziel-an-a-cf78b95c-aa14-4d59-9ba2-afab873cb88e> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- Die Presse (2026a): Ex-Kanzler Schröder als Vermittler bei Gesprächen mit Russland? EU-Außenbeauftragte Kallas sagt nein, 11.5.2026, <https://www.diepresse.com/23250727/ex-kanzler-schroeder-als-vermittler-bei-gespraechen-mit-russland-eu> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Die Presse (2026b): Russland rückt in der Ukraine vor: Druck auf Festungsgürtel bei Kostjantyniwka wächst, 29.6.2026, <https://www.diepresse.com/33582830/russland-rueckt-in-der-ukraine-vor-druck-auf-festungsguertel-bei> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- Euronews (2026a): Cyprus sceptical of reopening direct talks with Putin as peace talks progress, 14.1.2026, <https://www.euronews.com/my-europe/2026/01/14/cyprus-sceptical-of-reopening-direct-talks-with-putin-as-peace-talks-progress> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union (2026a): Rat finalisiert 90 Mrd. €-Darlehen zur Unterstützung der Ukraine, 23.4.2026, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/04/23/council-finalises-90-billion-support-loan-to-ukraine/> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Europäischer Rat / Rat der Europäischen Union (2026): Finanzhilfen der EU für die Ukraine, 26.6.2026, <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/ukraine-solidarity-financial-support/> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Fokus+ (2026): Putin glaubt weiter an einen Sieg in der Ukraine, 29.6.2026, <https://www.focusplus.de/politik/russland-putin-glaubt-weiter-an-sieg-in-ukraine-14514> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- GOV.UK (2026): Joint E3 Leaders' Statement with President Volodymyr Zelenskyy of Ukraine: 7 June 2026, <https://www.gov.uk/government/news/joint-e3-leaders-statement-with-president-volodymyr-zelenskyy-of-ukraine-7-june-2026> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- Gutschker, Thomas (2026): Erst der EU beitreten, dann verhandeln?, 4.3.2026, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bruessel-will-schnellen-eu-beitritt-der-ukraine-berlin-nicht-accg-110846940.html> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Kallas, Kaja (2026) zitiert in Die Welt (2026): „Europa wird niemals ein neutraler Vermittler zwischen Russland und der Ukraine sein“, 28.6.2026, <https://www.welt.de/politik/ausland/article6a1847277d857fdb4527053/ukraine-krieg-europa-wird-niemals-ein-neutraler-vermittler-sein-sagt-kaja-kallas.html> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Kirby, Paul (2026): Zelensky's ex-chief of staff in court as Ukraine corruption probe escalates, 12.6.2026, <https://www.bbc.com/news/articles/c4g48kj40lwo> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Kurier (2025): Stocker schlug Wien als Verhandlungsort für Putin und Selenskij vor, 19.8.2025, <https://kurier.at/politik/ausland/putin-selenskij-verhandlungsort-wien-christian-stocker/403075404> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).

- Liboreiro, Jorge; Bertuzzi, Luca; Vakulina, Sasha (2026): „Schwer, mit jemandem zu sprechen, der einen töten will“: EU-Debatte über Gespräche mit Moskau, 27.5.2026, <https://de.euronews.com/my-europe/2026/05/27/eu-debatte-gesprache-moskau> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Liboreiro, Jorge (2026): Estland warnt: Direkte Gespräche mit Russland machen EU zum neutralen Vermittler, 26.5.2026, <https://de.euronews.com/my-europe/2026/05/26/estland-russland-vermittler-krieg-ukraine> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- Liboreiro, Jorge; Tadeo, Maria (2026): Costa verteidigt überraschenden diplomatischen Draht nach Russland, 19.6.2025, <https://de.euronews.com/my-europe/2026/06/19/costa-verteidigt-uberraschenden-diplomatischen-draht-nach-russland> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- Mayer, Thomas (2026): Kanzler Stocker für direkte Gespräche der EU mit Putin über Friedenslösung, 12.2.2026, <https://www.derstandard.at/story/3000000308237/kanzler-stocker-fuer-direkte-gesprache-der-eu-mit-putin-ueber-friedensloesung> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- McConnell, Robert A. (2026): Washington has lost interest in its own vital national security interest in Ukraine, 1.5.2026, <https://usukraine.org/blog/washington-has-lost-interest-in-its-own-vital-national-security-interest-in-ukraine> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- MDR (2026): Russen verstärken Druck am Frontabschnitt nördlich Pokrowsk, 17.6.2026, <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/pokrowsk-deepstate-donezk-ostukraine-dobropillja-russland,ukraine-news-136.html> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- ORF (2025): Meisl-Reisinger: Europa braucht eigenen Ukraine-Plan, 26.11.2025, <https://orf.at/stories/3412611/> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- ORF (2026a): TISZA holt Zweidrittelmehrheit, 12.4.2026, <https://orf.at/stories/3426700/> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- ORF (2026b): Ukraine erhält erste Milliarden aus EU-Darlehen, 25.6.2026, <https://orf.at/stories/3434369/> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- ORF (2026c): EU sanktioniert Entführer ukrainischer Kinder, 11.5.2026, <https://orf.at/stories/3429594/> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- ORF (2026d): Lawrow sieht USA nicht mehr als „objektiven Vermittler“, 23.6.2026, <https://orf.at/stories/3434150/> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- ORF (2026e): E3-Botschafter zu Gespräch in russischem Außenministerium, 11.5.2026, <https://orf.at/stories/3433067/> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- Polskie Radio (2026): Bericht: Skepsis über Ukraines EU-Beitritt, 28.5.2026, <https://www.polskieradio.pl/400/7764/Artykul/3677967,Kann-Pr%C3%A4sident-Rumen-Radev-das-%C3%A4rmste-EULand-stabilisieren> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Siggelkow, Pascal (2024): Kommt es zum Zahlungsausfall der Ukraine?, 17.7.2024, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/ukraine-schulden-glaebiger-100.html> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Süddeutsche Zeitung (2026): „Assoziierte EU-Mitgliedschaft“: Selenskiy lehnt Merz-Vorschlag ab, 23.5.2026, <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-news-selenskiy-merz-assozierte-eu-mitgliedschaft-li.3483341> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Tagesschau (2026): EU beginnt Beitrittsverhandlungen mit Ukraine und Moldau, 13.6.2026, <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-ukraine-moldau-102.html> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Tsahkna, Margus (2026) zitiert in Liboreiro, Jorge (2026): Estland warnt: Direkte Gespräche mit Russland machen EU zum neutralen Vermittler, 26.5.2026, <https://de.euronews.com/my-europe/2026/05/26/estland-russland-vermittler-krieg-ukraine> (zuletzt eingesehen am 28.6.2026).
- Wax, Eddy; Braun, Elisa; Stritzel, Björn; Waterfield, Bruno (2026): E-wer? Auf der Suche nach der Stimme Europas, 24.6.2026, <https://euractiv.com/de/news/e-wer-auf-der-suche-nach-der-stimme-europas/> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).
- Wyssuwa, Mathias (2026): „Wir fordern einen Platz am Verhandlungstisch“, 20.6.2026, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/polens-aussenminister-polen-bei-ukraine-verhandlungen-beteiligen-accg-200931879.html> (zuletzt eingesehen am 29.6.2026).

Ostfeind 2.0?

Wie der Krieg gegen die Ukraine den russischen Militärapparat verändert, und in welcher Form sich dieser als militärische Bedrohung Europas rekonstituieren kann

von Gustav C. Gressel

Dass Russland eine aggressiv-revisionistische Macht ist, mit dem Gestaltungsanspruch, die politische Ordnung zu seinen Gunsten umzukrempeln, ist spätestens seit Beginn der Vollinvasion gegen die Ukraine und der diesen begleitenden russischen diplomatischen Kommunikation gesichertes Allgemeinwissen. Worüber sich die Geister freilich scheiden, ist: wann, wie schnell und in welchem Rahmen Russland wieder die Mittel haben wird, seine gegen Europa gerichteten politischen Absichten auch militärisch zu unterfüttern.

Für manche ist ein russischer Angriff auf Europa jederzeit möglich, für andere um das Jahr 2029. Andere machen auf die horrenden Verluste der russischen Armee in der Ukraine aufmerksam und hinterfragen, unter welchen Bedingungen eine Armee, die nicht einmal mit der Ukraine fertig wird, ein größeres Militärbündnis angreifen könnte – selbst wenn die USA unter Donald Trump keine Rolle mehr in der Verteidigung Europas spielen werden.

Dieser Beitrag zieht eine vorläufige Bilanz, wie der russisch-ukrainische Krieg die Streitkräfte der russischen Föderation verändert hat, welche Trends absehbar sind, welche Entwicklungen man eher ausschließen kann und welche Fragen noch offen sind. Die meisten Erkenntnisse sind vorläufig, einige spekulativ. Doch Europa hat wenig Zeit zu verlieren. Die Welt wandelt sich nicht zum Besseren, und Armeen, die sich der Digitalisierung und Robotisierung der Kriegsführung verweigern, verkommen zu Folklore- und Trachtenvereinen in Uniform.

Einleitende Worte

Die Lage ist freilich komplizierter als eine rein dichotome Darstellung – der unmittelbar vor dem Angriff stehende russische Bär oder ein Russland, das schon militärisch am Ende ist –, denn die russische Armee ist in der Tat durch den Krieg gegen die Ukraine schwer in Mitleidenschaft gezogen, andererseits hat sie sich durch den Krieg stark verändert und hat viel dazugelernt. Die mechanisierte Massenarmee, die sich auf sowjetische Depots und Materialreserven stützte, ist nicht mehr. An ihrer Stelle steht eine digitalisierte Drohnenarmee, die technisch und taktisch zwar der Ukraine unterlegen ist, deren potenzielle Feuerkraft aber jeder anderen europäischen Armee deutlich überlegen ist.

Der russisch-ukrainische Krieg ist der erste Krieg zwischen zwei digital-industriellen Staaten. Sowohl Russland als auch die Ukraine verfügten vor dem Krieg über einen konkurrenzfähigen IT-Sektor, der dann im Zuge des Krieges militarisiert wurde. Der Russisch-Japanische Krieg war der erste Krieg unter Industrienationen, die ihre maschinenbautechnischen Fähigkeiten in den Dienst des Militärs stellen konnten. Sie nutzten schnellfeuernde Artillerie, Maschinengewehre, Torpedos, Minen, Schlachtschiffe mit Entfernungsmesser und Feuerleitzentralen, drahtlose Kommunikation und Funkaufklärung. Daher unterschied sich der russisch-japanische Krieg stark vom Burenkrieg, obwohl dieser nur zwei Jahre zuvor endete. Natürlich waren die darauffolgenden Kriege keine exakte Wiederholung des Russisch-Japanischen Krieges, doch dieser Krieg setzte Trends, die Bestand haben sollten. Ähnliches gilt für den russisch-ukrainischen Krieg: Spätere Kriege müssen keine exakten Wiederholungen sein. Aber sollte China versuchen, Taiwan mit Gewalt zu nehmen, sollte ein Krieg zwischen China und den USA um die Vorherrschaft in Ostasien entbrennen, oder sollte Russland tatsächlich versuchen, Europa anzugreifen, werden erneut digitalisierte Industrienationen aufeinanderstoßen, die ihre technisch-industriellen Fähigkeiten in den Dienst der Kriegsführung stellen werden.

1. Verluste erzwingen Strukturreformen

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist noch lange nicht beendet. Daher sind alle Lehren, die Russland zieht, und Strukturveränderungen, die daraus resultieren, vorläufiger Natur. Die aktuellen Debatten in militärwissenschaftlichen Kreisen in Russland (vgl. Engqvist, Kjellén, Vendil Pallin, Sandvad, 2026) geben auch nur vorläufigen Einblick, wie der Krieg militärwissenschaftlich aufgearbeitet wird und zu welchen doktrinen und organisatorischen Konsequenzen es kommen wird. Denn erstens sind viele taktische und operative Einsichten und Erfahrungen klassifiziert und dürfen nicht öffentlich diskutiert werden, solange die sogenannte „Spezialoperation“ läuft. Zweitens üben sich Kommentatoren in starker Selbstzensur, da die Kritik an Putins Entscheidungen oder der Armee unter Strafe steht. Drittens spielen die heute an Akademien und Schulen diensttuenden Offiziere keine direkte Rolle im Krieg. Vor allem Kommandanten der mittleren Führungsebene (Regiment, Brigade, Division) hätten hier viel beizutragen. Diese werden aber erst in einigen Jahren in die Ränge aufsteigen, in denen sie ihre Erfahrungen zu Papier bringen (lassen) können. Daher wird der

durch diesen Krieg ausgelöste Wandel der russischen Streitkräfte ein langfristiger Prozess sein.

Als im Februar 2022 die Vollinvasion begann, standen die russischen Streitkräfte noch stark unter dem Einfluss der „New-Look“-Reformen der späten 2000er Jahre, die auf die rasche Unterwerfung eines militärisch weitaus schwächeren Gegners (Georgien, die damalige Ukraine) abzielten und daher Einsatzbereitschaft, Schnelligkeit und schlanke Organisationsstrukturen in den Vordergrund stellten. Unter Einbeziehung aller Teilstreitkräfte umfasste die Invasionsarmee am 24. Februar 2022 etwa 190.000 Mann, bestehend aus Berufssoldaten und Zeitsoldaten, die in sogenannten „Battalion Tactical Groups“ (BTG) organisiert waren. Das BTG-Konzept sicherte zwar schnelle Einsatzbereitschaft, überlastete jedoch bald schlanke Führungs- und Logistikstrukturen. Improvisierte Brigade- und Armeegefechtsstände verloren schnell den Überblick über zahlreiche, unabhängig agierende BTGs, der Nachschub an Munition, Betriebsmitteln und Nahrung war mangelhaft, Abschub und Reparatur zahlreicher ausgefallener GKGF konnte nicht vorgenommen werden, was zur Folge hatte, dass die ukrainische Armee ihre knappen Materialbestände mit russischen Beutegeräten ausfüllen konnte. Gerade bei den Kampfunterstützungstruppen (Fliegerabwehr, Artillerie, Pioniere) machte sich Chaos breit, da in den schlanken, zusammengestoppelten Führungsstäben die Fachoffiziere fehlten. Die schlechte Koordination zwischen Truppenfliegerabwehr und Luftstreitkräften etwa hatte zu Kriegsbeginn gravierende Folgen. Die russische Truppenfliegerabwehr bekam Feuerverbot, um nicht eigene Kampfflugzeuge abzuschießen. Dies ermöglichte es den Ukrainern, selbst mit großen Bayraktar-Drohnen ungestört die russische Tiefe aufzuklären und anzugreifen. Gleichzeitig hielt die russische Luftwaffe aus Angst vor „friendly fire“ Luftnahunterstützung und Angriffe auf Fliegerabwehreinheiten zurück und ermöglichte so den Ukrainern, sich nach den ersten Schlägen zu sammeln und zu reorganisieren.

Der erste Anpassungsprozess begann nach dem Scheitern der Schlacht um Kyiv und machte sich ab Herbst 2022 bemerkbar: Es wurde eine Kommando-, Führungs- und Logistikinfrastruktur für eine Massenarmee nach sowjetischem Vorbild geschaffen. Durch die im September anberaumte Teilmobilmachung und gestützt auf Depots und Materialreserven aus der Sowjetzeit wurde schrittweise wieder eine Massenarmee aufgestellt. Das Ziel war, eine Überlegenheit in Material und Personal gegenüber der Ukraine zu erlangen, um diese letztendlich zu erdrücken. Auf dem Höhepunkt seiner materiellen Überlegenheit im Sommer 2024 befanden sich rund 650.000 russische Soldaten in der Ukraine, aufgeteilt in (zu diesem Zeitpunkt) fünf Heeresgruppen, 14 Armeen und zwei Armeekorps. Ihnen standen 3.400 Kampfpanzer, 7.000 Schützen- und Mannschaftstransportpanzer, 5.000 Artilleriegeschütze und 2.000 Mehrfachraketenwerfer zur Verfügung. Russland konnte seine enormen Materialverluste der ersten Kriegsjahre nicht nur ausgleichen, die Landstreitkräfte wuchsen in Personal und Material. Etwa 1.500 Kampfpanzer und 2.500 Schützen und Mannschaftstransportpanzer wurden jährlich der Front zugeführt, der überwiegende Teil aus sowjetischen Depots. Selbst zum Höhepunkt der westlichen Unterstützung der Ukraine 2023 bekam Kyiv nur etwa ein Drittel dessen an Material zugeführt, was Russland für den Einsatz an der Front bereitstellen konnte. Dennoch gelang es Moskau nicht,

diese materielle Überlegenheit in ein operativ verwertbares Ergebnis (große Durchbrüche und Gebietsgewinne) oder ein strategisch verwertbares Ergebnis (eine Entscheidung des Krieges) umzusetzen. Der koordinierte und massierte Einsatz billiger Drohnen half der Ukraine, Russlands materieller Überlegenheit asymmetrisch entgegenzuwirken – wenn auch in einigen Fällen auf Kosten erheblicher Verluste, insbesondere bei der Infanterie.

Nun schwinden Russlands Reserven. Gepanzerte Kampf- und Gefechtsfahrzeuge (GKGF) werden selten im Gefecht eingesetzt, teils um sie für zukünftige Aufgaben zurückzuhalten, teils weil es keine Erfolg versprechenden Taktiken für deren Einsatz gibt. Wie die Streitkräfte nach dem Krieg wiederaufgebaut werden – ob unter Einsatz von Drohnen in Kombination mit leichten, mobilen Kräften oder durch den Wiederaufbau schwerer Manöververbände – wird noch diskutiert. Unabhängig von dieser Debatte dürfte die Nachkriegsstruktur jedoch eher von den verteidigungsindustriellen Fähigkeiten Russlands bestimmt werden als von den Wunschvorstellungen der Planer.

Trotz beeindruckender Steigerungen in der Rüstungsproduktion würde Russland bei den derzeitigen Produktionsraten etliche Jahre brauchen, um die bisherigen Verluste voll auszugleichen. Genauer für Kampfpanzer und Artillerie etwa 15 Jahre, Schützen- und Mannschaftstransportpanzer fast 20 Jahre. Nach dem Krieg könnte man freilich auch gebrauchtes chinesisches Großgerät anschaffen, aber auch das wäre eine endliche, und nicht aus eigener Kraft reproduzierbare Quelle.

Das heißt nicht, dass die zukünftige russische Armee keine gepanzerten Kampf- und Gefechtsfahrzeuge (GKGF) mehr einsetzen wird. Sie verfügt noch über ungefähr 1.500 bis 2.000 einsatzfähige Kampfpanzer und etwa 5.000 gepanzerte Transportfahrzeuge. Aber sie wird diese nicht mehr als Verbrauchsmaterial betrachten können, deren Verluste man in Kauf nimmt, solange sie dem Gegner abnutzen. Sie wird sie nur dann einsetzen können, wenn deren Einsatz Erfolg verspricht und die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden. Dies wiederum macht einen doktrinären Bruch zu sowjetischen Vorschriften unausweichlich.

Doch während sich viele Diskussionen über die Zukunft der Panzerwaffe im engeren Sinn und über die Möglichkeiten, zu Land zu manövrieren, im weiteren drehen, fällt außer Acht, dass die russische Armee schon immer eine auf Feuerkraft ausgerichtete Armee (Grau, Bartles, 2016) war. Auch wenn Michail Tuchatschewski und Wladimir Triandafillow (1930er Jahre) sowie Nikolai Ogarkow (1970er/80er Jahre) versuchten, das „tiefe Gefecht“ als schnelle Manöverkriegsführung zu betonen (Palmer, 2018), stützten sie sich stets auf massive Feuerunterstützung und Vorbereitung, um die notwendigen Voraussetzungen für einen Durchbruch und dessen Ausnutzung in die Tiefe zu schaffen. Dass die Rote Armee ab 1944 schnelle und tiefe Manöver beherrschte, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wehrmacht zu diesem Zeitpunkt bereits ziemlich geschwächt war. Um diese Abnutzung zu erreichen, hatte die Rote Armee von 1941 bis 1943 eher statisch verteidigt, um die Wehrmacht abzunutzen.

Und an Feuerkraft mangelt es den russischen Streitkräften derzeit nicht. Die Eingliederung von Drohneneinheiten wird die Verluste an konventioneller

Feuerkraft (Artillerie, GKGf) nicht bloß kompensieren, sie steigert sie. Die Frage, wie sich unter diesen Bedingungen die Mobilität und Manörfähigkeit von Großverbänden wiederherstellen wird, könnte man in Moskau weder in der Theorie noch in der Praxis beantworten. Diese Frage ist aber zweitrangig, wenn die anvisierte Abnutzung ohnehin den organisierten militärischen Widerstand der Gegenseite zum Zusammenbruch führen kann.

Die Ukraine, der eine zuverlässige Versorgung mit schweren Fahrzeugen fehlt, hat ihren Fahrzeugbedarf überwiegend mit leicht gepanzerten Fahrzeugen gedeckt, die auf dem Fahrgestell von zivilen Allradfahrzeugen und leichten Lastwagen basieren. Diese sind wesentlich billiger als speziell für militärische Zwecke entwickelte Kampffahrzeuge. Die Ukraine baute bisher über 6.000 davon, eine ähnlich große Menge wurde aus dem Ausland beschafft. Darüber hinaus verbraucht die Ukraine etwa 50.000 Pickup-Trucks pro Jahr. Diese werden vorwiegend für Versorgung und Materialtransport eingesetzt. Das ukrainische Beispiel zeigt also, dass sich durchaus auch für den enormen Materialverschleiß eines Drohnenkrieges das nötige Fahrzeugmaterial in relativ kurzer Zeit beschaffen lässt. Man muss freilich bei den Fähigkeiten einzelner Fahrzeuge Abstriche machen, allerdings werden diese durch Masse und Auslagerung der Aufklärungs- und Feuerunterstützungsfunktion an Drohnenverbände kompensiert. Eine solche „MRAP-isierung“ hat in den russischen Streitkräften noch nicht stattgefunden, wäre aber der schnellste und kostengünstigste Weg, seine Verbände nach dem Krieg rasch wieder aufzubauen. Mithilfe der chinesischen Automobilindustrie als Lieferant für Teile und Komponenten könnte der Wiederaufbau der Offensivfähigkeiten relativ schnell erreicht werden.

2. Der Drohnenkrieg

Daher muss vor jeder Spekulation über die spätere Struktur der russischen Streitkräfte zuerst ein Blick auf die Evolution russischer Drohnenkriegsführung geworfen werden. Der russische Drohneneinsatz gegen die Ukraine unterscheidet sich gravierend von vorhergehenden Kriegen (etwa Armenien/Aserbaidschan 2020 oder dem russischen Einsatz in Syrien), da es Russland nun mit einem technisch-industriell versierten, hoch motivierten und gut ausgebildeten Gegner zu tun hat, der Moskau in vielen Bereichen des Drohneneinsatzes voraus ist. In vielen Fällen hat Russland die ukrainischen Drohnen wie auch die taktischen Verfahren deren Einsatzes analysiert, kopiert und dann skaliert.

a. Aufstellung und Entwicklung der VBS

Die Organisation von Drohneneinheiten folgt dem in der Ukraine beobachteten Trend zur Zentralisierung des Einsatzes von Drohnen und zur Bildung größerer Einheiten, um die erforderliche Masse an Drohnen in die Luft zu bringen und die jeweiligen taktischen Aufträge erfüllen zu können. Nachdem die Ukraine im Frühjahr 2024 ihre *Unmanned Systems Forces* (Сили безпілотних систем SBS) gründeten, wurden in Russland zunächst im August 2024 das Zentrum für Unbemannte Systeme „Rubikon“ (Центр перспективных беспилотных технологий «Рубикон») aus der Taufe gehoben, um Systeme und Taktiken der Drohnenkriegsführung zu erproben. Bei der Aufstellung der russischen „Kräfte für unbemannte Systeme“ (Войска беспилотных систем VBS) im November

2025 (Parfonov 2026) wurden dann die Erkenntnisse aus dieser Versuchsanordnung in die Breite umgesetzt. Nach wie vor ist Rubikon für die Erprobung von Gerät, die Ausbildung von Drohnenpiloten, Spezialisten und Führungskräften und die Weiterentwicklung von taktischen Verfahren zuständig. Die seit 2025 geschaffenen Drohneneinheiten der VBS setzen diese dann in der Breite um. Schrittweise werden alle vorhandenen Drohneneinheiten in Verbände der VBS eingegliedert.

Bereits 2024 wurden die ersten „*Reconnaissance-Strike*“ Regimenter (разведывательно-ударный полк) mit drei Drohnenbataillonen und einem Stabsbataillon aufgestellt, um Drohnenoperationen zu skalieren. 2025 standen mindestens vier davon an der Front, weitere sieben Regimenter befinden sich in Aufstellung, zudem sollen VBS-Brigaden zu den bestehenden Regimentern hinzukommen. Diese Brigaden sind ähnlich wie die Regimenter strukturiert, verfügen jedoch über mehr Systeme und bessere Planungs-, Aufklärungs- und Durchhaltefähigkeiten, um in größerer Tiefe und im höheren Tempo zu operieren. Die Bildung einer VBS-Division wird erwogen, allerdings ist noch nicht klar, welche anderen Fähigkeiten als bisherige Regimenter und Brigaden diese ins Feld führen soll.

Bislang unterstanden die VBS-Brigaden direkt dem Militärbezirk (entspricht einer Heeresgruppe oder einem Frontkommando). Da die russischen Streitkräfte für unbemannte Systeme als Waffengattung angesehen werden, etwa vergleichbar mit der Artillerie, ist zu erwarten, dass bis 2028 jede Front über eine VBS-Division, jede Armee über eine oder mehrere VBS-Brigaden, jede Division über ein VBS-Regiment oder -Bataillon und jede unabhängige Brigade über ein VBS-Bataillon verfügen wird, während jedes Regiment der Kampftruppen zumindest eine VBS-Kompanie unterstellt haben wird. Die VBS expandiert rasch, eine aggressive Rekrutierungskampagne an russischen Universitäten soll ihnen auch technisch versierte, junge, und kreative Kader bringen. Als eigene Waffengattung haben die VBS auch eigene Waffenschulen für die Ausbildung von Subalternoffizieren. Ausbildungskurrikula und Inhalte wurden komplett neugestaltet. Die VBS genießen größere Handlungsfreiheit für Innovationen und Änderungen unter Belousov als andere Waffengattungen. In dem Sinn muss ihre weitere Entwicklung genau beobachtet werden.

Doktrin und Einsatzgrundsätze für Drohnen sind noch einem starken Wandel unterzogen (vgl. Lee, Putiata, 2026), es zeigt sich aber zunehmende Differenzierung in Aufgaben und Einsatz der Mittel der unterschiedlichen Ebenen (Team, Gruppe, Zug, Kompanie, Bataillon, Regiment). Je nachdem, welcher Führungsebene diese unterstehen, haben sie unterschiedliche Aufgaben in unterschiedlichen Gefechtsstiefen zu erfüllen.

Zur Veranschaulichung der Zusammensetzung eines VBS-Regiments eine Struktur von Anfang 2026¹, basierend auf dem vom Rubicon getesteten Organplan:

- Eine Stabskompanie
- Ein Logistikbataillon, einschließlich Feldwerkstätten zur Herstellung von Ersatzteilen und Katapulten
- 1–2 Mittel- bis Langstrecken-UAV-Kompanien (Festflügel)
- 3–6 taktische UAV-Kompanien (hauptsächlich Rotor-Drohnen)
- 1–2 Kompanien mit UGV, USV oder Langstrecken-Drohnen (Geran, Gebera)
- 1–2 Kompanien mit schweren Versorgungsdrohnen
- Ein Radioelektronisches Bataillon mit Systemen der elektronischen Kampfführung (EW), elektronischen Aufklärung (ELINT) und Funküberwachung (SIGINT) Drohnendektionsradaren und anderem Ortungsgerät.
- 1 Kompanie mit Abfangdrohnen zur Sicherung der eigenen Startplätze und der logistischen Infrastruktur
- Infanteristische Elemente für die Nahsicherung
- Pionierelemente (Bunkerbau), Sanitäts-, und Fernmeldeelemente.

Auch dies basiert auf vorläufigen Berichten, da sich die genaue Zusammensetzung der Verbände je nach Mission, Rekrutierung und dem Kommando, dem sie unterstehen, ändert. Mit dem Ausbau der Drohnenstreitkräfte und insbesondere nach dem Krieg wird die Standardisierung fortgesetzt und es werden feste Gefechtsordnungen für Drohnenzüge, -Kompanien, -Bataillone und -Regimenter entstehen. Grob gesagt lassen sich die Aufgaben von Drohnentruppen in vier Kategorien einteilen:

- Taktische Drohnenunterstützung für den Kampf in der Grauzone (Aufklärung und Feuerunterstützung für Infanterie, Artillerie etc.)
- Kampf um Drohnenüberlegenheit
- Drohnenkrieg gegen die operative Tiefe
- Drohnenkrieg gegen die strategische Tiefe

Jede dieser Kategorien erfordert unterschiedliche Fähigkeiten (Drohnen, ISR- und EW-Systeme), Planung, und Taktiken. Die Drohnenkriegsführung wird zunehmend spezialisierter, und es entsteht eine neue Form des Kampfes der verbundenen Waffen.

b. Taktische Drohnenunterstützung

Für die taktische Drohnenunterstützung werden Drohnenzüge und -Kompanien den angreifenden Regimentern und Regimentsartilleriegruppen zugeordnet. Die taktische Drohnenunterstützung für Frontverbände ist qualitativ die einfachste und quantitativ die häufigste Aufgabe für das VBS. Schließlich begann der Drohnenkrieg mit der Bereitstellung von Aufklärung und Feuerunterstützung, vor allem Panzerabwehr. Die taktischen FPV-Teams bestehen zu etwa 1/3 aus Quadcopter-FPV-Teams, zu 1/3 aus Starrflügel-FPV-Teams und zu 1/3 aus

¹ Basierend auf den Notizen des Autors aus einem Gespräch mit ukrainischen Drohnenpiloten, Wien, Februar 2026.

glasfasergeführten FPV-Teams. Ihnen sind zudem Aufklärungsdrohnenteams zugewiesen, die die Kontaktlinie und das unmittelbare Hinterland nach Waffenstellungen, Kommandoposten, ukrainischen Drohnenteams und Infanterie absuchen und diese dann mit gezielten FPV-Schlägen ausschalten. Sie arbeiten eng mit Teams für elektronische Kriegsführung und Signalaufklärung zusammen. Insbesondere Infanterie-Infiltrationsteams verfügen über zu wenig eigene Feuerkraft, um sich ohne Drohnenunterstützung im ukrainischen Hinterland zu behaupten. Sie sind auf ständige Unterstützung durch Drohnen für Nachschub, Kommunikation und Feuerunterstützung (Artillerie- und Panzerabwehrfeuer) angewiesen.

Ab 2025 gewann der Kampf gegen den ukrainischen Rücken für die russischen Streitkräfte zunehmend an Bedeutung, da die Ukraine ihre erste Vorpostenlinie ausgedünnt hatte, um keine wertvollen Ziele für russische Drohnen- und Gleitbombenangriffe bereitzustellen. Auflockerung der Kräfte ist essenziell, um auf einem durch Aufklärungssensoren transparent gemachten Schlachtfeld zu überleben. Daher entwickelte das Rubicon-Zentrum Taktiken, um ukrainische Rotationen, Reserven, Logistik und Kampfunterstützung in der taktischen Tiefe (bis 30 km hinter der ukrainischen Vorkostenlinie) anzugreifen. Doch in die Tiefe zu wirken, ist weitaus komplexer als die bloße Bereitstellung von Feuerunterstützung, weshalb dies von größeren Drohnenkompanien oder Drohnenbataillonen übernommen wird. Zusätzlich zu den oben genannten Mitteln setzen sie weitere Teams Starrflügel-Aufklärungsdrohnen (Orlan 30, SuperCam usw.), *Loitering-Munition* (meist Molniya, aber auch Lancet), glasfaserkabelgelenkte Drohnen für Hinterhalte, Mutterschiff- und Repeater-Drohnen zur Erweiterung der Reichweite von FPV-Angriffen sowie zunehmend auch Bomber-Drohnen ein. Selten kommen auch Gerbera- und Geran-Drohnen nahe der Front zum Einsatz.

Wenn sich russische Infiltrationsteams in der ukrainischen Tiefe festgesetzt haben, müssten die Ukrainer diese Nester durch herangeführte Reserven ausschalten. Diese Säuberungsaktionen sind besonders anfällig für Angriffe mit den oben genannten Mitteln. Ukrainische Kommandanten vermuten, dass russische Angriffe oft darauf abzielen, den Einsatz solcher Reserven auszulösen und so ukrainische Fahrzeuge den bereits lauernden Drohnen auszuliefern.

c. Kampf um lokale Drohnenüberlegenheit

Da der Einsatz von Drohnen seit 2024 der größte singuläre Faktor für den Abwehrerfolg der Ukraine war, setzte das Rubikon-Zentrum viel daran, den ukrainischen Drohnenflug so weit wie möglich zu unterbinden. Es entbrannte ein Kampf zur Schaffung einer lokalen Drohnenüberlegenheit, bei dem der technische Vorteil und in vielen Abschnitten die Initiative 2026 von Russland auf die Ukraine überging.

Der Kampf um Drohnenüberlegenheit ist weniger durch die Einführung technisch neuer Kampfmittel gekennzeichnet als durch die taktische Synchronisation von elektronischer Kriegsführung, elektronischer Aufklärung, Drohnen- und Landoperationen. Störsender schränken das Frequenzspektrum ein, das ukrainische Drohnenteams nutzen können, wodurch SIGINT/ELINT-Teams ukrainische Funkkommunikation schneller orten und lokalisieren können. Bleibt die ukrainische Seite still, werden Angriffe gestartet, um ukrainische Drohnenteams

zum Einsatz ihrer Geräte zu zwingen. Die dann „eingepeilten“ Funkemitter (Drohnteams, Kommandostände) werden durch Drohnen, Artillerie oder Gleitbomben ausgeschaltet. Besonders Gleitbomben bewähren sich für diese Aufgabe, da Unterstände immer stärker verbunkert und tiefer eingegraben werden.

Der Kampf um die Drohnenüberlegenheit ist die komplexeste Aufgabe, die von den modernsten Drohnenbataillonen auf Regiments- bzw. Brigadeebene durchgeführt wird. Er erfordert eine äußerst enge Koordination von Drohnen, elektronischer Kriegsführung und Angriffsmitteln. Nachdem die Ukrainer ihre eigenen EW- und ELINT-Fähigkeiten im Laufe des Jahres 2025 verbessern konnten, mehr und bessere Abfangdrohnen die russische Aufklärung zunehmend schwieriger machten sowie das digitale, KI-unterstützte Führungsinformationssystem „Delta“ die Synchronisation, Missionsplanung und Erfahrungsanalyse verbessert hatte, konnte sich die Ukraine im Frühjahr 2026 wieder in eine Position lokaler Initiative versetzen. War lokale russische Drohnenüberlegenheit noch ein ausschlaggebender Faktor für die russischen Geländegewinne um Pokrowsk 2025, ist das Unvermögen der russischen Armee, Drohnenüberlegenheit 2026 zu erreichen, hauptverantwortlich dafür, dass sich die Gebietsgewinne im Frühjahr 2026 in Grenzen hielten. Der Kampf um Drohnenüberlegenheit ist taktisch das dynamischste Feld, in dem sich Verfahren, Vorgehensweisen und Sequenzierung rasch ändern und weiterentwickeln.

d. Der Kampf um die operative Tiefe

In den internationalen Medien ist dieser Kampf als „mid-range strike“ bekannt, und die Ukraine machte darin im Winter und Frühling erhebliche Fortschritte. Allerdings sollte der Kampf gegen die operative Tiefe nicht mit einzelnen Systemen oder Systemklassen gleichgesetzt werden. Denn auch hier gesellt sich zur technischen Innovation viel mehr taktische Innovation. Während Russland 2025 erfolgreich gegen die ukrainische Tiefe vorgehen konnte, drehte die Ukraine im Winter 2025/26 den Spieß um.

Auf der russischen Seite stützte sich der Kampf gegen die operative Tiefe der Ukraine auf *Loitering Munitions* (Lancet, Molniya), umgebaute, ferngesteuerte Angriffsdrohnen vom Typ Geran oder Gebera, Festflügel-Aufklärungsdrohnen wie Orlan 30, terrestrische ELINT-Systeme und satellitengestützte Aufklärung. Ein großes Problem der russischen Einsatzführung ist die Verbindung der Bediennschaften zu ihren Drohnen: 2025 stützte man sich in zunehmendem Maße auf Starlink, die wurde im Februar 2026 für russische Empfangsstationen abgeschaltet. Nun versucht die russische Seite, Starlink durch redundante Funknetze über Relaisdrohnen, Mobilfunknetze und Verstärkerantennen bzw. Luftschiffe mit Richtfunkantennen zu ersetzen. Geostationäre Kommunikationssatelliten haben nicht die ausreichende Bandbreite, um über diese komplexe Drohnennoperationen zu steuern. Zumindest nicht, solange ein Großteil der Rechenleistung und der Befehlsinputs von außen kommen muss. Mobilfunk und andere improvisierte Kommunikationsmittel können durch die ukrainische Funkaufklärung leichter und schneller geortet werden.

Aufklärungsdrohnen suchen die ukrainische Tiefe (30 bis über 100 km hinter den ukrainischen Linien) nach lohnenden Zielen ab. 2023 und 2024 wurden viele

hochwertige Ziele durch Angriffe mit Langstreckenwaffen (etwa Iskander-Raketen) bekämpft, heute werden sie meist direkt von Drohnen angegriffen. Ein Drohnenangriff besteht aus mehreren Wellen. Aufklärungsdrohnen gehen voraus, dicht gefolgt von Angriffsdrohnen, die identifizierte Ziele unmittelbar angreifen. Je geringer der Zeitverzug, desto schwieriger ist es für den Verteidiger, Gegenmaßnahmen einzuleiten. Relaisdrohnen halten den Funkkontakt der Drohnen untereinander und mit dem Bediener.

Ein Problem mit „Schwärmen“ an Drohnen war und ist der hohe Verbrauch von Frequenzbändern, da Drohnen, die untereinander kommunizieren und über Mobilfunknetzwerke (eingeschränkter Frequenzbereich) Kontakt zu ihren Operateuren halten, recht viel elektromagnetische Signaturen abgeben. Diese zu lokalisieren und zu klassifizieren hilft den Ukrainern, den Einsatz ihrer Abfangdrohnen zu optimieren. Künstliche Intelligenz soll hier Abhilfe schaffen, indem sie den Bedarf an Steuer- und Koordinationsinput von außen minimiert. Soll die Drohne aber intelligente Selbstflugeigenschaften aufweisen, verbraucht die entsprechende Rechenleistung Gewicht und Energie, die gesondert mitgeführt werden muss. Zudem bedeutet das Trainieren der KI einen erheblichen Trainingsaufwand. Diesen suchte die russische Waffenentwicklung bisher eher zu vermeiden.

Besondere Bedeutung erlangten tiefe Drohnenangriffe im Kriegswinter 2025/26, als sie insbesondere auf hochwertige Fliegerabwehrsysteme der Ukraine angesetzt wurden, um Angriffen auf die strategische Infrastruktur den Weg zu bahnen. Dies zwingt die Ukraine dazu, beträchtliche Ressourcen (SHORAD-Systeme wie Gepard) für den Nahschutz dieser Systeme aufzuwenden und ihre Stellungen häufig zu wechseln. Dies wiederum erschwert den Schutz großer Städte, in deren Umfeld oft nur wenige gute Stellungen zur Verfügung stehen, insbesondere für Radarsysteme. Ein alternierender Betrieb der Fliegerabwehrsysteme erhöht auch den Bedarf an Batterien um ein Schutzobjekt (während eine Batterie Stellung wechselt, muss eine andere feuerbereit sein).

Auch die ukrainische Luftwaffe gerät zunehmend unter Druck, da sie ihre Kampfflugzeuge häufiger starten und verlegen muss, um eine Entdeckung am Boden zu vermeiden, wo die Jets besonders verwundbar sind. Dies wiederum erschwert die Wartung und Instandhaltung. Allerdings zahlt sich die mobile ukrainische Einsatzführung aus: In vier Jahren Luftkrieg hat die Ukraine nur zwei Patriot- und einen IRIS-T-Werfer sowie zwei TRML-4D-Radare (Oryx, 2026) verloren. Vergleicht man das mit den US-amerikanischen Verlusten an hochwertigen Radargeräten in wenigen Wochen Iran-Krieg, gegen einen weit unterlegenen Feind, liegt auf der Hand, warum man Fliegerabwehreinsatz eher von der Ukraine lernen sollte.

Zudem gerieten die hinteren Versorgungslinien der Ukraine im Winter 2025/26 stärker unter Druck: Autobahnen und Eisenbahnstrecken wurden überwacht, Züge und der Straßenverkehr angegriffen. Russische Angriffe auf rein zivile Ziele (Züge, Busse mit Pendlern usw.) brachten diese in die Schlagzeilen. Doch abseits der veröffentlichten Meldungen wurde 2025 auch die ukrainische Logistik in Mitleidenschaft gezogen. Verbesserungen im Einsatz von Abfangdrohnen durch die Ukraine und technische Ausreifung von KI-gesteuerten Mittelbereich-

Angriffsdrohnen erlaubten es der Ukraine 2026, den Spieß umzudrehen und nunmehr die russische Logistik unter Druck zu setzen. Beides zeigt, dass Drohnen einen wirkungsvollen Kampf gegen die Tiefe des Feindes erlauben, ohne einen physischen Durchbruch erzielen und in die Tiefe stoßen zu müssen.

Die VBS trainieren ihre Kräfte oft an zivilen Zielen: Taktischer UAV-Einsatz wird gegen Zivilisten in frontnahen Städten (vor allem Cherson) erprobt. Angriffe auf zivile Transportmittel in der Tiefe dienen vermutlich auch dem „Einschulen“ von Angriffsverfahren gegen die operative Tiefe (Nachschub, Reserven etc.). Unfreiwillig trainierten die russischen VBS damit aber auch ukrainische Jagdgruppen mit Abfangdrohnen. Diese werden zunehmend besser, die eigenen Versorgungswege zu schützen.

e. Operationen gegen die strategische Tiefe

Der Einsatz von Langstreckendrohnen zur Bekämpfung strategischer Infrastruktur dient der Unterstützung strategischer Angriffe auf die ökonomische und soziale Basis des Gegners, auf die weiter unten näher eingegangen wird. Von 2022 bis 2023 wurden Shaheed-Drohnen hauptsächlich als „Späher“ für Marschflugkörperangriffe eingesetzt, um Flugrouten auszukundschaften. Unterdessen erfasste die russische elektronische Aufklärung, wann ukrainische Radarsysteme die Drohnen entdeckten und wo Luftabwehrsysteme sie angreifen würden. Diese Erkenntnisse flossen dann in die Planung der eigentlichen Angriffe ein, die mit konventionellen Wirkmitteln (Marschflugkörper, ballistische Raketen etc.) vorgetragen wurden.

Im Jahr 2024 begannen integrierte Drohnen- und Marschflugkörperangriffe, bei denen Drohnen und Marschflugkörper gleichzeitig eingesetzt wurden. Die Anzahl der Flugkörper, die ein bestimmtes Ziel oder eine Zielregion angriffen, war jedoch noch relativ gering. Dies lag daran, dass Luftwaffe, Marine und Landstreitkräfte mit ihren Hauptwaffensystemen auf unterschiedliche Ziele feuerten – X101 und X69 bei der Luftwaffe, Kalibr und Onkis bei der Marine, Iskander bei den Landstreitkräften. Die Aufteilung der Ziele vereinfachte die Planung und Durchführung der Angriffe.

Seit Herbst 2025 haben die Wellen der Luftangriffe dramatisch an Umfang zugenommen. Die Shaheed- und Geran-Drohnen spielen dabei die wichtigste Rolle, zumindest was die Stückzahlen angeht: Weit über 90 % der gegen zivile und strategische Ziele eingesetzten Munition sind Drohnen. Die Grenze zwischen Marschflugkörpern und Drohnen verschwindet auch zusehends. Düsengetriebene Geran-4-Drohnen fliegen bereits in Höhen von 5000 bis 9000m und entziehen sich damit vieler billiger Abwehrmittel wie leichter Flak und MG-Feuer. Von Flugzeugen gestartete Geran-5-Drohnen übernehmen zusehends die Aufgaben konventioneller Marschflugkörper kurzer Reichweite (X-69), da sie in größeren Mengen produziert werden können. Nachdem die ukrainische Funkstörung im Kriegswinter 2024/25 erhebliche Erfolge gegen die Satellitennavigationssysteme feiern konnte, stattet Russland immer mehr Drohnen mit KI-unterstützten Geländereferenznavigationssystemen aus (Ukrainiska Prawda, 27.06.2025).

Zudem gibt es keine Pausen mehr zwischen einzelnen Angriffswellen: Sie erfolgen jeden Tag, zunehmend auch unter Tags und nicht nur in der Nacht. Ziel dieser rollenden Angriffe ist die physische und psychische Erschöpfung der Verteidiger. Sie behindern und verzögern Reparaturarbeiten, erschöpfen Feuerwehr und Zivilschutzkräfte und erhöhen den Munitionsverbrauch der ukrainischen Fliegerabwehr. Über das Jahr 2025 kamen 55.000 Langstrecken-Angriffsdrohnen zum Einsatz. Die Produktion soll 2026 verdoppelt werden. Sehr intensive Drohnenangriffe im April und Mai 2026 scheinen darauf hinzudeuten, dass Russland dies durchaus schaffen könnte.

3. Der Krieg gegen die Ukraine – ein „Reality-Check“

Vor 2014 und auch danach wurde Russland als militärische Gefahr für Europa kaum ernst genommen. Mit Verweis auf das geringe BIP, das geringere Verteidigungsbudget und technisch-industrielle Schwierigkeiten wurde Russland die Chance abgesprochen, überhaupt erfolgreich gegen Europa vorgehen zu können. Nach 2022 kippte die Stimmung ins Gegenteil: Die Biden-Administration hatte enorme Sorgen, der Krieg gegen die Ukraine könnte – auch unter dem Einsatz nuklearer Kampfmittel – auf die NATO überschwappen. Der rasche Sieg über die Ukraine galt für viele als gesetzt, aufgrund der russischen Übermacht.

Nun hat Russland einerseits die Ukraine nicht unterwerfen können – zumindest nicht so rasch wie ursprünglich gedacht. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat aber eine Lernkurve beider Streitkräfte in Gang gesetzt, welche die Kriegsführung als solche immer weiter von dem wegbewegt, was in der NATO als „Standard“ erachtet wurde: Handakte, Vorschriften, Organisation, Ausrüstung, und Ausbildung in gegenwärtigen Strukturen müssen hinterfragt werden. Die russische Armee mag in der Innovation hinter der ukrainischen herhinken, doch sie hat mehr Kampferfahrung gesammelt als die europäischen Armeen. Daher lohnt es sich, genauer hinzusehen, wie sich die russischen Streitkräfte im Krieg geschlagen bzw. verändert haben.

a. Industrielle Durchhaltefähigkeit

Die meisten Kriege werden mit der Annahme begonnen, sie schnell entscheiden zu können. Ist der Rubikon zum Krieg einmal überschritten, gestaltet sich das Erreichen der ausgegebenen Kriegsziele schwieriger als erwartet. Anstatt einer schnellen Entscheidung erntet man einen langen Krieg, in dem die industrielle Durchhaltefähigkeit einer der entscheidenden Faktoren ist. Die russische Vollinvasion gegen die Ukraine war da kein Einzelfall, und wird nicht das letzte Beispiel bleiben.

Die russische Rüstungsindustrie tat sich alles andere als leicht, den Bedarf der Streitkräfte in einem langen Krieg zu decken. Dennoch hat Moskau bereits im Sommer 2022 auf Kriegsproduktion umgestellt, und sich einen nicht unerheblichen Vorsprung gegenüber der europäischen Industrie – die noch zu Friedensbedingungen produziert – herausgearbeitet.

Typ	RU	EU
Kampfpanzer	280	40
Schützenpanzer	450	70
Rohrartillerie	100 ²	226
Kampfflugzeuge	57	27
Artillerie/Schuss	3 Mio ³	2 Mio
Gleitbomben	250.000	1.400
Ballistische Raketen	700	0
Marschflugkörper	2.500	150
Langstrecken Angriffsdrohnen	75.000	Prototypen
Batterien Fliegerabwehr (mittel und lange Reichweite)	36	10

Die Tabelle gibt einen exemplarischen Vergleich des Ausstoßes der jeweiligen Industrien, zumindest dort, wo er bekannt ist. Mit Ausnahme der Munitionsinitiative von 2023 wurden Großaufträge für europäische Rüstungsgüter erst ab 2025 erteilt. In den 2030er Jahren könnte Europa Russland daher zumindest bei der Produktion von gepanzerten Kampf- und Gefechtsfahrzeugen überholen.

Europa ist zudem bei der Bewaffnung seiner Kampfflugzeuge weitgehend von den USA abhängig (selbst europäische Modelle wie der Eurofighter sind überwiegend mit amerikanischen Waffen ausgerüstet). Die politische Unzuverlässigkeit der Trump-Regierung und der die industriellen Kapazitäten übersteigende Eigenbedarf der US-Streitkräfte machen diese zu einer äußerst unsicheren Bezugsquelle. Moskau hat mit der R-37M, R-77, X-31, X-58, X-69 und der Serienproduktion von UMPK Gleitbombenkits die Produktion jener Munitionssorten hochgefahren, die es für die täglichen Luftoperationen braucht. Derzeit setzen die russischen Streitkräfte täglich über 5.000 FPV-Drohnen und 160 Langstrecken-Angriffsdrohnen und 250 Gleitbomben pro Tag gegen die Ukraine ein. Diese Waffen stammen aus laufender Produktion. Liefere die Produktion nach einem Waffenstillstand weiter, könnte Russland erhebliche Materialreserven an Munition aufbauen, die der russischen Armee im Kriegsfall einen Startvorteil verschaffen.

² Russland stellt derzeit auf eine neue Generation von Artilleriesystemen um und befindet sich daher mitten in einem Umrüstungsprozess. Die russische Produktion wird bereits in diesem Jahr steigen.

³ Einige Quellen gehen von einer Produktion von bis zu sieben Millionen Schuss aus, doch diese Zahlen beinhalten in der Regel auch Granatwerfer- und Panzer- und andere Munitionssorten. Die Zahl von drei Millionen Schuss bezieht sich ausschließlich auf Rohrartillerie und MLRS.

Bei der Produktion kleiner Drohnen ist Russland überwiegend auf chinesische Zulieferer und Expertise angewiesen, hat aber seine Produktion kontinuierlich ausbauen können und wird 2026 etwa 4 bis 5 Millionen Kleindrohnen herstellen. In Europa wären hingegen keine ausreichenden Produktionskapazitäten für Elektromotoren, Batterien, Glasfaserkabel, Servomotoren, Funkrelais und Flugsteuerungskarten vorhanden, um rasch eine Kriegsproduktion für Kleindrohnen aufzubauen.

In vielen „High-End“-Waffensystemen (Marschflugkörper etc.) sind jedoch aus dem Westen geschmuggelte Komponenten allgegenwärtig. Die Flugzeug- und Schiffbauindustrie hat es schwerer, sich von westlichen Maschinen und Spezialausrüstung zu lösen. Dennoch ist die Durchsetzung der Sanktionen in Europa schwach, und wir konnten den Schmuggel von Spezialmaterialien und Bauteilen über Drittstaaten nicht eindämmen.

Freilich würde Europa im Falle eines breiteren Angriffs auf EU- und NATO-Bündnisgebiet auch industriell mobilmachen. Europa hat das Kapital, die technische Expertise und industrielle Kapazitäten, um Russland langfristig zu überflügeln. Aus der Perspektive europäischer Abschreckungsfähigkeit ist freilich problematisch, dass dies erst nach einigen Jahren Krieg der Fall wäre – und Abschreckung eigentlich zum Ziel hat, solch einen Krieg durch die Demonstration von Stärke zu verhindern. Zudem würde Russland zu Beginn eines Krieges sein Arsenal an Fernwaffen zur gezielten Schädigung der europäischen Rüstungsindustrie einsetzen, und sich diesen Startvorteil verlängern.

b. Landoperationen

Die russischen Streitkräfte sind eine Landarmee, die Kontrolle über Land dominiert das strategische Denken, Landoperationen die militärische Planung. Durch den Krieg sind die russischen Landstreitkräfte enorm gewachsen, in der anvisierten Gesamtstärke von 1,5 Millionen Mann der russischen Streitkräfte nach dem Krieg sollen etwa 1,3 Millionen auf die Landstreitkräfte entfallen. Ein großangelegter Landkrieg ist also das strukturbestimmende Szenario, auf das sich die Streitkräfte insgesamt vorbereiten.

Doch nicht nur quantitativ, auch qualitativ machen die Landstreitkräfte einen erneuten großen Wandel durch. Der Erstansatz 2022 gegen die Ukraine war eine der größten Fehlleistungen der jüngeren Militärgeschichte: Die Operationsplanung fußte nicht nur auf falschen politischen Annahmen, zu geringe Kräfte verzettelten sich in zu vielen Angriffsrichtungen mit zu wenig Reserven. Nur auf der Krim gelang ein echter Durchbruch. Land- und Luftstreitkräfte waren schlecht koordiniert. Die logistische Vorbereitung war unzureichend. All dies waren Planungsfehler, die es fast unmöglich gemacht hätten, die operativen Ziele zu erreichen, selbst wenn die Kämpfe auf taktischer Ebene besser verlaufen wären.

Diese Planungsfehler sind nicht nur auf Korruption und Vetternwirtschaft unter dem damaligen Verteidigungsminister Sergei Schoigu und Generalstabschef Valery Gerasimov zurückzuführen. Seit ihrem Abzug aus Afghanistan im Jahr 1988 hat die russische Armee nur kleinere Kriege geführt, wie in Tschetschenien, Georgien oder bei der Intervention in Syrien. Auch der Krieg im Donbass zerfiel

in eine Vielzahl kleinerer Gefechte, und seit der Schlacht um Debaltsewe im Jahr 2015 gab es keine Gefechte über Bataillonsstärke mehr. Schlussfolgerungen aus erfolgreichen kleinen Operationen auf zukünftige große Operationen zu ziehen, hat immer einen Haken. Doch auch den europäischen Armeen fehlt diese Erfahrung: Seit 2003 (britische und polnische Einsätze im Irak) hat keine europäische Armee mehr als eine Brigade ins Feld geführt.

Allerdings hat die russische Operationsplanung seit Kriegsbeginn Fortschritte gemacht: Die Zuweisung von Kräften und Material zu einzelnen operativen Zielen (so sie nicht politisch determiniert werden) steht in Übereinstimmung mit den erreichbaren und erwartbaren Ergebnissen. Die Synchronisation von Luft- und Bodenoperationen hat sich erheblich verbessert, ebenso die Logistik und die Koordination großer Verbände (Heeresgruppe, Armee, Division).

Taktisches Denken und Fortschritt drehen sich seit Jahrzehnten um die Perfektion von Aufklärungs-Wirkmittel-Systemen (Разведывательно-ударный комплекс – РУК). Dabei geht es um die systematische Degradierung der militärischen Fähigkeiten der Gegenseite durch rasche und lückenlose Aufklärung von Zielen, Informationsauswertung, und dann um die möglichst rasche und effektive Zerschlagung des Ziels (Armenski Standard, 20.09.2022). Dass sich die russischen Streitkräfte lange theoretisch mit Aufklärungs-Wirkmittel-Systemen beschäftigten, heißt nicht, dass sie diese beherrschten. Digitale Führungsinformationssysteme wie Strelets-M wurden etwa vor der Vollinvasion aus Geheimhaltungsgründen nur beschränkt ausgegeben, mit der Folge, dass viele Bedienungsmannschaften die Systeme nicht oder nur eingeschränkt nutzen konnten.

Aber auch hier machten die russischen Streitkräfte messbare Fortschritte: Reaktionsgeschwindigkeiten für Feueranforderungen sanken von 30 Minuten auf Regiments- und Tagen auf Armeeebene zu durchgehend 15 bis 20 Minuten. Allerdings sind die russischen Streitkräfte nicht vollständig Herr über die Mittel und Systeme, die zur Beschleunigung der Führungsabläufe erforderlich sind. Über Starlink verbundenes Internet war ein wichtiges Kommunikationsmittel. Informelle Netzwerke und Chatgruppen von Drohnenpiloten und Planungsoffizieren in einem Gefechtsstreifen und der informelle Informationsaustausch über Discord- oder Telegramm-Gruppen ergänzen oder ersetzen fehlerhaftes militärisches Gerät.

Digitale Führungsinformationssysteme sind das Rückgrat der Drohnenkriegsführung. Die rasche Einspeisung und Auswertung von Aufklärungsdaten und die schnelle Folgeplanung von Drohnenangriffen sind für die Effizienz und Skalierbarkeit des Drohneneinsatzes entscheidend. Die theoretische Vorarbeit zu Aufklärungs-Wirkmittel-Systemen und die Theorie vom „vereinheitlichten Informationsraum“ als Voraussetzung für die „kontaktlose Kriegsführung“ (Бесконтактные войны) haben die rasche Akzeptanz der Drohnenkriegsführung in den russischen Streitkräften beschleunigt. Allerdings klaffen aus oben genannten Gründen Theorie und Praxis sehr weit auseinander. Nur die Ukraine hat mit der Einführung des Gefechtsinformationssystems „Delta“ einen solchen einheitlichen Informationsraum auch tatsächlich geschaffen. Russland ist mit seinen eigenen Versuchen gescheitert, und gibt sich nun mit der Verwendung

von isolierten, durch private Unternehmen für die Drohnennkriegsführung optimierten Sonderlösungen zufrieden, da sie meist rascher weiterentwickelt werden können als streitkräfteübergreifende Großprojekte (Bondar, 2026).

Auch wenn Russland in der militärischen Digitalisierung gegenüber der Ukraine im Hintertreffen liegt, sticht es im Vergleich zu Europa durch Einheitlichkeit und flächendeckende Digitalisierung bis in untere Führungsebenen heraus: Denn unter den europäischen NATO-Staaten gibt es kein einheitliches Gefechtsfeldinformationssystem, NATO-Standards sind lose und lehnen sich meistens an amerikanische Produkte an. Die Beschaffung von „souveränen“ Systemen zur Stärkung der heimischen Industrie bringt dementsprechende Probleme bei der Interoperabilität. Und Systeme, die in Ansätzen an das ukrainische Delta herankommen, befinden sich in Europa erst in der Entwicklung.

Die russischen Streitkräfte haben also im Bereich der Landkriegsführung eindeutig dazugelernt und befinden sich im Prozess der digitalen Modernisierung. Doch wo sind die Schwachstellen? Liegt es nur am technischen Fortschritt und der Transparenz des Gefechtsfeldes, dass russische Offensiven zunehmend ins Leere laufen? Sicher nicht. Gefechte auf Bataillons-, Kompanie- und Zugsebene sind schlecht geführt und synchronisiert. Artillerie, Mot-Schützen und Drohneneinsätze sind auf taktischer Ebene weit schlechter koordiniert als auf der ukrainischen Seite. Gefechtspläne werden nicht an die sich ändernden Realitäten vor Ort angepasst. Regimentskommandanten müssen einzelne Trupps per Funk führen, weil die Zug-, Kompanie- und Bataillonskommandanten ihren Aufgaben nicht oder unzureichend nachkommen. Schlechtes Führungsverhalten, Korruption und Ausbeutung von Untergebenen führen zu mangelnder Kohäsion und Disziplin – Eigeninitiative fehlt.

Schlechte Führung ist in der russischen Militärgeschichte kein neues Problem. An Versuchen, es zu beheben, fehlte es nicht, gelungen sind sie bis jetzt nicht. Die Heeresreformen der 1930er Jahre etwa betonten die Notwendigkeit aggressiver, eigenständiger Kommandanten, um die technischen Möglichkeiten der mechanisierten Kriegsführung auszuschöpfen. Der sowjetischen Bürokratie und dem von Paranoia durchtränkten kommunistischen System gelang es freilich nie, diese Art von Offizieren hervorzubringen. Das Gleiche gilt für die „New Look“-Reformen unter Serdyukov und Makarov (2007–2012). Auf dem Papier versuchten diese, ein neues, aggressives Korps gut ausgebildeter taktischer Führungskräfte zu fördern, um die Fortschritte der Informationstechnologie zu nutzen. Die Ausbildungsprogramme wurden reformiert, führten jedoch letztlich zu denselben unfähigen Kadern. Die kriegsbedingte Notwendigkeit, Verluste zu ersetzen, führte zu verkürzten Ausbildungsplänen für Offiziere und Unteroffiziere und verschärfte den Abwärtstrend bei der Qualität der russischen Truppenführung weiter.

Der Mangel an gut ausgebildeten Offizieren und Unteroffizieren, insbesondere in der Infanterie, wird Russlands Fähigkeit, schnelle, gezielte und räumlich begrenzte Angriffe gegen einen gut organisierten Gegner durchzuführen, erheblich beeinträchtigen. Selbst wenn dieser Gegner klein ist (wie einer der baltischen Staaten), müsste Russland die qualitative Unterlegenheit seiner Streitkräfte durch

den Einsatz von Masse und Feuerkraft ausgleichen. In Europa werden klein angelegte, begrenzte oder verdeckte Vorstöße zum Testen der politischen Kohäsion der NATO als wahrscheinlichste künftige Vorgehensweisen Moskaus diskutiert (Menkiszak, Prochwicz-Jazowska, 2026). Die Durchführung solcher Operationen stellt aber hohe Anforderungen gerade an kleine, isoliert kämpfende Verbände. Dennoch könnte Moskau ein solches Unterfangen in grober Selbstüberschätzung starten.

Im Gegensatz zu kleinen, verdeckten Operationen würde eine breite, rasche Eskalation und das Ins-Feld-Führen von Masse eher den Stärken der russischen Landstreitkräfte entsprechen. Im Verlaufe des Krieges hat Moskau nicht nur das 1. und 2. Armeekorps (die Streitkräfte der sogenannten DNR und LNR) sowie das 22. Armeekorps (besetzte Krim) zu Feldarmeen ausgebaut. Der neu gegründete Militärbezirk Leningrad soll zwei zusätzliche Armeekorps (das 14. und 44.) aufstellen, und die 76. VDV-Division (freilich unter der Kontrolle der Luftwaffe) soll zu einem Luftlandekorps ausgebaut werden. Die meisten Brigaden einer Feldarmee sollen zu Divisionen aufgestockt werden, ebenso die Brigaden der Marineinfanterie. Derzeit ist diese Umstrukturierung in vielen Fällen eine Umbenennung (Putiata, 2026), da trotz des beachtlichen Rekrutierungsaufkommens die Verluste an der Front kein weiteres Aufwachsen erlauben. Sollte die derzeitige aggressive Anwerbung nach einem Waffenstillstand in der Ukraine fortgesetzt werden, würde sich das schnell ändern. Nach dem Krieg sollen die Landstreitkräfte aus 15 Armeen, 5 Korps mit über 55 Divisionen bestehen. Zum Vergleich: Ohne die USA unterhalten die NATO-Staaten gegenwärtig etwa 80 Brigaden, wovon aber mindestens 32 auf die Türkei entfallen. Die verbliebenen 48 europäisch-kanadischen Brigaden entsprechen etwa 16 Divisionen.

Es ist aber auszuschließen, dass sich diese Masse in derselben Materialausstattung und Gliederung rekonstituiert, wie sie vor der Vollinvasion üblich war: Panzer- oder mechanisierte Divisionen mit reichlich Rohr- und Raketenartillerie. Die VBS werden einen signifikanten Anteil an diesen neuen Großverbänden haben und die Feuerkraft bereitstellen, die diesen sonst abhandengekommen ist. Wie sich das Manöverelement darstellen wird, wird noch diskutiert. Ob Panzer und mechanisierte Infanterie in wenigen schweren Verbänden zusammengefasst oder als schweres Stoßelement auf leichtere Divisionen verteilt werden, wird auch von den Erfahrungen der nächsten Kriegsjahre abhängen.

Die VBS könnten aber weit größeren Einfluss auf die russischen Streitkräfte nach dem Krieg haben. Subalternoffiziere werden an waffengattungsspezifischen Militärschulen ausgebildet, und für die VBS soll eine solche in Moskau eingerichtet werden. Aggressive Rekrutierungskampagnen an Universitäten und der technischen Industrie laufen, die VBS sollen auch in ihrer Offiziersausbildung innovativ und stärker technisch-wissenschaftlich ausgebildet werden. Als solches könnte dies einen erheblichen Bruch mit der bisherigen wenig innovativen Führungskultur mit sich bringen und die russische Militärkultur in den nächsten Jahrzehnten verändern. Auf taktischer Ebene sind es jetzt schon vor allem die Kommandeure der Drohneneinheiten, die ein Gespür für die übergeordnete Lage auf dem Schlachtfeld und einen Instinkt für Koordination an den Tag legen. Auch sie werden nach dem Krieg in der Hierarchie der Streitkräfte

weiter aufsteigen. Dementsprechend sollte der Ukraine mit allen Mitteln geholfen werden, diese Drohnenteams und ihre Kommandostrukturen zu eliminieren, um diesen potenziellen Keim taktischer Innovation im Keim zu ersticken.

c. *Luftoperationen*

Die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte (VKS) blieben zu Beginn des Krieges weit hinter ihren Erwartungen zurück. Sie machte sich seit den 1990ern für eine stärkere Technisierung der Streitkräfte stark, vor allem angelehnt an amerikanische Konzepte (*Network Centric Warfare* et al.) in Richtung „kontaktlose Kriegsführung“: Informationsvernetzung, Präzisions-Abstandswaffen und eine Verlagerung von Feuerkraft von Land- zu Luftstreitkräften wurden diskutiert. Vor dem Hintergrund war es erstaunlich, dass die VKS zu Beginn des Krieges nicht in der Lage waren, komplexe und große Offensivoperationen zu koordinieren. Die ukrainische Fliegerabwehr, Führungszentralen und Munitionsdepots wurden zwar getroffen, aber nicht ausgeschaltet. Folgeangriffe und erneute Zielaufklärung unterblieben. Koordinationsprobleme mit den eigenen Fliegerabwehreinheiten und die Umgruppierung der ukrainischen Fliegerabwehr erzwangen schließlich die Einstellung größerer Luftoperationen über ukrainisch kontrolliertem Gebiet.

Im Gegensatz zur USAF mangelte es den VKS aber auch an praktischer Erfahrung mit großangelegten Luftoperationen, und so blieb sie innerhalb der operativen Grenzen, die sie von der UdSSR geerbt hatte. Die sowjetische Luftwaffe (VVS) sollte den Luftraum über den angreifenden Bodentruppen des Warschauer Pakts freihalten, und die sowjetischen Luftverteidigungsstreitkräfte (PVO) sollten die sowjetische Tiefe schützen. Diese vorwiegend defensiven Aufgaben sind in der Organisationskultur der VKS tiefer verwurzelt. Nach dem Scheitern des Erstansatzes gegen die Ukraine verlegte man sich daher zunächst auf die defensive Abschirmung des eigenen Luftraums und begann aus diesem dann die Fernwaffenangriffe gegen ukrainische Infrastruktur Schritt für Schritt aufzubauen.

Die Abschirmung des eigenen Luftraumes erfolgte durch eine Kombination aus bodengestützter Fliegerabwehr und den Einsatz von Jagdflugzeugen mit Luft-Luft-Lenkflugkörpern mit großer Reichweite (Turunen, 2026). Da die russische Tiefe zu groß war, um jede Stadt, jede kriegswichtige Einrichtung individuell zu schützen, konzentrierte sich die russische Luftverteidigung in einem etwa 300km tiefen „Fliegerabwehr-Gürtel“ um die Ukraine. Dort übernahmen Frühwarn- und Kontrollstationen vom Typ Berijew A-50 „Schmel“ die Koordination über die boden- und luftgestützten Kampfmittel. Auch schwere S-400-Fliegerabwehrraketen werden direkt von A-50-AWACS gesteuert, was ihre effektive Wirksamkeit erhöht. Allerdings hat Russland mindestens zwei dieser Plattformen verloren (zu Kriegsbeginn verfügte es über 6 bis 9 einsatzfähige A-50U, 4 bis 6 sind noch einsatzfähig), was die Anzahl der Frontabschnitte, die ständig abgedeckt werden können, stark einschränkt. Der vermeintliche Nachfolger, die A-100, wurde nie in Dienst gestellt.

Durch die Koordinierung von Langstrecken-BVR-AAMs und schweren SAMs schafft die VKS in den Jahren 2023 bis 2024 eine „Killzone“, bis zu 200 km tief in den ukrainischen Luftraum hinein aufzubauen, was nicht nur ukrainische

Luftoperationen nahe der Front erschwerte, sondern auch die Verteidigung von Städten in Front- oder Grenznähe gegen russische Marschflugkörper- und Drohnenangriffe behinderte. Zur Verteidigung Chersons, Saporischschjas, Sumys und Charkiws konnte die Ukraine nicht auf eigene Jagdflugzeuge zurückgreifen, da diese in Gefahr liefen, selbst abgeschossen zu werden. Erschwerend kam hinzu, dass die USA unter Biden ukrainische Schläge über die Grenze entweder unterbanden oder an sehr restriktive Bedingungen knüpften. Die Entwicklung einer eigenen, souverän einsetzbaren Mittelstrecken-Angriffsfähigkeit (Volinskyi, 31.05.2025) dauerte Jahre, und beanspruchte neben der technischen Innovation auch erhebliche taktische Innovation, um vor allem den Näschutz von schweren Fliegerwehrsyste men durch Abfangdrohnen, Störsender, und Fliegerabwehrsysteme kurzer Reichweite auszuschalten oder zu täuschen, um überhaupt eine Chance zu bekommen, mit Drohnen gegen diese Systeme zu operieren. Seit Februar 2026 steigert sich die Zahl im FLA-Gürtel zerstörter Fliegerabwehrsysteme deutlich, und seither kann die Ukraine auch immer besser gegen die russische operative und strategische Tiefe operieren. Die sogenannten A2/AD-„Blasen“ sind keineswegs unüberwindbar. Aber die Ukraine konnte die Blase nicht „durchbrechen“, sondern musste sie schrittweise und systematisch abtragen. Letztendlich war die Ukraine erfolgreich, aber der dafür notwendige Zeitbedarf wird oft nicht genügend beachtet.

Auch die russische Luftunterstützung für Bodentruppen veränderte sich grundlegend. Anfänglich bekämpften Su-25- und Su-24-Jagdbomber Ziele aus nächster Nähe mit un gelenkter Munition, was rasch zu hohen Verlusten unter diesen Flugzeugmustern führte. Diese Plattformen werden nach wie vor eingesetzt, um gelenkte Munition wie Geran-5-Marschflugkörper in die Luft zu befördern, leisten jedoch keine Luftnahunterstützung für Bodentruppen mehr. Nach dem Krieg könnten sie vollständig durch Drohnen ersetzt werden. Die Suchoi S-70 Okhotnik-B wurde kurzzeitig über der Ukraine eingesetzt, hatte jedoch keinen entscheidenden Einfluss auf die Luftoperationen. Die Kronstat Grom wurde noch nicht im Kampfeinsatz beobachtet, könnte aber ein kostengünstigerer Ersatz für die S-70 sein, die für die Massenproduktion zu teuer und zu komplex erscheint.

Ein effektives Mittel der Luftunterstützung sind hingegen UMPK-Gleitbombensätze. Russische Mehrzweckkampfflugzeuge wie die Su-35S und Su-34 werfen täglich über 200 Gleitbomben auf ukrainische Stellungen ab. Neben den geringen Kosten pro Schuss eignen sich Gleitbomben vor allem zur Bekämpfung von Gebäuden, ausgebauten Stellungen, Unterständen und „verbunkerten“ Führungseinrichtungen. Die Koordination der Luftnahunterstützung ist seit Kriegsbeginn deutlich besser und schneller geworden. Su-35S und Su-34 befinden sich in Produktion und werden nach dem Krieg das Rückgrat der VKS-Kampfflugzeugflotte bilden. In diesem Sinne vollzieht Russland derzeit den Übergang zu voll allwettertauglichen Mehrzweckkampfflugzeugen zum Abfeuern von Abstandslenkwaffen – ein Schritt, den die Luftstreitkräfte der NATO bereits in den 2000er Jahren vollzogen haben.

Der Einsatz von Hubschraubern spielte zu Beginn des Krieges eine starke Rolle. Ein Beispiel war der Versuch, den Flughafen Hostomel durch Luftsturmtruppen

einzunehmen. Doch deren Einsatz und Bedeutung haben seitdem abgenommen. Die Abwehr der ukrainischen Gegenoffensive 2023 war der letzte erfolgreiche Einsatz von Kampfhubschraubern im Krieg. Ein Jahr später in Kursk hingegen wurden russische Kampfhubschrauber von ukrainischen FPV-Drohnen schnell zurückgedrängt oder abgeschossen und konnten keine Rolle mehr beim Aufhalten der ukrainischen Offensive spielen. Wie ihre ukrainischen Pendanten jagen russische Kampfhubschrauber nun Drohnen weit hinter der Front.

Wo die VKS hinter den Erwartungen zurückblieb, war der Weltraum. Russland konnte nicht einmal annähernd an die weltraumgestützten C4ISR-Fähigkeiten des Westens heranreichen. Selbst kommerzielle US-Unternehmen, die der Ukraine Satellitenbilder, Radarmessungen und Kommunikationsdienste anbieten, übertreffen die militärischen Weltraumfähigkeiten Russlands. Die kommerziellen Aktivitäten von Roskosmos gingen aufgrund westlicher Sanktionen und der chinesischen Konkurrenz am internationalen Raumfahrtmarkt stark zurück; die russische Raumfahrtindustrie befindet sich in einer tiefen Krise. Russland versucht, weltraumgestützte Ressourcen durch bodengestützte Sensoren, Informations- und Cyberspionage sowie Drohnen zu ersetzen. Nicht weil diese besser sind, sondern weil sie billiger und leichter verfügbar sind, und eine Skalierung einfacher möglich ist.

In sicherheits- und nachrichtendienstlichen Kreisen der USA werden öfter russische Entwicklungen von nuklearen Einsatzmitteln gegen Schwarmsatelliten wie Starlink diskutiert (Borgen, 2024). Freilich streitet der Kreml solche Anstrengungen ab. Strategisch würde solch eine Kapazität durchaus einen Wert haben: Aufgrund des Niedergangs der russischen Raumfahrtindustrie einerseits und des hohen Nutzens von kommerziellen Massenkongstellationen für die Ukraine und Nachrüstung Europas (Starlink, Maxar, Iceeye, um einige zu nennen) läge der Schaden des Einsatzes solcher Waffen in erster Linie im Westen.

d. Luftkrieg gegen strategische Infrastruktur

Aus der – zumindest bis zum Frühling 2026 – relativ geschützten Deckung des eigenen Luftraums begann Moskau im Herbst 2022 eine sich stetig verfeinernde strategische Luftoffensive gegen ukrainische Energieinfrastruktur zu fahren. Seit dem Golfkrieg 1990/91 ist das russische Militär von der Möglichkeit eines konventionellen, auf den Masseneinsatz von Abstands-Präzisionswaffen basierenden strategischen Luftkrieges fasziniert. Doch wie oben erwähnt, blieb es dabei meist beim Papierkrieg. Russische Planer verstanden unter strategischem Luftkrieg immer den nuklearen Schlagabtausch. Dass ein konventionell geführter strategischer Luftkrieg auch in Planung und Einsatzführung ein komplettes Umdenken erfordert, wurde unzureichend berücksichtigt und erklärt die Anlaufschwierigkeiten dieser Kampagne.

Strategischer Luftkrieg soll den politischen Willen der Gegenseite, Widerstand zu leisten, brechen. Soweit ist russische und amerikanische Kriegstheorie deckungsgleich. Die russische Vorstellung, was den Widerstandswillen ausmacht und wie er zu brechen ist, unterscheidet sich aber grundlegend von westlichen Vorstellungen. In der russischen Vorstellung bricht der Widerstand zusammen, wenn das feindliche Herrschaftssystem nicht mehr in der Lage ist, essenzielle Staatsaufgaben bereitzustellen, bzw. der Bevölkerung die humanitären Kosten

der Fortsetzung des Krieges zu hoch werden. Daher wurden schon in Tschetschenien und Syrien vor allem Träger öffentlicher Leistungen (Schulen, Krankenhäuser, Notunterkünfte, Organisationen humanitärer Hilfe, Energie-, Wasser- und Nahrungsmittelversorgung etc.) angegriffen. In der Ukraine setzt sich dies fort. Luftschläge gegen Energieinfrastruktur werden bewusst in die Wintermonate verlegt, da der Ausfall von Heizsystemen die humanitären Folgen für die Zivilbevölkerung verstärkt.

Symbole des kollektiven nationalen Willens (Kirchen, Klöster, Museen, Bibliotheken, Theater, Kunstdenkmäler, historische Orte) finden sich ebenso auf der Liste russischer Ziele, auch wenn die Vorstellung, einmal die Ukraine kontrollieren zu können, der Zerstörung von gewissen Kulturgütern (noch) Einhalt gebietet. Die Zerstörung von Kulturgut soll die sozialpsychologischen Kosten des fortgesetzten Widerstandes erhöhen. Eine andere Methode, russische Macht und Entschlossenheit zu demonstrieren, ist der gegnerischen Gesellschaft vor Augen zu führen, ihre Regierung könne die Schwächsten der Gesellschaft nicht schützen. Daher stehen auch Geburtskliniken, Kindergärten und Altenheime auf der Liste der Ziele. Krieg – Luftkrieg ganz besonders – bedeutet in Moskau die systematisch geplante Ausführung von Kriegsverbrechen, um die gegnerische Gesellschaft durch Furcht in die Position der bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen. Die Gewaltorgie beginnt mit dem Luftkrieg und endet in der Brutalität des Besatzungsregimes.

Aufgrund der horrenden humanitären Folgen ist es schließlich umso problematischer, dass auch die Planung und Durchführung von Langstreckenangriffen während des Krieges immer besser wurde. Der Krieg sah einen ständigen Wettlauf zwischen der ukrainischen Abwehr und der russischen Angriffsplanung. Wie schon in anderen Feldern auch ist dies nicht nur ein quantitativer Wettlauf – Expansion der russischen Munitionsproduktion gegen die Expansion der Fliegerabwehr-Raketenproduktion im Westen –, sondern auch ein Wettlauf um taktische Innovation.

Russland versucht, die um eine Stadt oder in einer Region eingesetzte Verteidigung zu übersättigen und die Verteidiger in kurzer Zeit mit Wellen unterschiedlicher Luftziele anzugreifen. Begleitet werden diese Angriffe durch den Einsatz von ferngesteuerten Langstreckendrohnen, die Fliegerabwehrsysteme angreifen, sobald sie das Feuer eröffnen.

Bodengestützte Fliegerabwehr kommt daher erheblich unter Druck. Erstens müssen sich wenige Batterien auf ein großes Land mit vielen Städten und kritischer Infrastruktur verteilen. Ausreichend defensive Kapazitäten um eine bestimmte angegriffene Stadt zu konzentrieren ist aufgrund der geringen Vorwarnzeit kaum möglich. Zweitens operieren ukrainische Fliegerabwehrsysteme unter erheblichem Druck, und müssen ihre Stellungen oft wechseln, um nicht angepeilt und angegriffen zu werden.

Daher hat auch die Rolle von Kampfflugzeugen in der ukrainischen Luftverteidigung zugenommen. Sie sind schnell, flexibel und können innerhalb kürzester Zeit gegen ankommende Angriffswellen herangezogen werden. Hubschrauber

und kleinere propellergetriebene Flugzeuge sind gegen Drohnen ebenso wirksam wie F-16 und Mirage-2000 gegen Marschflugkörper. Abfangdrohnen haben die Drohnenabwehr erheblich entlastet. Doch selbst diese Drohnen müssen manchmal von Flugzeugen aus eingesetzt werden, da nur die Geschwindigkeit und rasche Verlegbarkeit eines Flugzeugs es der Ukraine ermöglichen, in einem so großen Land schnell die benötigte Anzahl von Drohnen gegen einen ankommenden Angriff einzusetzen. Russland hat nach wie vor große Schwierigkeiten, die momentan benutzten Landebahnen der ukrainischen Luftwaffe zu identifizieren und anzugreifen. Daher werden diese Operationen trotz der widrigen Umstände fortgesetzt.

Die Angriffe werden streitkräfteübergreifend geplant und durchgeführt, wobei Langstreckenwaffen der Marine, Luftwaffe und Landstreitkräfte, das Zielgebiet gleichzeitig treffen. Die Zeit, die benötigt wird, um Aufklärungsergebnisse auszuwerten und die nächsten Angriffe zu planen, hat sich seit Kriegsbeginn erheblich verkürzt. Von zwei Wochen im Winter 2022/23 auf fünf Tage für große Angriffe, wobei kleinere täglich stattfinden. In Rostow am Don wurden im gemeinsamen SMO-Hauptquartier die notwendigen Kapazitäten geschaffen, um Informationen verschiedenster Aufklärungsmittel schnell zusammenzuführen und auszuwerten. Die Staffelung der Angriffswellen, die Analyse und die Unterdrückung der ukrainischen Fliegerabwehr sind heute wesentlich effektiver als zu Beginn des Krieges. Neben der vermuteten chinesischen Unterstützung in Form von Satellitenaufklärung ist die ständige und gründliche Aufklärung durch Drohnen hier ein wichtiger Faktor.

Auch die Qualität der Aufklärungsergebnisse ist heute deutlich besser. Zu Beginn des Krieges stützte sich die russische Aufklärung hauptsächlich auf Netzwerke von FSB-Agenten. Deren Informationen waren oft ungenau oder falsch. Die Wissenslücken wurden mit Annahmen gefüllt: Russische Planer gingen davon aus, dass die ukrainische Armee sich so verhalten würde wie sie selbst, und beschossen daher Infrastruktur, die sie selbst nutzen würden – ohne Wirkung zu erzielen. Inzwischen haben sie den Feind jedoch systematisch studiert und sind bei der Auswahl von Zielen deutlich besser geworden. Im Jahr 2024 boten dezentrale, getarnte Produktionsstätten ukrainischer Drohnenhersteller weitgehend Schutz vor Luftangriffen. Dies ist nicht mehr der Fall.

Ballistische Raketen – Iskander oder deren in Nordkorea in Lizenz gebaute KN-23 – haben sich als besonders effektive Mittel erwiesen, die ukrainische Fliegerabwehr zu übersättigen und auszuhebeln. Die TELs dieser Raketen sind zudem auf Satellitenbildern schwer zu erkennen, die Vorwarnzeit ist kurz und sie sind schwer abzuwehren. Der israelisch-amerikanische Krieg mit dem Iran – und die Erschöpfung der amerikanischen Patriot-Bestände – haben die Munitionsknappheit der Ukraine zusätzlich verschärft.

Neben der Produktionssteigerung versucht Russland auch, die Treffgenauigkeit insbesondere seiner Marschflugkörper zu verbessern. Da GLONASS genauso wie GPS äußerst anfällig für elektronische Kriegsführung ist und Zieldesignation durch Drohnen vor allem in großer Tiefe aufgrund von Problemen mit der Funkverbindung zu den Drohnen problematisch ist, setzt man zunehmend auf KI-unterstützte Gelände-Referenznavigation: Künstliche Intelligenz soll den

Flugkörper autonom ins Ziel steuern. Die Technik wird in Angriffsdrohnen erprobt und soll bei höherem Reifegrad dann auch in anderen Wirkmitteln (Marschflugkörper und andere Fernwaffen) eingesetzt werden. Um die Geländemodelle für Ziele möglichst genau zu erstellen und die KI auf möglichst detailgetreuen Modellen zu trainieren, braucht man freilich gutes Bildmaterial vom Zielort. In der Ukraine ist dies schwer zu bekommen, in Europa filmen „unbekannte“ Drohnen aber militärische Anlagen, Industrie und kritische Infrastruktur relativ ungestört.

e. Seeoperationen

Die russische Schwarzmeerflotte hat aus der Sicht Moskaus kaum die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Nach 2014 unterlief sie dem ambitioniertesten Modernisierungsprogramm aller russischen Flotten und erhielt an Neubauten unter anderem sechs U-Boote, drei Fregatten und zahlreiche Raketenschnellboote. Doch war sie nicht in der Lage, das Schwarze Meer zu kontrollieren, amphibische Landungen zur Unterstützung der Landfront durchzuführen, ihre Stützpunkte gegen ukrainische Seedrohnen und Marschflugkörper zu sichern und die amphibische Rückeroberung der Schlangeninsel zu verhindern. Ihre Überwasserschiffe sind praktisch zu Abschussplattformen für Marschflugkörper verkommen. Hierzu nutzt man vor allem Binnengewässer (Flüsse, Kanäle, Seen) und das kaspische Meer als sichere Abschussplätze (Adrians 2026). Die russische Marineinfanterie wurde, ebenso wie die Luftlandetruppen (VVS), in wichtigen Schlachten wie Kursk und Awdijiwka aufgerieben.

In einem möglichen Krieg mit der NATO erwartet Russland jedoch nicht, dass seine Marine Seeherrschaft über Ostsee, Mittelmeer oder andere europäische Randmeere erlangt. Defensiv schützen will man nur die Operationsgebiete der strategischen Raketen-U-Boote in der Barentssee oder dem Ochotskischen Meer. Diese Fähigkeit wurde in diesem Krieg nicht auf die Probe gestellt.

Im Kriegsfall mit der NATO muss Moskau vor allem die Seeverbindungen über den Atlantik, die Nord- und Ostsee stören. Hierzu waren vor allem U-Boote das bevorzugte Einsatzmittel. Der Bau neuer Boote ist jedoch teuer und langwierig. So nahm Russland Anleihen beim ukrainischen Seedrohnenprogramm, das so erfolgreich gegen die Schwarzmeerflotte operierte, und baut seinerseits eigene Kapazitäten auf. Seedrohnen werden auf Basis kommerzieller Sportboote aufgebaut und können daher billig in großer Zahl hergestellt werden, ohne auf exportkontrollierte Güter angewiesen zu sein. Der chinesische Sportbootsektor wäre hier auch eine verlängerte Werkbank, über die Rümpfe, Motoren und andere Bauteile importiert werden können. Ohne Starlink fehlen Russland jedoch die Kommunikationsmittel, Seedrohnen effektiv in entfernte Gewässer zu steuern. Die Starlink-Abschaltung hat das russische Seedrohnenprogramm zurückgeworfen, doch ist davon auszugehen, dass Moskau auf kurz oder lang ein Substitut für Starlink findet.

4. Welche realen Chancen hätte Russland?

Die russischen Streitkräfte haben im Angriffskrieg gegen die Ukraine enorme Verluste erlitten, organisatorische und qualitative Schwachstellen wurden schonungslos aufgedeckt. Dennoch haben die Streitkräfte dazugelernt und befinden

sich auf dem Weg zu einer „drohnenunterstützten Massenarmee“, deren hohe Feuerkraft sowohl im Luft- als auch im Landkrieg die europäischen Armeen in ihrer gegenwärtigen Form überfordern würde. Die rüstungsindustrielle Mobilisierung und Kriegserfahrung würden es Russland erlauben, einen Krieg gegen Europa erfolgreich zu beginnen. Die Chancen, einen solchen Krieg erfolgreich durchzustehen, wenn er sich in die Länge zieht, sind jedoch gering. Denn dann würde auch in Europa eine rüstungsindustrielle Mobilisierung einsetzen, und die bürokratischen Hürden, von der Ukraine zu lernen, würden rasch fallen.

Wie und unter welchen Bedingungen ein Angriff erfolgen könnte, ist in hohem Maße von den politischen Rahmenbedingungen abhängig. Putin will die politische Ordnung Europas zerstören und durch eine neue, russischen Einflussinteressen entsprechende ersetzen. Vorangetrieben wird dieses Ziel in erster Linie durch politische Kriegsführung: Subversion, Propaganda, Korruption etc. zur Zersetzung der jeweiligen nationalen Widerstandsfähigkeit und des Durchhaltenswillens in europäischen Gesellschaften. Die latente Gewaltbereitschaft Russlands ist auch ein Mittel der psychologischen Kriegsführung, das zur Einschüchterung europäischer Gesellschaften und Entscheidungsträger eingesetzt wird.

Doch auch in der Ukraine versuchte Putin bis 2014 durch politisch-wirtschaftliche Druckmittel zum Ziel zu gelangen. Als dieses Projekt mit der Revolution der Würde scheiterte, nutzte er die Schwäche der jungen postrevolutionären Ukraine zur schlagartigen Besetzung der Krim und zum Beginn eines verdeckten Krieges im Donbas. Ob man einen solchen hybriden Krieg auch gegen EU-Staaten führen könnte, hängt also in erster Linie davon ab, ob interne Krisen, mangelnde Geschlossenheit und Solidarität eine Schwäche Europas vermitteln, die Putin glaubt, ausnutzen zu können.

Die geringe Qualität russischer Infanterie – mittlerweile auch von Eliteeinheiten – macht kleine, schnelle Landnahmen gegen einen gut organisierten Gegner zunehmend schwierig. Die baltischen Staaten mögen klein sein, aber sie sind gut organisiert und verfügen über wachsame Sicherheitskräfte. Allerdings hat Moskau die Angewohnheit, seine ehemaligen Kolonialvölker und deren Verteidigungsbereitschaft sowie Organisationsfähigkeit, geringzuschätzen. Strategisches Denken in Moskau ist auf die USA fixiert, und die Funktionalität der NATO und EU auf amerikanische Präsenz und Führerschaft reduziert: Die NATO wird quasi wie ein Warschauer Pakt der Amerikaner gesehen. Deshalb besteht eine nicht unerhebliche Chance, dass Moskau seine Erfolgchancen in kommenden Schwächemomenten der USA überschätzt.

Nukleare Drohungen, verbunden mit demonstrativen Langstreckenschlägen, wären freilich ein Mittel, europäische Staaten gezielt unter Druck zu setzen, und von einer solidarischen Haltung gegenüber einem angegriffenen EU-Mitglied abzuschrecken. Russland könnte eine europäische Reaktion durch massive Luftschläge gegen logistische Infrastruktur verzögern, und den psychologischen Schock dieser Schläge politisch zur „Neutralisierung“ anderer Staaten nutzen. Gegen die Ukraine hat Russland seine Langstreckenangriffsfähigkeit unter Beweis gestellt, und seine Aufklärungstätigkeit in Europa legt nahe, dass entsprechende Zielpläne ausgearbeitet werden. Die Disparität der nuklearen Arsenale gibt Moskau Handlungsspielraum bei nuklearen Drohungen, die, wie man in der

deutschen Diskussion um Waffenlieferungen an die Ukraine sieht, in einigen Staaten schnell verfangen.

Aber auch wenn Russland im strategischen Luftkrieg (konventionell wie auch nuklear) einen klaren Vorteil gegenüber Europa hat, ob sich dieser in verwertbare politische Effekte umsetzen lässt, hängt sehr von der jeweiligen politischen Situation und der Reaktion der betroffenen Gesellschaften ab. Die ukrainische Zivilgesellschaft ist trotz der intensiven über vierjährigen Bombardements nicht bereit, eine Oberhoheit Moskaus über ihr politisches System zu akzeptieren. Angriffe gegen europäische Staaten in der Tiefe könnten die Solidarität mit dem angegriffenen Staat an der Ostflanke auch verstärken. Das hängt dann von der Stimmung im Land und der Einschätzung Moskaus, dessen Informationsraum dominieren zu können, ab. Die geringe Magazintiefe europäischer Luftwaffen, Lieferabhängigkeiten von den USA (die selbst kaum in der Lage sind, den Bedarf ihrer eigenen Streitkräfte zu decken) auf der einen und hohe Produktionszahlen und Einsatzerfahrung auf der anderen Seite, würden die Ausgangssituation Russlands in einem strategischen Luftkrieg relativ günstig erscheinen lassen. Ob der Kreml die politischen und sozialpsychologischen Effekte eines solchen Krieges richtig einschätzen kann, steht auf einem anderen Blatt.

Sollte eine „hybride“ Operation auch schief laufen, steht Moskau freilich immer die Option einer konventionellen Eskalation offen, um einer Niederlage im verdeckten Krieg zu entgehen. Die Landstreitkräfte kombinieren Masse mit der durch Drohnen stark gestiegenen Feuerkraft. Die baltischen Staaten würden in ihrer Gesamtheit in jenen Reichweitenbereich fallen, der in der Ukraine als „operative Tiefe“ gilt. Russland würde die Verteidiger von Nachschub und Reserven abzuschneiden suchen (ohne dazu physisch mit Bodentruppen in die Tiefe operieren zu müssen) und die vorne eingesetzten Verteidiger durch massive Drohnenschläge unter Druck setzen. Die Forcierung der VBS und die Restrukturierung der Landstreitkräfte um Drohnenfähigkeiten geben Russland die Möglichkeit, nach dem Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine relativ rasch zu rekonstituieren.

Europa wäre derzeit auf den Beginn eines solchen Krieges schlecht vorbereitet. Die Einführung von streitkräfte- und waffengattungsübergreifenden Führungsinformationssystemen, die Anschaffung von Systemen der elektronischen Kampfführung und Aufklärung, die Aufstellung von Drohneneinheiten und die Schaffung der diese unterstützenden Logistikinfrastruktur, die doktrinaire Weiterentwicklung und das Training des „Kampfes der verbundenen Waffen“ unter Bedingungen des 21. Jahrhunderts sind alles Prozesse, die Zeit brauchen werden. Angesichts struktureller Beharrungskräfte in Verteidigungsbürokratien vermutlich deutlich mehr Zeit als diese Adaption in der Ukraine gedauert hat. Diese Adaption, die Schließung von Kapazitätslücken, um die bestehenden Streitkräfte überhaupt erfolgversprechend einsetzen zu können, ist der Kern der Nachrüstung. Jedes NATO-Manöver, zu dem ukrainische Drohnenteams eingeladen werden, zeigt, dass konventionelle Landstreitkräfte ohne die oben genannten Fähigkeiten scheitern.

Russland hätte also am Beginn einer militärischen Konfrontation mit Europa erhebliche Erfolgsaussichten, vor allem, wenn es eine geschlossene Reaktion der

Europäer durch Drohung und Einschüchterung von Schlüsselstaaten unterbinden kann. Gelingt das nicht, oder verkalkuliert man sich, stehen die Aussichten weniger gut, da Europa aufgrund der industriellen und finanziellen Aufwuchsfähigkeit gute Chancen hat, das militärische Blatt im Verlauf eines längeren Krieges zu drehen. Unter dem Druck hoher Verluste werden bürokratische Hindernisse schnell abgebaut, und eine Militarisierung des europäischen IT- und Maschinenbausektors würde die russische Überlegenheit nach anfänglichen Verlusten mehr als ausgleichen. Europa kann solch einen Krieg gewinnen, aber kann es ihn auch verhindern, indem man durch Abschreckung Russland davon abbringt, es überhaupt zu versuchen?

Das hängt nicht nur von nichtmilitärischen Fähigkeiten ab, sondern auch von der politischen Geschlossenheit der Europäer, der Immunität europäischer Gesellschaften gegenüber politischer Einflussnahme und Informationskriegsführung Russlands, und der klaren strategischen Kommunikation gemeinsamer Verteidigungsbereitschaft gegenüber Russland.

Auch wenn diesbezüglich viel im Argen liegt, gibt es etwas Grund zum Optimismus: Unter dem Deckmantel der Übung „Arctic Endurance“ stationierten im Jänner 2026 12 europäische Staaten Truppen in Grönland, um als „Stolperdraht“ eine mögliche militärische Annexion der Insel durch die USA zu verhindern. Obwohl die Europäer einen Krieg um Grönland verloren hätten, gingen sie ihm nicht aus dem Weg. Man signalisierte, selbst überlegener Gewalt nicht kampflos zu weichen, und sich nicht – wie nach 2014 in den Minsker Verhandlungen, nach dem Georgienkrieg 2008 – nur auf die Beruhigung und Eindämmung des durch überlegene Gewalt geschaffenen *Fait accompli* zu verlegen.

Die wirkungsmächtigste Abschreckung vor weiteren expansionistischen Abenteuern wäre es freilich, das gegenwärtige zu verlieren. Scheitert der Angriffskrieg gegen die Ukraine mit einem nicht als Sieg verkaufbaren Resultat, wäre der Appetit Moskaus, solche Abenteuer in allzu enger Zukunft zu wiederholen, gestillt. Dies zu erreichen, und aus den ukrainischen Erfahrungen für die Modernisierung der eigenen Streitkräfte so viel wie möglich zu lernen, ist das vordringlichste Ziel der Gegenwart.

Quellen

Helge Adrians, Russia's Strategic Brown Water Capabilities: A NATO Blind Spot? CIMSEC, 02.02.2026, <https://cimsec.org/russias-strategic-brown-water-capabilities-a-nato-blind-spot/>

Kateryna Bondar, How Russia Is Reshaping Command and Control for AI-Enabled Warfare, Centre for Strategic and International Studies, February 2026, https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2026-02/260210_Bondar_Russia_Command_0.pdf?VersionId=PjDmP1j6Vx558VB9sUz2x3gSwne2Ou30

Christopher J. Borgen, Russia's Alleged Nuclear Anti-Satellite Weapon: International Law and Political Rhetoric, Liber Institute West Point, 31.07.2024, <https://lieber.westpoint.edu/russias-nuclear-anti-satellite-weapon-international-law/>

- Maria Engqvist Jonas Kjellén Carolina Vendil Pallin Emelie Sandvad, The Future of Warfare in Russian Military Thinking, FOI Report, Februar 2026, <https://www.foi.se/en/foi/reports/report-summary.html?reportNo=FOI-R--5806--SE>)
- Lester W. Grau, Charles K. Bartles, The Russian Way of War, Force Structure, Tactics, and Modernization of the Russian Ground Forces, Foreign Military Studies Office 2016, <https://www.armyupress.army.mil/portals/7/hot%20spots/documents/russia/2017-07-the-russian-way-of-war-grau-bartles.pdf>
- Diego A. Ruiz Palmer, Theatre operations, high commands and large-scale exercises in Soviet and Russian military practice: insights and implications, NATO Defense College, Fellowship Monograph Nr. 12, 2018, https://www.ulib.sk/files/english/nato-library/collections/monographs/ndc-fellowship-monograph/fm_12.pdf
- Marek Menkiszak, Marta Prochwicz Jazowska, The ticking clock: Why NATO's deterrence against Russia is under pressure, ECFR Commentary, 16.02.2026, <https://ecfr.eu/article/the-ticking-clock-why-natos-deterrence-against-russia-is-under-pressure/>
- Hlib Parvonov, Russia's Unmanned Systems Forces Become Wildcard in Moscow's Military Modernization, Jamestown Foundation, 04.02.2026, <https://jamestown.org/russias-unmanned-systems-forces-become-wildcard-in-moscows-military-modernization/>
- Robert Lee, Dmytro Putiata, Russia's Drone Line Experiment, 03.04.2026, <https://twomarines.substack.com/p/russias-drone-line-experiment>
- Robert Lee, Dmytro Putiata, Russian Military Structural Changes, 10.05.2026, https://twomarines.substack.com/p/creation-of-russian-strategic-reserves?utm_source=%2Finbox&utm_medium=reader2
- Andreas Turunen, Novel Approaches to Russian Air-to-Air Combat in Ukraine, 12.05.2020, https://mellenion.substack.com/p/novel-approaches-to-russian-air-to?utm_source=share&utm_medium=android&r=fxstq&triedRedirect=true
- Ukraine's Defence Intelligence reveals contents of new Shahed drone with AI and US computer – photos, Ukrainska Pravda, 27.06.2025, <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2025/06/27/7519051/>;
- Illia Volynskyi, Бити по тилах та замінити HIMARS. Як Україна розвиває "мідлстрайк" – новий тип ударних безпілотників, Oboronka, 31.10.2025, <https://oboronka.mezha.ua/shcho-take-droni-midlstrayk-i-yak-ukrajina-rozgortaye-jih-virobnictvo-305981/>
- Симбиоз разведки и артиллерии, Новые технические средства вернули роль и значение «богов войны», Armeijski Standard, 20.09.2022, <https://armystandard.ru/news/20229201029-BhU5h.html>;

USA & Europa: (Un)Sicherheit als neue Norm für Militär, Wirtschaft & Gesellschaft

Wie Technologie und Künstliche Intelligenz
Geopolitik beeinflussen

von Josef Mantl

U*nsicherheit ist die neue geopolitische Norm.* Die globale Weltordnung befindet sich im fundamentalen Umbruch. Sicherheit, wie sie in der westlichen Hemisphäre bekannt und geschätzt wurde, existiert in dieser Form nicht mehr: Volatilität wird zur neuen Normalität.

Technologie und Künstliche Intelligenz sind die strategischen Machtinstrumente des 21. Jahrhunderts. Digitale Infrastrukturen, Halbleiter, Datenräume und KI-Systeme entwickeln sich zur neuen geopolitischen Währung und entscheiden über wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, militärische Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Resilienz.

KI ist der entscheidende strategische Wettbewerbsvorteil der Gegenwart. Ähnlich wie ehemals Energie und Rohstoffe ist heute der Zugang zu leistungsfähigen KI-Systemen ein zentraler Faktor für wirtschaftliche Stärke und geopolitische Machtprojektion. KI zeichnet Schätzungen zufolge bereits für rund 40 % des Wachstums des US-BIP im Jahr 2025 verantwortlich.

USA und China setzen auf technologische Dominanz, Europa auf strategische Souveränität und Resilienz. Während die Supermächte auf Herrschaft über Lieferketten und Technologievorsprung setzen, verfolgt Europa einen auf Resilienz und Datensouveränität ausgerichteten Ansatz, und verfügt mit ASML und anderen Unternehmen über zentrale Schlüsseltechnologien von globaler Bedeutung.

Innovationszyklen werden immer kürzer: Europa muss seinen Platz aktiv gestalten. Die Geschwindigkeit technologischen Wandels erfordert von Europa einen ambitionierten Ausbau von Forschung, digitaler Infrastruktur und industrieller KI-Kompetenz, um im globalen Wettbewerb selbstbestimmt, resilient und wettbewerbsfähig zu bleiben.

(Un)Sicherheit: Der neue Leitgedanke unserer Zeit

Die globale Weltordnung, wie wir sie „kannten“, befindet sich im Umbruch.

So hört man aktuell zahlreiche gleichlautende Befunde von westlichen Expert:innen ihrer Fachbereiche, ob aus Politik, Wirtschaft, Militär oder Gesellschaft. Jede(r) von ihnen hat einen anderen Blickwinkel auf die sich aktuell augenscheinlich rasant ändernde Weltlage. Ob militärisch, wirtschaftlich oder aus einer gesellschaftlichen Perspektive betrachtet, haben alle eine Kernaussage gemein: Sicherheit, wie wir sie in der westlichen Hemisphäre kannten und zu schätzen gelernt haben, existiert in dieser Form nicht mehr. Die traditionelle Trennung zwischen militärischer Sicherheit und wirtschaftlicher Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit gehört augenscheinlich der Vergangenheit an. Künstliche Intelligenz, digitale Infrastrukturen und kritische Technologien werden zur neuen geopolitischen Währung in einem immer volatileren Umfeld. Unsicherheit scheint die neue Norm zu sein, welche die sicherheitspolitische Debatte neu entflammt hat.

So spricht beispielsweise das *World Economic Forum* in seinem jüngsten *Global Risks Report 2026* von einem „Age of Competition“, in dem Unsicherheit zur neuen Normalität wird. Eine Welt wachsender geopolitischer Rivalitäten, wirtschaftlicher Machtkämpfe und technologischer Umbrüche erhöht den Druck auf Staaten, Unternehmen und Gesellschaften gleichermaßen und erschwert langfristige Stabilität und Planbarkeit.¹

Der diesjährige Report zur renommierten Münchner Sicherheitskonferenz umschreibt es auch so:

The world has entered a period of wrecking-ball politics. Sweeping destruction – rather than careful reforms and policy corrections – is the order of the day... As a result, more than 80 years after construction began, the US-led post-1945 international order is now under destruction. (Under Destruction, Munich Security Report 2026, S. 9)

Und auch das diesjährige Lagebild des österreichischen Bundesheeres steht unter dem Titel „*Ende der Ordnung?*“ und beschreibt umfassend die Top Risiken, auf die sich Österreich, Europa und die Welt einstellen müssen. Darunter die laufende Konfrontation zwischen Russland und der EU, unilaterales und unvorhersehbares Agieren der USA bis hin zu wirtschaftlichem Protektionismus, kognitiver Kriegsführung und Cyber-Angriffen.²

In diesem Umfeld wachsender geopolitischer Spannungen gewinnen Technologie und Künstliche Intelligenz eine strategische Bedeutung, die längst weit über klassische Innovations- oder Wirtschaftspolitik hinausgeht. Digitale Infrastrukturen, Halbleiter, Datenräume, Cyberfähigkeiten und KI-Systeme entwickeln sich zu geopolitischen Machtinstrumenten, die über wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, militärische Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Resilienz mitentscheiden. Ihre Verfügbarkeit wird zum Druckmittel in der zwischenstaatlichen Konfrontation und zum Nukleus eines modernen Technologie- und KI Wettbewerbs.

¹ The Global Risks Report 2026, 21st Edition (World Economic Forum), https://reports.weforum.org/docs/WEF_Global_Risks_Report_2026.pdf

² Risikobild 2026 – Ende der Ordnung? (BMLV), <https://verteidigungspolitik.at/risikobild>

Besonders deutlich zeigt sich dies im gegenwärtigen technologischen Wettrüsten der beiden Supermächte USA und China. Die bilateralen Beziehungen der beiden Staaten werden zunehmend von der Frage geprägt, wer über den Zugang zu den Schlüsseltechnologien der Zukunft verfügt und wer den entscheidenden Innovations- und Wettbewerbsvorsprung für sich beanspruchen kann. Denn technologische Überlegenheit bedeutet längst nicht mehr nur wirtschaftliche Stärke, sondern wirkt sich unmittelbar auf die sicherheits- und verteidigungspolitischen Fähigkeiten eines Landes aus. Die Rolle Europas wird hier oftmals schnell als kleiner Zwerg inmitten zweier Riesen auf dem technologischen Spielfeld abgetan. Allerdings haben auch wir beeindruckende Fähigkeiten in unseren Sphären, die es im Sinne einer verstärkten Eigenverantwortung und Resilienz zu nutzen gilt. Die europäischen Leitmotive sind jedoch andere als die der USA und Chinas.

Sicherheit ist nicht mehr ausschließlich eine militärische Frage, sondern wird zunehmend auch eine technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderung. Und das Ganze passiert in einem atemberaubenden Tempo, denn die Innovationszyklen moderner Technologien werden immer kürzer. KI-Modelle und Technologien von gestern können morgen schon überholt wirken. Ein wahrer Nährboden somit für das Fundament unserer Zeit: Un(Sicherheit). Die entscheidende Frage hierbei lautet: Welche Rolle spielen moderne Technologien und insbesondere Künstliche Intelligenz im geopolitischen Ringen um Macht und Einfluss? Wie prägen sie Geopolitik?

Technologie als geopolitisches Machtinstrument

Immer öfter taucht in der gängigen Literatur zu diesem Thema eine Begrifflichkeit auf: *Geotech Statecraft*³. Dies meint im Besonderen die Inanspruchnahme von zentralen Technologie-Wertschöpfungsketten zur Erreichung geopolitischer Zielsetzungen. Für Staaten wird es im Hinblick auf wirtschaftliche Abhängigkeiten, militärische Überlegenheit sowie gesellschaftliche und politische Stabilität zunehmend bedeutsam, wer über zentrale Schlüsseltechnologien wie bspw. Halbleiter für die Chipproduktion verfügt. Mächtig im 21. Jahrhundert ist, wer fähig ist. Und fähig ist, wer über Technologien und Daten verfügt.

Die praktische Ausprägung dieser Strategie wird besonders deutlich, wenn man konkrete Beispiele betrachtet, in denen Technologie gezielt als Instrument geopolitischer Einflussnahme und Machtprojektion eingesetzt wird. Nachstehend am Beispiel der für die Chipproduktion so bedeutsamen Halbleitertechnologie:

Die Vereinigten Staaten verfolgen seit mehreren Jahren das Ziel, die globale Halbleiterproduktion stärker an den eigenen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Einflussbereich zu binden. Eine zentrale Rolle spielt dabei der taiwanische Chipproduzent TSMC, der als weltweit führender Hersteller hochentwickelter Mikrochips gilt. Durch politische und wirtschaftliche Anreize, insbesondere im Rahmen des CHIPS and Science Act, wurden milliardenschwere Investitionen in den Aufbau von Produktionskapazitäten in den Vereinigten Staaten

³ Tech Cold War: Article on Geopolitics and Tech Statecraft, <https://www.techcoldwar.io/articles-and-appearances/article-on-geopolitics-and-tech>

angestoßen, darunter mehrere Fertigungsstätten im Bundesstaat Arizona⁴. Im geopolitischen Kontext steht dabei weniger die klassische Wirtschaftsförderung als vielmehr die Sicherung kritischer Technologien und resilienter Lieferketten im Vordergrund. Die Vereinigten Staaten versuchen, ihre Abhängigkeit von asiatischen Produktionsstandorten zu reduzieren und zugleich den Zugang strategischer Konkurrenten zu modernsten Halbleitertechnologien einzuschränken. Technologiepolitik wird damit zunehmend zu einem integralen Bestandteil der Sicherheits-, Industrie- und Außenpolitik. Gleichzeitig wählten die USA auch eine Strategie für den Halbleitersektor, die China mit seltenen Erden schon seit geraumer Zeit praktiziert und welche die Welt in Atem hält.

So verschärfen die USA im ersten Halbjahr 2026 ihre Exportkontrollen für Hochleistungshalbleiter und beschränken den Zugang chinesischer Unternehmen zu fortschrittlichen Chips von Herstellern wie NVIDIA und AMD. Diese gelten als Schlüsselressourcen für Künstliche Intelligenz, *Supercomputing* sowie moderne Verteidigungs- und Sicherheitssysteme. Technologie wird damit zunehmend zu einem strategischen Machtinstrument, das nicht nur der Sicherung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit dient, sondern auch den technologischen Aufstieg geopolitischer Rivalen – insbesondere Chinas – begrenzen soll. Gleichzeitig zeigen sich jedoch auch unbeabsichtigte Nebenwirkungen dieser Strategie. Die Restriktionen verstärken die Bestrebungen Chinas nach technologischer Autarkie und beschleunigen die Entwicklung eigener Schlüsseltechnologien. So kündigte der chinesische Technologiekonzern Huawei an, die Entwicklung eigener KI-Chips und Halbleiterlösungen weiter voranzutreiben, um die Abhängigkeit von westlichen Technologien zu reduzieren.⁵

Die geopolitische Bedeutung moderner Technologien zeigt sich heute deutlicher denn je. Es ist daher wenig überraschend, dass die Vereinigten Staaten als einer der zentralen Akteure auf dem digitalen geopolitischen Spielfeld des 21. Jahrhunderts gelten. Amerikanische Technologieunternehmen dominieren nicht nur zahlreiche Zukunftsmärkte, sondern ihr technologischer Vorsprung wird zunehmend auch als Instrument der Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik genutzt. Die US-Regierung verfolgt dabei einen Ansatz, der Innovationspolitik, nationale Sicherheit und Industriepolitik eng miteinander verknüpft. Technologie wird damit zu einem strategischen Machtfaktor, der wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, militärische Stärke und geopolitischen Einfluss gleichermaßen prägt.

Auch Europa verfügt in einzelnen Schlüsselbereichen über erhebliche technologische Hebelwirkung. Besonders deutlich wird dies am Beispiel des niederländischen Unternehmens ASML, das mit seinen EUV-Lithografiemaschinen eine nahezu einzigartige Stellung in der globalen Halbleiterindustrie einnimmt. Die modernsten Mikrochips, die für Anwendungen von Künstlicher Intelligenz über Hochleistungsrechner bis hin zu modernen Verteidigungssystemen benötigt

⁴ Vgl. TSMC Arizona Fab: U.S. Department of Commerce, CHIPS and Science Act, <https://www.chips.gov/chips-act>

⁵ Reuters: Huawei proposes new path for chip development amid US sanctions (25. Mai 2026), <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/huawei-proposes-new-path-chip-development-amid-us-sanctions-2026-05-25/>

werden, können ohne diese Technologie faktisch nicht hergestellt werden. Damit besitzt Europa eine Schlüsselressource von erheblicher strategischer Bedeutung im globalen Wettbewerb zwischen den Vereinigten Staaten und China. Die Diskussion um technologische Souveränität und strategische Autonomie der Europäischen Union stützt sich daher maßgeblich auf die Fähigkeit, in ausgewählten Zukunftstechnologien weltweit führende Positionen einzunehmen und diese zur Absicherung wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen zu nutzen.

Bei näherer Betrachtung zeigen sich also unterschiedliche strategische Ansätze der großen Wirtschaftsräume im Umgang mit sogenanntem „Geotech Statecraft“ – also dem gezielten Einsatz technologischer Fähigkeiten zur Verfolgung geopolitischer Ziele. Während die Vereinigten Staaten und China primär auf technologische Führerschaft, globale Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung von Machtpositionen abzielen, verfolgt die Europäische Union einen stärker auf Resilienz und (Daten) Souveränität ausgerichteten Ansatz. Im Mittelpunkt stehen die Reduktion kritischer Abhängigkeiten, der Schutz strategischer Wertschöpfungsketten sowie die Sicherstellung technologischer Handlungsfähigkeit in Wirtschaft und Verteidigung. Dies zeigt sich auch seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, in dessen Folge europäische Staaten verstärkt in Drohnen-, Verteidigungs- und Sicherheitstechnologien investieren und bilaterale strategische Partnerschaften mit der Ukraine eingehen, um von deren mittlerweile erlangtem Know-how zu profitieren.⁶ Technologie wird in Europa damit weniger als Instrument geopolitischer Dominanz verstanden, sondern vielmehr als Voraussetzung für strategische Eigenständigkeit, gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit und eine glaubwürdige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Künstliche Intelligenz als strategischer Wettbewerbsvorteil

Wiewohl Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen bereits seit geraumer Zeit Anwendung in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung finden, machte wohl erst die Veröffentlichung von Sam Altmans *OpenAI ChatGpt* im November 2022 vielen von uns in der breiten Masse bewusst, welche Kraft und Fähigkeit hinter dieser Technologie steckt. Wenige Jahre später zeichnet KI und mit ihr verbundene Technologien Schätzungen zufolge bereits für knapp 40 %⁷ des Wachstums des US-amerikanischen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2025 verantwortlich.⁸

Künstliche Intelligenz ist mittlerweile unbestritten die zentrale Schlüsseltechnologie dieses Jahrhunderts. Ähnlich wie der Zugang zu Energie und Rohstoffen in vergangenen Jahrzehnten ist heute die Möglichkeit, über KI große Datenmengen innerhalb kürzester Zeit zu verarbeiten und leistungsfähige Algorithmen zu

⁶ Defence Industry Europe: Ukraine and Germany expand defence partnership through air defence, drone production and technology cooperation, <https://defence-industry.eu/ukraine-and-germany-expand-defence-partnership-through-air-defence-drone-production-and-technology-cooperation/>

⁷ CapInside: Die große KI-Wette – Amerikas Wirtschaft zwischen Boom und Blase, <https://at.capinside.com/c/die-grosse-ki-wette-amerikas-wirtschaft-zwischen-boom-und-blase>

⁸ FAZ: US-Wirtschaft – KI rettet Trumps Konjunktur, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/us-wirtschaft-ki-rettet-trumps-konjunktur-200880312.html>

entwickeln – einer der Wettbewerbsvorteile für private Akteure wie Staaten. Entsprechend intensiv hat sich der globale Wettbewerb um technologische Führerschaft verschärft. Insbesondere die Vereinigten Staaten und China betrachten Künstliche Intelligenz längst als zentrales Element ihrer wirtschaftlichen und geopolitischen Strategien und die kontinuierliche technologische Weiterentwicklung als den strategischen Wettbewerbsvorteil der Gegenwart.

Die vergangenen Monate waren von einer außergewöhnlichen Dynamik im globalen Wettbewerb um leistungsfähige KI-Modelle geprägt. Mit der Einführung von *GPT-4.1* sowie den neuen *Reasoning*-Modellen *o3* und *o4-mini* durch *OpenAI* wurde insbesondere die Fähigkeit von Künstlicher Intelligenz gestärkt, komplexe Probleme eigenständig zu analysieren, Werkzeuge zu nutzen und mehrstufige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Parallel dazu veröffentlichte *Anthropic* die Modelle *Claude Opus 4.8* und *Claude Code* und kündigte mit „Claude Mythos“ eine neue Generation besonders leistungsfähiger Systeme an, die aufgrund ihrer fortgeschrittenen Fähigkeiten im Bereich *Cybersecurity*, Analyse und strategischer Planung bereits intensive Debatten in Politik, Wirtschaft und Sicherheitskreisen auslösten. Insbesondere die Frage, inwieweit solche Modelle künftig für Verteidigungs-, Aufklärungs- und Cyberoperationen eingesetzt werden können, rückt zunehmend in den Mittelpunkt sicherheitspolitischer Überlegungen⁹.

Nicht erst seit der österreichische Softwareentwickler Peter Steinberger mit seinem *Open-Source*-Programm „OpenClaw“ es zu weltweitem Ruhm gebracht hat, sind auch sogenannte *Agentive AI Models*, also KI-Agenten, die selbstständig mit einem Ziel vor Augen komplexeste Aufgaben lösen, Alltag.¹⁰

Für besondere Aufmerksamkeit sorgte auch das chinesische Modell *DeepSeek-R1*. Das von einem vergleichsweise jungen Unternehmen entwickelte System überraschte Anfang 2025 mit einer Leistungsfähigkeit, die in mehreren Bereichen mit führenden westlichen Modellen trotz deutlich geringerer Entwicklungs- und Trainingskosten konkurrieren konnte. *DeepSeek* demonstrierte damit eindrucksvoll, dass China im Bereich generativer KI nicht mehr lediglich aufholt, sondern zunehmend selbst technologische Impulse setzt. Gleichzeitig entfachte das Modell eine Debatte über die geopolitischen Auswirkungen leistungsfähiger *Open-Source*-KI-Systeme, mögliche ideologische Verzerrungen sowie Fragen der Sicherheit und Kontrolle. Die Entwicklung von *DeepSeek* gilt daher als weiterer Beleg dafür, dass der globale Wettbewerb um Künstliche Intelligenz längst zu einer zentralen Dimension geopolitischer Machtprojektion und technologischer Souveränität geworden ist.

Die europäische Antwort auf die zuvor genannten Modelle heißt *Mistral AI*. 2023 gegründet, setzt das französische *Start-up* hierbei nicht nur auf maximale Leistung, sondern auf strategische Unabhängigkeit und Datensouveränität, und

⁹ World Economic Forum: Anthropic Mythos AI & Cybersecurity (April 2026), <https://www.weforum.org/stories/2026/04/anthropic-mythos-ai-cybersecurity/>

¹⁰ Handelsblatt Live: Österreicher sorgt mit KI-Agenten für Aufsehen im Silicon Valley, <https://live.handelsblatt.com/oesterreicher-sorgt-mit-ki-agenten-fuer-aufsehen-im-silicon-valley/>

positioniert sich somit als europäische Alternative zu amerikanischen und chinesischen Anbietern.¹¹ Der Markt und das rezente Wachstum des europäischen *Start-ups* zeigen eindrücklich, dass für einen solchen Zugang in volatilen Zeiten ausreichend Nachfrage besteht.

Die geopolitische Bedeutung von KI liegt dabei nicht allein in ihrer Fähigkeit, bestehende Prozesse effizienter zu gestalten. Vielmehr verändert sie die Grundlagen wirtschaftlicher Wertschöpfung, militärischer Operationsführung und politischer Entscheidungsfindung. Unternehmen nutzen KI zur Automatisierung von Produktionsprozessen, zur Optimierung von Lieferketten und zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Staaten setzen die Technologie zunehmend zur Analyse komplexer Datenlagen, zur Cybersicherheit sowie zur Unterstützung sicherheitsrelevanter Entscheidungen ein. Wer über die leistungsfähigsten KI-Systeme verfügt, kann Innovationszyklen verkürzen, Produktivität steigern und seine strategische Position im internationalen Wettbewerb stärken.

Auch für die Wirtschaft gewinnt KI strategisch an Bedeutung. Laut dem *AI Index Report*¹² der *Stanford University* steigen die Investitionen in Künstliche Intelligenz weltweit kontinuierlich an, während immer mehr Staaten nationale KI-Strategien verabschieden. Die Technologie gilt als wesentlicher Treiber künftiger Produktivitätssteigerungen und wird entscheidend dafür sein, welche Volkswirtschaften im globalen Wettbewerb erfolgreich bestehen können. Gleichzeitig entstehen neue Abhängigkeiten von Rechenkapazitäten, Halbleitern, *Cloud*-Infrastrukturen und hoch qualifizierten Fachkräften. Der Wettbewerb um diese Ressourcen entwickelt sich damit zunehmend zu einer Frage wirtschaftlicher und nationaler Sicherheit.

Europa befindet sich auch in diesem Umfeld in einer besonderen Position. Während die größten KI-Plattformen und Technologiekonzerne überwiegend in den USA und China angesiedelt sind, verfügt Europa über starke industrielle Kompetenzen, exzellente Forschungseinrichtungen und hohe regulatorische Standards. Mit dem *AI Act* verfolgt die Europäische Union das Ziel, einen vertrauenswürdigen und verantwortungsvollen Einsatz Künstlicher Intelligenz sicherzustellen. Gleichzeitig wächst die Erkenntnis, dass Regulierung allein nicht ausreichen wird. Um langfristig technologisch souverän und geopolitisch handlungsfähig zu bleiben, sind verstärkte Investitionen in Forschung, digitale Infrastruktur, Verteidigungstechnologien und industrielle KI-Anwendungen erforderlich.¹³

Künstliche Intelligenz ist damit weit mehr als eine technologische Innovation. Sie entwickelt sich zu einem zentralen Machtfaktor der internationalen Politik und beeinflusst zunehmend die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, die militärische Leistungsfähigkeit und die strategische Handlungsfähigkeit von Staaten.

¹¹ Forbes.at: Mistral AI – wie Europas KI-Player mit 14 Mrd. US-Bewertung gegen OpenAI wächst, <https://www.forbes.at/artikel/mistral-ai-wie-europas-ki-player-mit-14-mrd-us-bewertung-gegen-openai-waechst>

¹² Stanford University HAI: AI Index Report 2025, <https://hai.stanford.edu/ai-index>

¹³ European Commission: AI Act enters into force (1. August 2024), https://commission.europa.eu/news-and-media/news/ai-act-enters-force-2024-08-01_en; Council of the EU: Artificial Intelligence Act, <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/artificial-intelligence-act/>

Die Frage für Europa lautet daher nicht, ob KI geopolitische Bedeutung besitzt, sondern ob es gelingt, die technologischen, wirtschaftlichen und industriellen Voraussetzungen zu schaffen, um diese Entwicklung aktiv mitzugestalten und strategisch für Europa in seinen Bestrebungen nach mehr Verteidigungsautonomie, wirtschaftlicher Souveränität und geopolitischer Handlungsfähigkeit zu nutzen.

Resümee und Ausblick

In einer neuen, von Volatilität geprägten Weltordnung sind Technologien und Künstliche Intelligenz längst zu strategischen Machtfaktoren geworden. Digitale Infrastrukturen, Halbleiter, Datenräume und KI-Systeme prägen zunehmend die geopolitische Ordnung und entscheiden mit darüber, welche Staaten wirtschaftlich erfolgreich, sicherheitspolitisch handlungsfähig und gesellschaftlich widerstandsfähig bleiben.

Die Entwicklungen der vergangenen Monate zeigen, wie unterschiedlich die großen globalen Player hierbei agieren, allen voran USA & China im Unterschied zu Europa, das sich dabei in einer ambivalenten Ausgangslage befindet. Einerseits verfügt die Europäische Union über eine starke industrielle Basis, exzellente Forschungseinrichtungen, weltweit führende Unternehmen in Schlüsseltechnologien sowie einen großen Binnenmarkt. Andererseits besteht in vielen strategischen Technologiefeldern weiterhin eine erhebliche Abhängigkeit von Akteuren aus den USA und China. Die Herausforderung besteht daher darin, Offenheit und internationale Zusammenarbeit mit einer stärkeren technologischen (Daten-)Souveränität zu verbinden. Europa sollte die als erster globaler Wirtschaftsraum geschaffene Rechtssicherheit sowie den konsequenten Fokus auf digitale Souveränität als zentrale strategische Stärke und klares Alleinstellungsmerkmal begreifen.

Die technologischen Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz sind rasant. Noch ist völlig unklar, wer den Wettlauf gewinnen wird. Klar scheint nur: Die Hoheit über den digitalen Raum ist hart umkämpft, und wird dies auf absehbare Zeit auch bleiben. Der Wettstreit zwischen Staaten und Wirtschaftsblöcken wird daher auch künftig von technologischer Konkurrenz, Exportrestriktionen, Innovationsdruck und sicherheitspolitischen Überlegungen geprägt sein.

Für Europa bedeutet dies, die eigenen Stärken konsequent auszubauen: exzellente Forschung, industrielle Kompetenz, regulatorische Verlässlichkeit und digitale Souveränität. Nur wenn es gelingt, diese Grundlagen mit einer ambitionierten Innovations- und Investitionspolitik zu verbinden, kann Europa im globalen Technologie- und KI-Wettbewerb eine selbstbestimmte und wettbewerbsfähige Rolle einnehmen.

Die entscheidende Frage wird daher nicht sein, ob Technologie die Geopolitik verändert, sondern welche Akteure die Regeln dieser neuen technologischen Ordnung „wie“ gestalten werden.

Quellen

- 1 The Global Risks Report 2026, 21st Edition, World Economic Forum, https://reports.weforum.org/docs/WEF_Global_Risks_Report_2026.pdf
- 2 Risikobild 2026 – Ende der Ordnung?, Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV), <https://verteidigungspolitik.at/risikobild>
- 3 Reuters: Huawei proposes new path for chip development amid US sanctions (25. Mai 2026), <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/huawei-proposes-new-path-chip-development-amid-us-sanctions-2026-05-25/>
- 4 Tech Cold War: Article on Geopolitics and Tech Statecraft, <https://www.tech-coldwar.io/articles-and-appearances/article-on-geopolitics-and-tech>
- 5 U.S. Department of Commerce: CHIPS and Science Act, <https://www.chips.gov/chips-act>
- 6 Defence Industry Europe: Ukraine and Germany expand defence partnership through air defence, drone production and technology cooperation, <https://defence-industry.eu/ukraine-and-germany-expand-defence-partnership-through-air-defence-drone-production-and-technology-cooperation/>
- 7 CapInside: Die große KI-Wette – Amerikas Wirtschaft zwischen Boom und Blase, <https://at.capinside.com/c/die-grosse-ki-wette-amerikas-wirtschaft-zwischen-boom-und-blase>
- 8 FAZ: US-Wirtschaft – KI rettet Trumps Konjunktur, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/us-wirtschaft-ki-rettet-trumps-konjunktur-200880312.html>
- 9 World Economic Forum: Anthropic Mythos AI & Cybersecurity (April 2026), <https://www.weforum.org/stories/2026/04/anthropic-mythos-ai-cybersecurity/>
- 10 Handelsblatt Live: Österreicher sorgt mit KI-Agenten für Aufsehen im Silicon Valley, <https://live.handelsblatt.com/oesterreicher-sorgt-mit-ki-agenten-fuer-aufsehen-im-silicon-valley/>
- 11 Forbes.at: Mistral AI – wie Europas KI-Player mit 14 Mrd. US-Bewertung gegen OpenAI wächst, <https://www.forbes.at/artikel/mistral-ai-wie-europas-ki-player-mit-14-mrd-us-bewertung-gegen-openai-waechst>
- 12 Stanford University HAI: AI Index Report 2025, <https://hai.stanford.edu/ai-index>
- 13 European Commission: AI Act enters into force (1. August 2024), https://commission.europa.eu/news-and-media/news/ai-act-enters-force-2024-08-01_en; Council of the EU: Artificial Intelligence Act, <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/artificial-intelligence-act/>

Kuba

Im geopolitischen Fadenkreuz der USA?

von Alexander Panzhof

Mit der erneuten Amtsübernahme Donald Trumps als US-Präsident rückt Lateinamerika wieder stärker ins Zentrum der amerikanischen Außenpolitik. Die Ausweitung des Einflusses Washingtons auf seinen „Hinterhof“ ist erneut außenpolitische Priorität der Vereinigten Staaten. Anders als zur Zeit der Monroe-Doktrin richtet sich der geopolitische Wettbewerb diesmal jedoch nicht gegen Europa, sondern gegen China und Russland. Eine Wiederfestigung der US-Dominanz in Lateinamerika geht daher zwangsläufig mit dem Versuch einher, den politischen und wirtschaftlichen Einfluss Pekings und Moskaus in der Region einzudämmen, und Kuba gerät dabei immer mehr zwischen die Fronten der neuen US-Sicherheitsstrategie.

Dient die US-Intervention in Venezuela als strategisches Vorspiel für einen Machtwechsel auf Kuba?

In den frühen Morgenstunden des 3. Jänner nahmen US-Spezialkräfte überraschend den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro fest. Der Zeitpunkt der Aktion war symbolträchtig: Genau 36 Jahre zuvor war Manuel Noriega, der ehemalige Machthaber Panamas, im Zuge der letzten amerikanischen Intervention zum Regimewechsel in Lateinamerika verhaftet worden (vgl. NewsFlix 2026). Venezuela verfügt über die weltweit größten nachgewiesenen Erdölreserven – sogar mehr als Saudi-Arabien. Doch trotz dieses gewaltigen Rohstoffreichtums spielt das lateinamerikanische Land auf dem globalen Ölmarkt derzeit nur eine untergeordnete Rolle. Die Fördermengen liegen weit unter dem Niveau, das angesichts seiner enormen Reserven zu erwarten wäre (vgl. Ehringfeld 2026a). Seit den 1920er-Jahren ist die politische Entwicklung Venezuelas eng mit dem Erdölsektor verknüpft. Auch eine steigende globale Nachfrage infolge der Umrüstung von Schiffen auf Ölantrieb und der zunehmenden Verbreitung des Automobils führte zu erheblichen Exporterlösen. Auf dieser Grundlage entstand ein Petrostaat, dessen wirtschaftliche und politische Strukturen die traditionelle Macht der Großgrundbesitzer im Hinterland zunehmend zurückdrängten. Mit der Verstaatlichung der Ölindustrie im Jahr 1976 verfolgte Venezuela das Ziel, die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft im Land zu halten (vgl. Hartmann 2017a). Im Mittelpunkt der US-Politik gegenüber Venezuela steht daher weniger die Bekämpfung des Drogenhandels als die politische Neuordnung des Landes. Ziel Washingtons ist die Etablierung einer Regierung, die den strategischen und wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten nähersteht. Mit der Festnahme Nicolás Maduros wurde dieser Prozess des Machtwechsels eingeleitet. (vgl. Deutsche Welle 2025).

Zusammenarbeit mit Venezuelas Übergangsregierung als Modell für Kuba?

Die Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinigten Staaten haben seit Jahresbeginn eine bemerkenswerte Wende erfahren. Nach Jahren der Konfrontation verständigten sich beide Länder im März 2026 auf die Wiederaufnahme vollständiger diplomatischer und konsularischer Beziehungen – ein Schritt, der das Ende der seit 2019 bestehenden diplomatischen Eiszeit markiert (vgl. Die Zeit 2026a).

Der Fokus Trumps auf eine Zusammenarbeit mit Venezuela richtete sich von Beginn an auf Delcy Rodríguez und nicht – wie in der öffentlichen Wahrnehmung häufig angenommen – auf die Oppositionsführerin María Corina Machado. Die Kooperation zwischen den USA und der geschäftsführenden Interimspräsidentin Delcy Rodríguez, die zuvor das Amt der Vizepräsidentin unter Nicolás Maduro ausübte (vgl. Ehringfeld 2026b), läuft mittlerweile nach Donald Trumps Plan. So hat die Übergangspräsidentin bereits die gesamte militärische Führungsspitze des Landes neu besetzt. Bereits zuvor hatte Rodríguez den langjährigen Verteidigungsminister Vladimir Padrino López entlassen, einen engen Vertrauten des ehemaligen Präsidenten Nicolás Maduro (vgl. Die Zeit 2026b).

US-Präsident Donald Trump knüpft seine politische Unterstützung an die Erwartung eines direkten Zugangs zu den gewaltigen Erdölreserven Venezuelas. Westliche Energiekonzerne wie Shell sowie US-Öldienstleister, darunter Baker Hughes, haben bereits neue Vereinbarungen mit der Führung in Caracas geschlossen. Ziel ist es, die Öl- und Gasförderung wieder auszuweiten und die über Jahre vernachlässigte Infrastruktur des Landes schrittweise zu modernisieren (vgl. Stewart 2026). Im April 2026 setzte das US-Finanzministerium ein klares Signal der Annäherung, indem es die persönlichen Sanktionen gegen Rodríguez aufhob (vgl. Tagesschau 2026).

Mit einer Fördermenge von 1,23 Millionen Barrel pro Tag erreichte Venezuela im April den höchsten „Öl-Ausstoß“ seit sieben Jahren – ein Plus von 14 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die USA und Indien gehörten zu den größten Abnehmern, während auch Europa seine Importe ausweitete. Von Vorteil für Caracas sind zudem die infolge des Irankrieges gestiegenen Weltmarktpreise, die dem Land zusätzliche Einnahmen aus dem Ölgeschäft sichern (vgl. Pflügl 2026).

Kuba – die Zuckerinsel die zur Kriseninsel wurde

Was US-Präsident Donald Trump in Venezuela gelang, könnte auf **Kuba** scheitern. Die anhaltenden Krisen haben die kubanische Bevölkerung dazu gezwungen, vielfältige Strategien zur Bewältigung ihres Alltags zu entwickeln. Der häufig verwendete Begriff der „kubanischen Resilienz“ vermittelt dabei den Eindruck einer besonderen, nahezu naturgegebenen Anpassungsfähigkeit des kubanischen Volkes an die jeweiligen Gegebenheiten. Diese Sichtweise kann jedoch problematisch sein, da sie dazu beiträgt, die schwierigen Lebensumstände vieler Menschen als Normalzustand erscheinen zu lassen. Tatsächlich sind große Teile der Bevölkerung fortwährend damit beschäftigt, Wege zu finden, um ihre Existenz unter oft prekären Bedingungen aufrechtzuerhalten (vgl. Fräsch 2026).

Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten prägen seit jeher die außenpolitische Ausrichtung vieler lateinamerikanischer Staaten. Umgekehrt besitzt Lateinamerika auch für die Außen- und Innenpolitik der USA eine erhebliche strategische Bedeutung.

Lateinamerika wird als unmittelbare Einflusszone der USA angesehen (Monroe-Doktrin). Die US-Politik gegenüber Lateinamerika war traditionell darauf ausgerichtet, den **Einfluss außerhemisphärischer Mächte** zu begrenzen und den freien Zugang amerikanischer Unternehmen zu den Märkten und Investitionsmöglichkeiten der Region sicherzustellen. Gleichwohl stand Lateinamerika nur selten im Zentrum der außenpolitischen Aufmerksamkeit Washingtons. Die Vereinigten Staaten agierten vielfach reaktiv und griffen vordergründig dann ein, wenn sie ihre politischen, wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessen gefährdet sahen. Ihren größten Einfluss auf die Region übten die USA in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er-Jahre aus. Zu den zentralen sicherheitspolitischen Interessen der Vereinigten Staaten zählt die Abwehr traditioneller Bedrohungen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Washington verfolgt daher das Ziel, die Etablierung von Regierungen in Lateinamerika zu verhindern, die den USA feindlich gegenüberstehen oder eng mit deren geopolitischen Rivalen kooperieren. Vor diesem Hintergrund erklärt sich

auch die stärkere Fokussierung auf China und Russland im Zuge der aktuellen Neuausrichtung der US-Lateinamerikapolitik. Beide Staaten werden als strategische Herausforderer wahrgenommen, deren wachsender Einfluss in der westlichen Hemisphäre begrenzt werden soll. Bereits während des Kalten Krieges galten linke Aufstandsbewegungen in Lateinamerika als Bedrohung der nationalen Sicherheit. Washington unterstützte daher offen oder verdeckt Maßnahmen gegen linke Regierungen und Bewegungen. Häufig wurden dabei rechte Diktaturen gegenüber linken oder sogar moderaten demokratischen Regierungen bevorzugt (vgl. Nolte 2019).

Kuba: Historische Meilensteine

Spätestens mit der Verstaatlichung erster amerikanischer Unternehmen im Zuge der Revolution nach 1959 und dem Scheitern der Invasion in der Schweinebucht 1961, war die innenpolitische Weichenstellung zugunsten eines sozialistischen Kurses vollzogen. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges leiteten die USA 1960 mit ersten Handelsbeschränkungen ihre Sanktionspolitik gegenüber Kuba ein. Die gescheiterte Invasion in der Schweinebucht diente anschließend als Anlass für eine weitere Eskalation. Anfang 1962 verhängte Präsident John F. Kennedy ein umfassendes Embargo, das nahezu alle wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten untersagte. 1965 erhielt die Kommunistische Partei den Namen *Partido Comunista de Cuba* (PCC). Mit der Verfassung von 1976 wurde ihre Rolle als einzige legale politische Partei Kubas verfassungsrechtlich verankert. Die **organisatorisch stärkste Institution** des politischen Systems war allerdings nicht die Partei, sondern die nach der Revolution geschaffene **Armee**, die als zentraler Machtbereich von Raúl Castro galt. Mit dem Zerfall des sozialistischen Blocks geriet Kuba in eine schwere wirtschaftliche Krise. Der Wegfall der bisherigen Absatzmärkte erschwerte den Export von Zucker erheblich, während die staatlich organisierte Planwirtschaft den Anforderungen des internationalen Wettbewerbs nicht gewachsen war. Hinzu kam das Ende der billigen Energieimporte aus der Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre. Angesichts dieser Situation sah sich das Regime gezwungen, auf die veränderten Rahmenbedingungen zu reagieren. Um die Jahrtausendwende vollzog die Staatsführung eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung: Die Einfuhr von US-Dollar wurde legalisiert, Überweisungen von Angehörigen in den USA wurden zugelassen und der Tourismus wurde systematisch ausgebaut. Kuba verfügt über das langlebigste autoritäre Regime des amerikanischen Kontinents und die Bevölkerung gilt zugleich als stärkste egalitäre Gesellschaft der Region. Als einziges Land Lateinamerikas blieb es weitgehend von der neoliberalen Wende verschont. Die Familie Castro prägte die politische Ordnung des Landes zwei Generationen lang (vgl. Hartmann 2017b).

Was wollen die USA von Kuba?

Die geografische Nähe Kubas zu den USA verleiht der Insel seit jeher eine besondere strategische Bedeutung. Seit der Revolution von 1959 unter Fidel Castro betrachten die USA das **kommunistische Regime als politischen Gegenspieler, das sich dem US-amerikanischen Einfluss in der Region wider-**

setzt. Zugleich gilt die Insel als **strategischer relevanter Vorposten** für gegnerische Regierungen wie denen in Moskau, Peking und Caracas (vgl. Träder und Walter 2026).



Kubas geografische Nähe zu den USA. Bild: KI-generiert/ChatGPT

Die westliche Hemisphäre, verstanden als der gesamte amerikanische Doppelkontinent, steht im Mittelpunkt der neuen US-Sicherheitsstrategie und besitzt für Washington höchste strategische Relevanz. **Die Region nimmt in der neuen US-Sicherheitsstrategie die bedeutendste Stellung ein** und wird entsprechend als Erstes genannt. Damit verfolgt die US-Administration das Ziel, den Einfluss außerhemisphärischer Akteure in Nord- und Lateinamerika zurückzudrängen. Im Mittelpunkt der Strategie stehen die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Eindämmung destabilisierender Migrationsbewegungen sowie die Intensivierung wirtschaftlicher Beziehungen. Diese Maßnahmen dienen zugleich dazu, den politischen und sicherheitspolitischen Handlungsspielraum externer Mächte in der westlichen Hemisphäre zu begrenzen. Das Strategiepapier orientiert sich dabei am Grundsatz „Enlist and Expand“ – also Partner einbinden und Einfluss ausweiten. Unter „**Enlist**“ versteht die US-Regierung die Vertiefung und Stärkung bestehender Partnerschaften in der Region. Der Begriff „**Expand**“ beschreibt hingegen den Ausbau der Zusammenarbeit mit weiteren Staaten Lateinamerikas, um neue strategische Beziehungen zu etablieren und den eigenen Einflussbereich zu erweitern.

Einerseits versucht Washington, seine Partner durch Anreize wie die Bereitstellung von Kreditlinien oder andere wirtschaftliche und politische Zugeständnisse zur Zusammenarbeit zu bewegen. Andererseits setzt die US-Regierung auf Konditionalität und Sanktionen gegenüber jenen Staaten, die den Erwartungen und sicherheitspolitischen Interessen der Vereinigten Staaten nicht entsprechen. Länder, die sich den Vorgaben Washingtons verweigern, müssen daher mit entsprechenden Konsequenzen rechnen (vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung 2026).

Im Falle Kubas bot die US-Regierung dem Inselstaat unter anderem Mitte Mai humanitäre Unterstützung in Höhe von 100 Millionen US-Dollar für die kubanische Bevölkerung an. Zugleich wurde die Regierung in Havanna für die anhaltende Versorgungs- und Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht (vgl. ORF 2026a). Infolge dessen wurden Anfang Juni seitens der US-Regierung umfassende Wirtschaftssanktionen gegen den kubanischen Präsidenten **Miguel Díaz-Canel**, seine Ehefrau Lis Cuesta Peraza sowie seinen Stiefsohn Manuel Anido Cuesta verhängt. Zudem wurden Sanktionen gegen Alejandro Castro, einen Sohn des ehemaligen Präsidenten Raúl Castro, und dessen Enkel Raúl Alejandro Castro verhängt. Mit diesen Maßnahmen werden mögliche Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten eingefroren. Ferner ist es amerikanischen Bürgern und Unternehmen verboten, wirtschaftliche Kontakte zu den Betroffenen zu pflegen. Dieses entschlossenere Vorgehen lässt sich als Ausdruck eines neorealistischen außenpolitischen Ansatzes interpretieren, bei dem sicherheitspolitische Interessen, Machtprojektion und die Durchsetzung nationaler Ziele im Vordergrund stehen. Besonders deutlich wurde diese Entwicklung Anfang 2026 im Zuge der „Militäroperation“ gegen Venezuela (vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung 2026).

Die USA betrachten den lateinamerikanischen Halbkontinent traditionell als strategischen Einflussraum, und Kuba galt nach 1959 als **Symbol eines antiamerikanischen und sozialistischen Gegenmodells**. Die Ziele der USA gegenüber Kuba haben sich zwar historisch verändert, folgen aber seit Jahrzehnten mehreren konstanten strategischen Interessen, welche unter der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump zumindest teilweise durchgesetzt werden können.

Im Zentrum der amerikanischen Kuba-Politik steht die Forderung nach einem grundlegenden politischen Wandel. Washington strebt das Ende der kommunistischen Einparteienherrschaft, die Einleitung demokratischer Reformen sowie eine stärkere Achtung der Menschenrechte an. Zudem verfolgen die Vereinigten Staaten das Ziel, den Einfluss Russlands und Chinas in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft einzudämmen. Die wichtigsten Kernpunkte der gegenwärtigen US-Forderungen sind ein **Regimewechsel**, herbeigeführt durch den Sturz der kubanischen Führung, freie Wahlen und der Übergang zu einem demokratischen System. Ebenso wird ein wirtschaftlicher Wandel gefordert, der die staatlich gelenkte Planwirtschaft durch marktwirtschaftliche Strukturen ablöst. Außerdem ist die US-Regierung bestrebt, Kuba außenpolitisch zu isolieren um zu verhindern, dass Kuba als Partner für US-Gegner (wie Russland, China oder Iran) dient. Letztlich wollen die USA auf die kubanische Führung Einfluss nehmen und fordern personelle Veränderungen an der Staatsspitze (vgl. Spiegel 2026).

Die Vereinigten Staaten setzen seit mehr als sechs Jahrzehnten auf ein umfassendes Wirtschafts- und Sanktionsregime gegenüber Kuba und verbinden dieses mit diplomatischem und politischem Druck, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Trotz einzelner Phasen der Annäherung bleiben die bilateralen Beziehungen stark belastet. Vor diesem Hintergrund führen die USA Kuba weiterhin auf ihrer Liste der Staaten, die nach amerikanischer Auffassung den Terrorismus unterstützen.

Wie umfassend sind die US-Sanktionen gegen Kuba?

Die gegen Kuba verhängten US-Sanktionen zählen zu den umfassendsten und am längsten bestehenden „Strafmaßnahmen“ weltweit. Ihre rechtliche Grundlage bilden insbesondere die *Cuban Assets Control Regulations* (CACR) sowie der *Helms-Burton Act*, die die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba erheblich einschränken. Grundsätzlich sind Handels- und Finanztransaktionen sowie Investitionen von US-amerikanischen Personen und Unternehmen in Kuba untersagt. Ausnahmen bestehen lediglich in eng begrenzten Bereichen, vorwiegend für humanitäre Hilfe sowie für bestimmte journalistische, wissenschaftliche und akademische Tätigkeiten (vgl. Sanctions Lawyers).

Internationale Zurückhaltung gegenüber Kuba – mittlerweile hilft kein lateinamerikanisches Land mehr Kuba

Selbst die linksgerichteten Regierungen Lateinamerikas – darunter Brasilien, Mexiko und Kolumbien – leisten Kuba keine nennenswerte Unterstützung in Form von Öllieferungen mehr. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Sorge vor möglichen wirtschaftlichen oder politischen Konsequenzen seitens der Vereinigten Staaten. Zugleich hat die zunehmend harte Gangart der kubanischen Führung gegenüber abweichenden Meinungen das internationale Ansehen der Regierung erheblich beeinträchtigt. Die Unterdrückung politischer Opposition, ein weitreichendes Kontroll- und Überwachungssystem gegenüber der Zivilgesellschaft sowie verschärfte Maßnahmen zur Einschränkung von Onlinekritik haben dazu beigetragen, dass die einst weitverbreitete Solidarität mit Kuba spürbar nachgelassen hat. Je stärker die innenpolitische Repression ausfällt, desto geringer wird die Bereitschaft vieler Staaten und Akteure, die Regierung in Havanna öffentlich zu unterstützen. Selbst Nicaragua, das zu den engsten politischen Verbündeten Kubas zählt, hat die visumfreie Einreise für kubanische Staatsbürger ausgesetzt. Zudem kündigten Guatemala, Honduras und Jamaika ihre Vereinbarungen über die Entsendung kubanischer Ärzte. **Die medizinischen Auslandsmissionen Kubas galten über Jahrzehnte hinweg als ein wichtiges Instrument der Außenpolitik und stellten zugleich eine bedeutende Quelle von Deviseneinnahmen für den Inselstaat dar.** Auch die konservativen Regierungen Ecuadors und Costa Ricas trugen zu einer weiteren diplomatischen Isolation Kubas in der Region bei. Ecuador wies kubanisches Diplomatenpersonal aus und begründete diesen Schritt mit dem Vorwurf, kubanische Geheimdienstmitarbeiter hätten sich in die inneren Angelegenheiten des Landes eingemischt. Costa Rica wiederum schloss seine diplomatische Vertretung in Havanna (vgl. Ehringfeld 2026c).

Angesichts der begrenzten internationalen Unterstützung waren die jüngsten Hilfsleistungen für Kuba von besonderer Bedeutung. Dazu zählten die Ende März erfolgte Ankunft eines russischen Öltankers mit 730.000 Barrel Rohöl sowie ein chinesischer Kredit über 80 Millionen US-Dollar zur Förderung erneuerbarer Energien. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch die Lieferung von 30 Tonnen Reis aus China (vgl. Ehringfeld 2026d).

Die unter US-Präsident Barack Obama eingeleitete Annäherung zwischen Washington und Havanna wurde von Donald Trump während seiner ersten

Amtszeit (2017 bis 2021) wieder weitgehend rückgängig gemacht. Dieser Kurswechsel stieß bei vielen Exilkubanern und ihren Nachkommen auf Zustimmung, da sie einen politischen Wandel und das Ende der seit Jahrzehnten bestehenden Herrschaft der Castro-Familie anstreben. Zu den prominenten Vertretern dieser Haltung zählt auch US-Außenminister Marco Rubio (vgl. Träder und Walter 2026).

Kubanische Diaspora in den USA

Etwa 2,5 Millionen Kubaner sowie deren Nachkommen leben in den Vereinigten Staaten. Vor allem die Exilgemeinschaft in Florida hat die amerikanische Kuba-Politik über Jahrzehnte hinweg maßgeblich mitgeprägt. Ihre Haltung gegenüber der Regierung in Havanna ist überwiegend ablehnend – nicht zuletzt, weil viele Familien die Insel nach der Machtübernahme Fidel Castros verlassen mussten.

Kuba erlebte bereits in den 1960er und 1970er Jahren sowie nach 1990 mehrere größere Auswanderungsbewegungen. Die jüngste Migrationswelle übertrifft diese Entwicklungen jedoch deutlich. Seit 2010 hat sich die Emigration erheblich intensiviert; mehr als die Hälfte der in den USA lebenden kubanischen Staatsangehörigen kam erst in diesem Zeitraum ins Land. Allein von 2020 bis 2024 verließen laut offiziellen kubanischen Statistiken fast 1,4 Millionen Menschen die Insel. Die anhaltende Wirtschafts- und Versorgungskrise zählt dabei zu den wichtigsten Ursachen dieser Entwicklung (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2026a).

Die Auswirkungen des US-Drucks auf Kuba

Den Druck auf Kuba erhöhte US-Präsident Donald Trump bereits im Jänner, als die venezolanische Übergangspräsidentin Delcy Rodríguez auf sein Drängen hin die deutlich reduzierten Öllieferungen an den Inselstaat vollständig einstellte. Zusätzlich verschärfen die Vereinigten Staaten den Druck auf Kuba, indem sie seitdem Seewege zur Karibikinsel blockieren und Lieferstaaten mit Sanktionen drohen. Nach Angaben der kubanischen Regierung sind seither keine Öllieferungen mehr im Land eingetroffen. Die seit Jahren rückläufige heimische Förderung deckte 2024 weniger als 30 Prozent des nationalen Bedarfs. Die zunehmenden Stromausfälle stehen in direktem Zusammenhang mit dieser Entwicklung, da der Großteil der kubanischen Stromerzeugung auf Ölkraftwerken basiert. Mit dem Angebot offener Handelsbeziehungen zu US-Unternehmen und der Bereitschaft, Investitionen von im Ausland lebenden Kubanern zuzulassen, signalisierte Vizepremier- und Handelsminister **Oscar Pérez-Oliva Fraga** Mitte März eine vorsichtige wirtschaftliche Öffnung. Für die US-Regierung stellen diese Schritte jedoch lediglich einen ersten Ansatz dar. Außenminister Marco Rubio machte deutlich, dass Washington tiefgreifende wirtschaftliche und politische Reformen erwartet. Auch die Freilassung einiger politischer Gefangener dürfte den amerikanischen Forderungen nicht genügen. Die Menschenrechtsorganisation „Prisoners Defenders“ zählte Ende Februar 1.214 politische Gefangene auf Kuba. Trotz erster Anzeichen von Veränderungen bleiben die Machtverhältnisse in Kuba weitgehend intakt. Präsident Miguel Díaz-Canel gilt als geschwächt und wird häufig als austauschbarer Parteifunktionär wahrgenommen.

Entscheidend für grundlegende Reformen wären daher die Streitkräfte und vor allem die Familie Castro. Beobachter gehen davon aus, dass sie weiterhin die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten kontrolliert und die politischen Leitlinien bestimmt. Neben Vizepremier Oscar Pérez-Oliva Fraga zählt auch **Raúl Guillermo Rodríguez Castro**, ein Enkel Raúl Castros, zu den aufstrebenden Figuren innerhalb des Machtapparates. Doch selbst mit einer neuen Generation an der Spitze sind tiefgreifende strukturelle Reformen kurzfristig kaum zu erwarten (vgl. Träder und Walter 2026).

Politische Rahmenbedingungen des US-Kurses gegenüber Kuba

Die von Präsident Trump vorgenommene Neuausrichtung der US-Außenpolitik orientiert sich an den Grundgedanken der Monroe-Doktrin von 1823. Diese bildete über Jahrzehnte die ideologische Grundlage für den amerikanischen Führungsanspruch in Lateinamerika.

Die **Monroe-Doktrin** von 1823 definierte die westliche Hemisphäre als strategischen Einflussbereich der Vereinigten Staaten. Sie richtete sich gegen weitere koloniale Ambitionen europäischer Mächte in Amerika und erklärte Eingriffe in die politischen Angelegenheiten der jungen Staaten Lateinamerikas zu einer Gefahr für die Sicherheit und die Interessen der USA. Mit dem **Roosevelt Corollary** (Zusatz) von 1904 erweiterten die USA in der Monroe-Doktrin ihre Interventionsansprüche. Washington beanspruchte fortan das Recht, in Lateinamerika einzugreifen, wenn dortige Entwicklungen nach amerikanischer Auffassung die Stabilität der Region oder die Sicherheitsinteressen der USA bedrohten. Auf Grundlage des **Platt Amendment** von 1901 sicherten sich die Vereinigten Staaten weitreichende Einfluss- und Interventionsrechte in Kuba. Die Bestimmung gewährte Washington das vertraglich verankerte Recht, militärisch auf der Insel einzugreifen, um deren Unabhängigkeit zu schützen oder eine aus amerikanischer Sicht „angemessene“ Regierung zu gewährleisten. Damit wurde die kubanische Souveränität erheblich eingeschränkt und die politische Entwicklung des Landes dauerhaft unter amerikanischen Einfluss gestellt. Zwar hob Präsident Franklin D. Roosevelt das Platt Amendment im Jahr 1934 im Zuge seiner „Good Neighbor Policy“ auf, doch eine zentrale Regelung blieb bestehen: Kuba musste den Vereinigten Staaten Flächen für Marine- und Versorgungstützpunkte zur Verfügung stellen. Daraus entstand die bis heute bestehende Rechtsgrundlage für den US-Marinestützpunkt in der Guantánamo-Bucht (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2026b).

Ergibt sich Kuba dem Druck der USA?

Obwohl Kuba im Jänner von einer beispiellosen Welle von Protesten und Demonstrationen erfasst wurde, bleiben grundlegende Veränderungen im politischen System ohne die Mitwirkung des Castro-Clans kaum denkbar. Ein erster Hinweis auf ein mögliches Umdenken der kubanischen Führung zeigte sich bereits bei vertraulichen Kontakten in Mexiko Anfang des Jahres. Eine Schlüsselrolle soll dabei Oberst **Alejandro Castro Espín**, ein Sohn Raúl Castros und Neffe Fidel Castros, gespielt haben. Berichten zufolge traf er sich in Mexikostadt mit Vertretern amerikanischer Geheimdienste. Im Mittelpunkt der Gespräche stand offenbar die Frage, welche politischen und wirtschaftlichen Reformen

in Kuba unter den bestehenden Machtverhältnissen realistisch umsetzbar wären (vgl. VisualPolitik 2026).

Angesichts der Treibstoffkrise zeigte sich Kuba inzwischen zu weiteren Zugeständnissen gegenüber der Regierung Trump bereit. Präsident Miguel Díaz-Canel räumte im März erstmals öffentlich ein, dass Gespräche mit den Vereinigten Staaten zur Verbesserung der akuten Versorgungsengpässe auf der Insel stattfinden. Ziel der Verhandlungen sei es, Lösungen für die bilateralen Differenzen zwischen beiden Staaten zu finden. Díaz-Canel bezeichnete die Gespräche als einen „äußerst sensiblen Prozess“, der mit großer Ernsthaftigkeit und Verantwortungsbewusstsein geführt werden müsse. Nach seinen Angaben wird die kubanische Delegation nicht nur von ihm selbst, sondern auch vom ehemaligen Staats- und Parteichef **Raúl Castro** sowie weiteren führenden Vertretern der Kommunistischen Partei begleitet (Ehringfeld 2026e).

Die kubanische Regierung hat eigenen Angaben zufolge über 2.000 Gefangene begnadigt. Zu den Begünstigten zählen junge Menschen, ältere Häftlinge sowie ausländische Staatsbürger. Die Entscheidung dürfte auch im Kontext der Forderungen der Vereinigten Staaten stehen, die neben der Freilassung von Gefangenen auf weitreichende wirtschaftliche und politische Veränderungen in Kuba drängen und den Druck auf Havanna zuletzt deutlich erhöht haben (vgl. ORF 2026b). Kubas Führung reagiert auf den wachsenden Druck der USA mit einer Doppelstrategie: Einerseits lehnt sie politische Forderungen und Einflussversuche aus Washington ab, andererseits treibt sie ausgewählte wirtschaftliche Reformen voran, um die wirtschaftliche Krise zu bewältigen und die Herrschaft des Regimes langfristig abzusichern. Es ist ein strategischer Balanceakt zwischen der Zurückweisung amerikanischer Einflussnahme und einer vorsichtigen wirtschaftlichen Öffnung.

Resümee und Ausblick

Der Griff nach Kuba

Den USA ging und geht es nicht um Freiheit und Unabhängigkeit für Kuba, sondern vor allem auch um konkrete wirtschaftliche Interessen. Um die Wende zum 20. Jahrhundert waren erhebliche Teile der kubanischen Wirtschaft in amerikanischer Hand oder durch US-Kapital geprägt – auch in der Hoffnung, Kuba an die Union anzuschließen (vgl. Kroener 2026). Mit der Verstaatlichung der US-Betriebe in Folge der Revolution platzte der Traum endgültig und das möchte sich Trump zurückholen. Die Vereinigten Staaten beanspruchen den amerikanischen Doppelkontinent wieder als exklusiven Einflussraum. Washington will verhindern, dass **China und Russland in Lateinamerika einen dauerhaften strategischen Fußabdruck** hinterlassen – sei es militärisch, technologisch oder infrastrukturell. Häfen, Lieferketten, digitale Netze, Migration und Drogenhandel werden dabei nicht mehr als isolierte regionale Herausforderungen verstanden, sondern als unmittelbare Fragen der nationalen Sicherheit der USA.

Der Druck auf Kuba erfolgt nicht mit Bomben, sondern mit Sanktionen, politischen Zwangsmaßnahmen und der Kontrolle über lebenswichtige Ressourcen.

Es ist eine Strategie, die keine Toten auf US-amerikanischer Seite fordert, die Möglichkeit von Toten auf kubanischer Seite infolge der wirtschaftlichen und humanitären Folgen jedoch bewusst in Kauf nimmt (vgl. Neuber 2026).

US-Präsident Trump ist es gelungen, Kuba wirtschaftlich und politisch stärker unter Druck zu setzen als jeder US-Präsident zuvor. Einen Systemwechsel hat Washington jedoch bislang nicht erreicht. Die kubanische Führung reagiert zwar mit begrenzten Reformen und größerer Verhandlungsbereitschaft, hält jedoch weiterhin am Einparteiensystem und an den zentralen Machtstrukturen fest.

Kuba hat indessen eine größere Wirtschaftsöffnung angekündigt. Unter dem zunehmenden Druck aus Washington plant Kuba eine umfassende Neuausrichtung seines Wirtschaftsmodells nach dem Vorbild der sozialistischen Marktwirtschaften Chinas und Vietnams. Die bislang stark zentralisierte Planwirtschaft soll schrittweise geöffnet und dem Privatsektor mehr Raum für wirtschaftliche Aktivitäten eingeräumt werden, kündigte Präsident Miguel Díaz-Canel Mitte Juni an. Die Reformpläne bedürfen noch der Zustimmung des Politbüros der Kommunistischen Partei sowie der Nationalversammlung. Ziel ist es, die seit Jahren bestehenden Spannungen zwischen staatlicher Wirtschaftslenkung und marktwirtschaftlichen Anreizen zu verringern. Vorgesehen sind zudem Reformen im Agrarsektor, eine Straffung des Staatsapparates sowie die Zulassung weiterer bislang für private Akteure gesperrter Wirtschaftsbereiche (vgl. ORF 2026c).

Die Krise birgt auch eine große Chance

Präsident Miguel Díaz-Canel und die Parteispitze müssten nun die Chance erkennen, dass der Zeitpunkt für tiefgreifende Wirtschaftsreformen gekommen ist. China und Vietnam, deren Modelle eine weitgehende wirtschaftliche **Liberalisierung mit dem Fortbestand eines autoritär geführten politischen Systems verbinden**, könnten auch auf Kuba funktionieren. Eine stärkere Rolle für private Unternehmen bei gleichzeitigem Erhalt der politischen Kontrolle durch die Kommunistische Partei (vgl. Ehringfeld 2026c).

Trumps Strategie ist Machtpolitik

Seit den frühen 1960er-Jahren verfolgen aufeinanderfolgende US-Regierungen das Ziel, einen politischen Wandel in Kuba herbeizuführen und die kommunistische Herrschaft auf der Insel zu beenden. Gleichwohl scheuten die meisten Administrationen bis zur zweiten Amtszeit Donald Trumps davor zurück, einen Regimewechsel mit militärischen Mitteln anzustreben. Seit Anfang 2025 verfolgt die Trump-Regierung einen deutlich härteren Kurs gegenüber Kuba. Neben einer Verschärfung der Sanktionen und Maßnahmen zur Einschränkung der Ölversorgung rückte insbesondere das militärisch kontrollierte Wirtschaftsimperium GAESA ins Visier Washingtons. Eine neue Exekutivverordnung bedroht auch ausländische Unternehmen mit Sanktionen, sofern sie Geschäftsbeziehungen zu dem Konzern unterhalten (vgl. Zuniga 2026). Mittlerweile haben auch Visa und Mastercard ihre Zahlungsdienste auf der Karibikinsel eingestellt (vgl. ZDF 2026).

Die Folgen für die kubanische Wirtschaft sind erheblich. Internationale Investoren und langjährige Geschäftspartner wie die Reederei Hapag Lloyd und die

Hotelkette Iberostar haben ihr Engagement auf der Insel beendet. Gleichzeitig sorgen verstärkte US-Marineaktivitäten und eine Ausweitung militärischer Aufklärungsflüge in der Region für zusätzliche Verunsicherung und nähren die Sorge vor einer weiteren Eskalation der Spannungen zwischen Washington und Havanna.

Die kubanischen Führungskräfte scheinen überzeugt zu sein, dass diese Maßnahmen ein Vorspiel zu einem US-Militärangriff oder einer Invasion sind. Ein Verlauf wie in Venezuela, wo Teile der neuen Führung eng mit Washington zusammenarbeiten, gilt auf Kuba jedoch als wenig wahrscheinlich. Das kubanische Machtgefüge ist deutlich stabiler und stärker institutionell abgesichert als das des ehemaligen Maduro-Regimes. Nach 67 Jahren an der Macht präsentiert sich die Führung weiterhin bemerkenswert geschlossen. Hinweise auf ernsthafte politische Richtungsstreitigkeiten oder persönliche Machtkämpfe innerhalb der obersten Partei-, Staats- und Militärführung sind bislang nicht erkennbar. Die Macht in Kuba verteilt sich nicht auf eine einzelne Person, sondern auf ein eng verflochtenes Netzwerk politischer, militärischer und wirtschaftlicher Entscheidungsträger. Zum inneren Machtzirkel zählen das Politbüro der Kommunistischen Partei, der Präsident, die Streitkräfte, das Innenministerium, die Führung staatlicher und staatsnaher Unternehmen sowie die Gouverneure der Provinzen. Diese Akteure verfügen gemeinsam über erheblichen Einfluss auf die strategische Ausrichtung des Landes. Für Washington bedeutet dies, dass ein politisches Abkommen mit Havanna nicht allein die Zustimmung einzelner Regierungsvertreter erfordert, sondern die Unterstützung eines breiten Spektrums einflussreicher Personen voraussetzt. Eine militärische Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba erscheint derzeit zwar unwahrscheinlich, kann angesichts der zunehmenden Spannungen jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden (vgl. Zuniga 2026).

Während des Kalten Krieges unterhielt Kuba eine für ein Entwicklungsland außergewöhnlich schlagkräftige Armee. Mit rund 300.000 Soldaten, bis zu 300 Kampfflugzeugen, etwa 1.000 Panzern und einer dichten Luftverteidigung galt der Inselstaat als militärisch überdurchschnittlich gut ausgestattet (vgl. Weibel 2026). Kuba verfügte damit über ein Militär der Ersten Welt in einem Land der Dritten Welt, wäre den USA allerdings deutlich unterlegen (vgl. Kienhöfer 2026).

Von den vier wichtigsten Kernpunkten der gegenwärtigen US-Forderungen – Regimewechsel, freie Wahlen, wirtschaftlicher Wandel und außenpolitische Isolation – wurden unter der Trump-Administration bisher zumindest die Abkehr von der staatlich gelenkten Planwirtschaft sowie die internationale Isolation eingeleitet (vgl. Spiegel 2026). Der erhoffte **Dominoeffekt**, dass der Regimewechsel in Venezuela Folgestaaten wie Kuba oder Nicaragua politisch unter Druck setzen und es zu einem Systemwechsel kommt, blieb auf der Karibikinsel bisher allerdings aus.

Quellen

- Bpb [Bundeszentrale für politische Bildung] (2026a); US-Sanktionen gegen Kuba | Hintergrund aktuell | bpb.de. In: Website der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn am 07.06.2026: US-Sanktionen gegen Kuba | Hintergrund aktuell | bpb.de (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Bpb [Bundeszentrale für politische Bildung] (2026b); Was besagt die Monroe-Doktrin? In: Website der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn am 23.03.2026: Was besagt die Monroe-Doktrin? | Hintergrund aktuell | bpb.de (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Der Spiegel (2026); Kuba im Visier der USA: Der nächste Übergriff nach Venezuela und Iran? In YouTube-Kanal der Spiegel, Hamburg, am 11.03.2026: Kuba im Visier der USA – der nächste Übergriff nach Venezuela und Iran? – Shortcut | DER SPIEGEL (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Die Zeit (2026a); USA und Venezuela nehmen diplomatische Beziehungen wieder auf. In: Website der Zeit Online GmbH, Hamburg am 14.03.2026: Venezuela: USA und Venezuela nehmen diplomatische Beziehungen wieder auf | DIE ZEIT (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Die Zeit (2026b); Venezuelas Übergangspräsidentin tauscht gesamte Armeeführung aus. In: Website der Zeit Online GmbH, Hamburg am 20.03.2026: Venezuela: Venezuelas Übergangspräsidentin tauscht gesamte Armeeführung aus | DIE ZEIT (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- DW [Deutsche Welle] (2025); Was will Trump in Venezuela? In: YouTube-Kanal der Deutschen Welle: Was will Trump in Venezuela? | Auf den Punkt, Bonn am 20.11.2025 (zuletzt eingesehen am 18.06.2026)
- DW [Deutsche Welle] (2026); Trump erhöht mit neuen Sanktionen den Druck auf Kuba. In: Website der Deutschen Welle, Berlin am 05.06.2026: Trump erhöht mit neuen Sanktionen den Druck auf Kuba (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Ehringfeld, Klaus (2026a); Venezuela: Die verhinderte Großmacht. In: Website der Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main am 04.01.2026: Trump will trotz Sanktionen auf die riesigen Ölreserven Venezuelas zugreifen (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Ehringfeld, Klaus (2026b); Venezuela: Maduro-Nachfolgerin Delcy Rodríguez bietet Trump Kooperation an. In: Website der Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main am 05.01.2026: Delcy Rodríguez bietet USA Kooperation an – Trump droht mit Gewalt (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Ehringfeld, Klaus (2026c); Kaum jemand kommt Kuba zu Hilfe. In: Website der Stuttgarter Zeitung, Stuttgart am 31.03.2026: Schwere Krise: Kaum jemand kommt Kuba zu Hilfe – Politik (zuletzt eingesehen am 18.06.2026)
- Ehringfeld, Klaus (2026d); Russisches Öl darf trotz US-Blockade nach Kuba – doch es hilft erst in Wochen. In: Website der Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main am 31.03.2026: Russisches Öl darf trotz US-Blockade nach Kuba – doch es hilft erst in Wochen (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Ehringfeld, Klaus (2026e); Kubas Präsident kündigt Gespräche mit den USA an. In: Website der Berliner Morgenpost, Berlin am 13.03.2026: Kuba: Präsident Díaz-Canel bestätigt erstmals Gespräche mit den USA (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Frasch, Marysol (2026); Eine müde Bevölkerung mit dem Wunsch nach Veränderung. In: Website von Pressenza, Quito am 27.04.2026: Eine müde Bevölkerung mit dem Wunsch nach Veränderung (zuletzt eingesehen am 18.06.2026)
- Hartmann, Jürgen (2017a); Kuba – das Wirtschaftssystem. In: Die politischen Systeme Lateinamerikas – Ein Überblick, Springer Fachmedien Wiesbaden 2017, S. 400 - 403
- Hartmann, Jürgen (2017b); Venezuela – Wirtschafts- und Sozialpolitik. In: Die politischen Systeme Lateinamerikas – Ein Überblick, Springer Fachmedien Wiesbaden 2017, S. 107 – 122.
- Kienhöfer, Cedric (2026); Vor Kuba wächst der Druck aus Washington. Die Insel wäre einem militärischen Angriff laut Experten heute kaum noch gewachsen. In: Website von Focus online, München am 22.05.2026: Experte: Kuba hatte früher eine Top-Armee – heute „keine Chance“ bei US-Angriff – FOCUS online (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Konrad Adenauer Stiftung (2026); Amerika den Amerikanern? Lateinamerika und die neue US-Sicherheitsstrategie. In: Onlinekas – YouTube-Kanal der Konrad Adenauer Stiftung: Amerika den Amerikanern? Lateinamerika und die neue US-Sicherheitsstrategie – YouTube, Berlin am 02.04.2026 (zuletzt eingesehen am 18.06.2026)

- Kroener, Stephan (2021); Der Griff nach Kuba. In: Website Spektrum der Wissenschaft Verlagsgesellschaft mbH, Heidelberg am 02.03.2021 US-Expansionismus: Der Griff nach Kuba – Spektrum der Wissenschaft (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Neuber, Harald (2026); Krise um Kuba spitzt sich zu: Warum Trumps Strategie gefährlicher sein könnte als der letzte Showdown 1962. In: Website der Berliner Verlags GmbH, Berlin am 22.03.2026: Krise um Kuba spitzt sich zu: Warum Trumps Strategie gefährlicher sein könnte als der letzte Showdown 1962 (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- NewsFlix (2026); Öl-Milliarden, Macht: Warum Trump Venezuela wirklich angriff. In: Öl-Milliarden, Macht: Warum Trump Venezuela wirklich angriff – Expertise | NewsFlix.at, Wien am 04.01.2026 (zuletzt eingesehen am 16.06.2026)
- Nolte, Detlef (2019); Lateinamerika und die USA. In: Maihold, Günther/Sangmeister, Hartmut/Wertz, Nikolaus (Hrsg.); Lateinamerika Handbuch für Wissenschaft und Studium, 1. Auflage, Nomos-Verlag Baden-Baden 2019, 344–345.
- ORF [Österreichischer Rundfunk] (2026); USA bieten Kuba Millionenhilfe an. In: Website des ORF (Österreichischer Rundfunk), Wien am 20.05.2026: USA bieten Kuba Millionenhilfe an – news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- ORF [Österreichischer Rundfunk] (2026b); Kuba begnadigt mehr als 2.000 Gefangene. In: Website des ORF (Österreichischer Rundfunk), Wien am 03.04.2026: Kuba begnadigt mehr als 2.000 Gefangene – news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- ORF [Österreichischer Rundfunk] (2026c); Kuba kündigt Wirtschaftsöffnung an. In: Website des ORF (Österreichischer Rundfunk), Wien am 12.06.2026: Kuba kündigt Wirtschaftsöffnung an – news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Pflügl, Jakob (2026); Trump wollte Öl aus Venezuela holen: Was ist daraus geworden? In: Website Der Standard, Wien am 15.05.2026: <https://www.derstandard.at/story/3000000320355/trump-wollte-oel-aus-venezuela-holen-was-ist-daraus-geworden> (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Sanctions Lawyers (2026) Sanktionen Kuba. In: Website von Sanctions Lawyers, London o.J.: Sanktionen Kuba 2026 – US- und EU-Maßnahmen im Überblick (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Stewart, Robert (2026); Shell confirms Venezuela deals to explore country's oil resources. In: Website von Upstream o.O. 06.03.2026: Shell confirms Venezuela deal to explore country's oil resources | Upstream (zuletzt eingesehen am 18.06.2026)
- Tagesschau.de (2026); USA beenden Sanktionen gegen Venezuelas Präsidentin. In: Website des Norddeutschen Rundfunks, Hamburg am 02.04.2026: USA streichen Sanktionen gegen Venezuelas Präsidentin Rodríguez | tagesschau.de (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Träder, Viola / Walter, Jan D. (2026); Im Hinterhof der USA: Was hat Kuba Trump entgegensetzen? In: Website der Deutschen Welle, Berlin am 19.03.2026: Im Hinterhof der USA: Was hat Kuba Trump entgegensetzen? (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- VisualPolitik DE (2026); Totaler Zusammenbruch in Kuba: Das Castro-Regime ruft um Hilfe. In: YouTube-Kanal von VisualPolitik DE, 11.02.2026: Totaler Zusammenbruch in Kuba: Das Castro-Regime ruft um Hilfe – VisualPolitik DE (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- Weibel, Jonah (2026); Wie stark ist Kubas Militär im Vergleich zu den USA? In: News-Website lessentiel.lu, Differdingen am 06.01.2026: Eskalation in der Karibik: Wie stark ist Kubas Militär im Vergleich zu den USA? – L'essentiel (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)
- ZDF[Zweites Deutsche Fernsehen] (2026); Kuba: Visa und Mastercard setzen Zahlungsverkehr aus. In: Website des Zweiten Deutschen Fernsehens – Anstalt des öffentlichen Rechts, Mainz, 12.04.2020: Kuba: Visa und Mastercard setzen Zahlungsverkehr aus (zuletzt eingesehen am: 18.06.2026)

Weltraumgestützte Energiegewinnung

Aktuelle Entwicklungen in den USA und China

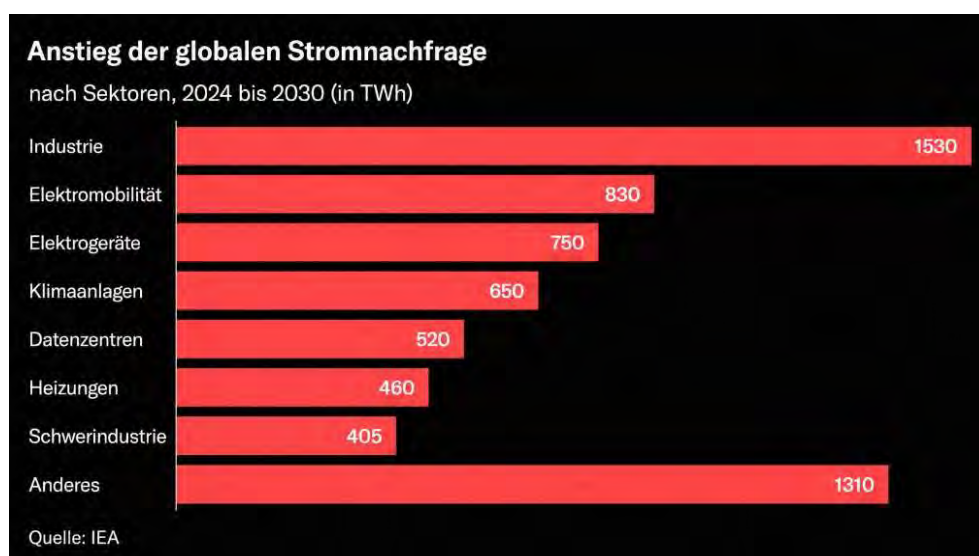
von Kilian Hitzl

Die steigende globale Energienachfrage, die Begrenztheit fossiler Energieressourcen sowie die Notwendigkeit einer nachhaltigen und klimafreundlichen Energieversorgung lenken die Aufmerksamkeit zunehmend auf innovative Energiekonzepte. Eine besonders vielversprechende Technologie stellt die weltraumgestützte Energiegewinnung (*Space-Based Solar Power*, SBSP) dar, bei der Sonnenenergie mithilfe von Solaranlagen im Weltraum kontinuierlich gesammelt und drahtlos zur Erde übertragen wird. Aufgrund der nahezu ununterbrochenen Sonneneinstrahlung im Erdorbit bietet dieses Konzept das Potenzial, eine langfristig verfügbare und emissionsarme Energiequelle bereitzustellen. Insbesondere die Vereinigten Staaten und China verfolgen ambitionierte Programme zur Entwicklung weltraumgestützter Solarkraftwerke und betrachten diese Technologie sowohl als Beitrag zur zukünftigen Energieversorgung als auch als strategischen Faktor im internationalen Technologie- und Innovationswettbewerb. Der vorliegende Beitrag untersucht die aktuellen Entwicklungen im Bereich der weltraumgestützten Energiegewinnung mit besonderem Fokus auf die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in den USA und China sowie die damit verbundenen technologischen Herausforderungen.

Aktuelle Ausgangslage

Steigende Betriebskosten infolge des Einsatzes fossiler Energieträger, ein hoher Energiebedarf sowie die Notwendigkeit zur Reduktion von CO₂-Emissionen machen die Entwicklung innovativer Ansätze für eine nachhaltige und resiliente Energieversorgung erforderlich. Vor diesem Hintergrund gewinnen weltraumbasierte Solarenergietechnologien (*Space-Based Solar Power*, SBSP), insbesondere orbitale Solarreflektoren (*Orbital Solar Reflectors*, OSRs), zunehmend an Bedeutung. Diese Technologien ermöglichen eine Erweiterung der solaren Energieverfügbarkeit. (vgl. Qaid et al. 2025)

Die folgende Abbildung verdeutlicht eindrucksvoll, wie stark der globale Energiebedarf bis 2030 sein wird und welche Branchen dabei den größten Anteil am Verbrauch haben werden.



Internat. Energieagentur (IEA 2024), Prognose globale Stromnachfrage 2024–2030¹

Einer der wesentlichsten Vorteile von weltraumgestützten Solarenergiesystemen ist, eine nahezu konstante Energieproduktion über 24 Stunden sicherzustellen, unabhängig von atmosphärischen Bedingungen. Gleichzeitig bieten diese Systeme die Möglichkeit einer gezielten und flexiblen Energieübertragung. (vgl. Mizrahi et al. 2025) In einer geostationären Umlaufbahn in etwa 35.800 Kilometern Höhe über dem Äquator sind SBSP-Satelliten in der Lage, eine deutlich höhere solare Strahlungsintensität zu nutzen als auf der Erdoberfläche. Die dort verfügbare Sonneneinstrahlung übertrifft die Intensität der Mittagssonne auf der Erde um etwa 35 bis 70 Prozent. (Goswami 2018)

Derzeit haben sich über 145 Länder, die für etwa 90 % der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, verpflichtet, Netto-Null-Ziele zu erreichen. Trotz technologischer Fortschritte bleibt die Umsetzung dieser Zielsetzung anspruchsvoll, da landbasierte erneuerbare Energien durch schwankende Einspeisung und standortabhängige Unterschiede gekennzeichnet sind. (vgl. Che et al. 2025) Die jüngsten technologischen Entwicklungen im Bereich der Photovoltaik, und der hochfrequenten integrierten Schaltungstechnik sowie die sinkenden

¹ International Energy Agency (IEA), (2024): Electricity 2024 – Analysis and Forecast to 2026. Paris: IEA.

Kosten für Raumfahrtstarts haben die Voraussetzungen für eine potenzielle Umsetzung von SBSP signifikant verbessert. (vgl. Mizrahi et al. 2025)

In diesem Zusammenhang bleibt natürlich die wetterbedingte Variabilität terrestrischer erneuerbarer Energien nicht unerwähnt, da sie eine Herausforderung für eine kontinuierliche Energieversorgung darstellt. Außerdem ist die Wirtschaftlichkeit großflächiger Langzeitspeichersysteme bislang nicht abschließend geklärt, was die Umsetzung tiefgreifender Dekarbonisierungsmaßnahmen limitiert. (vgl. Che et al. 2025)

Während politische Akteure robuste Strategien für eine kohlenstoffarme Energieversorgung verfolgen, bleibt die Entwicklung ergänzender Lösungen zur Kompensation erneuerbarer Erzeugungsschwankungen bei gleichzeitiger Wahrung der Netzstabilität von hoher Relevanz. Weltraumbasierte Solarenergie bietet in diesem Kontext das Potenzial einer kontinuierlich verfügbaren, wetterunabhängigen Energiequelle. (vgl. Schmidt et al. 2019) Aufgrund des Betriebs außerhalb atmosphärischer Einflüsse und des terrestrischen Tag-Nacht-Rhythmus könnte eine konstante Leistungsabgabe im Gigawattmaßstab ermöglicht werden. (vgl. He et al. 2021)

Wie solch ein System in der Praxis aussehen könnte, zeigt die folgende Abbildung und soll ein möglichst greifbares Bild vermitteln, in welcher Form weltraumgestützte Energiegewinnung in der Realität umgesetzt werden könnte.



European Space Agency 2024 – Space Based Solar Power ²

² International Energy Agency (IEA), (2024): Electricity 2024 – Analysis and Forecast to 2026. Paris: IEA.

Die jüngsten Fortschritte in der Solartechnologie und Raumfahrtindustrie legen nahe, dass sich das Konzept bis in die 2030er Jahre von einer Nischenidee zu einer technisch praktikablen Lösung entwickeln könnte. Fortschritte bei Mehrfachsolarzellen sowie leichten Photovoltaikmodulen ermöglichen derzeit Wirkungsgrade von bis zu 47 %. (vgl. Lang et al. 2020) Zudem haben wiederverwendbare Trägersysteme die Startkosten deutlich verringert, während für weltraumbasierte Solarenergie mittelfristig Energiepreise im Bereich von 30 bis 80 USD/MWh bis 2050 erwartet werden. (vgl. Che et al. 2025) Aktuellen Prognosen zufolge wird der globale Energiebedarf bis zum Jahr 2100 auf etwa 70 Terawatt ansteigen. Demgegenüber besitzt der geostationäre Orbit ein theoretisches Potenzial zur Energiegewinnung von rund 332 Terawatt. Die Nutzung dieses Potenzials könnte einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des zukünftigen Energiebedarfs leisten und gleichzeitig die Grundlage für eine weitgehend CO₂-neutrale Energieversorgung schaffen. (Goswami 2018)

Technische Herausforderungen

Obwohl die Idee der weltraumbasierten Solarenergie auf Peter Glaser³ im Jahr 1968 zurückgeht, wurde sie in frühen Untersuchungen aufgrund der extrem hohen Kosten für Start, orbitale Installation und Wartung als nicht umsetzbar eingestuft. In den letzten drei Jahrzehnten haben jedoch Fortschritte in der Effizienz von Solarzellen, der drahtlosen Leistungsübertragung sowie der Entwicklung wiederverwendbarer Trägerraketen zu einer Wiederbelebung des Forschungsinteresses geführt. Seitdem sind mehrere neue Systemkonzepte entstanden. (vgl. Che et al. 2025)

Man muss sich bewusst sein, dass photovoltaische Systeme für den Einsatz im Weltraum höchsten Anforderungen hinsichtlich Effizienz und Leistungsdichte gerecht werden müssen. Aus diesem Grund werden bevorzugt Mehrfachsolarzellen verwendet, da diese einen erweiterten Bereich des Sonnenspektrums zur Energieumwandlung nutzen können. Die Absorption langwelliger Photonen im infraroten Spektralbereich führt jedoch zu einer unverhältnismäßig hohen Wärmeentwicklung im Verhältnis zur erzeugten elektrischen Leistung. Aufgrund der begrenzten Möglichkeiten zur Wärmeableitung im Weltraum erhöht diese thermische Belastung die Betriebstemperatur der Solarzellen und beeinträchtigt dadurch den Gesamtwirkungsgrad des Systems. Darüber hinaus trägt eine reduzierte Betriebstemperatur zur Verbesserung der Restleistung und somit zur Verlängerung der effektiven Lebensdauer der Bauelemente bei. (vgl. Abraham et al. 2025)

Ein zentrales Kriterium stellt dabei neben den bereits genannten Faktoren die Strahlungstoleranz der Solarzellen dar, da diese über lange Zeiträume in hohen Erdumlaufbahnen betrieben werden müssen. Diese Orbits gewährleisten zwar eine nahezu unterbrechungsfreie Energieversorgung und konstante Bodenabdeckung, sind jedoch gleichzeitig durch intensive Strahlungsumgebungen mit hohen Elektronen- und Protonenflüssen charakterisiert. Die dadurch induzierten

³ Peter Glaser war ein US-amerikanischer Raumfahrt-Ingenieur und gilt als einer der wichtigsten Pioniere der weltraumgestützten Solarenergie.

Materialdefekte führen langfristig zu einer Degradation der Zelleistung. (vgl. National Security Space Office 2025) Darüber hinaus ist die Implementierung ultraleichter Photovoltaiksysteme mit hoher spezifischer Leistung von entscheidender Bedeutung, da SBSP-Anlagen im Gigawattmaßstab extensive photovoltaische Flächen benötigen. Mit der fortschreitenden Reduktion der Startkosten verschiebt sich der ökonomische Fokus zunehmend auf die Kosten der Systemkomponenten selbst, wodurch kostengünstige PV-Technologien an Relevanz gewinnen. Zusätzlich könnten entfaltbare Strukturkonzepte die orbitale Montage großskaliger Systeme erheblich vereinfachen und somit zur technischen Umsetzbarkeit von SBSP beitragen. (vgl. Abad et al. 2025)

Aktuelle Fortschritte im US-amerikanischen Kontext

Die NASA hat im Rahmen aktueller Entwicklungen zwei beispielhafte Projekte vorgeschlagen, die einen systemübergreifenden Integrationsansatz verfolgen. Hierbei werden verschiedene bereits getestete beziehungsweise in Entwicklung befindliche Subsysteme zu konsistenten SBSP-Gesamtsystemen kombiniert.

Das erste Design, ein Heliostat-Schwarmkonzept auf Basis von SPS-ALPHA Mark III⁴, zeichnet sich durch einen niedrigen Technologiereifegrad aus. (vgl. Mankins 2021) Es verwendet zahlreiche reflektierende Heliostaten, die das Sonnenlicht auf einen zentralen Energieempfänger konzentrieren. Auf diese Weise kann eine nahezu kontinuierliche Stromverfügbarkeit von bis zu 99,7 % pro Jahr erreicht werden. (vgl. Bucknell 2024) Das System integriert unter anderem retrodirektionale Hochfrequenzantennen, hochleistungsfähige PV-Zellen, leichte modulare Strukturen sowie eine autonome In-Orbit-Entfaltung.

Das zweite Design stellt ein planares Array mit höherem Reifegrad dar und basiert auf Ansätzen wie dem Tethered Solar Power Satellite der JAXA⁵ sowie dem SSPP-Konzept des Caltech⁶. Die planaren Module sind so orientiert, dass ihre Unterseite unter dem Einfluss des Gravitationsgradienten zur Erde zeigt. Aufgrund wechselnder Sonneneinstrahlung erreicht das System eine jährliche Verfügbarkeit von etwa 60 %. Der höhere Technologiereifegrad ergibt sich aus bereits erprobter *Hardware* und gut validierten Leistungsdaten. (vgl. Che et al. 2025)

Ein weiteres Konzept, das in Kalifornien entwickelt wurde, basiert auf einem ultraleichten und flexiblen *Array*, das zu einer dynamischen Struktur aufgerollt, in kompakte Nutzlastmodule integriert, gestartet und anschließend im Orbit entfaltet wird. Der Einsatz entfaltbarer Strukturen ermöglicht die Realisierung von Aperturflächen, welche die Dimensionen der Trägerraketen um mehrere Größenordnungen übertreffen, ohne auf komplexe und kostenintensive Montageprozesse im Weltraum angewiesen zu sein. Durch die konsequente Optimierung hinsichtlich Flexibilität und Masse sowie die Nutzung technologisch verfügbarer und ausgereifter Infrastrukturen lassen sich sowohl Herstellungs- als auch Startkosten signifikant reduzieren. In diesem Zusammenhang werden die zugrunde

⁴ Konzept für ein sehr großes, modulbasiertes Solarstrom-Satellitensystem im Weltraum.

⁵ Konzept der japanischen Raumfahrtagentur JAXA (Japan Aerospace Exploration Agency) für ein Weltraum-Solarkraftwerk.

⁶ Space Solar Power Project (SSPP) der California Institute of Technology (Caltech).

liegende Systemarchitektur sowie ein detailliertes Kostenmodell vorgestellt. Aktuellen Schätzungen zufolge betragen die Gesamtkosten kleiner „Ka-Band-Systeme“⁷ einschließlich Montage und Betrieb weniger als 220 Millionen US-Dollar. Für das vorgeschlagene 10-GHz-System wird innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren ein Stromgestehungskostenkoeffizient von etwa 9,4 Cent/kWh prognostiziert. (vgl. Mizrahi et al. 2025)

Ein additiver, vielversprechender Ansatz ist *ASTRAL*, eine speziell für „Space-Based Solar Power“ (SBSP) entwickelte Photovoltaik-Technologie der nächsten Generation. *ASTRAL* basiert auf Konzentrator-Solarzellen mit intrinsischer Strahlungsresistenz, die einen jahrzehntelangen Betrieb in hohen kontinuierlichen Umlaufbahnen ohne den Einsatz schwerer Deckgläser ermöglichen. Darüber hinaus zeichnet sich das System durch eine hohe spezifische Leistung aus, wodurch die Masse der erforderlichen Strahlungsabschirmung um etwa eine Größenordnung reduziert werden kann, während gleichzeitig Leistungsdichten von über 1 kW/m² erreicht werden, um den Energiebedarf von SBSP-Stationen abzudecken. Zusätzlich verfügt *ASTRAL* über flexible und entfaltbare Strukturkonzepte sowie moderne passive Kühlsysteme mit geringem Gewicht, die Betriebstemperaturen von unter 100 °C gewährleisten. Die Kombination dieser Eigenschaften macht *ASTRAL* zu einer vielversprechenden Technologie für eine wirtschaftliche weltraumgestützte Energieversorgung. Über den Einsatz im Bereich SBSP hinaus besitzt die Technologie auch Potenzial für weitere Raumfahrtmissionen in strahlungsintensiven Umgebungen, wobei insbesondere die hohe Strahlungsresistenz sowie die leichten und flexiblen Bauformen Vorteile für Anwendungen wie die Integration in Raumfahrzeuge bieten. (vgl. Abad et al. 2025)

Der berühmte KI-Forscher Blaise Agüera y Arcas hat in diesem Zusammenhang mit seinem Team im November 2025 eine neue bahnbrechende Entwicklung präsentiert. Anstatt Energie aus dem Weltraum zur Erde zu übertragen, schlagen sie eine Zukunft mit weltraumbasierten ML-Rechenzentren (*Machine Learning*) vor, die aus vielen solarbetriebenen Satelliten bestehen, welche über optische Freiraumverbindungen miteinander vernetzt sind. Obwohl es eine Reihe von Herausforderungen gibt, die bewältigt werden müssen, um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, könnte es langfristig die skalierbarste Lösung sein und zusätzlich den Vorteil bieten, die Auswirkungen auf terrestrische Ressourcen wie Land und Wasser zu minimieren. (vgl. Rodgers et al. 2024)

Da der überwiegende Teil der KI-gestützten Rechenprozesse im Weltraum erfolgt, bewertet das Forscherteam diesen Ansatz als einen bedeutenden Zwischenschritt hin zu einem weltraumbasierten System, das eine mit terrestrischen Rechenzentren vergleichbare Leistungsfähigkeit erreichen könnte. Die Forschungsinitiative fokussiert sich auf die Entwicklung zentraler technologischer Komponenten, darunter Energieversorgungssysteme, breitbandige und latenzarme Chip-zu-Chip-Kommunikation, strahlungsresistente Recheneinheiten, thermische Kontrollsysteme sowie Datenverbindungen zu bodengebundenen Stationen. Darüber hinaus wird eine hohe Masseneffizienz angestrebt, indem die Rechenleistung pro Kilogramm maximiert wird, um Start- und Betriebskosten

⁷ Ka-Bänder wirken in einem Frequenzbereich von 26,5–40 GHz.

zu reduzieren. Parallel dazu werden Aspekte wie die Kompatibilität mit Trägersystemen und Strategien zur Minimierung von Weltraummüll berücksichtigt. (vgl. Arcas et al. 2025)

Im Rahmen der Untersuchungen wurde zudem ermittelt, dass für eine heterogene Flotte von Satelliten mit variierenden Masse-Leistungs-Verhältnissen, die unterschiedliche Anwendungsprofile abdecken, die Kosten in einer Größenordnung von etwa 810 bis 7.500 US-Dollar pro kW und Jahr liegen. Zum Vergleich betragen die gegenwärtigen Energiekosten terrestrischer Rechenzentren in den Vereinigten Staaten etwa 570 bis 3.000 US-Dollar pro kW und Jahr. Natürlich schwanken diese Werte je nach regionalem Strompreisniveau und betrieblicher Energieeffizienz. Unter der Annahme, dass die Startkosten in den erdnahen Orbit auf 200 US-Dollar pro Kilogramm sinken, könnten zukünftig die über die Lebensdauer der Raumfahrzeuge amortisierten Startkosten pro installierter LeistungskW in eine ähnliche Größenordnung wie die Energiekosten terrestrischer Rechenzentren fallen. (vgl. Shehabi et al. 2024)

Solarenergie aus dem All: Chinas ambitionierte Pläne

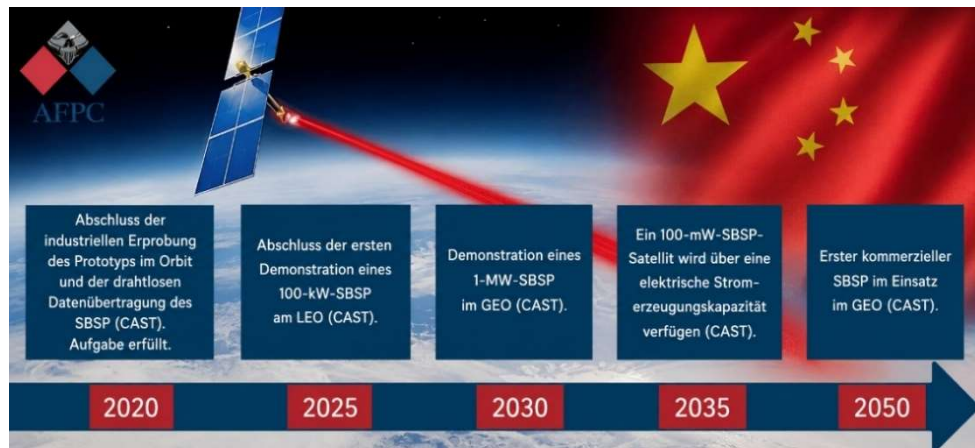
Die chinesische Raumfahrtindustrie ist eng in die nationale Gesamtstrategie eingebunden und dient der Umsetzung langfristiger politischer, wirtschaftlicher und technologischer Zielsetzungen. Dem chinesischen Weißbuch zur Raumfahrt zufolge verfolgt die Volksrepublik das Ziel, ihre Weltrauminfrastruktur kontinuierlich auszubauen, um die parallele Entwicklung verschiedener strategischer Raumfahrtprogramme zu ermöglichen. Hierzu zählen unter anderem Erdbeobachtungssatelliten, das Satellitennavigationssystem *BeiDou*⁸, bemannte Raumfahrtmissionen, weltraumgestützte Energiegewinnung, interferometrische Radarsysteme (*InSAR*)⁹, Mond- und Asteroidenmissionen sowie Technologien zur Wartung und Instandhaltung im Orbit und wiederverwendbare Raumtransportsysteme. (Goswami 2023)

Mit der Errichtung einer staatlich geförderten Forschungs- und Demonstrationsanlage für weltraumgestützte Solarenergie im Jahr 2019 übernahm China eine internationale Vorreiterrolle auf diesem Technologiefeld. Die im Bezirk Bishan in Chongqing im Südwesten Chinas angesiedelte Einrichtung wird vom *Chongqing Collaborative Innovation Research Institute for Civil-Military Integration* (CCIRICMI) koordiniert und in Zusammenarbeit mit der Universität Chongqing, der Xi'an-Niederlassung der *China Academy of Space Technology* (CAST) sowie der Xidian-Universität realisiert. Für die erste Entwicklungs- und Aufbauphase wurden Investitionen in Höhe von etwa 15 Millionen US-Dollar bereitgestellt. (Pan 2019)

⁸ BeiDou-Navigationssatellitensystem (BDS) ist das globale Satellitennavigationssystem der Volksrepublik China.

⁹ Interferometrische Radarsysteme (InSAR) sind satellitengestützte Radartechnologien zur hochpräzisen Vermessung und Überwachung von Veränderungen der Erdoberfläche.

Chinas Bestrebungen zur Realisierung weltraumgestützter Solarenergie wandelten sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten von theoretischen Machbarkeitsstudien zu einem der ehrgeizigsten technologischen Entwicklungsprojekte des Landes. Die rasch zunehmende Bedeutung dieses Technologiebereichs innerhalb Chinas verdeutlicht dessen wachsende strategische Relevanz für die zukünftige Energie- und Raumfahrtpolitik des Landes. Die folgende Abbildung zeigt den straffen Zeitplan, den China zur Realisierung der geplanten Zielsetzung festgelegt hat:



American Foreign Policy Council (2023)¹⁰

Im Rahmen seiner langfristigen Raumfahrt- und Energiepolitik plant China die Errichtung eines weltraumgestützten Solarkraftwerks in einer geostationären Umlaufbahn in etwa 36.000 km Höhe, dessen Inbetriebnahme vor 2050 vorgesehen ist. Wang Xiji, einer der Pioniere der chinesischen Raumfahrt, hebt die Bedeutung der Weltraumsolarenergie als potenzielle Antwort auf zukünftige Energieengpässe hervor und bewertet die technologische Führungsrolle in diesem Bereich als einen wichtigen Faktor für die zukünftige Positionierung auf internationalen Energiemärkten. Wang Xiji prognostiziert, dass ein SBSP-System mit einer Leistung von 100 MW nach seiner Fertigstellung eine Fläche von mindestens einem Quadratkilometer umfassen und damit die Internationale Raumstation (ISS) als bislang größtes von Menschen geschaffenes Raumfahrtssystem übertreffen würde. Gleichzeitig unterstreicht er die strategische Bedeutung einer zügigen Technologieentwicklung, um Chinas Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen führenden Raumfahrtnationen wie den USA und Japan zu stärken. Gemäß der nationalen „Entwicklungsroadmap“ ist bis 2030 die Demonstration eines 1-MW-Systems ¹¹im geostationären Orbit und bis 2035 die Erprobung eines 100-MW-Systems ¹²vorgesehen. (Goswami 2023)

Aktuellen Entwicklungen zufolge konnte die Chinesische Akademie der Ingenieurwissenschaften unter der Leitung von Duan Baoyan bedeutende Fortschritte

¹⁰ China's Space Ambitions: Drivers, Goals, and Capabilities, Space Policy Review 2023, AMERICAN FOREIGN POLICY COUNCIL, Space Policy Initiative;
Anm.: LEO Low Earth Orbit; CAST China Academy of Space Technology.

¹¹ 1-MW-SBSP-System bezeichnet eine Demonstrationsanlage für weltraumgestützte Solarenergie mit einer elektrischen Leistung von 1 Megawatt

¹² Siehe ¹¹ nur mit einer Leistung von 100 Megawatt

bei der Entwicklung von Schlüsseltechnologien für weltraumgestützte Solarkraftwerke sowie für die drahtlose Mikrowellen-Energieübertragung erzielen. Im Rahmen dieser Arbeiten wurde ein eigenes Bodenverifizierungssystem entwickelt, das auf zwei drahtlosen Mikrowellen-Energieübertragungssystemen mit mehreren Empfangszielen basiert. Das System erreichte eine Energieübertragung im Kilowattbereich über Entfernungen von mehreren hundert Metern. In jüngsten Experimenten erzielte das System bei der drahtlosen Energieübertragung über eine Distanz von 100 Metern einen Gleichstrom-zu-Gleichstrom-Wirkungsgrad von 20,8 Prozent. Dabei konnte eine elektrische Leistung von 1.180 Watt erfolgreich übertragen werden. (Xinhua 2026) Diese Fortschritte stellen einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur praktischen Umsetzung weltraumgestützter Solarkraftwerke in China dar. Nach Angaben von Duan Baoyan könnte die Technologie künftig eine kontinuierliche Energieversorgung von Satelliten ermöglichen, indem Energie drahtlos über Mikrowellen übertragen wird und somit die Abhängigkeit von bordseitigen Solaranlagen reduziert wird. (Xinhua- Nachrichtenagentur 2026)

Das Projekt basiert auf innovativen Technologien zur Gewinnung von Solarenergie im geostationären Orbit, deren drahtloser Übertragung zur Erde sowie der anschließenden Umwandlung der empfangenen Mikrowellenenergie in Gleichstrom. Dieser wird dann ins Stromnetz eingespeist. Einen wesentlichen technologischen Fortschritt stellt dabei das Konzept der verteilten *OMEGA*-Weltraumsolaranlage¹³ dar. Dieses ermöglicht eine effiziente Mikrowellen-Energieübertragung über große Distanzen bei hoher Leistung und hoher Übertragungseffizienz. Darüber hinaus wurde die Fähigkeit realisiert, mehrere bewegliche Empfänger simultan mit Energie zu versorgen, wodurch die präzise Steuerung der Energieübertragung auf mehrere Ziele ermöglicht wird. Perspektivisch eröffnet diese Technologie neue Möglichkeiten für die gleichzeitige Energieversorgung mehrerer Raumfahrzeuge oder mobiler Bodensysteme. (People's Daily Online 2026)

Auch im Bereich der Trägerentwicklung verzeichnet China erhebliche technologische Fortschritte. Im Mittelpunkt dieser Bestrebungen steht die Schwerlasttraktete Langer Marsch 9 (CZ-9), die als eines der bedeutendsten Raumfahrtprojekte des Landes gilt. Obwohl das Konzept in den vergangenen Jahren mehrfach grundlegend überarbeitet wurde, deuten aktuelle Planungen darauf hin, dass die Hauptentwicklungsphase gegen Ende der 2020er Jahre abgeschlossen sein wird. Die CZ-9 wird derzeit zu einem wiederverwendbaren Schwerlastträgersystem weiterentwickelt und soll mit einer geplanten Nutzlastkapazität von bis zu 150 Tonnen in den erdnahen Orbit die Grundlage für zukünftige chinesische Mondmissionen, Tiefraumprojekte sowie den Aufbau großskaliger weltraumgestützter Energieinfrastrukturen schaffen. (Hibberda 2023)

¹³ Die OMEGA-Weltraumsolaranlage (OMEGA – Orbital Marine Energy and Global Applications) ist ein Konzept für ein weltraumgestütztes Solarkraftwerk, das vom ehemaligen NASA-Ingenieur John C. Mankins entwickelt wurde.

Resümee und Ausblick

Die zukünftige Forschung im Bereich SBSP ist mannigfaltig und sollte einen interdisziplinären Ansatz verfolgen, der die simultane Weiterentwicklung technologischer, sicherheitsrelevanter und regulatorischer Komponenten umfasst. Im technologischen Fokus stehen dabei insbesondere Mehrfachsolarzellen mit erhöhtem Wirkungsgrad, leichte photovoltaische Materialien, orbitale modulare Fertigungs- und Montageverfahren sowie effiziente Systeme zur drahtlosen Energieübertragung. Ergänzend dazu, ist eine frühzeitige Kooperation mit politischen Entscheidungsträgern notwendig, um regulatorische Anforderungen und internationale *Governance*-Strukturen in die Technologieentwicklung zu integrieren. (vgl. Choi et al. 2024)

Ein weiterer zentraler Forschungsschwerpunkt, der bis dato noch nicht erwähnt wurde, betrifft die Entwicklung nachhaltiger Strategien zur Reduktion der Gefährdung durch Weltraummüll. Gleichzeitig bedarf es resilienter Systemarchitekturen sowie fortschrittlicher kryptografischer Verfahren, um die Integrität und Sicherheit der Energieübertragung gegenüber potenziellen Cyber- und Sabotageangriffen sicherzustellen. Langfristig werden insbesondere Verbesserungen hinsichtlich Effizienz, Skalierbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Module sowie ein proaktives politisches Engagement entscheidend dafür sein, SBSP-Technologien von konzeptionellen Demonstrationsansätzen in eine industrielle Anwendung zu überführen. (vgl. Che et al. 2025)

Zudem sollen zukünftige experimentelle Meilensteine im Weltraum auch Lösungen für das Wärmemanagement, die Bodenkommunikation mit hoher Bandbreite sowie Strategien für Zuverlässigkeit und Reparatur im Orbit umfassen. Die Entwicklung robuster optischer Satelliten-Boden-Kommunikation wird ebenfalls entscheidend für den skalierten Betrieb sein, erfordert jedoch die Bewältigung von Herausforderungen wie atmosphärischen Turbulenzen, Fehlern durch schnelle Relativbewegungen und präziser Strahlverfolgung. (vgl. Arcas et al. 2025) Besonders hervorzuheben ist, dass die Forschung im Bereich weltraumgestützter Solarkraftwerke nicht nur die Entwicklung entsprechender Satellitensysteme vorantreibt, sondern zugleich wesentliche Fortschritte in zahlreichen luft- und raumfahrttechnologischen Schlüsselbereichen ermöglicht. Dadurch entstehen bedeutende Impulse für die Weiterentwicklung verwandter Technologien sowie industrieller Wertschöpfungsketten. Für die zukünftige Realisierung von Weltraum-Solarenergiesystemen stellt insbesondere der Wirkungsgrad der photovoltaischen Energieumwandlung einen entscheidenden Erfolgsfaktor dar. Dementsprechend kommt der Entwicklung innovativer Technologien zur Steigerung der Umwandlungseffizienz eine zentrale Bedeutung zu. (Duan 2018)

Trotz weiterhin bestehender technischer, wirtschaftlicher und infrastruktureller Herausforderungen verdeutlichen die aktuellen Fortschritte das erhebliche Potenzial weltraumgestützter Solarkraftwerke als zukünftige Energiequelle. Die weitere Entwicklung dieser Technologie wird maßgeblich davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Kosten für den Zugang zum Weltraum zu senken, effiziente Energieübertragungssysteme zu etablieren und internationale Rahmenbedingungen für deren Nutzung zu schaffen. Vor diesem Hintergrund könnte die

weltraumgestützte Energiegewinnung langfristig einen wichtigen Beitrag zur globalen Energieversorgung leisten und zugleich die technologische und geopolitische Wettbewerbsdynamik zwischen den führenden Raumfahrtnationen prägen.

Ein herzliches Dankeschön an Frau Mag. Barbara Farkas für die Bereitstellung fach einschlägiger Quellen zu China.

Quellen

- Abad Eduardo Camarillo, Sun Kai, Barthel Armin, Trojak Oliver, Kalfagiannis Nikolaos, Koutsogeorgis Demosthenes, Vaidya Nina, Muskens Otto, Hirst Louise, (2025): Advanced Solar Cells with Thermal, Radiation, and Light Management for Space-Based Solar Power, https://www.researchgate.net/publication/385868400_ASTRAL_Advanced_Solar_Cells_with_Thermal_Radiation_And_Light_Management_for_Space-Based_Solar_Power, (25.05.2026)
- Abraham David, Kim Linus, and Raman Aaswath, (2025): The Thermal Cost of Harvesting the Solar Infrared Tail in Space-Based Photovoltaics, Department of Materials Science and Engineering, University of California, Los Angeles, Los Angeles, CA 90095, USA, <https://arxiv.org/pdf/2506.16588>, (26.05.2026)
- Arcas Blaise Agüera y, Beals Travis, Biggs Maria, Bloom Jessica V., Fischbacher Thomas, Gromov Konstantin, Köster Urs, Pravahan Rishiraj, Manyika James, (2025): Towards a future space-based, highly scalable AI infrastructure system design, <https://doi.org/10.48550/arXiv.2511.19468>, (29.05.2026)
- Duan Baoyan, (2018): Theoretische und technische Schlüsselaspekte von Weltraumsolarenergie-Satelliten, Institut für Elektromechanische Technologie, Xi'an Universität für Elektronische Wissenschaft und Technologie, Xi'an 710071, China, SCIENTIA SINICA Technologica, veröffentlicht: 04.09.2018, (01.06.2026)
- Bucknell John, (2024): Survey of Space Based Solar Power (SBSP). <https://www.researchgate.net/publication/377865839>, Survey of Space Based Solar Power SBSP, (19.05.2026)
- Choi Joon-Min, Choi Su-Jin, Yi Sang-Hwa, (2024): Case studies on space solar power in Korea. Space Solar Power and Wireless Transmission, <https://doi.org/10.1016/j.sspwt.2024.03.001>, (26.05.2026)
- Goswami Namrata, (2023): China's Space Ambitions: Drivers, Goals, and Capabilities, AMERICAN FOREIGN POLICY COUNCIL, Space Policy Initiative, <https://www.afpc.org/publications/policy-papers/chinas-space-ambitions>, (02.06.2026)
- Goswami Namrata, (2018): China in Space: Ambitions and Possible Conflict, Strategic Studies Quarterly, https://www.airuniversity.af.edu/portals/10/ssq/documents/volume-12_issue-1/goswami.pdf, (02.06.2026)
- He Wei, King Marcus, Luo Xing, Dooner Mark, Li Dacheng, Wang Jihong, (2021): Technologies and economics of electric energy storages in power systems: Review and perspective. Advances in Applied Energy 4, <https://pdf.sciencedirectassets.com>, (19.05.2026)
- Hibberda Adam, (2023): Project Lyra: The Way to Go and the Launcher to Get There, Initiative for Interstellar Studies (i4is), 27/29 South Lambeth Road, London, SW8 1SZ, United Kingdom, <https://arxiv.org/pdf/2305.03065>, (02.06.2026)
- International Energy Agency (IEA), (2024): Electricity 2024 – Analysis and Forecast to 2026. Paris: IEA. (05.06.2026)
- Kaushik Ray Col und William Selvamurthy, (2024): SPACE-BASED SOLAR POWER (SBSP) GEOPOLITICAL CONNOTATIONS AND IMPLICATIONS FOR INDIA,

- <https://cenjows.in/wp-content/uploads/2026/01/9.-Space-Based-Solar-Power-Geopolitical-Connnotations-and-Implications-for-India-by-Col-Kaushik-Ray-Dr-William-Selvamurthy.pdf>, (02.0.2026)
- Lang Felix, Jošt Marko, Frohna Kyle, Köhnen Eike, Al-Ashouri Amran, Bowman Alan R., Bertram Tobias, Morales-Vilches Anna Belen et al., (2020): Proton radiation hardness of perovskite tandem photovoltaics. *Joule* 4(5), 1054–1069, <https://pdf.sciencedirectassets.com/316494/1-s2.0-S2542435119X00069/1-s2.0-S2542435120300982/main.pdf>, (19.05.2026)
- Mankins, John, (2021): Sps-alpha mark-iii and an achievable roadmap to space solar power. In: 72nd International Astronautical Congress, <https://iafastro.directory/iac/archive/browse/IAC-21/C3/1/66747/>, (19.05.2026)
- Mizrahi Oren, Jahelka Phillip, Gdoutos Eleftherios, Brunet Jesse, Ayling Alex, Fikes Austin, Wu Ailec, Madonna Richard, Atwater Harry, Pellegrino Sergio and Hajimiri Ali, (2025): Space solar power generation: A viable system proposal and technoeconomic analysis, <https://doi.org/10.1016/j.joule.2025.101928>, (26.05.2026)
- National Security Space Office (NSSO) Washington DC, (2025): Space-Based Solar Power As an Opportunity for Strategic Security, Architecture Feasibility Study, 2007. Retrieved March 26, 2025 <https://apps.dtic.mil/sti/pdfs/ADA473860.pdf>, (26.05.2026)
- People's Daily Online, (2026): Durchbruch bei der Forschung zum „Sun Chasing Project“ für weltraumgestützte Solarkraftwerke erzielt, 19.05.2026, 08:35 Uhr, (01.06.2026)
- Qaid Khaldon Ahmed, Çelik Onur, McInnes Colin R, (2025): Space-Based Solar Power: Optimal Integration of Orbiting Solar Reflectors in Power Grids for Economic and Environmental Benefits, <https://doi.org/10.1109/ISGTEurope64741.2025.11305632>, (27.05.2026)
- Rodgers Erica, Gertsen Ellen, Sotudeh Jordan, Mullins Carie, Hernandez Amanda, Nguyen Le Hanh, Smith Phil and Joseph Nikolai, (2024): Space-Based Solar Power, <https://www.nasa.gov/wp-content/uploads/2024/01/otps-sbsp-report-final-tagged-approved-1-8-24-tagged-v2.pdf>, (29.05.2026)
- Schmidt Oliver, Melchior Sylvain, Hawkes Adam, Staffell Iain, (2019): Projecting the future levelized cost of electricity storage technologies. *Joule* 3(1), <https://pdf.sciencedirectassets.com/316494/1-s2.0-S2542435118X00026/1-s2.0-S254243511830583X/main.pdf>, (18.05.2026)
- Shehabi Arman, Smith Sarah J., Hubbard Alex, Newkirk Alex, Lei Nuoa, Siddik Md Abu Bakar, Holecek Billie, Koomey Jonathan, Masanet Eric and Sartor Dale, (2024): 2024 United States Data Center Energy Usage Report, https://eta-publications.lbl.gov/sites/default/files/2024-12/lbnl-2024-united-states-data-center-energy-usage-report_1.pdf, (29.05.2026)
- Xinhua, (2026): China hits new milestone in space solar power project, China Daily Information Co (CDIC), Updated: 2026-05-19 09:50, <https://www.china-daily.com.cn/a/202605/19/WS6a0bc1dfa310d6866eb4964c.html>, (02.06.2026)
- Xinhua-Nachrichtenagentur, (2026): „Sun Chasing Project“ erzielt bedeutende Fortschritte und legt den Grundstein für den Bau von „drahtlosen Ladestationen“ im Weltraum, Kommerzielle Raumfahrt, 18.05.2026, 07:41 Uhr, (29.05.2026)
- Che Xinyang, Liu Lijun He Wei, (2025): Assess Space-Based Solar Power in European-Scale Power System Decarbonization, Department of Engineering, King's College London, London, UK., School of Physics, Xi'an Jiaotong University, Xi'an, China, School of Energy and Power Engineering, Xi'an Jiaotong University, Xi'an, China, (18.05.2026)
- Pan Zhaoyi, (2019): China starts to build world's first space-based solar power plant, Technology 15:10, 18-Feb-2019, <https://news.cgtn.com/news/3d3d514f34597a4e32457a6333566d54/index.html>, (03.06.2026)

Der Mond: der achte Kontinent der Erde

Eine Analyse zur Frage, *WARUM* der Mond eine Schlüsselrolle in den Explorationsplänen der Menschheit einnehmen soll/wird und *WIESO* er von so großer geopolitischer/strategischer Bedeutung ist.

von Norbert Frischauf

Der deutsche Weltraumwissenschaftler Krafft Ehricke sagte einmal: „Wenn Gott gewollt hätte, dass der Mensch in den Weltraum geht, hätte er ihm einen Mond gegeben.“

Dieser Artikel zeigt auf warum der Mond für die Zukunft der Menschheit von so großer Bedeutung ist; wieso diese Bedeutung über den Weltraum hinausreicht und gleichermaßen in die (geo-)politische, die wirtschaftlich-strategische und die wissenschaftlich-technologische Domäne ausstrahlt; wie es zum Weltraumrennen in den 1960ern kam und wirft einen detaillierten Blick auf die maßgeblichen Rahmenbedingungen („*Weltraumverträge*“), die Allianzen und die Trends, die das neue Rennen zum Mond beeinflussen („*NewSpace*“).

Das Ziel ist klar: Aufbau und Betrieb einer bemannten Mondstation beim Nord- oder Südpol des Mondes. Die Herausforderung ist immens, denn der Mond ist zwar der achte Kontinent der Erde, aber er ist nicht um die Ecke – und gastfreundlich ist er auch nicht.

„Fly me to the Moon, let me play among the stars... / Flieg mich zum Mond, lass mich zwischen den Sternen spielen ...“¹

Das (erste) Weltraumrennen startet im Jahre 1961 mit einem Erfolg für die UdSSR ...

Das oben angeführte Zitat stammt aus dem bekannten **Lied „Fly me to the Moon“** des **Komponisten und Songtexters Bart Howard**, der es im Jahr 1954 unter dem Titel „*In Other Words*“ im Musikverlag von Howie Richmond veröffentlichte.

Das Lied erschien in mehreren Versionen, eine der bekanntesten ist die Interpretation von Frank Sinatra aus dem Jahr 1964. Sie ist bis heute **untrennbar mit dem Apollo-Programm der NASA verbunden**, war sie doch im Mai 1969 Teil einer Musikkassette, welche die *Apollo 10* (Abbildung 1) Astronauten an Bord während ihres Fluges in die Mondumlaufbahn abspielten.

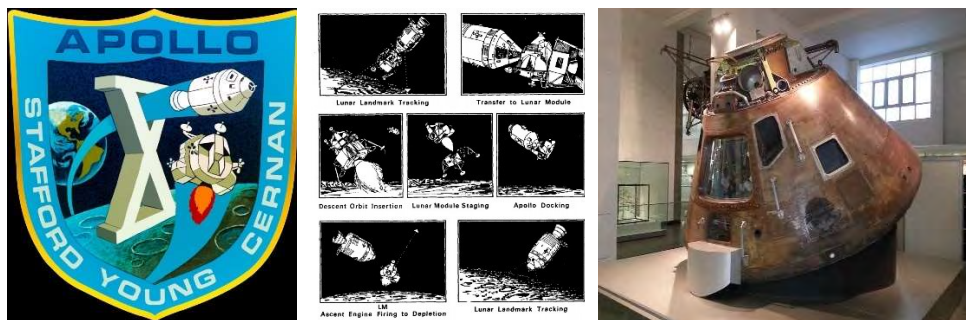


Abbildung 1: Missionseblem, Missionsverlauf und die zurückgekehrte Kommandokapsel der Apollo 10 Mission (v.l.n.r.). Mit Apollo 10 gelang die Generalprobe für die nachfolgende bemannte Mondlandung durch Apollo 11 (Quelle: NASA und Dalue2)²

Auch bei der ersten Mondlandung spielte das Lied eine Rolle, denn im Juli 1969 wurde es von der Bodenstation aus den Astronauten von *Apollo 11* bei ihrem Mondlandeflug per Funk an Bord übermittelt und war auf diese Weise **im Rahmen der Fernsehübertragung dieses Ereignisses weltweit zu hören**. Bei einer Konzertgala zu Ehren der Besatzung von *Apollo 11* im Astrodome von Houston am 18. August 1969 sang Frank Sinatra dieses Lied dann auch live¹.

Die Leichtigkeit des Lieds steht im Gegensatz zur harten Arbeit, die der erfolgreichen Mondlandung vorangegangen war und den Höhepunkt des **Wettstreits der UdSSR und der USA um die Vorherrschaft im Weltraum bildete**.

Dieser Wettstreit war am 4. Oktober 1957 durch den Sputnik-Schock ausgelöst worden und erreichte am 12. April 1961 einen neuen dramatischen Höhepunkt, als **die UdSSR es als erste schaffte, mit Juri Gagarin einen Mann ins All zu bringen**. Auch wenn der sowjetische Kosmonaut nur ein einziges Mal die Erde in seiner *Wostok*-Kapsel umkreiste, so war dies doch eine Errungenschaft, welche die USA erst 10 Monate später erreichen sollten, als John Glenn mit *Friendship 7* drei Erdumkreisungen zuwege brachte.

Es waren 10 bittere Monate, in denen die USA einen neuerlichen „Sputnik-Schock“ zu verdauen hatten, um sich schlussendlich einzugestehen, dass sie von der UdSSR auf dem Gebiet der Weltraumtechnik überflügelt worden waren. Es wäre allerdings nicht die USA, wenn sich nicht gleichzeitig Widerstand und Kampfeswille geregt hätten. Und **als am 5. Mai 1961 Alan Shepard³ als erster Amerikaner ins All flog, war klar, dass die USA den „Fehdehandschuh“**

aufgenommen hatten, denn als Führer der westlichen, freien Welt wollten und konnten die USA der UdSSR nicht die Vorherrschaft im All überlassen.

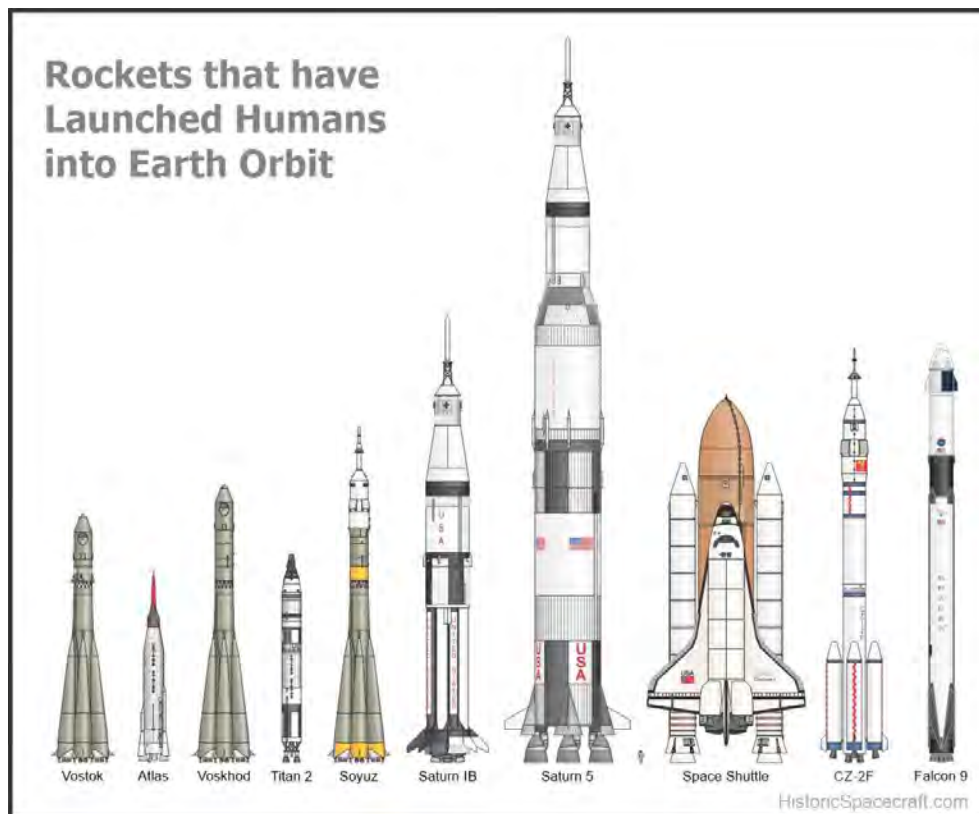


Abbildung 2: Größenvergleich russischer, amerikanischer und chinesischer bemannter Raketen (Quelle: Historic Spacecraft)⁴

Nach sorgfältigen Analysen der Stärken und Schwächen beider Seiten wurde den US-amerikanischen Entscheidungsträgern klar, dass **die UdSSR einen veritablen Vorsprung bei den Raketen erlangt hatte**. Die sowjetischen Raketen *Vostok*, *Voskhod* und *Soyuz* waren stärker, zuverlässiger und erlaubten daher ambitioniertere Missionen als ihre damaligen amerikanischen Gegenstücke *Mercury-Atlas* und *Gemini-Titan* (Abbildung 2).¹

Klar war: Es würde Zeit und viel Geld benötigen, um mit der UdSSR gleichzuziehen, geschweige denn, um sie zu überholen. Wollte man letzteres erreichen, also die UdSSR auf dem Gebiet der Raketentechnik schlagen, so musste man den Wettlauf ins All auf eine neue Stufe heben, nämlich dorthin, wo beide Nationen technologisches Neuland zu betreten hatten – den **Flug zum Mond!**

... und findet 1969 mit der ersten bemannten Mondlandung durch die USA einen krönenden Abschluss

¹ Anhand des Vergleichs der drei Raketengenerationen *Vostok-Voskhod-Soyuz* und *Atlas-Titan-Saturn* kann man sehr gut die unterschiedliche Herangehensweise der UdSSR und der USA erkennen. Während die UdSSR konsequent ihre Raketen verbesserte, aber im Großen und Ganzen das grundlegende Design beibehielt, probierten die USA eine Vielzahl an Konzepten aus, was naturgemäß nicht immer von Erfolg gekrönt war, aber letzten Endes in wesentlich besseren Technologien gipfelte. Dieser Technologievorsprung stellte sich zu guter Letzt als entscheidend heraus, ermöglichte er doch die *Saturn V*, welche den USA den Sieg im Wettlauf zum Mond einbrachte.

Am 25. Mai 1961 schwor Präsident John F. Kennedy die amerikanische Öffentlichkeit auf den Wettlauf zum Mond ein⁵ und legte damit den Startschuss für die Programme *Gemini* (*Titan*) und *Apollo* (*Saturn*, siehe Abbildung 2). Damit waren die Würfel gefallen und die USA stellten ihre volle industrielle Kapazität in den Dienst der Sache. **Letzten Endes sollten 25,4 Milliarden US\$ (bzw. umgerechnet auf das Jahr 2026, 174 G\$)⁶ in das Apollo-Mondprogramm fließen.**

Apollo verlangte von den Wissenschaftlern, Ingenieuren, Astronauten und Technikern alles ab. Systeme wie die *Gemini*- und die *Apollo*-Raumkapsel, sowie die Mondlandfähre mussten entwickelt und gebaut werden. Die Flugbahnen der Raketen und der Raumschiffe, sowie die Andockmanöver zwischen der Raumkapsel und der Mondfähre mussten geplant, getestet und perfektioniert werden. Subsysteme, wie verbesserte Hitzeschutzschilde, Navigationscomputer, Lebenserhaltungssysteme, Raumanzüge und Energiesysteme u. v. m. mussten zur Einsatzreife geführt werden. **Und die stärkste Rakete aller Zeiten – die *Saturn V* – musste entwickelt und flugfähig gemacht werden** (siehe Abbildung 3) – ohne sie wäre das Unterfangen „bemannte Mondlandung“ von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen!



Abbildung 3: Eine Fotomontage aller 13 Saturn V Starts zwischen 1967 und 1973 – alle waren erfolgreich (Quelle: NASA und Reubenbarton)⁷

Letzten Endes war es dann auch die Saturn V, welche den Amerikanern den entscheidenden Vorsprung beim Mondrennen bzw. dem Wettlauf ins All sicherte, denn die 110,6 m hohe Rakete, die 13-mal gestartet wurde, war nicht nur die stärkste Rakete, die jemals gestartet wurde, sondern auch die zuverlässigste – keiner der 13 Starts schlug fehl.

Einen großen Anteil am Erfolg der Rakete hatten die 5 *F-1* Triebwerke der ersten Stufe *S-IC* (Abbildung 4). Sie waren wahre Monster und erzeugten durch die Verbrennung von Kerosin und flüssigem Sauerstoff einen so immensen Schub, dass 5 Stück von ihnen ausreichten, um die Rakete von der Startplattform nach oben zu beschleunigen. Es war Wernher von Braun, der sowohl die Entwicklung

der *Saturn V* als auch die der *F-1* Triebwerke leitete⁸. Die technische Leistung hinter der *Saturn V* kann vermutlich nur dadurch veranschaulicht werden, wenn man die *Saturn V* mit ihrem sowjetischen Gegenstück, der *N1*, vergleicht: **Hatte die 110,6 m hohe *Saturn V* 3 Stufen und 5 *F-1* Triebwerke in der 1. Stufe, so waren bei der 105,3 m hohen *N1* 5 Stufen und 30 *NK-15* Triebwerke in der 1. Stufe nötig⁹, um den Start zu ermöglichen.**

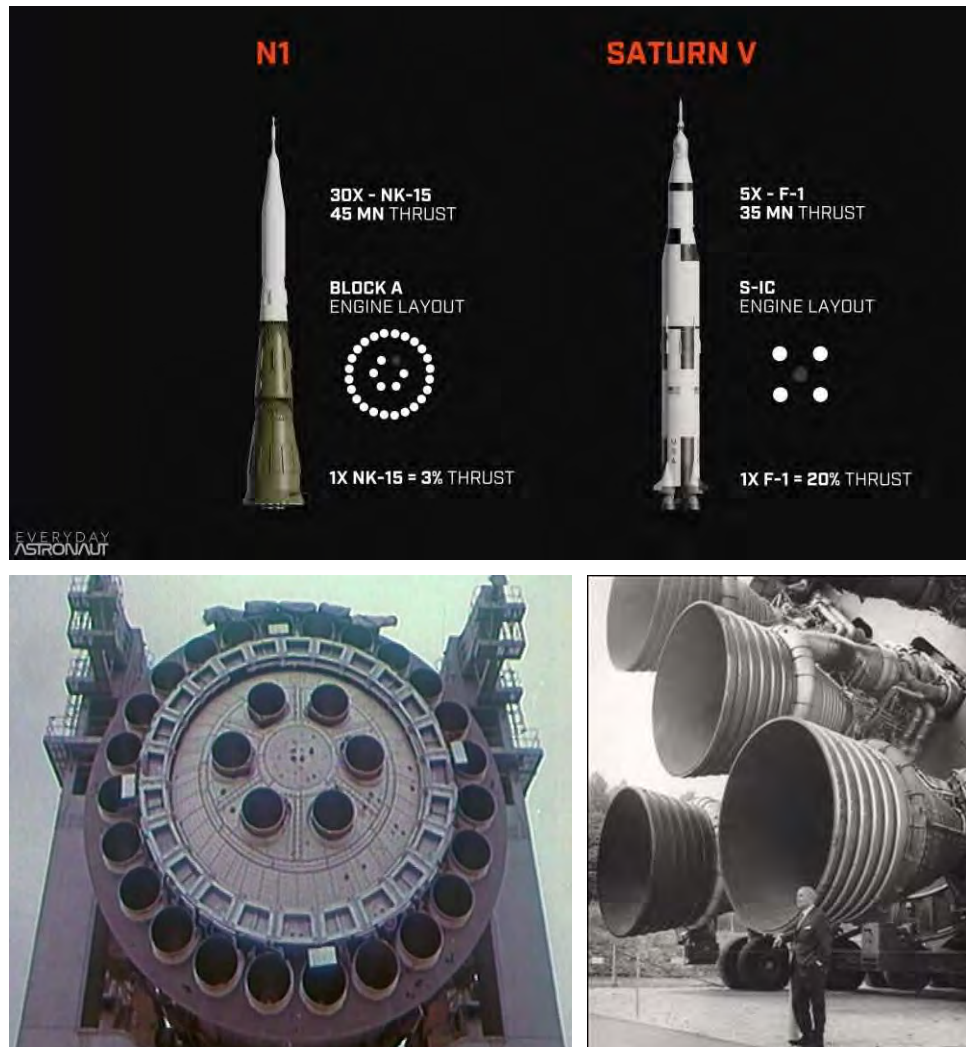


Abbildung 4: Die beiden Mondraketen N1 und Saturn V im direkten Vergleich (oben), mit einem detaillierten Blick auf die 30 NK-15 Triebwerke der sowjetischen Großrakete (unten links) und der fünf F-1 Triebwerke der Saturn V (unten rechts) mit ihrem Entwickler Wernher von Braun im U.S. Space & Rocket Center in Huntsville, Alabama. Die F-1 Triebwerke brachten den USA die Poleposition im Wettlauf zum Mond ein und sind bis heute unerreicht (Quelle: Everyday Astronaut¹⁰, Nick Stevens¹¹ und NASA¹²)

Die große Anzahl der benötigten NK-15 Triebwerke weist direkt auf die größte Schwachstelle des UdSSR-Raketenentwurfs hin – die fehlende Schubkraft. Hatte die Sowjetunion Anfang der 60er Jahre bei den Triebwerken noch die Nase vorn gehabt, so hatte sich binnen kurzem der Vorteil in einen Nachteil verkehrt, denn nun waren es die USA, welche die stärkeren Raketentriebwerke im Portfolio hatten. Erschwerend kam noch hinzu, dass die russischen Triebwerke nicht nur schwächer, sondern auch noch unzuverlässiger waren¹³: **Die Chance, dass alle 30 NK-15 Triebwerke während der Brenndauer der 1. Stufe klaglos funk-**

tionierten, war *de facto* null.² Konsequenterweise schlugen auch alle vier Testflüge der *N1* fehl und das darauf basierende bemannte sowjetische Mondlandungsprojekt wurde letztendlich 1974 eingestellt.

Zuvor aber mussten die Verantwortlichen der UdSSR noch mitverfolgen, wie die Vision JFKs in die Tat umgesetzt wurde. Mit *Apollo* machten die USA (fast)³ alles richtig: Sie testeten erfolgreich die *Saturn V*, das *Apollo*-Raumschiff und die Mondlandefähre, sie führten Auf-, Abstiegs- und Abbruchmanöver durch und sie flogen das erste Mal bemannt um den Mond. Am 16. Juli 1969 startete schließlich *Apollo 11* mit den drei Astronauten Neil Armstrong, Buzz Aldrin und Michael Collins. Als Neil Armstrong fünf Tage später den Mond betrat und die ikonischen Worte „*Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen, ein riesiger Sprung für die Menschheit*“ sprach, war der Wettkampf entschieden. **Die USA hatten das Rennen zum Mond gewonnen** – und der Mensch hatte seine ersten Schritte auf einen fremden Himmelskörper gesetzt.

Vom Wettbewerb zur Phase des gegenseitigen Respekts, der Zusammenarbeit und der Koexistenz

Auf den Sieg der USA im Wettrennen zum Mond folgte eine Phase der Konsolidierung auf beiden Seiten. Zwar sollten nach *Apollo 11* noch sechs weitere Missionen zum Mond fliegen, aber spätestens 1972 war das Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit so weit gesunken, dass **die NASA ihren Fokus wieder Richtung Erdborbit ausrichten musste – für ambitionierte Nachfolgemissionen in Richtung Mars, so wie sie bereits 1969 von W. von Braun vorgeschlagen worden waren, fehlte einfach der politische Wille.** (Abbildung 5).

In dieser Phase machten die USA das Beste aus ihren technologischen Fähigkeiten und begannen mit dem **Aufbau ihrer Raumstation *Skylab***, während sie gleichzeitig – oftmals in Kooperation mit anderen westlichen Ländern – die **Erforschung des Sonnensystems mit unbemannten Sonden** forcierten.

Auch bei den Sowjets „war die Luft draußen“. Das bemannte Mondprogramm hatte nicht funktioniert, für ein weitreichendes Explorationsprogramm à la NASA fehlten die Mittel und die technischen Kompetenzen. Konsequenterweise begann man daher ebenfalls mit dem **Aufbau und dem Betrieb der *Saljut*- und der *MIR*-Raumstation(en)**.

² Das Problem kann durch pure statistische Betrachtungen analysiert werden. Hat man bei der *N1* 30 Triebwerke mit 95% Zuverlässigkeit von denen zumindest 25 perfekt arbeiten müssen, dann ist die Wahrscheinlichkeit dafür $0,95^{25} = 27,7\%$, während dieselbe Statistik bei der *Saturn V* und der Annahme, dass 4 Triebwerke mit 98% Zuverlässigkeit arbeiten müssen mit $0,98^4 = 92,2\%$ zu Buche schlägt. Die Chancen, dass ein *N1* Start gelingt, sind also äußerst gering und wären auch bei einer angenommenen identischen Zuverlässigkeit von 98% (wie bei der *Saturn V*) noch immer bei „mickrigen“ 60,3% gelegen.

³ Die schlimmste Tragödie auf US-Seite war naturgemäß der Brand der Kapsel von *Apollo 1* am 27.01.1967, bei dem die Astronauten Ed White, Gus Grissom und Roger Chaffee ums Leben kamen.

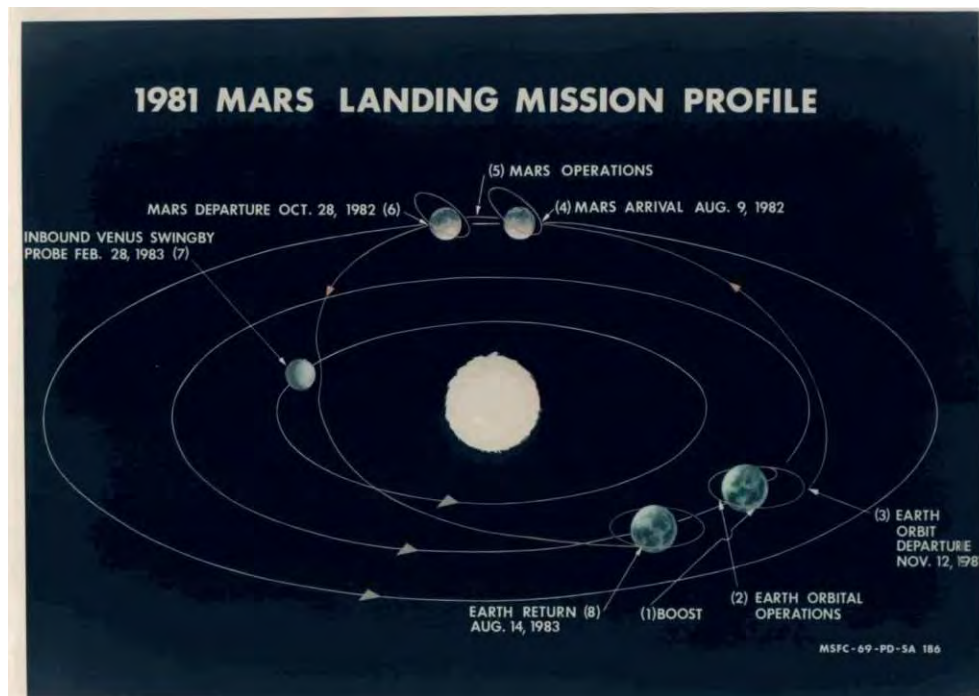


Abbildung 5: Ein Konzept für eine bemannte Marslandung für das Jahr 1981, das von Wernher von Braun im August 1969 vorgestellt wurde (Quelle: Wernher von Braun, NASA)¹⁴

In dieser Phase der Konsolidierung kam es dann auch zur ersten US-amerikanisch-sowjetischen Kooperation in der Weltraumfahrt, als ein Apollo- und ein Sojus-Raumschiff am 17. Juli 1975 in der Erdumlaufbahn aneinander ankoppelten (Abbildung 6), sodass die Raumfahrer von einem Raumschiff ins andere umsteigen konnten. Zum damaligen Zeitpunkt war dies sowohl ein Novum als auch ein starkes politisches Signal, waren doch die Raumschiffe der jeweiligen Supermächte die Speerspitze der Technologie, die man dem anderen keinesfalls zeigen wollte.⁴ Beim *Apollo-Sojus-Test-Projekt (ASTP)* brach man mit der Geheimhaltung im Geiste der friedlichen Zusammenarbeit im Weltraum und setzte damit ein starkes pazifistisches Signal.



Abbildung 6: Missionseblem zum Apollo-Sojus-Test-Projekt (ASTP)
(Quelle: NASA)¹⁵

⁴ Auf der US-amerikanischen Seite war das Geheimhaltungsthema nur bedingt kritisch, da das *Apollo*-Programm schon am Ende seines Lebenszyklus angelangt war und binnen weniger Jahre durch das *Space Shuttle* ersetzt werden sollte.

Das politische Tauwetter zwischen den beiden Supermächten spiegelte sich auch in der UNO-Vollversammlung wider, indem eine **Vielzahl an völkerrechtlichen Verträgen in Bezug auf den Weltraum verabschiedet** wurde. Diese Verträge¹⁶, wie:

- Der Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (**Weltraumvertrag**);
- Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (**Partieller Teststopp-Vertrag**);
- Das Übereinkommen über die Rettung und die Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (**Weltraumrettungsübereinkommen**);
- Das Übereinkommen über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände (**Weltraumhaftungsübereinkommen**);
- Das Übereinkommen über die Registrierung der in den Weltraum gestarteten Gegenstände (**Weltraumregistrierungsübereinkommen**); sowie
- Das Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern (**Mondvertrag**);

sind bis heute gültig, wenn auch der Mondvertrag z.Z. von zu wenigen Staaten unterschrieben worden ist, um bis dato völkerrechtlich bindend zu sein.

Von der bipolaren zu unipolaren Weltordnung: „Star Wars“ (SDI) und der Zusammenbruch der UdSSR

Waren die 1970er durch eine Phase relativ friedlicher Koexistenz gekennzeichnet, so verschlechterten sich Anfang der 1980er Jahre die Beziehungen zwischen den Supermächten und das Tauwetter wich wieder einem kalten Krieg. In dieser Phase ordnete am 23.03.1983 der damalige US-Präsident Ronald Reagan **eine Initiative zum Aufbau eines Abwehrschirms gegen Interkontinentalraketen (*Strategic Defense Initiative* [SDI], auch als „Star Wars“ bezeichnet)** an.¹⁷ SDI sollte in der Lage sein, sowjetische Interkontinentalraketen mit einer Vielzahl von bahnbrechenden land-, see-, luft- und weltraumgestützten Waffensystemen abzufangen.

In den nächsten Jahren wurde eine Vielzahl an Technologien erforscht und entwickelt. Verschiedenste Tests sollten die Machbarkeit der Konzepte demonstrieren, doch diese schlugen oftmals fehl und **letzten Endes wurde SDI nie umgesetzt und in den frühen 1990ern eingestellt.**⁵

⁵ SDI war technologisch aber kein vollkommener Fehlschlag, denn das bekannte Raketenabwehrsystem *MIM-104 Patriot* basiert auf den Erkenntnissen des SDI „*Extended Range Interceptor*“-Projekts zur Verteidigung auf kürzere Reichweite.¹⁷

War das Programm ein Misserfolg? Von der reinen Kosten-Nutzen-Rechnung könnte man das so sehen, aber vermutlich ging es ohnehin nicht um den technischen Erfolg, sondern vielmehr um die Drohkulisse und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Druck auf die UdSSR. Bei genauerer Betrachtung der dahinterliegenden Strategie konnte man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass **SDI wie eine Art „Doppelmühle“ konstruiert war, bei der die wirtschaftlich schwache UdSSR nur verlieren konnte.** Denn zum einen war das Programm sehr kostspielig⁶ und zum anderen war es ein militärisches Projekt, auf welches die UdSSR reagieren musste, auch wenn sie es sich kaum leisten konnte.

Als die USA SDI aus der Taufe hoben, wäre die typische Reaktion der Aufbau eines eigenen SDI-ähnlichen Systems auf sowjetischer Seite gewesen. Dies war der UdSSR aber aufgrund der exorbitanten Kosten verwehrt. Schlimmer noch: Die Notwendigkeit, mit den USA mitzuziehen, brachte die UdSSR an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der dann dazu beitrug, dass im Jahre 1991 das Ende der Sowjetunion besiegelt wurde.

1993, zehn Jahre nach Reagans Fernsehrede, bemerkte einer der einst führenden USA-Kenner der Sowjetunion, 99 Prozent der russischen Bevölkerung seien der Überzeugung, die USA hätten den Kalten Krieg gewonnen, weil Reagan SDI aus der Taufe gehoben und gegen alle Widerstände in die Tat umgesetzt hatte.¹⁸

Von unipolar zu multipolar: Die Weltordnung ändert sich und der Weltraum ebenfalls.

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR veränderte sich das Spielfeld „Weltraum“ nachhaltig. Die USA waren der unangefochtene Platzhirsch, dicht gefolgt von den Europäern, die den Weltraum v.a. als eine Chance zur friedlichen Zusammenarbeit begriffen. Die Inder gingen es bescheidener an und stellten die Weltraumanwendungen, wie Satellitenkommunikation und Erdbeobachtung, in den Vordergrund. Russland kämpfte darum, seine Expertise nicht vollkommen zu verlieren, und suchte nach Partnern, mit denen es auch in der Weltraumfahrt seine wirtschaftliche Schwäche kompensieren konnte. Dafür bot sich zuallererst die Mitarbeit an der Internationalen Raumstation *ISS* an und in weiterer Folge die immer stärker werdende Kooperation mit China. **Letztendlich führten diese länderspezifischen Vorgehensweisen zu unterschiedlichen Fähigkeiten der Akteure entlang der Wertschöpfungskette** (Abbildung 7).

⁶ Im Zeitraum 1984-1990 gaben die USA 33 Milliarden US\$ (umgerechnet auf 2026 entspricht dies 83 G\$)⁴⁴ für die Forschung aus und weitere 90 Milliarden US\$ (umgerechnet auf 2026: 199 G\$) waren für die Dekade 1984-1994 vorgesehen.⁴⁵

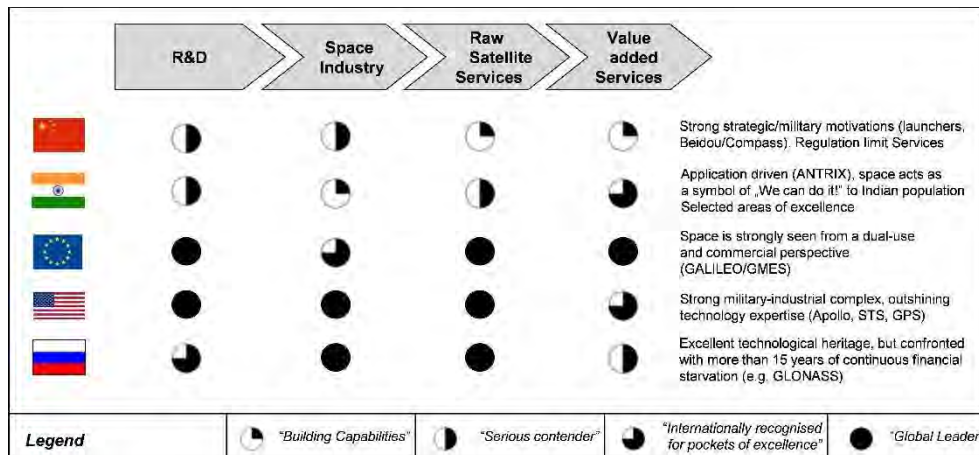


Abbildung 7: Ein Vergleich der Weltraumakteure und ihrer Fähigkeiten entlang der Wertschöpfungskette im Applikationsbereich im Jahre 2010 (Quelle: ESA Studie „Survey of India’s and China’s SatCom/SatNav and integrated applications industry/market“, Frischauf N. et al, 2010)¹⁹

Wie in Abbildung 7 ersichtlich ist, waren im Jahr 2010 vor allem die USA, Russland und die Europäer die treibenden Kräfte in der Weltraumfahrt, während Indien und China alles daransetzten, aufzuschließen. **Während Indien, so wie die USA und Europa, einen Hauptfokus auf die Mehrwertdienste (Value added Services) legte, konzentrierte sich China v.a. auf den Forschungsbereich (R&D) der Wertschöpfungskette und tat dies oftmals in enger Zusammenarbeit mit Russland.** Beide Länder hatten speziell in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf; Russland hatte nach dem Zerfall der UdSSR einen Großteil seiner Expertise verloren und China hatte die Raumfahrt jahrzehntelang vernachlässigt.

Indem Russland und China ihre Anstrengungen auf den F&E-Bereich fokussierten und hier intensiv zusammenarbeiteten, wollte man im Bereich der Schlüsseltechnologien schnelle Erfolge erzielen und sich eine strategische Unabhängigkeit vom Westen sichern. Augenscheinlich funktionierte der Ansatz, allerdings führte er dazu, dass sowohl **Russland als auch China in der Kommerzialisierung der Weltraumfahrt den Anschluss verpassten** und bis dato in diesem – mittlerweile 429 Milliarden US-Dollar großen – Markt keine große Rolle spielen.

Abbildung 8 zeigt die wirtschaftliche Rolle des Weltraumsektors und die Bedeutung der einzelnen Sektoren der Wertschöpfungskette. Die drei wichtigsten Erkenntnisse sind wie folgt:

- **Die weltweite Weltraumwirtschaft setzt im Jahr 429 Milliarden USD um und ist privat dominiert** – die staatlichen Budgets machen gerade mal 29,3% aus (125,7 G\$ von 429 G\$);
- Grob gesagt sind es vor allem die **(Mehrwert)dienste** („Raw Satellite Services“ und „Value Added Services“ in Abbildung 7) **und die dazugehörige Ausrüstung, welche den größten Umsatz erwirtschaften;** und
- **Raketenstarts sind zwar spektakulär, fallen aber vom wirtschaftlichen Standpunkt kaum ins Gewicht** (12,4 G\$ von 429 G\$)!

Einer der Gründe, warum Russland und China im Bereich der Weltraumkommerzialisierung vom Westen abgehängt worden sind, ist mit dem **Schlagwort „NewSpace“** verknüpft. Um diesen Trend zu verstehen, ist es notwendig, zum 08.07.2011 zurückzuschauen, also auf den Tag, an dem die Ära der Space-Shuttles ihr (vorläufiges) Ende fand.

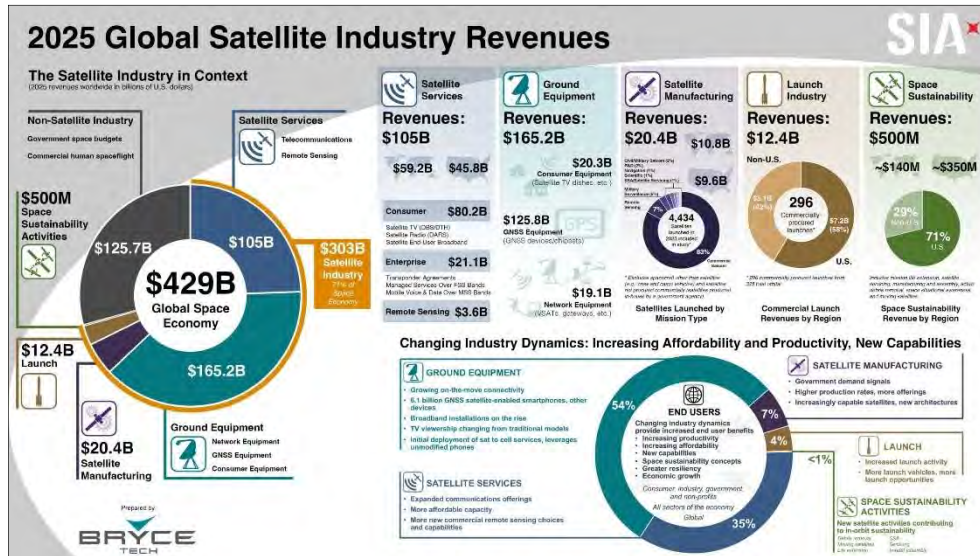


Abbildung 8: Der Status der globalen Satellitenindustrie im Jahr 2025 (Quelle: Bryce)²⁰

„NewSpace“, der Trend zur Kommerzialisierung des Weltraums

Die letzte Landung des Space-Shuttles wurde von vielen mit wehmütigen Blicken beobachtet. Als mächtige, wiederverwendbare Raumfähren waren sie im Jahre 1981 angetreten, um den Flug ins All günstiger und sicherer zu gestalten, kurz, um eine Revolution *in puncto* Weltraumzugang loszutreten. **30 Jahre und 209 Milliarden USD (2026: 314 G\$)**²¹ später musste die erhoffte Revolution der Ernüchterung weichen; zu komplex und zu riskant war das Unterfangen (geworden), eine Fähre huckepack auf einer Rakete ins All zu befördern.

Mit dem Ende der Space-Shuttles stand die Weltraummacht Nr. 1 auf einmal ohne ein eigenes Weltraumtransportsystem da. Schlimmer noch: Da die Europäer auch kein bemanntes Raumfahrtsystem zur Verfügung hatten, **mussten die USA mit den Russen in ihren Sojus-Kapseln zur ISS mitfliegen**. Wer die USA kannte, dem war klar, dass diese „Schmach“ so schnell wie möglich beseitigt werden musste. Die NASA wurde somit kurzerhand instruiert, Abhilfe zu schaffen, und sie tat dies – auf eine unerwartete, aber letzten Endes sehr erfolgreiche Art und Weise.

Das Schlagwort, dessen sich die NASA bediente – und das den „NewSpace“ Trend maßgeblich beeinflussen sollte, hieß **„anchor tenancy“** (auf Deutsch: **Ankerkunde**) und bedeutete, dass die **NASA nicht mehr die Hardware, sondern die Dienste von kommerziellen Anbietern einkaufen würde**, also z. B. Raketenstarts, den Betrieb von Raum- oder Bodenstationen etc. Allerdings war hier nicht die Rede von einem oder zwei Starts, sondern von einem ganzen Portfolio von Fracht- und Personenflügen zur ISS. Solche Dinge sind naturgemäß

nicht billig, aber wenn man als Agentur auf einen „plötzlich“ **freigewordenen Budgetposten von 5-7 Mia. USD** – den jährlichen Aufwendungen für das **Space-Shuttle Programm** – zurückgreifen kann, dann kann man vieles bewegen.

Die NASA nahm den Auftrag an und sie nahm ihn ernst und investierte in den Jahren 2009-2018 **12,1 Mrd. USD in die Kommerzialisierung der Raumfahrt**. Firmen wie *Virgin Galactic*, *Blue Origin*, *SpaceX*, *Sierra Space*, *Spire*, *Planet*, *Starlink* und viele andere, die heutzutage regelmäßig in den Schlagzeilen auftauchen, waren und sind direkte Nutznießer solcher Ankerkundenverträge und als solche mit den Boxen „*Neue Träger und Startsysteme*“, „*Dienste: IoT, Medien und Internet für alle*“, „*Kleinsatelliten EO Konstellationen*“ und „*Weltraumtourismus*“ in Abbildung 9 assoziiert.

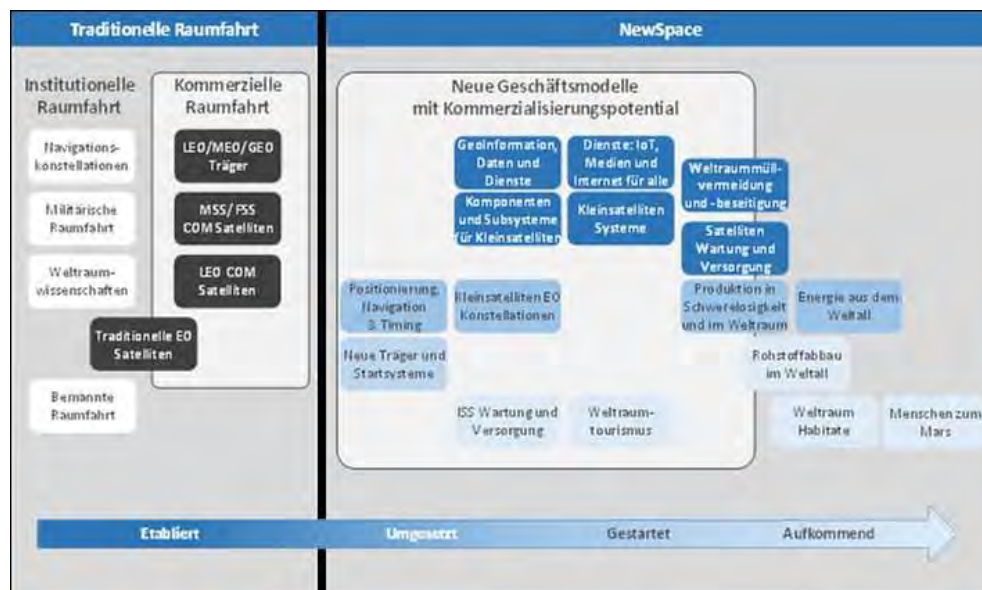


Abbildung 9: „NewSpace“ erweitert die traditionellen Geschäftsfelder der Raumfahrt durch neue kommerzielle Projekte und Programme, deren Nutznießer die Raumfahrt-agenturen, staatl. Akteure, Firmen, aber auch Privatkunden sind (Quelle: BMWI-Studie „NewSpace: Geschäftsmodelle an der Schnittstelle von Raumfahrt und digitaler Wirtschaft“, SpaceTec Partners und BHO, 2016)²²

Heute, 17 Jahre später, ist offensichtlich, dass der *NewSpace* Trend die Raumfahrt maßgeblich verändert hat. Nicht zuletzt durch die Ankerkundenstrategie der NASA wurden die Karten im Weltraum neu gemischt und neue Akteure auf den Plan gerufen, die neue Produkte und Dienste für den/aus dem Weltraum definiert haben.

Und als zusätzlichen positiven Nebeneffekt ist sichergestellt, dass die USA durch die US-Unternehmen *SpaceX*⁷ und demnächst auch mit *Boeing*, *Blue Origin* und *Sierra Space* ganz ohne russische Hilfe zur ISS fliegen können.

⁷ *SpaceX* hat es als privates Unternehmen mit seiner *Falcon 9-Rakete* auf die Abbildung 2 geschafft und auch *Blue Origin* wird dort bald mit der *NewGlenn-Rakete* zu finden sein – dieser Erfolg ist nicht zu unterschätzen und zeigt die Stärke des „NewSpace“ Ansatzes auf.

Werden die USA in einigen Jahren dann auch mit *SpaceX*, *Blue Origin* & Co. zum Mond fliegen? Zumindest **bei der Mondfähre werden die Privaten zum Zug kommen**. Ob die NASA in weiterer Folge die *Orion*-Kapsel durch ein privates System ersetzen wird, bleibt abzuwarten.

Es spricht aber einiges dafür, da die NASA-, CSA-, ESA-, RSA- und JAXA-Astronauten, die gegenwärtig mit der *Dragon*-Kapsel zur ISS fliegen (und dies demnächst auch mit einem ähnlichen System von *Blue Origin* bewerkstelligen werden), dieselben sein könnten, die zum Mond fliegen werden. Und **wenn *SpaceX*, *Blue Origin* et al. in den nächsten Jahren ihre Raumschiffe zu Mondraumschiffen weiterentwickeln, dann werden die Astronauten gerne mit diesen Systemen (weiter)fliegen** – ganz einfach deswegen, weil sie schon zu einem großen Teil mit den Systemen vertraut sind.⁸

Die Renaissance des Mondes

Nach *Apollo* blieb es lange still um den Mond. Erst **mit der Jahrtausendwende erwachte wieder das Interesse an unserem kosmischen Begleiter**. Die Gründe dafür waren v.a. im politisch-strategischen, wissenschaftlichen, aber auch im kommerziellen Umfeld zu suchen.

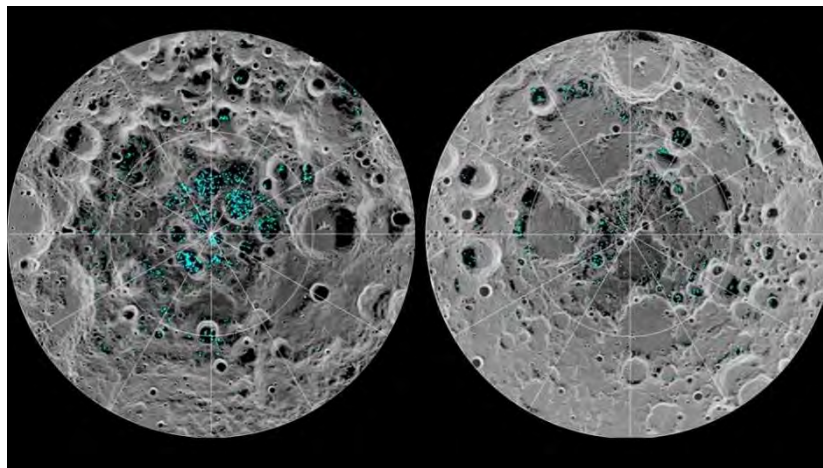


Abbildung 10: Wassereisvorkommen in den permanent beschatteten Kratern am Mond-südpol (links) und Mondnordpol (rechts). Die Daten basieren auf Beobachtungen mit dem NASA-Instrument Moon Mineralogy Mapper M3 an Bord der indischen Mond-Sonde Chandrayaan-1 aus dem Jahr 2009. Weitere Analysen im August 2018 bestätigten, dass es sich wirklich um Wassereis handelt (Quelle: NASA)²³

- **Wissenschaftlich ist der Mond, durch seine Nähe zur Erde, die nicht vorhandenen Jahreszeiten, die gebundene Rotation, das Fehlen einer Atmosphäre und die große tektonische Stabilität interessant.** Im Zusammenspiel aller dieser Faktoren ergibt sich die Möglichkeit, in den permanent beschatteten Kratern am Mondnord- und -

⁸ Spätestens dann wird das Lied „*Fly me to the Moon*“ - 50+ Jahre nach *Apollo* - die ihm ursprünglich zugedachte Bedeutung zurückerhalten. Da das Raumschiff, das diese Fahrt bewerkstelligt dann im Gegensatz zur *Apollo*- oder *Orion*-Kapsel nicht der NASA, sondern einer privaten Firma gehört und die NASA den Flug als Service (Dienst) ankauft, werden die Astronauten wortwörtlich „zum Mond“ geflogen – auch wenn sie selber am Steuer sitzen.

südpol Wassereis abzubauen und/oder große Infrarotteleskope zu betreiben. **Das Wassereis, es dürften 600 Millionen Tonnen sein** – dessen Signatur zwar bereits gemessen wurde, dessen Bindungsart aber bis dato noch immer unbekannt ist (Abbildung 10)²³ – dürfte über Jahrmilliarden durch Asteroiden- und Kometeneinschläge auf dem Mond abgelagert worden sein. Normalerweise würde jeglicher Frost im Sonnenlicht bei 130°C sofort sublimieren, in den permanent beschatteten Kratern allerdings liegen die Temperaturen aber bei 40°C über dem absoluten Nullpunkt. Bei 40K sublimiert Eis auch unter Vakuumbedingungen nicht mehr, und so dürften sich in den Kratern meterdicke Eisschichten abgelagert haben. Dieses Eis könnte man einerseits untersuchen, um wie bei einem Bohrkern in der Antarktis oder in Grönland das Klima – in diesem Fall das Sonnensystemklima – besser verstehen zu können, oder aber man extrahiert es, spaltet es auf und verwendet es als Trink- und Kühlwasser für eine Mondstation, als Prozessmittel für den Bau von Systemen oder auch als Treibstoff für zukünftige Raumschiffe.

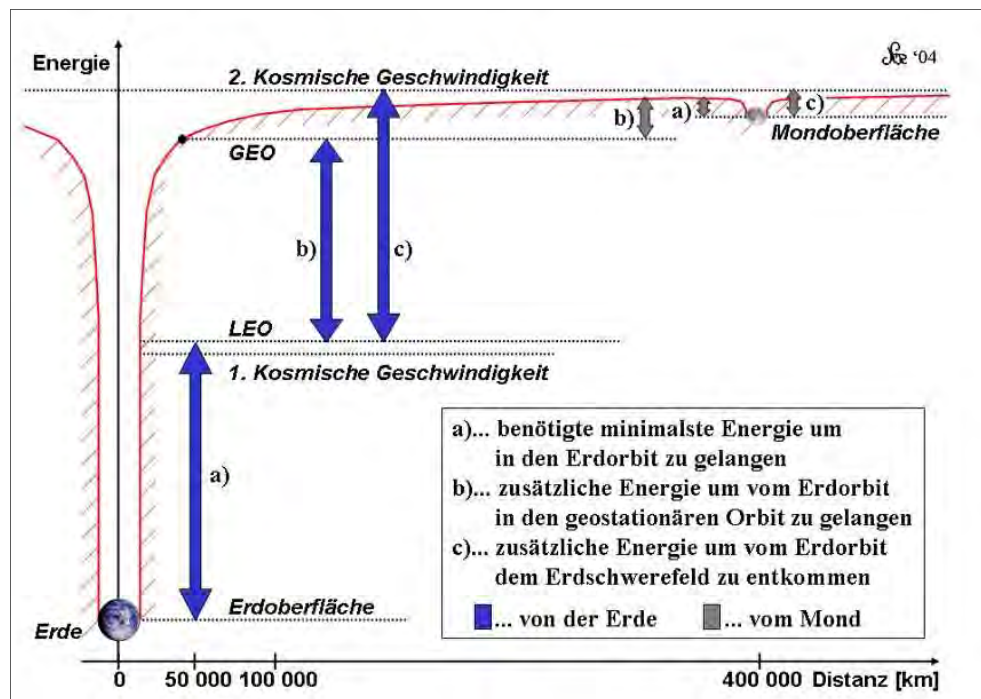


Abbildung 11: Die Energieaufwände nach dem Gravitationsbrunnenschachtmodell für das Erde-Mond-System (Quelle: Frischauf, N., 2004)

- **Wirtschaftlich kann der Mond mit einem geringen Schwerefeld und einer Unmenge an Ressourcen aufwarten.** Die Kombination beider Faktoren ermöglicht es, dass man in Zukunft Solarzellen, Strukturen, Triebwerke und andere Elemente auf dem Mond herstellen könnte, die man dann relativ kostengünstig in den Raum zwischen dem Mond und der Erde (die sogenannte „*cislunare Sphäre*“) transportieren kann. Auf diese Art und Weise ließen sich viel günstiger Raumstationen im Erd- oder im Mondorbit betreiben und Raumschiffe zusammenbauen, als wenn man alles von der Erde ins All starten müsste. Langfristig kann man erwarten, dass der Mond zum Weltraumbahnhof der

Erde werden wird, denn um vom Mond ins All zu starten, braucht man gerade mal eine Geschwindigkeit von 2 km/s, während ein Start von der Erde mit zumindest 8 km/s zu Buche schlägt. Dies macht den Start von der Mondoberfläche zum geostationären Erdorbit mit 500 US\$/kg unvergleichlich billiger, als wenn man von der Erde startete, denn hier betragen die Kosten zumindest 5000 US\$/kg⁹ (Abbildung 11).²⁴ Ein weiterer Vorteil des Mondes ist das Fehlen einer Atmosphäre, sodass man sowohl elektrische Katapulte¹⁰ als auch nukleare Antriebssysteme für den Start einsetzen könnte. Die Strahlung der Sonne und/oder des Kosmos auf der Mondoberfläche ist so stark, dass ein allfälliger nuklearer Ausstoß nicht ins Gewicht fällt.



Abbildung 12: Unterzeichnerstaaten der Artemis Accords (blau) mit Stand Mai 2026
(Quelle: Boussoufa, Y.)²⁵

- **Politisch-strategisch ist der Mond, wie schon zuvor beim Wettlauf zum Mond in den 60er Jahren, ein Ziel, durch das eine Nation in die Lage versetzt wird, ihren Tatendrang und ihre Fähigkeiten zu beweisen.** Wie bei *Apollo* kann man also „auftrumpfen“ und die anderen beeindrucken, um damit Führungsstärke zu beweisen und im Gegenzug andere Vergünstigungen zu erlangen. Auf diesem Pfad wandeln zurzeit vor allem China, Russland und zu einem gewissen Grad auch Indien, während die USA, die Kanadier, die Japaner und die Europäer langfristiger und mit dem *Artemis-Programm* auch kooperativer agieren. *Artemis* wurde hierbei bewusst als internationales Nachfolgeprogramm zu *Apollo* angelegt und soll den Mitgliedern ebenfalls strategische Vorteile bieten (Stichwort Wassereis), aber eben auch die Partnerschaft sichern und festigen, denn die USA, Europa, Kanada und Japan sehen den Mond v.a. als Sprungbrett für die weitere Erforschung des Sonnensystems und des Weltalls an (*Artemis* bzw. *Aurora* und *ISECG*, siehe Abbildung 18). Eine

⁹ Selbst bei einer SpaceX Falcon 9 Rakete betragen die Kosten 62 M\$ bei einer max. Nutzlast von 8300 kg in den GTO. Das ergibt spezifische Kosten von 7500 US\$/kg.

¹⁰ So ein Katapult könnte dann ähnlich zu einem *Electromagnetic Aircraft Launch System (EMALS)*, wie es zurzeit auf dem Flugzeugträger USS *Gerald R. Ford* CVN-78 eingesetzt wird, funktionieren⁴⁶.

Vielzahl an Ländern hat die sogenannten *Artemis Accords* (*Artemis-Abkommen*) unterzeichnet (Abbildung 12). Diese sind eine Reihe von nicht bindenden multilateralen Vereinbarungen zwischen der Regierung der USA und anderen Staaten, in denen Normen festgelegt werden, die im Welt- und in der Raumfahrt befolgt werden sollen. Die Vereinbarungen stehen naturgemäß in engem Zusammenhang mit dem *Artemis*-Programm.

2025+: Ein neuer Wettlauf zum Mond?

Wie schon im Kapitel zuvor angedeutet, ist **der Mond aus vielerlei Gründen ein lukratives Ziel, und im Gegensatz zu den 1960er-Jahren haben eine Vielzahl von Staaten nun die Mittel, um Mondmissionen** (Orbiter, Landemissionen, evtl. auch solche mit dem Rücktransport von Bodenproben) durchzuführen.

Spätestens mit der **weichen Landung der chinesischen Sonde Chang'e 3 im Jahr 2013** ist der Mond wieder hoch im Kurs und viele weitere Missionen sind zu ihm aufgebrochen und konnten erfolgreich auf ihm landen.

In diesem Zusammenhang stellt die Abbildung 13 die Landepunkte aller weich gelandeten Sonden auf der Mondoberfläche dar. Die Liste erstreckt sich über die frühen sowjetischen *Luna*- und amerikanischen *Surveyor*-Sonden, die bemannten *Apollo*-Landungen, die chinesischen *Chang'e*- und die indischen *Chandrayaan*-Sonden, sowie den japanischen *SLIM* Lander. Die Missionen *Blue Ghost Mission 1* und die *IM-1* und *IM-2* Missionen (*Intuitive Machines 1/2*) stechen aus dieser Liste als kommerzielle Missionen hervor, wobei ***IM-1 „Odysseus“ für sich in Anspruch nehmen kann, die erste erfolgreiche Mondlandung eines Privatunternehmens mit der ersten Landung in der Südpolregion des Mondes*** (80°S und 1°O, in der Nähe des *Malapert-A*-Kraters) zu sein.²⁶

Von der NASA beauftragt, war *IM-1* die erste weiche amerikanische Mondlandung nach mehr als 50 Jahren. Gleichzeitig ist sie ein Proponent der Ankerkundsstrategie der NASA (siehe Kapitel „*NewSpace*“), um im Rahmen des NASA-Programms *Commercial Lunar Payload Services* (CLPS, „kommerzielle Mondnutzlastdienste“) den Weg für die weiteren kommerziellen Mondlandungen freizumachen. Das ist in beeindruckender Weise gelungen. Die **Nachfolgemission *IM-2 „Athena“ setzte den Weg von *IM-1* konsequent fort und ist mit einem Landeplatz bei den Koordinaten 85°S und 29°O am *Mons Mouton* noch näher an den Südpol herankommen.***²⁸

Und das ist auch des Pudels Kern beim neuen Wettlauf zum Mond: es geht um die Reservierung der besten Plätze beim Süd- bzw. Nordpol des Mondes.

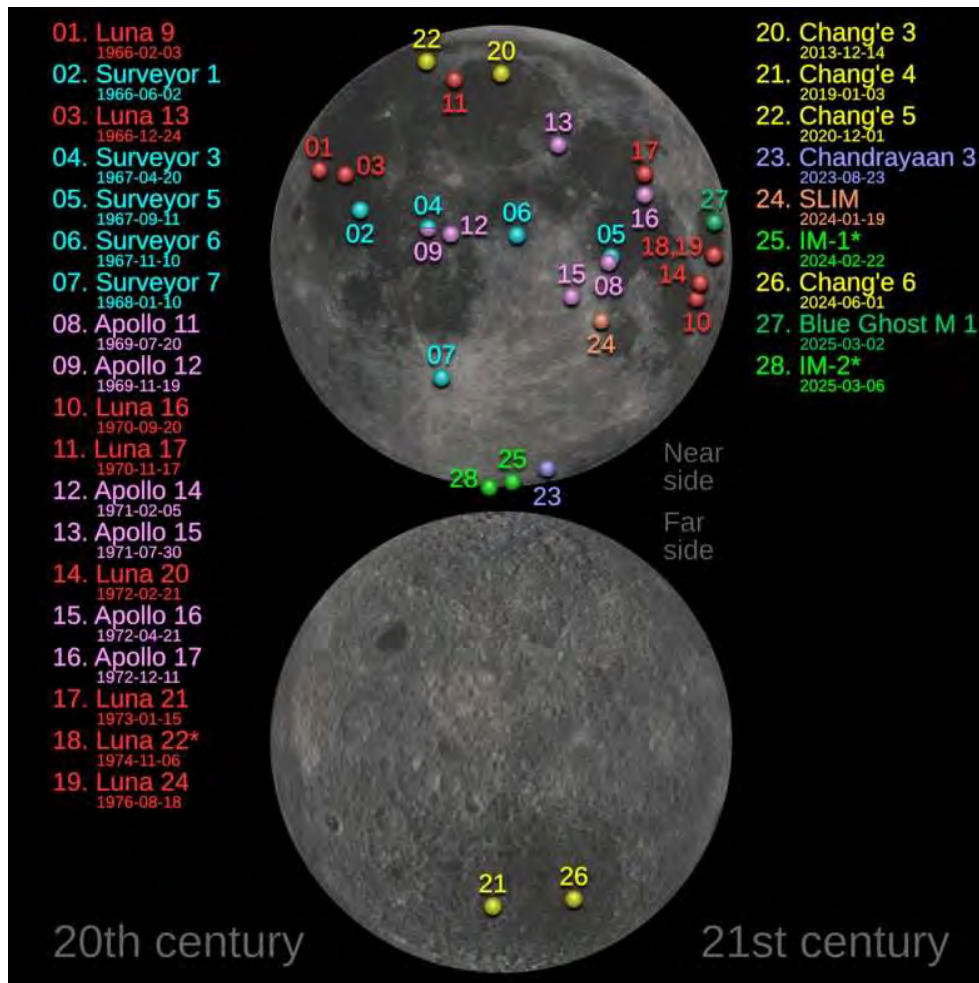


Abbildung 13: Die Landepunkte aller Mondmissionen, die weich auf der Oberfläche gelandet sind. Der Farcode ist wie folgt: Rot: UdSSR - Luna Programm; Cyan: USA - Surveyor Programm; Pink: USA - Apollo Programm; Gelb: China - Chang'e Programm; Blau: Indien - Chandrayaan Programm; Orange: Japan - SLIM; Grün: USA - Commercial Lunar Payload Services (CLPS) Missionen; ein * zeigt eine Mission an, die nur teilweise erfolgreich war (Quelle: Wikipedia und EnzoTC)²⁷

Wie es im **Weltraumvertrag** (siehe Kapitel „Vom Wettbewerb zur Phase des gegenseitigen Respekts, der Zusammenarbeit und der Koexistenz“) festgeschrieben ist, kann man keinen Himmelskörper annektieren und auch keine Grundstücke erwerben. Man **darf allerdings die Mondressourcen ausbeuten und, analog zu einer Offshore-Ölplattform auf der hohen See, Mondstationen betreiben**¹¹. Hier wiederum darf man um seine Station einen Sicherheitsperimeter definieren, in dem niemand anderes landen darf.¹²

Es ist wie in einem Kinofilm bei freier Sitzplatzwahl: **Wer zuerst kommt, kann sich den besten Platz aussuchen, wer später kommt, muss sich mit dem begnügen, was dann noch frei ist**, denn bereits besetzte Sitzplätze sind in jedem Falle zu respektieren.

¹¹ Solch eine Off-Shore Ölplattform operiert über dem Hochseeboden, der ihr naturgemäß auch nicht gehört.

¹² Damit es bei einer missglückten Landung zu keinen Schäden kommt.

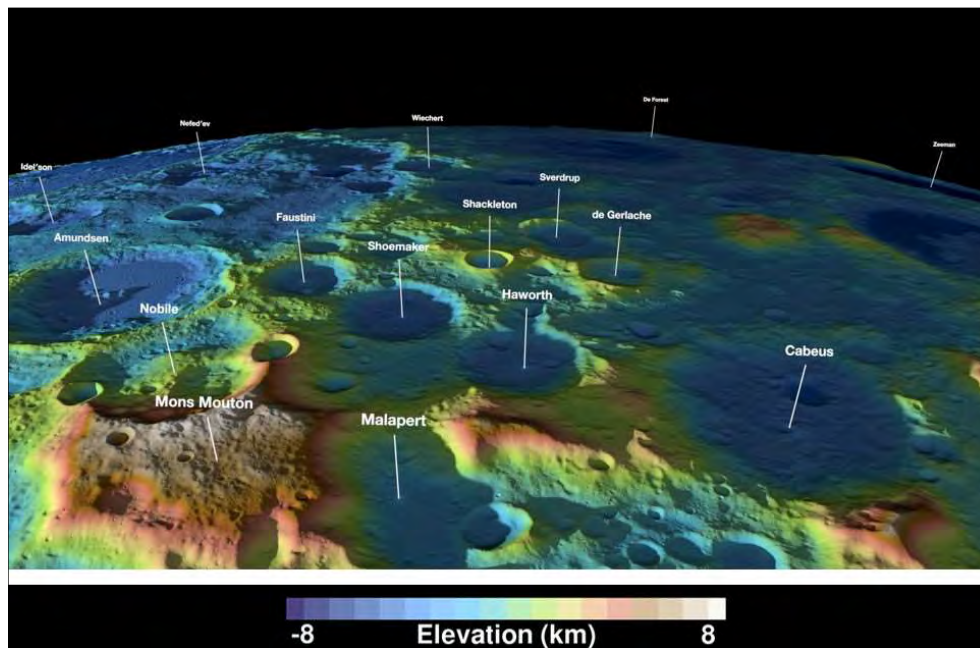


Abbildung 14: Eine Graphik, welche die wichtigsten geologischen Besonderheiten des Mondsüdpoles zeigt, wobei die Höhen und Tiefen farbkodiert dargestellt sind (Quelle: NASA)²⁹

Der Nord- bzw. Südpol ist aufgrund der Wassereisvorkommen (siehe Abbildung 10) in den permanent beschatteten Kratern (z.B. *Shoemaker*, *Malapert*, *Faustini*, etc.) und den Punkten, die sowohl eine permanente Erdsicht ermöglichen als auch für den größten Teil des Monats von der Sonne beschienen werden – wie z.B. *Mons Mouton* – besonders interessant (Abbildung 14). Der letzte Punkt ist nicht zu vernachlässigen, denn aufgrund der fehlenden Atmosphäre am Mond, kann man auch bei einer tiefstehenden Sonne das Maximum aus den Solarzellen herausholen. Und wenn die Sonne von einem hochliegenden Punkt – wie z.B. *Mons Mouton* – zu 90% des Monats sichtbar ist und diesen damit fast permanent bescheint, dann kommt man naturgemäß mit weniger Akkukapazität aus und braucht zumindest zu Beginn keine nuklearen Energiesysteme. All dies verringert die Anfangsinvestitionen, was natürlich von besonderer Bedeutung ist, wenn das Unterfangen eine starke kommerzielle Ausrichtung – Stichwort „*NewSpace*“ (siehe Kapitel „*NewSpace*“, der Trend zur Kommerzialisierung des Weltraums“) – haben soll.

So gesehen ist es kein Wunder, dass sowohl *Artemis* als auch das russisch-chinesische Pendant „*Internationale Mondforschungsstation/International Lunar Research Station (ILRS)*“³⁰ eine klare Strategie zur Erkundung allfälliger Landeplätze und den Aufbau von einer oder mehreren bemannten Mondstationen verfolgen.

Wie geht es mit der Erforschung des Mondes, sowie mit Artemis und bei ILRS weiter?

Die nächsten internationalen Missionen zum Mond sind bereits in Vorbereitung und beinhalten mit *LUPEX (Lunar Polar Exploration Mission)*³¹ eine

ARTEMIS II

First Crewed Test Flight to the Moon Since Apollo

- LAUNCH**
Astronauts lift off from pad 39B at Kennedy Space Center.
- PERIGEE RAISE MANEUVER**
- ORION SEPARATION**
FROM INTERIM CRYOGENIC PROPULSION STAGE (ICPS) FOLLOWED BY PROX OPS DEMO Plus manual handling qualities assessment for up to 2 hours.
- PERIGEE RAISE BURN**
TO HIGH EARTH ORBIT Begin 23.5 hour checkout of spacecraft.
- TRANS-EARTH**
Return Trajectory Correction (RTC) burns as necessary to aim for Earth's atmosphere; travel time approximately 4 days.
- ORION UPPER STAGE SEPARATION**
Begins high Earth orbit checkout. Life support, attitude, and habitation equipment evaluations.
- TRANS-LUNAR INJECTION (TLI) BY ORION'S MAIN ENGINE**
Lunar free return trajectory initiated with European service module.
- OUTBOUND TRANSIT TO MOON**
Outbound Trajectory Correction (OTC) burns as necessary for Lunar free return trajectory; travel time approximately 4 days.
- LUNAR FLYBY**
6,429 miles / 10,427 km (mean) lunar far-side altitude.
- TRANS-EARTH**
Return Trajectory Correction (RTC) burns as necessary to aim for Earth's atmosphere; travel time approximately 4 days.
- CREW MODULE SEPARATION FROM SERVICE MODULE**
- ENTRY INTERFACE (EI)**
Enter Earth's atmosphere.
- SPLASHDOWN**
Ship recovers astronauts and capsule.

PROXIMITY OPERATIONS DEMONSTRATION REQUIREMENTS

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17

Auch das *Artemis* Programm schreitet voran. **Im April 2026 konnte mit der *Artemis II Mission*³³ der erste bemannte Mondflug seit *Apollo 17* durchgeführt werden.** Die Missionsplanung dazu (siehe Abbildung 15) war komplex, da man alle Subsysteme sorgfältig durchtesten wollte, bevor man die Mondumkreisung in Angriff nahm. Bis auf einige kleinere Probleme – Stichwort „Welt- raum-WC“ und „Absturz des Outlook (!) E-Mail-Programms¹³“ an Bord – konnte das *Orion*-Raumschiff die Mission erfolgreich abschließen und ist nun für die weiteren Mondmissionen qualifiziert.

- **2026 sollen im Rahmen von *Artemis III* die beiden Mondfährentwürfe von *SpaceX* und *Blue Origin* (siehe Abbildung 16 bzw. Kapitel „*NewSpace*“, der Trend zur Kommerzialisierung des Weltraums“)** auf Herz und Nieren getestet werden, damit eine Entscheidung getroffen werden kann, welche Mondfähre im weiteren Programmverlauf zum Einsatz kommt;
- **2028 soll dann mit *Artemis IV* und *Artemis V* die bemannte Mondlandung** in Angriff genommen werden. Die NASA hat bewusst zwei

152

Missionen für dieses Unterfangen vorgesehen, damit die bemannte Mondlandung auch sicher in diesem Jahr klappt.¹⁴

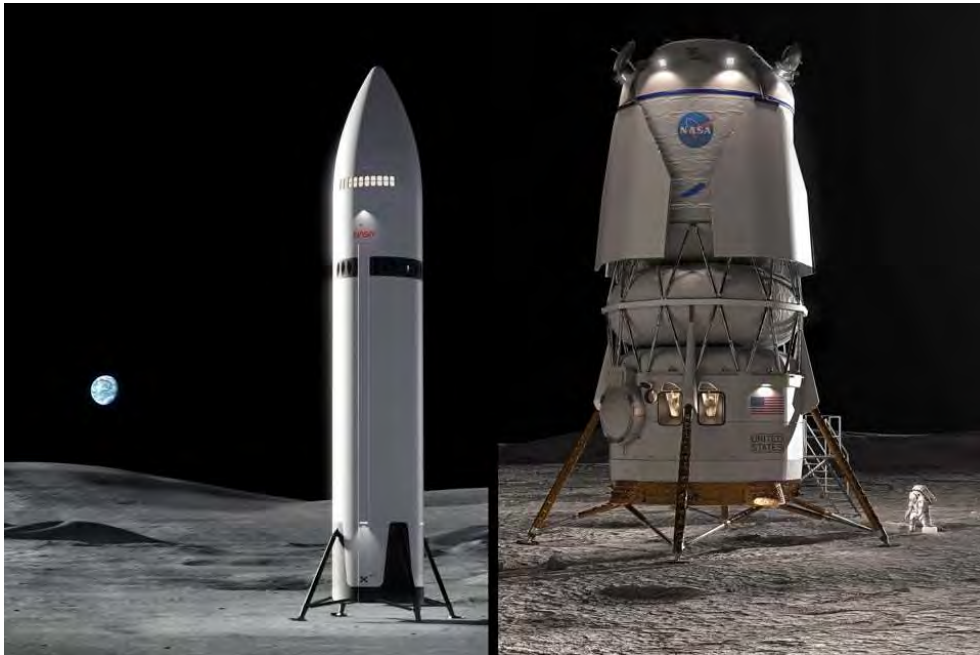


Abbildung 16: Graphische Darstellung der beiden Mondfährenentwürfe von SpaceX [Starship Human Landing System [HLS], links] und von Blue Origin [Blue Moon Mark 2, rechts] (Quelle: NASA)³⁴

China hat für 2029/2030 ebenfalls eine bemannte Landung auf dem Mond angekündigt und will in weiterer Folge gemeinsam mit Russland, Venezuela, Pakistan, Belarus, Ägypten, Südafrika, Aserbaidschan u.a. Ländern in den 2030ern die „*International Lunar Research Station (ILRS)*“ bauen und betreiben³⁰.

Es bedarf wohl keiner allzu großen Phantasie, um **hinter der ILRS eine Art „Gegenmodell“ zum westlichen Artemis Programm zu erkennen**. Damit stellt sich aber gleichzeitig auch die Frage nach den Erfolgsaussichten des ILRS-Unterfangens, denn keiner der Partner hat das Wissen und die Technologien, um ein Programm von diesen Ausmaßen umzusetzen (siehe dazu auch die detaillierte Analyse im Artikel „*Chinas Griff nach den Sternen*“, erschienen in der Publikation „*Armis et Litteris*“ Nummer 41).³⁵

Natürlich kann man versuchen, die wichtigsten Systeme zu kopieren – so wie es die Chinesen generell gerne machen und auch im Falle ihrer geplanten bemannten Mondmission (siehe Abbildung 17) – aber **eine Kopie ist selten besser als das Original**, ganz einfach deswegen, weil der ursprüngliche Entwickler die Stärken und Schwächen seines Systems viel besser kennt und damit auch in der Lage ist, das System effizient und effektiv weiterzuentwickeln.

¹⁴ Ein Schelm, der dabei denkt, dass dies etwas mit dem letzten Jahr der 2. Präsidentschaft von D. Trump zu tun hat.

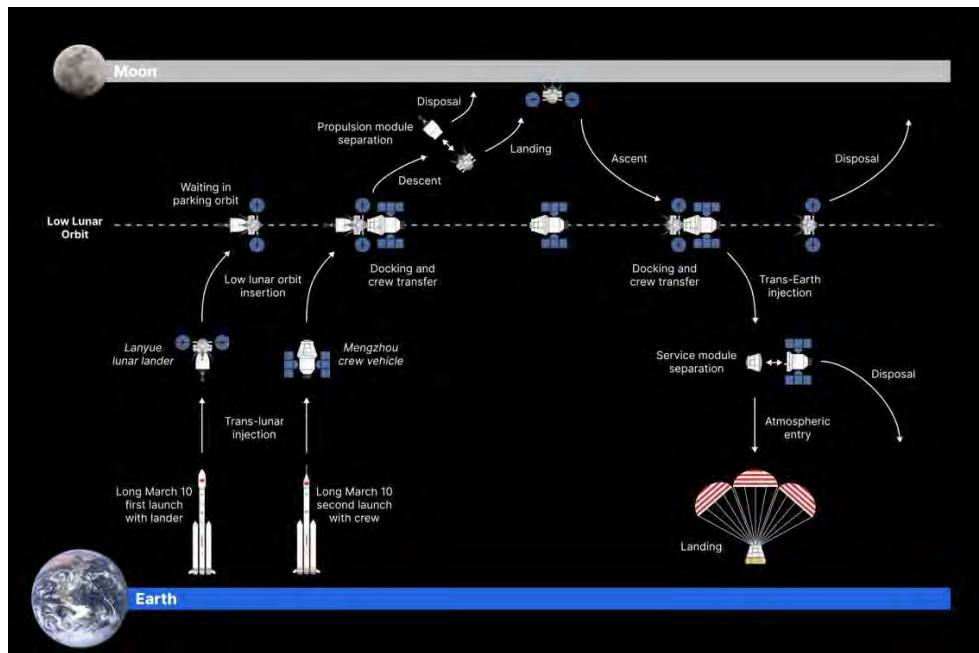


Abbildung 17: Das geplante Missionsprofil für die bemannte chinesische Mondlandung (Quelle: Wikipedia, Kaynouky)³⁶

Wenn man das geplante Missionsprofil für die bemannte chinesische Mondlandung in Abbildung 17 genauer betrachtet, so fällt dem „gelernten Raumfahrtssystemingenieur“ sofort auf, dass **die Chinesen „hemmungslos“ von Apollo, Artemis und SpaceX kopiert haben:**

- Der **Docking-Ansatz** ist dem *Apollo*-Programm entlehnt;
- die **runden Solarzellen** sind vom ursprünglichen *Orion*-Raumschiff **kopiert** – wiewohl die NASA sie in der Zwischenzeit durch rechtwinklige, europäische Solarzellen, die auf dem europäischen Service-Modul integriert sind, ersetzt hat – und
- die „*Long March 10*“ ist ein Klon der *Falcon Heavy* von *SpaceX*.

Ich wage zu bezweifeln, dass dieser „Copy & Paste“ Ansatz ein schlauer Schachzug ist, denn er birgt das immense Risiko des Scheiterns in sich, da derjenige, der kopiert, nicht wirklich weiß, wozu das System in der Lage ist und wozu nicht. Im Endeffekt sind es die chinesischen Astronauten (oder Taikonauten), die dieses Risiko tragen werden – man kann nur hoffen, dass der Versuch der Chinesen, mit dem Westen Schritt zu halten, nicht mit großen Schritten in ein Desaster führt.

Wie ich schon im Artikel „*Chinas Griff nach den Sternen*“³⁵ ausgeführt habe, wird **diese negative Risikoeinschätzung auch noch durch das gegenwärtige geopolitische Klima verstärkt**, da zurzeit keine Aussicht besteht, dass die ILRS-Partner allfälliges risikominimierendes Wissen oder die dazugehörigen Technologien im Westen einkaufen können.

Wenn es um das Thema „Technologien“ geht, folgt der Weltraum ganz eigenen Spielregeln. **Weltraumtechnologien sind IMMER strategische Technologien, und deswegen hat der Westen ein scharfes Auge darauf, wo diese**

Technologien eingesetzt werden und wer sie verwenden will und auch darf (Stichwort *ITAR*).

Damit verfängt im Weltraum auch nicht die übliche Strategie Chinas, sich bestimmte Technologien über Wissens- oder Technologietransfers anzueignen, um möglichst schnell aufzuholen und/oder um diese Technologie zu kopieren – im Gegensatz zu Russland in den 2000er-Jahren ist der Westen hier einfach viel zu restriktiv. **Solange also China und die anderen *ILRS*-Partner vom Westen abgeschnitten sind, können sie nur versuchen, die Technologien, die sie brauchen, selbst zu entwickeln.** Im Falle einer so komplexen Mission wie einer bemannten Mission zum Mond, einer bemannten Mondstation oder einem Flug zum Mars ist dies ein langer, steiniger und sehr kostspieliger Weg (vgl. Abbildung 18).

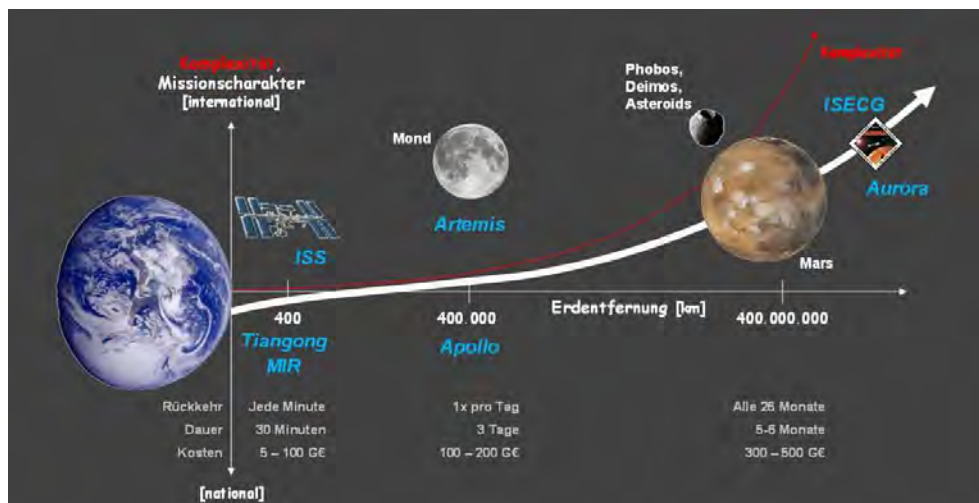


Abbildung 18: Der Anstieg der Komplexität einer bemannten Mission; vom Erd- über den Mondorbit bis hin zu Phobos, Deimos und Mars. Je weiter man sich von der Erde entfernt, desto stärker steigen die Risiken und die Kosten und damit auch der Druck zur internationalen Zusammenarbeit (Quelle: Frischauf N., 2023)³⁵

Wissenschaftspropaganda bringt dich ins Fernsehen...

Als die chinesische Sonde *Chang'e 4* am 3. Jänner 2019 kontrolliert im Mondkrater *Von Kármán* im *Südpol-Aitken-Becken* aufsetzte (siehe Abbildung 13), war die Presse vollkommen aus dem Häuschen. Schlagzeilen wie „**China ist als erste Nation auf der dunklen Seite des Mondes gelandet!**“ gingen um die Welt und suggerierten, dass das Reich der Mitte auch in der Weltraumfahrt ganz vorne mitmischte und zum Westen aufgeschlossen bzw. ihn überholt hat.

Was in keinem der Artikel allerdings erwähnt wurde, ist der Umstand, dass diese Landung schon vor vielen Jahren von den USA, Europa oder Japan hätte durchgeführt werden können. Da der zu erwartende Wissensgewinn allerdings in keinem Verhältnis zu den Kosten stand, wendete man sich lieber interessanteren Zielen wie den lunaren Polen, den Asteroiden, Mars, Venus oder anderen Planeten zu. Denn alles, was es braucht, um auf der dunklen¹⁵ Seite, also

¹⁵ „Dunkel“ bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass diese Seite niemals von der Sonne beschienen wird – sie erhält genauso viel Licht wie die der Erde zugewandte Seite – sondern ist

der erdabgewandten Seite, des Mondes zu landen und zu operieren, ist ein Relaissatellit, der die Daten von der Erde zur Sonde hin- und zurückleitet. Man muss de facto zwei Satelliten starten, um eine Mission durchzuführen.

Es war dieser Mehraufwand und der Umstand, dass man die Mondoberfläche sehr gut mit Sonden aus dem Mondorbit untersuchen kann, der die Missionsplaner bei NASA, ESA und Co. dazu bewog diese Mission nicht in Erwägung zu ziehen. Aus diesem Grund **gab es auch niemals ein „Weltraumrennen um die ferne Seite des Mondes“**, und die Behauptung, dass China nun zu den Anführern im Bereich der Exploration gehört, ist aufgrund des fehlenden Innovationsgrads der chinesischen Mission ebenfalls sehr weit hergeholt.

Was bleibt ist ein schaler Nachgeschmack einer hochgejubelten Mondmission (*Chang'e 4*), der es bei genauerer Betrachtung sowohl an wissenschaftlichem Tiefgang als auch an technologischer Innovation fehlte.

Wenn die Chinesen von Anfang an auf diesen Hype setzten – und davon muss man ausgehen – dann muss man ihnen unumwunden zu diesem medialen Erfolg gratulieren. Gleichzeitig muss man aber **auch mit den Social Media Redakteuren, den Bloggern und auch einigen Wissenschaftsjournalisten hart ins Gericht gehen**, denn sie haben offenkundig die chinesische Hype-Botschaft unreflektiert übernommen und weiterverbreitet.

Dass hinter dieser „*chinesischen Wissenschafts- und Technologiepropaganda*“ eine breitangelegte Methodik steckt, die mittlerweile über die Raumfahrt hinausgeht, wird immer offenkundiger. Da wie dort wird versucht, im Westen ein Image zu suggerieren, wonach das Reich der Mitte mittlerweile in (fast) allen Belangen mit dem Westen gleichgezogen, bzw. diesen sogar überholt (!), hat.

Besonders schillernde Beispiele für die **oftmals unreflektiert wiedergegebenen modernen chinesischen technisch-wissenschaftlichen Volksmärchen**, die zuletzt im Wochen- bzw. Monatsintervall in den Medien auftauchten, sind u.a. der ominöse Supraleiter *LK-99*³⁷, der schon bei Raumtemperatur supraleitend sein sollte, die Nuklearbatterie *Betavolt BV100*³⁸, die auf der Basis von ⁶³Ni 50 Jahre lang ununterbrochen Strom erzeugen sollte, oder die immer wiederkehrenden Erfolgsmeldungen des *EAST-Reaktors*³⁹, die bei genauerer Betrachtung interessant, aber nicht wirklich revolutionär sind, wenn man sie in Kontext zum Fusionsexperiment *Wendelstein 7-X*⁴⁰ stellt, der im Gegensatz zum *EAST-Reaktor* einen wirklich radikal anderen und sehr innovativen Ansatz, verfolgt.¹⁶

vielmehr als „*okkult*“ also als „*geheimnisvoll*“ zu verstehen, eben weil man diese Seite nie zu sehen bekommt.

¹⁶ Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen und auch auf den Militärbereich aufweiten, wie z.B. auf den vertikalen Fake-Take-Off des chinesischen J-20 Kampfbjets.⁴⁷

Was auch immer die genauen Gründe für diese regelmäßig wiederkehrenden Falschmeldungen sind, sie sind kein neues Phänomen, denn **chinesische Staatsmedien verbreiten bereits seit Mai 2017 die Erzählung, dass China die Hochgeschwindigkeitszüge, das mobile Bezahlssystem, E-Commerce und den Fahrradverleih erfunden hat.**⁴¹ **Nichts davon ist wahr.** China hat keine dieser Technologien erfunden – aber es hat auf jeden Fall bei der großflächigen Umsetzung dieser Technologien bzw. Dienste eine Vorreiterrolle übernommen.

Fazit: Nicht jede neue technologische Errungenschaft „Made in China“ ist echt – oftmals handelt es sich einfach nur um eine maßlose Übertreibung oder – um es etwas spitzfindiger auszudrücken – um ein modernes chinesisch technisch-wissenschaftliches Volksmärchen.

... aber nicht notwendigerweise zum Mond

Im Lichte all dieser Falschmeldungen lässt sich mit Fug und Recht festhalten, dass **die bemannte Mondlandung zu Chinas wahrem Lackmustest werden wird.** Gelingt es den Chinesen, sicher zum Mond zu fliegen, auf ihm zu landen und auch sicher wieder von dort zurückzukehren, dann reihen sie sich wirklich in die Gruppe der Länder ein, die wahrhaftig Großartiges vollbracht haben.

Inwieweit die Technologien, die dabei zum Einsatz kommen werden, wirklich zu 100% „chinesisch“ sind, wird man sehen. Ich tippe – neben all der sich bereits jetzt abzeichnenden typischen „Copy & Paste-Methodik“ – auf einen sehr starken russischen Technologieanteil, denn das größte Land der Erde hat nicht umsonst für eine Dauer von 40 Jahren an vorderster Front in der Raumfahrt mitgewirkt und dadurch sehr viel Know-how und Erfahrung angesammelt.

So oder so ist davon auszugehen, dass das Risikoprofil des chinesisch-russischen bemannten Mondprogramms ein anderes, als das des westlichen Artemis-Programms sein wird.

Die größte Stärke der Chinesen und der Russen – ihre autokratische Entscheidungsstruktur, die schnellere Entscheidungen ermöglicht – ist auch gleichzeitig ihre größte Schwäche, da schnelle Entscheidungen nicht unbedingt wohl durchdachte sind, speziell dann, wenn sie in einem Ökosystem getroffen werden, das sich durch starke politisch-wirtschaftliche Abhängigkeiten samt dazugehöriger Echokammern auszeichnet. **Ähnlich wie beim ehemaligen Warschauer Pakt besteht auch beim ILRS-Konsortium die Gefahr einer immensen Schiefelage in der Partnerstruktur, die einen Großteil der beteiligten Länder zu beitragszahlenden Statisten degradiert, während China und/oder Russland – es wird spannend sein zu sehen, wer hier letzten Endes den Ton**

angibt und wie lange diese Dichotomie von Bestand sein kann – das Projekt mit Zuckerbrot (?) und Peitsche (!) vorantreiben.

Conclusio: Der Mond ist zwar der achte Kontinent der Erde, aber er ist nicht um die Ecke – und gastfreundlich ist er auch nicht

Aufgrund seiner relativen Nähe, den speziellen geologischen und astrodynamischen Gegebenheiten ist der Mond von herausragender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Menschheit. Da der Weltraum heutzutage eine Vielzahl an Diensten für das alltägliche Leben auf der Erde zur Verfügung stellt, geht **die Bedeutung des Mondes weit über die eigentliche Raumfahrt hinaus und erstreckt sich gleichermaßen in die (geo-)politische, die wirtschaftlich-strategische und die wissenschaftlich-technologische Domäne.**

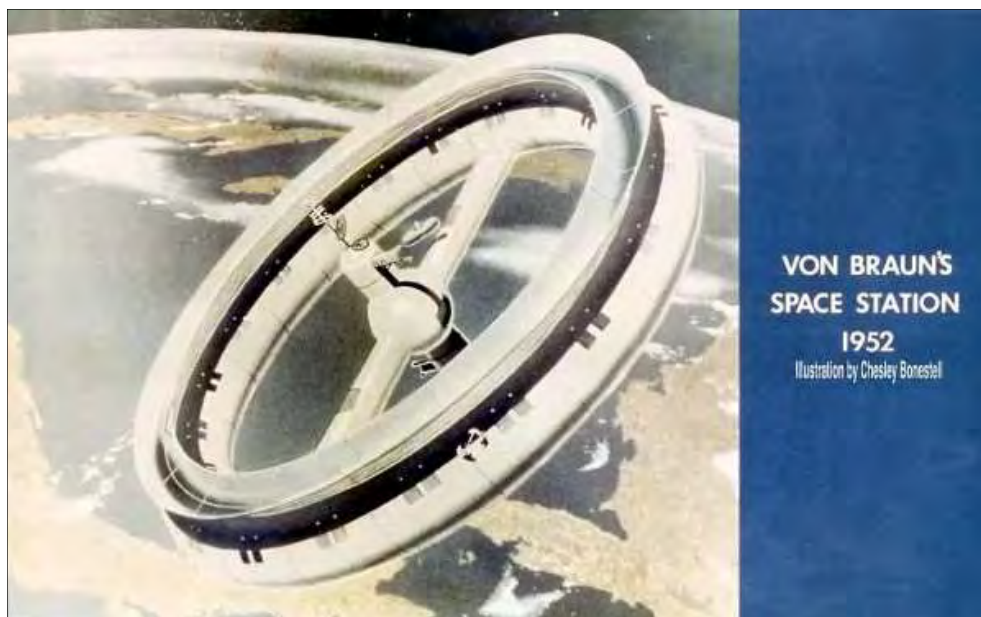


Abbildung 19: Radförmige Raumstation nach einem Entwurf von Wernher von Braun (Quelle: NASA)⁴²

Mit *Artemis* und *ILRS* wird die Menschheit den ersten Schritten von Neil Armstrong folgen und eine permanente Präsenz auf dem treuen Begleiter der Erde aufbauen. Wenn die Visionen von H. Potočník (alias H. Noordung), W. von Braun, Gerard K. O'Neill u.a. wirklich umgesetzt werden sollten, dann wird der **Mond der Dreh- und Angelpunkt der cislunaren Ökonomie werden** und die geplanten Raumstationen (siehe Abbildung 19) aber auch die interplanetaren Raumschiffe mit den notwendigen Materialien versorgen.

Aufgrund des geringen Schwerefeldes des Mondes und der fehlenden Atmosphäre ist davon auszugehen, dass dem **Mond eine herausragende Rolle als Weltraumbahnhof der Erde zukommen wird.** Flüge zum Mars und darüber hinaus, werden von nuklear angetriebenen Raumschiffen erfolgen, die vom Mondorbit aus starten werden. Die Astronauten und die Passagiere, werden – so wie im Film „2001“ dargestellt – mit einem Shuttle zur Raumstation im Erdborbit fliegen, um dann in weiterer Folge zum Mond zu reisen, wo sie in das interplanetare Raumschiff umsteigen werden.

Spätestens dann, wenn all diese Visionen wahr geworden sind, wird **der Mond zum 8. Kontinent der Erde geworden sein**. Und dann wird es auch nicht mehr von Belang sein, ob die Mondstationen einmal als westliche, östliche oder südliche Stationen gebaut worden sind.

Sobald der Mond die Rolle des irdischen Weltraumbahnhofs eingenommen hat, wird sich ein weiteres, visionäres Zitat aus den frühen Jahren der Weltraumfahrt erfüllen. Dieses Zitat stammt vom deutschen Weltraumwissenschaftler Krafft Ehrlicke und lautet: „**Wenn Gott gewollt hätte, dass der Mensch in den Weltraum geht, hätte er ihm einen Mond gegeben.**“⁴³

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Quellen

1. Wikipedia. Fly Me to the Moon. Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Fly_Me_to_the_Moon (2026).
2. Wikipedia. Apollo 10. Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Apollo_10 (2026).
3. Wikipedia. Alan Shepard. Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Alan_Shepard (2026).
4. Historic Spacecraft. Rockets that have Launched Humans into Orbit. Historic Spacecraft https://historicspacecraft.com/Space_Graphics.html (2026).
5. NASA History Office. The Decision to Go to the Moon: President John F. Kennedy's May 25, 1961 Speech before a Joint Session of Congress. NASA History Office <https://www.nasa.gov/history/the-decision-to-go-to-the-moon/> (1998).
6. States., U. 1974 NASA Authorization Hearings, Ninety-Third Congress, First Session, on H.R. 4567 (Superseded by H.R. 7528). vol. pt.2 (U.S. Govt. Print. Off., Washington, 1973).
7. Wikipedia. Alle Starts der Saturn-V-Raketen von 1967 bis 1973. Wikipedia [https://de.wikipedia.org/wiki/Saturn_\(Rakete\)#Saturn_V](https://de.wikipedia.org/wiki/Saturn_(Rakete)#Saturn_V) (2026).
8. Apollo11Space. The F-1 Engine: A Triumph of Innovation in Space. Apollo11Space <https://apollo11space.com/the-f-1-engine-a-triumph-of-innovation-in-space/> (2026).
9. Wikipedia. N1 (Rakete). Wikipedia [https://de.wikipedia.org/wiki/N1_\(Rakete\)](https://de.wikipedia.org/wiki/N1_(Rakete)) (2026).
10. Sesnic, T. Starship vs. N1: Engine Philosophies. Everyday Astronaut <https://everydayastronaut.com/starship-vs-n1/> (2023).
11. Stevens, N. Base of the N-1 with 30 engines. Nick Stevens Graphics <https://nick-stevens.com/2016/09/13/nk-33-rocket-engines/> (2016).
12. Wikipedia. Von Braun vor den Triebwerken der Saturn V. Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Wernher_von_Braun (2026).
13. Wikipedia. Sowjetisches bemanntes Mondprogramm, Trägerrakete N1. Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Sowjetisches_bemanntes_Mondprogramm (2026).
14. Von Braun, W. Manned Mars Landing - Presentation to the Space Task Group. <https://newspaceconomy.ca/2024/04/15/nasas-ambitious-vision-for-manned-mars-exploration-in-the-early-1980s/> (1969).
15. Wikipedia. Apollo-Sojus-Test-Projekt (ASTP), Emblem der Mission. Wikipedia <https://de.wikipedia.org/wiki/Apollo-Sojus-Test-Projekt> (2026).
16. Wikipedia. Weltraumvertrag. Wikipedia <https://de.wikipedia.org/wiki/Weltraumvertrag> (2026).

17. Wikipedia. Strategic Defense Initiative (SDI). Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Strategic_Defense_Initiative (2026).
18. Rühle, M. Historische Rede zur Raketenabwehr: Als Ronald Reagan mit kühnen Visionen Realpolitik betrieb. NZZ <https://www.nzz.ch/meinung/wie-ronald-reagan-mit-kuehnen-visionen-realpolitik-betrieb-seine-historische-rede-zur-raketenabwehr-ld.1722559> (2023).
19. Frischauf, N. & Horn, R. Survey of the Chinese and Indian Telecom Space Industry and Market. <https://connectivity.esa.int/projects/survey-chinese-and-indian-telecom-space-industry-and-market> (2010).
20. Bryce. State of the Satellite Industry Report 2025. Satellite Industry Association (SIA) <https://sia.org/news-resources/state-of-the-satellite-industry-report/> (2026).
21. Space Travel. Shuttle News: High costs, mixed record for US space shuttle. Space Travel https://www.space-travel.com/reports/High_costs_mixed_record_for_US_space_shuttle_999.html (2011).
22. Frischauf, N., Horn, R., Baumann, I. & Heinrich, O. NewSpace - Geschäftsmodelle an der Schnittstelle von Raumfahrt und digitaler Wirtschaft. (2016). doi:10.13140/RG.2.1.4647.5768.
23. Westram, H. Wasser auf dem Mond: Wie kommt gefrorenes Wasser auf den Mond? ARD Alpha <https://www.ardalpha.de/wissen/weltall/astronomie/mond/mond-wasser-h2o-geologie-104.html> (2023).
24. De Selding, P. SpaceX's new price chart illustrates performance cost of reusability. Space-News <https://spacenews.com/spacexs-new-price-chart-illustrates-performance-cost-of-reusability/> (2016).
25. Wikipedia. Artemis Accords. Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Artemis_Accords (2026).
26. Wikipedia. IM-1 (Intuitive Machines 1) 'Odysseus'. Wikipedia <https://de.wikipedia.org/wiki/IM-1> (2026).
27. Wikipedia. Moon landing. Wikipedia https://en.wikipedia.org/wiki/Moon_landing (2026).
28. Wikipedia. IM-2 (Intuitive Machines 2) 'Athena'. Wikipedia <https://en.wikipedia.org/wiki/IM-2> (2026).
29. Wright, E. Lunar South Pole Terrain in Coded Color. NASA Scientific Visualization Studio <https://svs.gsfc.nasa.gov/5127/> (2023).
30. Wikipedia. Internationale Mondforschungsstation (ILRS). Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Internationale_Mondforschungsstation (2025).
31. Wikipedia. Lunar Polar Exploration Mission (LUPEX). Wikipedia https://en.wikipedia.org/wiki/Lunar_Polar_Exploration_Mission (2026).
32. Wikipedia. Luna 26. Wikipedia https://en.wikipedia.org/wiki/Luna_26 (2026).
33. Wikipedia. Artemis II / Artemis 2. Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Artemis_2 (2026).
34. Wikipedia. Artemis III / Artemis 3. Wikipedia https://en.wikipedia.org/wiki/Artemis_III (2026).
35. Frischauf, N. Chinas Griff nach den Sternen. in „Die Rückkehr des Drachen - Chinas Einfluss auf die Machtkonstellation im 21. Jahrhundert“ vol. Band 41 252–272 (2023).
36. Wikipedia. Long March 10. Wikipedia https://en.wikipedia.org/wiki/Long_March_10 (2026).
37. Jackson, F. "The game is over" for room-temperature superconductivity claim. Tech HQ <https://techhq.com/news/are-the-claims-of-superconductor-lk-99-true/> (2023).

38. Foster, B. China just created a nuclear battery the size of a coin — it lasts 100 years without charging. Glass Almanac <https://glassalmanac.com/china-just-created-a-nuclear-battery-the-size-of-a-coin-it-lasts-100-years-without-charging/> (2025).
39. Pester, P. China's 'artificial sun' shatters nuclear fusion record by generating steady loop of plasma for 1,000 seconds. Live Science <https://www.livescience.com/planet-earth/nuclear-energy/chinas-artificial-sun-shatters-nuclear-fusion-record-by-generating-steady-loop-of-plasma-for-1-000-seconds> (2025).
40. EUROfusion. Wendelstein 7-X sets World record for long plasma triple product. EUROfusion Member News <https://euro-fusion.org/eurofusion-news/wendelstein-7-x-sets-world-record-for-long-plasma-triple-product/> (2025).
41. Jakhar, P. Who really came up with China's 'four new inventions'? BBC <https://www.bbc.com/news/world-asia-china-43406560> (2018).
42. Alderamin. Über die Erzeugung künstlicher Schwerkraft in Raumfahrzeugen. Alpha Cephei <https://scienceblogs.de/alpha-cephei/2019/02/11/ueber-die-erzeugung-kuenstlicher-schwerkraft-in-raumfahrzeugen/> (2019).
43. Fusion Redaktion. Interview mit Astrid Ehrlicke: „Wenn Gott gewollt hätte, dass der Mensch in den Weltraum geht, hätte er ihm einen Mond gegeben.“. Fusion <https://www.fusionmagazin.de/article/interview-mit-astrid-ehricke-wenn-gott-gewollt-haette-dass-der-mensch-in-den-weltraum-geht-haette-er-ihm-einen-mond-gegeben/> (2025).
44. Abrahamson, J. A. & Cooper, H. F. What Did We Get For Our \$30-Billion Investment In SDI/BMD? http://highfrontier.org/wp-content/uploads/2016/08/What-for-30B_.pdf (1993).
45. Pianta, M. New technologies across the Atlantic: US Leadership or European Autonomy? The United Nations University <https://archive.unu.edu/unupress/unupbooks/uu38ne/uu38ne0c.htm#4.9.%20the%20case%20of%20the%20us%20strategic%20defence%20initiative> (1988).
46. Wikipedia. Electromagnetic Aircraft Launch System (EMALS). Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Electromagnetic_Aircraft_Launch_System (2025).
47. HKT. The so-called vertical take-off and landing J-20 is fake, but it can be true that the Chinese Navy needs STOVL fighters. iMedia <https://min.news/en/military/83bca5cdd813bb2aa44ac609e014d037.html> (2026).

Der Einsatz von KI in aktuellen Konflikten

Aspekte und Implikationen für Europa

von Daniel Hikes-Wurm

Künstliche Intelligenz spielt eine zentrale Rolle in modernen Konflikten wie dem Irankrieg und verkörpert eine strategische Ressource. So beeinflusst sie unter anderem militärische Entscheidungsfindung und den Informationsraum. Details zu Funktionsweise, Nutzung oder Konsequenzen sind jedoch oft schwierig zu präzisieren oder nicht öffentlich verfügbar. Insgesamt bedarf der Umgang mit KI einer holistischen Strategie. Das lässt sich an der Herausforderung der Proliferation KI-generierter Inhalte zu aktuellen Konflikten in sozialen Medien aufzeigen.

Die Förderung kritischen Denkens ist hier wesentlich. Dies erfordert jedoch nicht nur bildungspolitische, sondern auch sozial- und gesundheitspolitische Maßnahmen. Mit fortschreitenden technologischen Entwicklungen wird KI das 21. Jahrhundert weiter maßgeblich prägen.

Einleitung

Technologien, die auf Automatisierung und Autonomie abzielen, werden schon seit Jahrzehnten in Waffensysteme integriert.¹ Im Februar 2026 begann der aktuell fortlaufende Irankrieg der USA und Israel gegen den Iran. Er wurde daraufhin als der erste große Konflikt beschrieben, der grundlegend von KI geprägt worden ist, eine These, die sich medial rasch verbreitet hat. Der Chief Technology Officer von Palantir, Shyam Sankar, bezeichnete diesen Krieg in einem Interview als einen Wendepunkt moderner Kriegsführung: „Menschen werden zurückschauen und sagen, das war die erste groß angelegte Kampfoperation, die durch Technologie und KI maßgeblich vorangetrieben, verbessert und wesentlich effizienter gestaltet wurde.“² Bei näherer Betrachtung stellen sich der Einfluss von militärischer KI sowie ihre Auswirkungen in diesem Krieg jedoch als vielschichtig und schwierig zu präzisieren heraus. Dieser Artikel greift zwei Aspekte der Thematik heraus, nämlich die militärische Entscheidungsfindung und den Informationsraum, und zieht Ableitungen für Europa.

Die Rolle von KI in der militärischen Entscheidungsfindung

KI ermöglicht die schnelle Verarbeitung und Analyse von großen Datenmengen aus einer Vielzahl von Quellen. Die Anwendung von KI zur militärischen Entscheidungsfindung hat sich in mehreren aktuellen Konflikten, darunter im Irankrieg, im Russland-Ukraine-Krieg sowie im Gaza-Krieg, gezeigt. Allerdings sind Details zur Nutzung und ihrem Ausmaß oft unklar.

Der Irankrieg begann am 28. Februar 2026 mit Angriffen der USA und Israels auf den Iran. Laut Medienberichten verwendete das US-Militär in den ersten 24 Stunden des Kriegs das *Maven Smart System*, eine Plattform, die dazu gedacht ist, Militärpersonal in der Zielauswahl zu unterstützen, um ungefähr 1.000 Ziele anzugreifen. Die *Washington Post* berichtete, dass *Maven* Software, primär von Palantir³, integriert, um große Datenmengen, unter anderem aus geheimdienstlichen Quellen und Drohnenaufnahmen, zu verarbeiten und Ziele je nach Bedeutung zu ordnen. KI-Systeme dieser Art, die Daten zusammenstellen, zusammenfassen und analysieren, sind als „Entscheidungsfindungsunterschützungs-systeme“ bekannt, die theoretisch lediglich Empfehlungen abgeben und Überwachung erfordern. Eine Pressemitteilung des *US Department of War* aus dem Jahr 2024 erklärte: „Das MSS greift auf Sensordaten zu und wendet Algorithmen an, um Soldaten an der Front bei der Identifizierung und Bekämpfung militärischer Ziele zu unterstützen. Es unterstützt zudem die Genehmigung von Angriffen durch die Befehlskette und dient als Speicherort für die Bewertung der Kampfschäden nach der Durchführung von Angriffen.“⁴ Admiral Brad Cooper, Chef des US-Zentralkommandos der Operation *Epic Fury*, sagte über die Anwendung

¹ <https://blogs.lse.ac.uk/usappblog/2026/05/18/us-use-of-ai-in-the-iran-conflict-highlights-the-continuing-debate-around-the-role-of-people-in-warfare/>

² <https://smallwarsjournal.com/2026/03/27/the-first-ai-driven-war-palantirs-perspective-on-iran/>

³ <https://www.csis.org/analysis/what-maven-smart-system-and-what-does-it-do>

⁴ <https://www.war.gov/News/News-Stories/Article/Article/3892427/defense-leaders-combine-top-down-guidance-with-frontline-expertise-to-develop-c/>

von KI zur militärischen Entscheidungsfindung: „Fortgeschrittene KI Werkzeuge können Prozesse, die früher Stunden und manchmal sogar Tage dauerten, auf wenige Sekunden verkürzen.“⁵

Zuvor hat Israel laut dem *Guardian* das auf den Namen *Lavender* getaufte KI-System als Teil des Prozesses zur Identifizierung potenzieller Ziele für Luftangriffe gegen die Hamas in Gaza eingesetzt. Im Ukraine-Krieg verwenden beide Seiten KI zur Datenverarbeitung und Zielauswahl. Laut dem ukrainischen Vizeverteidigungsminister Yuri Myronenko erhält das ukrainische Militär jeden Monat über 50.000 Videoaufnahmen von der Frontlinie und analysiert diese mit KI, um diese massiven Informationsmengen zu verarbeiten, Ziele zu identifizieren und sie auf einer Karte zu platzieren.

Die Genauigkeit und die menschliche Überwachung solcher KI-Systeme sind in diesem Kontext entscheidend. Heidy Khlaaf vom *AI Now Institute* kritisiert die positive Hervorhebung der Geschwindigkeit, mit der KI-Daten verarbeiten kann: „Es ist sehr gefährlich, dass ‚Geschwindigkeit‘ uns hier als strategisch verkauft wird, wenn es in Wahrheit ein Deckmantel für wahllose Zielauswahl ist, wenn man berücksichtigt, wie ungenau diese Modelle sind.“⁶ Auch gibt sie zu bedenken, dass die menschliche Überwachung womöglich nicht sehr effektiv ist.⁷

Myriam Dunn Cavelty vom *Center for Security Studies* kritisiert, dass der Fokus der öffentlichen und politischen Diskussion auf technischen Fähigkeiten oder Unzulänglichkeiten von KI unverhältnismäßig ist. Es sind menschliche, institutionelle und politische Dynamiken, die letztlich ausschlaggebend für die Rahmenbedingungen der Verwendung von KI sind.⁸ Exemplarisch für diese Tendenz führt sie den US-Angriff auf eine iranische Grundschule in Minab am 28. Februar an, der über 170 Menschen tötete, darunter mindestens 110 Schulkinder⁹. Viele der ersten Medienberichte erklärten dies mit einem KI-Versagen. Spätere Analysen zeichneten eine diffusere Kausalkette. Da unsere Einsicht in KI-Systeme häufig beschränkt ist, bleibt häufig ungeklärt, wie oft KI-Systeme Fehler machen, wie diese aufgespürt werden, und wie oft Menschen sie überschreiben. Diese technologisch bedingte Unsicherheit könnte zu einem Merkmal moderner Kriegsführung werden.

Die Rolle von KI im Informationsraum

In militärischen Konflikten hat die Nutzung von KI den Informationsraum wesentlich geprägt. Die Gegenangriffe des Irans fanden genauso sehr online statt wie auf dem Gefechtsfeld. *Social Media*-Nutzerkonten, die mit dem Iran assoziiert werden, fluteten soziale Netzwerke mit Deepfakes, Falschmeldungen zu militärischen Erfolgen, und Narrativen, die den Krieg als ein teures Unternehmen

⁵ <https://www.nbcnews.com/tech/tech-news/us-military-using-ai-help-plan-iran-air-attacks-sources-say-lawmakers-rcna262150>

⁶ <https://www.csis.org/analysis/what-maven-smart-system-and-what-does-it-do>

⁷ <https://www.france24.com/en/middle-east/20260321-streamlining-the-kill-chain-how-ai-is-changing-modern-warfare-iran>

⁸ <https://css.ethz.ch/en/center/CSS-news/2026/04/what-we-know-and-dont-know-about-ai-in-iran.html>

⁹ <https://www.amnesty.de/aktuell/iran-us-angriff-schule-kinder-getoetet-amnesty-recherche>

darstellten, getrieben von korrupten Individuen einer Elite auf Kosten gewöhnlicher amerikanischer Bürgerinnen und Bürger. Innerhalb weniger Stunden nach den ersten Angriffen verteilten koordinierte Netzwerke KI-generierte Aufnahmen in sozialen Medien, die iranische Raketen dabei zeigten, wie sie US-amerikanische und israelische Einrichtungen im Ausland zerstörten, darunter Botschaften, Militärstützpunkte, Flugzeugträger und Städte. Zu den Falschmeldungen in pro-iranischen Netzwerken zählten beispielsweise Behauptungen über eine gefangengenommene Besatzung eines US-Bombers, amerikanische Verluste von hunderten Soldaten, sowie der Tod von Benjamin Netanjahu.¹⁰ KI-generierte Videos und Satellitenaufnahmen, die zur Untermauerung falscher oder irreführender Behauptungen genutzt wurden, erzielten mehrere hundert Millionen Aufrufe. Die Firma *Cybara* dokumentierte über 145 Millionen solcher Aufrufe innerhalb weniger als zwei Wochen und zehntausende Nutzerkonten, die identische KI-generierte Inhalte parallel und synchronisiert auf großen Plattformen verteilten.¹¹

Ein Aspekt, der in diesem Zusammenhang besonders auffällt, ist die Erzeugung technisch aussehender Verifizierungswerkzeuge, die konzipiert sind, um authentisches Beweismaterial zu diskreditieren. In der Vergangenheit zielte traditionelle Propaganda darauf ab, bestimmte Glaubenssätze zu verbreiten; aktuelle Entwicklungen scheinen in die Richtung zu gehen, epistemische Grundlagen an sich zu zerstören. Wenn das Zielpublikum die Auffassung annimmt, dass jegliches Bild, Video oder Verifizierungswerkzeug KI-generiert sein könnte, erübrigen sich Debatten und Argumente werden überflüssig, da nichts als überprüfbar oder beweisbar gesehen wird.¹² Die Effekte von KI-generiertem Bild- und Videomaterial sind schwierig zu messen. Eine destabilisierende gesellschaftliche Wirkung erscheint plausibel. Nicht nur verbreiten sich gefälschte Inhalte, sondern Misstrauen und gesellschaftliche Spaltungen vertiefen sich.¹³

Implikationen für Europa

KI als strategische Ressource

KI hat sich zu einer strategischen Ressource in militärischen Konflikten entwickelt. Das US-Verteidigungsministerium budgetierte 2025 rund 25,2 Mrd. USD für Programme zu KI und autonomen Systemen.¹⁴ China vergab zwischen 2023 und 2024 etwa 2.800 Verträge zu militärischer KI.¹⁵ Es ist zu erwarten, dass weltweit militärisches Interesse und Investitionen in diesem Bereich weiterhin signifikant bleiben und sich die Nutzung von KI in bewaffneten Konflikten erhöhen wird.

¹⁰ <https://www.csis.org/analysis/how-lose-information-war-10-days>

¹¹ <https://www.thecipherbrief.com/when-deepfakes-become-doctrine>

¹² <https://www.thecipherbrief.com/when-deepfakes-become-doctrine>

¹³ <https://css.ethz.ch/en/center/CSS-news/2026/04/what-we-know-and-dont-know-about-ai-in-iran.html>

¹⁴ <https://maggiegray.us/p/follow-the-money-what-the-pentagons>

¹⁵ <https://www.thepoettimes.com/china/china-awarded-2800-military-ai-contracts-many-to-private-sector-report-5911211>

Daten kommt als Schlüsselressource für die Entwicklung von KI eine zentrale Bedeutung zu. Die EU hat hier bereits 2020 den Grundstein für eine europäische Datenstrategie gelegt, die den Austausch und die Nutzung von Daten erleichtern sowie die Entwicklung eines diesbezüglichen europäischen Binnenmarkts vorantreiben soll. 2024 trat der *Data Act* als Eckpfeiler der europäischen Datenstrategie in Kraft, der einen einheitlichen Rechtsrahmen schafft und so die Wettbewerbsfähigkeit fördern soll. Digitale Souveränität und Datensouveränität sind in diesem Zusammenhang Ziele, die in den kommenden Jahren nur weiter an Relevanz gewinnen werden. Derzeit ist die Dominanz von drei US-Unternehmen – *Amazon Web Services*, *Microsoft Azure* und *Google Cloud* – im europäischen *Cloud*-Markt eines der zentralen Hindernisse, die europäischer digitaler Souveränität bzw. Datensouveränität im Wege stehen.

In diesem Zusammenhang ist das Spannungsfeld der zivilmilitärischen (Dual Use) europäischen Wissenschaft und Forschung ein Schlüsselbereich. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft warnt, dass Europa technologisch hinter den USA, China und Russland zurückbleibt, und europäische Investitionen in Verteidigungsforschung und -entwicklungen steigen müssten. Der Europäische Verteidigungsfonds hielt 2023 fest, dass die EU-Mitgliedsstaaten *in puncto* Investitionen in Verteidigungsforschung und -entwicklung hinter großen internationalen Akteuren wie den USA oder China zurückbleiben, wodurch in potenziellen Konflikten mit technologisch fortgeschrittenen Gegnern ein Ungleichgewicht entstehen könnte.¹⁶ Dazu kommt, dass weder die USA noch China ihre Verteidigungsausgaben ein Jahrzehnt oder länger vernachlässigt haben wie die meisten EU-Mitgliedsstaaten.¹⁷ Zum Vergleich: Europäischen Forschungsausgaben von 13 Mrd. EUR stehen 145 Mrd. Dollar der USA gegenüber.¹⁸ Europa sollte sich darüber hinaus darum bemühen, die Abwanderung hochqualifizierter KI-Fachkräfte zu verhindern und einen international wettbewerbsfähigen, attraktiven Standort darzustellen. Schon 2024 kam ein Bericht der Forschungsorganisation *Interface* zu dem Schluss, dass europäische Länder „signifikante KI-Talente, sowohl nationale als auch internationale, an die USA verlieren“. Europa verliert KI-Fachkräfte an Länder wie die USA, Kanada und Australien. Neben finanziellen Anreizen bei der Vergütung sind einige andere wirtschaftliche, politische und auch kulturelle Makrofaktoren bedeutsam. Für viele KI-Forscherinnen und -Forscher, die mit den größten KI-Modellen und Experimenten arbeiten wollen, scheint ein Umzug in die USA unvermeidbar. In der *Start-up*-Szene sehen manche Gründerinnen und Gründer in den USA schnellere Entscheidungsprozesse, tieferes Wachstumskapital und eine attraktivere Fehlerkultur. Die EU ist sich der Problematik bewusst. So hat die EU-Kommission beispielsweise zahlreiche Initiativen eingeleitet, darunter das Programm „Choose Europe“, das internationale

¹⁶ <https://eda.europa.eu/docs/default-source/brochures/1eda---defence-data-23-24---web---v3.pdf>

¹⁷ https://www.kielinstitut.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-im-port/e880656a-f9f2-47d4-845c-136cea3e4b11-Kiel_Report_no3.pdf

¹⁸ <https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/aktuelles/trotz-milliardensummen-europas-aufruestung-droht-zu-scheitern/>

Spitzenforscherinnen und -forscher im Bereich KI mitfinanzieren und Fördermittel an langfristige Karriereperspektiven knüpfen möchte.¹⁹ Darüber hinaus beginnt die EU auch im GSVP-Kontext, die Ambitionen im Bereich der KI-Entwicklung zu steigern. In der *Defence Readiness Roadmap 2030* wurde KI als ein prioritärer Fähigkeitsentwicklungsbereich identifiziert²⁰, der die strategische Autonomie und Souveränität erhöhen soll.

Medienkompetenzen für das 21. Jahrhundert

Die Bedeutung sozialer Netzwerke im 21. Jahrhundert kann kaum überschätzt werden: Die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer ist zwischen 2010 und 2025 weltweit von 940 Millionen auf 5,2 Milliarden angestiegen, was 63,9 Prozent der Weltbevölkerung entspricht. Kein Medium ist für die globale Vernetzung so wichtig wie das Internet.²¹ In der österreichischen Bevölkerung liegen die Nutzungsraten von *Facebook* bei 69 %, von *Instagram* bei 62 % und 31 % bei *TikTok*, das vor allem bei jüngeren Österreicherinnen und Österreichern gefragt ist.²² Die technologische Funktionsweise sozialer Medien beeinflusst die Informationsrezeption. Personalisierte Empfehlungen reduzieren die Möglichkeit, einer Bandbreite von Perspektiven ausgesetzt zu werden und Offenheit sowie kritisches Denken zu entwickeln. Soziale Netzwerke befeuern außerdem ein „emotionales Klima“, das rationales Denken erschwert, da sie Antagonismus und Emotionen wie Wut und Angst befeuern. Kognitive Überbelastung durch exzessive Nutzung sozialer Medien und Informationsfragmentation kann mentale Müdigkeit verschlimmern. Psychologische Forschung legt nahe, dass soziale Medien Faktoren wie Geduld, kognitive Reife und Neugier, die allesamt wesentliche Bausteine für kritisches Denken verkörpern, verringern können.²³

Der Umgang mit der Proliferation KI-generierter Inhalte zu militärischen Konflikten stellt vor diesem Hintergrund eine besondere Facette einer breiteren Problematik dar, die einen holistischen strategischen Ansatz erfordert. Einerseits erhält Bildung einen neuen Stellenwert, wobei insbesondere digitale Medienkompetenzen im 21. Jahrhundert ins Gewicht fallen. Diese sollten allgemein formuliert kritisches Denken im Umgang mit digitalen Medien und eine konstruktive Diskussionskultur fördern.

Eine umfassende Strategie zur Förderung kritischen Denkens würde jedoch über klassische bildungspolitische Maßnahmen hinausgehen und eine Adressierung der fundamentalen Voraussetzungen für kritisches Denken verlangen. So ist beispielsweise aus moderner Forschung bekannt, dass sich Faktoren wie Ernährung, Schlaf, Bewegung und Einsamkeit, die wiederum eng mit sozioökonomischen Faktoren zusammenhängen, beträchtlich auf die mentale Gesundheit allgemein und die kognitiven Fähigkeiten im Spezifischen auswirken.

¹⁹ <https://www.euronews.com/my-europe/2026/01/29/the-ai-brain-drain-why-europe-cant-keep-the-talent-it-trains>

²⁰ https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/readiness-roadmap-2030_en

²¹ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52777/soziale-netzwerke/>

²² <https://www.einsigartig.at/social-media-statistiken-oesterreich/>

²³ <https://fhssjournal.org/index.php/ojs/article/view/365/343>

Die EU verfolgt bereits mehrere relevante Initiativen wie den *European Democracy Action Plan*, den *Digital Services Act*, die *Media Literacy Guidelines*, den *Digital Education Action Plan*, den *European Democracy Shield*. Es gibt allerdings derzeit noch keine Strategie, die Bildungspolitik, Gesundheitspolitik und Sozialpolitik so bündelt, wie in diesem Artikel skizziert.

Resümee und Ausblick

KI wird die nahe, mittlere und ferne Zukunft prägen. Sie durchdringt nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Daher wirft sie auch so weitreichende Fragen und Konsequenzen auf, dass entsprechende politische Maßnahmen den Zuständigkeitsbereich eines einzelnen Ressorts überschreiten. Zusammengefasst stellt sie eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Herausforderung dar.

Dieser Artikel analysierte die Rolle von KI in modernen Kriegen, primär anhand des Irakkriegs als Fallbeispiel, aber auch mit Verweis auf den Ukraine-Russland-Krieg und den Gaza-Krieg. Der komplexe Zusammenhang zwischen militärischer und generativer KI, militärischer Entscheidungsfindung und sozialen Netzwerken wurde umrissen.

Mit dem Fortschreiten der technischen Entwicklungen ist zu erwarten, dass die Bedeutung von KI sowohl in militärischer als auch in ziviler Hinsicht weiter zunehmen wird. Insbesondere handelt es sich bei KI um einen „strategic enabler“ für weitere Wissenschaftsfelder. KI hat das Potenzial, immense Fortschritte in Bereichen wie Grundlagenforschung, Medizin, Pharmazie und Landwirtschaft zu bewirken. Akteure können diese fortgeschrittenen Fähigkeiten jedoch auch missbrauchen, um Schaden anzurichten. Dadurch entstehen neue Risiken, unter anderem in den Feldern Biotechnologie und Biosicherheit. In diesem Zusammenhang sind die laufenden Verhandlungen zum *EU-BioTech-Act* im Auge zu behalten.

Autorinnen und Autoren

Mag. Dr. Rastislav BÁCHORA

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien; derzeit dienstzugeteilt zum Staatssekretariat im Bundesministerium für Inneres; Fachbereich: Strategie.

Mag. Barbara FARKAS, Bakk. phil.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien (LVak); lehrt an der LVak und der Theresianischen Militärakademie Wr. Neustadt; Sinologin und Asien-Analystin. Forschungsgebiete: Strategien, geopolitische Positionierungen und Sicherheitspolitiken Chinas sowie aller anderen Akteure im indopazifischen Raum.

HptmExp DI Dr. Norbert FRISCHAUF, BSc, EUR ING

Hochenergiephysiker, Weltraumsystemingenieur, Wissenschaftskommunikator und Entrepreneur im Hi-Tech Bereich; er arbeitet u.a. als Cheftechnologe bei *Novaspace* (eh. *SpaceTec Partners*), einer Beratungsfirma in Brüssel, Paris und München und unterstützt in dieser Rolle die Europäische Weltraumorganisation *ESA*, die *Europäische Kommission*, die *NATO* und viele andere internationale Unternehmungen und Industrien. Als Luft- und Weltraumexperte des ÖBH bringt er sein Fachwissen in verschiedenen Projekten und Programmen, wie *Galileo*, *Copernicus*, *IRIS2*, ein.

Mag. Gustav Carl GRESSEL, PhD

Forscher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien; davor Senior Policy Fellow im Osteuropaprogramm des European Council on Foreign Relations (ECFR) in Berlin. Forschungsgebiete: Osteuropa, Sicherheitspolitik und Militärstrategien.

HR Mag. Dr. Gunther HAUSER, Ehrenprofessor

Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien und Lehrbeauftragter der Donau-Universität Krems. Forschungsgebiete: EU-Sicherheit und NATO; Energie- und Ressourcenpolitik; China, Russland und die USA als globale Akteure; Neutralität und Völkerrecht; Internationale Organisationen.

Mag. (FH) Daniel HIKES-WURM, MAS MA Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes

Verteidigungspolitischer Berater in der SI – Generaldirektion Verteidigungspolitik mit den Verantwortungsbereichen „Hybride Bedrohungen“ und „Neue Technologien“.

Dipl.-Ing. Kilian HITZL, BSc.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien. Forschungsgebiete: Klimasicherheitspolitische Entwicklungen in Europa und Österreich, Arktis, erneuerbare Energien und neue Technologien.

Dr. Josef MANTL, M.A.

Milizsoldat und Militärexperte für Kommunikation in der Abteilung Marketing des Bundesministeriums für Landesverteidigung; Mantl ist Kommunikationsunternehmer im Bereich Kampagnen, *Events*, *Social Media* und *Artificial Intelligence* sowie Lektor an der FHWien für Management und Kommunikation. Mit seiner Agentur JMC ist er Gründer und Veranstalter der Trend- & Innovationsplattform „Moving Forward - Shaping the Future“, die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an der Schnittstelle von Technologie und Zukunftsgestaltung vernetzt. Seine Expertise liegt im Bereich Kommunikation, Sicherheitspolitik, KI und digitaler Transformation.

**Dr. Mag. Otto NADERER,
Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes (i.R.)**

Nach der Ausmusterung 1981 Dienst als Truppenoffizier in der Fliegerabwehr und der Luftraumüberwachung; 1991 Grenzsicherungseinsatz, 2004 Auslandseinsatz KFOR/10. Danach mehrere BMLV-Verwendungen, in der Militärvertretung Brüssel und an der Landesverteidigungsakademie, Ruhestandversetzung 2021; nebenberufliches Studium der Geschichte und der Politikwissenschaften.

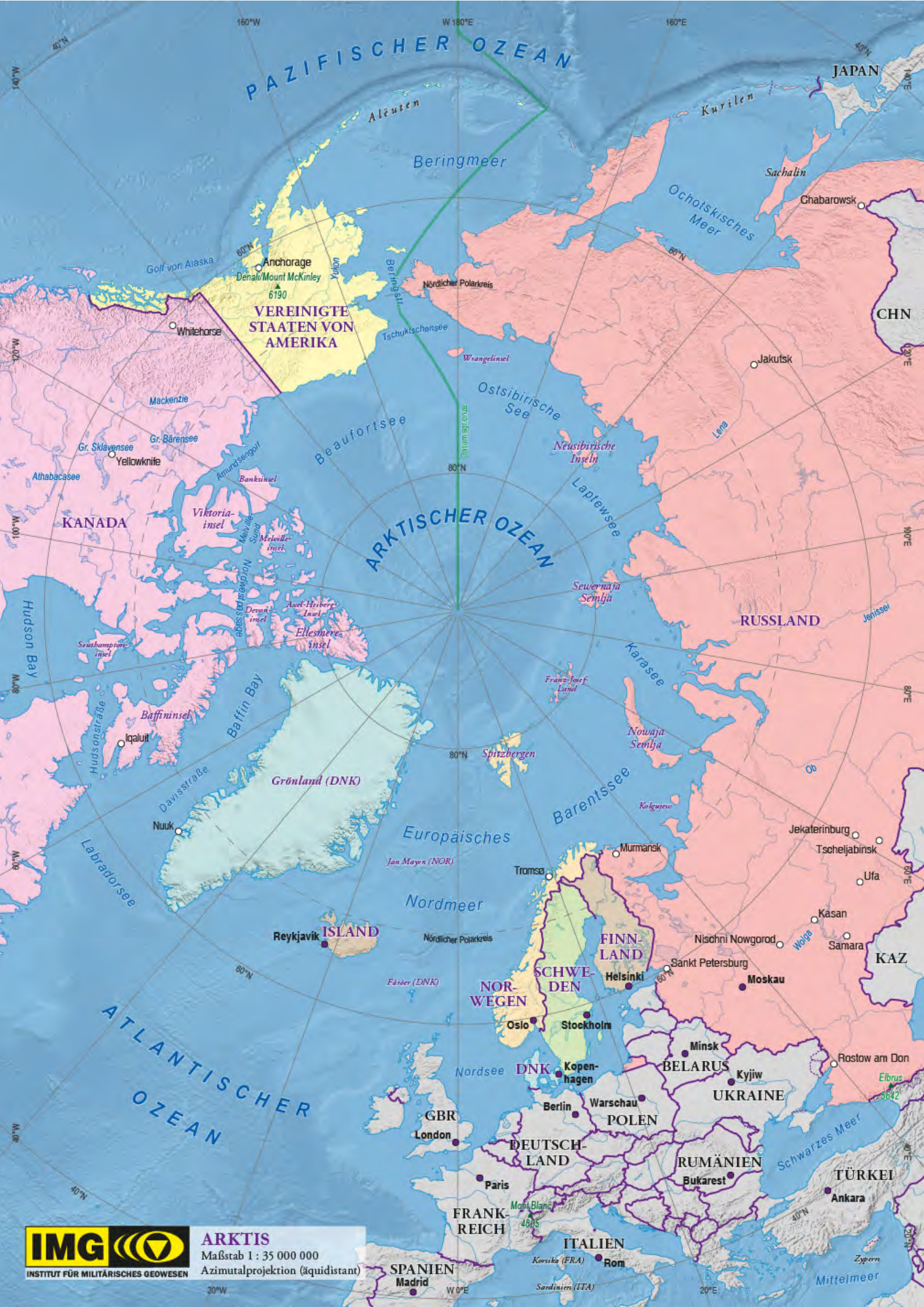
OR Mag. Alexander PANZHOF

Forscher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien. Fachgebiete: Sicherheitspolitische Entwicklungen in Lateinamerika, Künstliche Intelligenz als strategisches Handlungswerkzeug.

**Mag. Andreas WENZEL
Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes**

Hauptlehtroffizier & Forscher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien; Organisation „Wissenschaftliche Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik“; Redaktion „ISS Lagebild“; Fachbereiche: Internationale Sicherheitspolitik, Strategie, Rüstungskontrolle.







AFG	AFGHANISTAN
ARE	VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE
ARM	ARMENIEN
AZE	ASERBAIDCHAN
BHR	BAHRAIN
GEO	GEORGIEN
ISR	ISRAEL
JOR	JORDANIEN
KGZ	KIRGISISTAN
KWT	KUWAIT
LBN	LIBANON
PSE	PALÄSTINA
QAT	KATAR
SGP	SINGAPUR
SYR	SYRIEN
TJK	TADSCHIKISTAN
TKM	TURKMENISTAN
UZB	USBEKISTAN







Im diesem „ISS Lagebild“ der Landesverteidigungsakademie Wien wird die geopolitische Weltlage zur Jahresmitte 2026 analysiert und das Bild einer Ära extremer Instabilität und technologischer Umbrüche gezeichnet. Im Zentrum stehen geopolitische Herausforderungen unserer Zeit, insbesondere der andauernde Krieg in der Ukraine, in dem Drohnentechnologien konventionelle Waffensysteme zunehmend verdrängen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der „Donroe“-Doktrin der USA unter Präsident Trump, welche die Souveränität von Staaten primär in der „Westlichen Hemisphäre“ neu definiert. Das aufstrebende China reagiert auf diese US-Machtprojektion mit strategischer Geduld, während EUropa mit einer gefährlichen Abhängigkeit kämpft. Ein besonderes Augenmerk liegt weiters auf der zunehmenden geostrategischen Bedeutung des erdnahen Weltraums und dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Insgesamt wird eine Weltordnung im Wandel dargestellt, in der diplomatische Lösungen – vor allem multilaterale – zugunsten nationaler Machtpolitik und technologischer Vorherrschaft in den Hintergrund treten.

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegsführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlv.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

<https://www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/iss/publikationen.php>

Landesverteidigungsakademie Wien

ISBN: 978-3-903548-28-2

